



**Beteiligungsbericht für das Geschäftsjahr 2014  
gemäß § 99 Abs. 2 Gemeindeordnung für den  
Freistaat Sachsen (SächsGemO)**

## Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) hat der Landkreis Leipzig dem Kreistag einen Bericht über seine Beteiligungen und deren wirtschaftliche Entwicklung vorzulegen und diesen öffentlich auszulegen. Mit Vorlage des aktuellen Berichtes für das Jahr 2014 kommen wir dieser Verpflichtung gerne nach.

§ 99 Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO) legt dazu fest:

„(1) Die Gemeinde schafft die Voraussetzungen, um die Unternehmen, an denen sie unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist, zu steuern und zu überwachen sowie die auf ihre Veranlassung in diesen Unternehmen tätigen Aufsichtsratsmitglieder bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben zu unterstützen.

(2) Dem Gemeinderat ist jeweils bis zum 31. Dezember des dem Berichtsjahr folgenden Jahres ein Bericht über die Eigenbetriebe und die Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts vorzulegen, an denen die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar beteiligt ist. In dem Bericht müssen mindestens enthalten sein:

1. eine Beteiligungsübersicht unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszweckes und des Stamm- oder Grundkapitals sowie des prozentualen Anteils der Gemeinde an diesem,
2. die Finanzbeziehungen zwischen der Gemeinde und den Unternehmen, insbesondere unter Angabe der Summe aller Gewinnabführungen an den Gemeindehaushalt, der Summe aller Verlustabdeckungen und sonstigen Zuschüsse aus dem Gemeindehaushalt, der Summe aller gewährten sonstigen Vergünstigungen sowie der Summe aller von der Gemeinde übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,
3. ein Lagebericht, der den Geschäftsverlauf und Lage aller Unternehmen so darstellt, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Gesamtbild vermittelt wird; der Lagebericht soll insbesondere auf Unternehmensvorgänge von besonderer Bedeutung, die während des letzten Geschäftsjahres eingetreten sind, und auf die voraussichtliche Entwicklung der Unternehmen im kommenden Geschäftsjahr eingehen.

Dem Bericht sind als Anlage die Satz 2 entsprechenden Angaben für die Zweckverbände, deren Mitglied die Gemeinde ist, sowie deren Beteiligungsberichte beizufügen.

(3) Darüber hinaus soll der Bericht für jedes Unternehmen in einer Rechtsform des privaten Rechts, an dem die Gemeinde unmittelbar oder mittelbar mit mindestens 25 Prozent beteiligt ist, insbesondere folgendes ausweisen:

1. die Organe des Unternehmens, die Zusammensetzung der Organe unter namentlicher Nennung von Geschäftsführung, Vorstands- oder Aufsichtsratsmitgliedern, die Anzahl der Mitarbeiter sowie den Namen des bestellten Abschlussprüfers und soweit möglich, die Namen und Beteiligungsanteile der anderen Anteilseigner,
2. die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und die beiden dem Berichtsjahr vorangegangenen Jahre; für das Berichtsjahr sind die Planwerte den aktuellen Ist-Werten gegenüber zustellen; die Kennzahlen sollen eine Beurteilung der Vermögenssituation, der Kapitalstruktur, der Liquidität, der Rentabilität und des Geschäftserfolgs des Unternehmens zulassen,



3. wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht der Geschäftsführung zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich einer Bewertung der Kennzahlen.

(4) Der Beteiligungsbericht ist der Rechtsaufsichtsbehörde zuzuleiten. Die Angaben des Beteiligungsberichts nach Absatz 2 sind von der Gemeinde zur Einsichtnahme verfügbar zu halten. Dies ist ortsüblich bekannt zu geben.“

Der Landkreis Leipzig verfügt im Jahr 2014 insgesamt über zwei Eigenbetriebe, neun unmittelbare und neun mittelbare Beteiligungen an Gesellschaften und Zweckverbänden sowie über zehn Beteiligungen an Zweckverbänden.

Der für das Geschäftsjahr 2014 erstellte Beteiligungsbericht enthält die gesetzlich geforderten Angaben und soll einen Beitrag zu größerer Transparenz der Verwaltung hinsichtlich der Aufgabenerfüllung durch ausgegliederte, organisatorisch und finanzwirtschaftlich verselbständigte Organisationseinheiten leisten.

Im Sinne einer optimalen Aufgabenerfüllung steht nicht die Frage nach der Rechtsform, sondern vielmehr die Frage nach den effektivsten Instrumentarien zur Zielerreichung im Vordergrund. Dabei sind Gesichtspunkte der Wirtschaftlichkeit ebenso zu berücksichtigen wie politische und gesellschaftsrechtliche Rahmenbedingungen.

Der Beteiligungsbericht soll Anregung sein für eine weitere strategische Entwicklung sämtlicher kommunaler Beteiligungen. Für den vorliegenden Beteiligungsbericht bilden die geprüften Jahresabschlüsse bzw. Jahresrechnungen der Beteiligungen für das Geschäftsjahr 2014 die Grundlage.

Borna, im Februar 2016



Henry Graichen

Landrat des Landkreises Leipzig

# Beteiligungsbericht des Landkreises Leipzig für das Geschäftsjahr 2014

erstellt durch: Landratsamt Landkreis Leipzig,  
Beteiligungsmanagement

Redaktionsschluss: 04.02.2016

## INHALTSVERZEICHNIS

	Vorwort	I
	Inhaltsverzeichnis	III
	Abkürzungsverzeichnis	V
<b>Teil I</b>		
	1. Lagebericht über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen	1
	2. Übersicht über die Beteiligungen und Finanzbeziehungen des Landkreises	9
<b>Teil II</b>		
<b>Einzeldarstellung der Eigenbetriebe</b>		
	1. Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig	12
	2. Musikschulen des Landkreises Leipzig	18
<b>Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform</b>		
a)	Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von 25 %	22
	1. Regionalbus Leipzig GmbH	23
	2. Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	28
	Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	35
	Servicegesellschaft Muldental mbH	40
	3. WILL – Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.	44
	4. KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH	54
	5. Kommunale Datennetze GmbH (KDN)	58
b)	Unternehmen in der Privatrechtsform einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von unter 25 %	59
	6. Aufbauwerk Region Leipzig GmbH	60
	7. Technologiezentrum Borna GmbH	65
	8. Invest Region Leipzig GmbH	66
	9. THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	74
	10. Lecos GmbH	80
	11. Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)	81
	12. Flughafen Altenburg-Nobitz GmbH	87

## **Einzeldarstellung der Zweckverbände sowie deren Beteiligungsberichte**

1. Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)	92
2. Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	108
Beteiligungsbericht für die Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH	122
3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen	140
4. Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig	143
Beteiligungsbericht für die Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH	150
5. Kulturraum Leipziger Raum	160
6. Regionaler Planungsverband Westsachsen	161
7. Kommunaler Sozialverband Sachsen	162
8. Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig	190
9. Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen KISA	198
10. Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig	253

### **Anlagen:**

Anlage 1: Kennzahldefinition	257
------------------------------	-----

## **Abkürzungen**

AbfAbIV	Abfallablagerungsverordnung
AGSGBGesetz	zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch
AO	Abgabenordnung
AWK	Abfallwirtschaftskonzept
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch
BilMoG	Bilanzrechtsmodernisierungsgesetz
BKZ	Betriebskostenzuschuss
BM	Bürgermeister
BPfIV	Bundespflegeverordnung
BSHG	Bundessozialhilfegesetz
DB AG	Deutsche Bahn Aktiengesellschaft
DMP	Disease-Management-Programm
DRG	Diagnosis Related Groups
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
EW	Einwohner
EVU	Eisenbahnverkehrsunternehmen
GF	Geschäftsführer
gGmbH	gemeinnützige Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
HGB	Handelsgesetzbuch
HH	Haushalt
HK	Handwerkskammer
HRB	Handelsregister B
IRL	Invest Region Leipzig GmbH
i. V. m.	in Verbindung mit
IHK	Industrie- und Handelskammer
KH	Krankenhaus
KHBV	Krankenhaus-Buchführungsverordnung
KHG	Krankenhausgesetz
KrW/AbfG	Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetz
KSV	Kommunaler Sozialverband Sachsen
LDL	Landesdirektion Leipzig
LeitStVO	Leitstellenverordnung
LK	Landkreis

LR	Landrat
LRA	Landratsamt
LWV	Landeswohlfahrtsverband Sachsen
MBA	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
MDV	Mitteldeutscher Verkehrsverbund
MTL	Muldentalkreis
NEF	Notarzteinsatzfahrzeug
NL	Niederlassung
OBM	Oberbürgermeister
ÖPNV	Öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVFinAusG	Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personen- nahverkehr
ÖPNVFinVO	Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs
ÖRKSF-G	Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002
ÖSPNV	straßengebundener öffentlicher Personennahverkehr
PBefG	Personenbeförderungsgesetz
PVM	Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH
RL	Regionalbus Leipzig GmbH
RPA	Rechnungsprüfungsamt
RTW	Rettungstransportwagen
RZV	Rettungszweckverband
SächsABG	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
SächsBRKG	Gesetz zur Neuordnung des Brandschutzes, des Rettungsdienstes und des Katastrophenschutzes im Freistaat Sachsen
SächsEigBVO	Sächsische Eigenbetriebsverordnung
SächsGemO	Sächsische Gemeindeordnung
SächsGVBl	Sächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt
SächsKrGebNG	Sächsisches Gesetz zur Neugliederung des Gebietes der Landkreise des Frei- staates Sachsen
SächsKomHVO	Sächsische Kommunalhaushaltsverordnung
SächsKomZG	Sächsisches Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
SächsKRG	Sächsisches Kulturraumgesetz
SächsLKrO	Sächsische Landkreisordnung
SächsLPIG	Sächsisches Landesplanungsgesetz
SächsLWVG	Gesetz über den Landeswohlfahrtsverband Sachsen
SächsLRettDPVO	Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung
SächsVwNG	Gesetz zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung
SchwBG	Schwerbehindertengesetz
SGB	Sozialgesetzbuch

SMI	Sächsisches Ministerium des Inneren
SMS	Sächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit, Jugend und Familie
SMWA	Sächsisches Ministerium für Wirtschaft und Arbeit
SPNV	Schienenpersonennahverkehr
TBA	Tierkörperbeseitigungsanlage
VbÄ	Vollbeschäftigtenäquivalent
THÜSAC	THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH Altenburg
TVöD	Tarifvertrag öffentlicher Dienst
VHS	Volkshochschule
Vj./Vorj.	Vorjahr
VmHH	Vermögenshaushalt
VwHH	Verwaltungshaushalt
WEV	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
WRL	WRL-Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH
ZAW	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZVNL	Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

## 1. Lagebericht

über den Geschäftsverlauf und die Lage aller Unternehmen, Eigenbetriebe und Zweckverbände des Jahres 2014 sowie die voraussichtliche Entwicklung im Geschäftsjahr 2015.

Der Landkreis erfüllt seine vielfältigen Aufgaben nicht nur in der Kernverwaltung. Dort, wo es sinnvoll ist, werden öffentliche Aufgaben auf Eigenbetriebe und Unternehmen in privater Rechtsform übertragen. 2014 hatte der Landkreis Leipzig 2 Eigenbetriebe und war an insgesamt 9 Gesellschaften unmittelbar beteiligt. An 3 weiteren Gesellschaften und 3 Zweckverbänden hält der Landkreis Leipzig neun mittelbare Beteiligungen. Darüber hinaus ist der Landkreis in 10 Zweckverbänden vertreten.

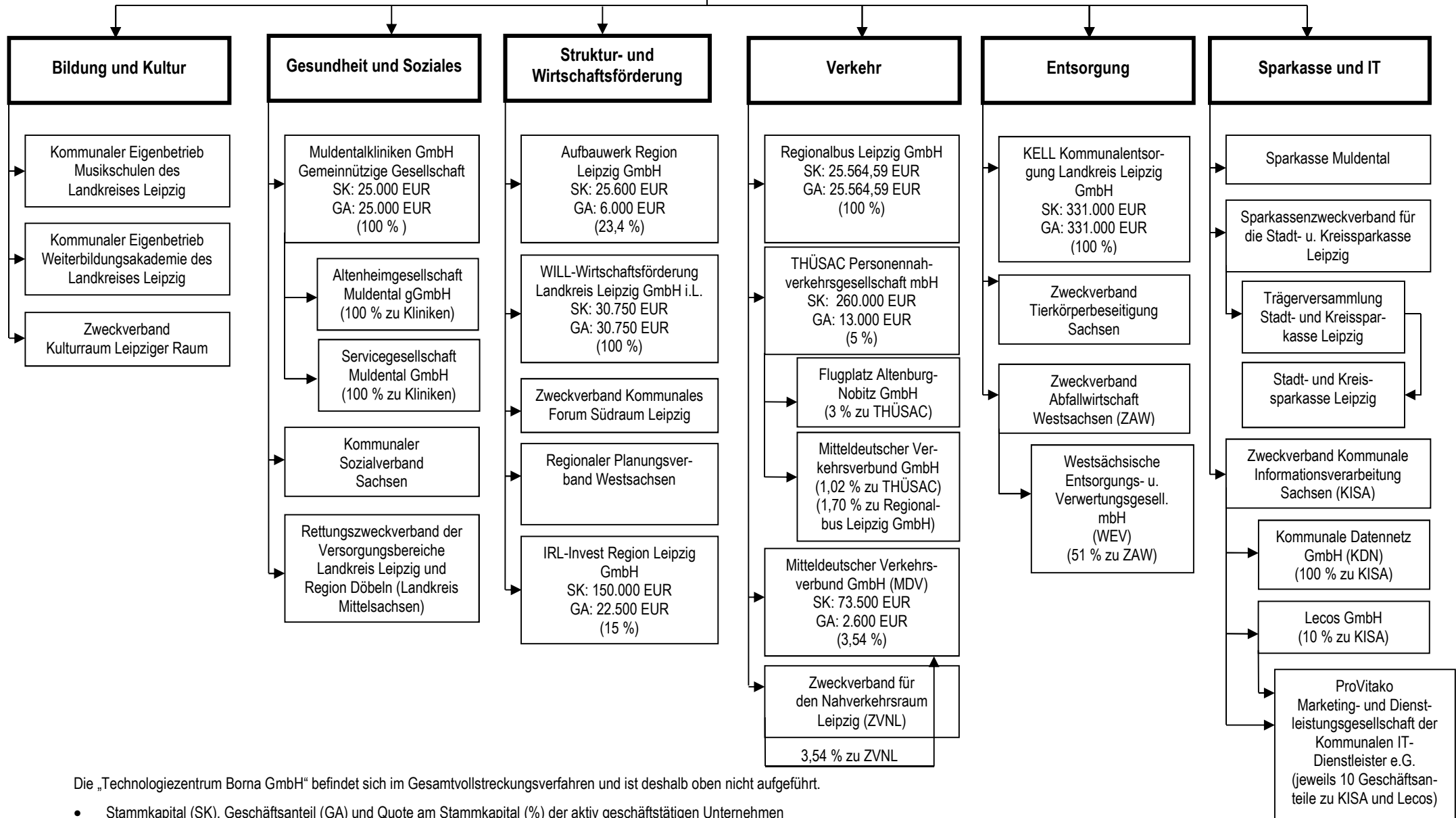
**Die Sparkasse Muldentale** mit Sitz in Grimma ist eine Anstalt öffentlichen Rechts. Ihr Geschäftsgebiet erstreckt sich auf den östlichen Teil des Landkreises Leipzig (ehemaliger Muldentalkreis). Träger ist der Landkreis Leipzig. Sparkassenaufsichtsbehörde ist das Sächsische Staatsministerium der Finanzen.

Rechtsgrundlagen der Sparkasse sind neben dem Gesetz über das Kreditwesen vom 9. September 1998 (rechtsbereinigt mit Stand vom 10. Dezember 2014) das Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe vom 13. Dezember 2002 (rechtsbereinigt mit Stand vom 1. April 2014) und die Verordnung des sächsischen Staatsministeriums der Finanzen über die Geschäfte und die Verwaltung der Sparkassen vom 11. Januar 2002 (rechtsbereinigt mit Stand vom 9. September 2003).

Die Organe der Sparkasse sind der Verwaltungsrat und der Vorstand.

Eine Gesamtübersicht über die Beteiligungen des Landkreises Leipzig sehen Sie in der folgenden Übersicht:

# Landkreis Leipzig – Organigramm Beteiligungen (Stand: Dezember 2014)



Die „Technologiezentrum Borna GmbH“ befindet sich im Gesamtvollstreckungsverfahren und ist deshalb oben nicht aufgeführt.

- Stammkapital (SK), Geschäftsanteil (GA) und Quote am Stammkapital (%) der aktiv geschäftstätigen Unternehmen



## Bildung und Kultur

Der **Kommunale Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig (WALL)** hat seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2011/071 zum 01.01.2012 aufgenommen. Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2014 erfolgte am 04.12.2013 vom Kreistag. Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses wurde von der Landesdirektion Sachsen mit Bescheid vom 06.02.2014 bestätigt.

Der Kommunale Eigenbetrieb WALL legt mit dem Jahresabschluss 2014 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb WALL durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von 715.808,61 EUR gewährt. In dieser Summe ist ein Zuschuss in Höhe von 8.708,61 € enthalten, um ein ausgeglichenes Ergebnis 2014 zu erzielen. Die Planvorgaben des Eigenbetriebes für die Umsatzerlöse wurden im Jahr 2014 um 10,1% überboten, was Mehreinnahmen von TEUR 176 entspricht.

Der **Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig** nahm seine Geschäftstätigkeit gemäß Beschluss des Kreistages 2011/071 zum 01.01.2012 auf.

Der Festsetzungsbeschluss des Wirtschaftsplanes 2014 erfolgte am 04.12.2013 vom Kreistag. Die Gesetzmäßigkeit des Beschlusses wurde von der Landesdirektion Sachsen mit Bescheid vom 06.02.2014 bestätigt.

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen legt mit dem Jahresabschluss 2014 ein ausgeglichenes Ergebnis vor. Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb Musikschulen durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von 928.073,89 EUR gewährt. Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis betragen 37.563,93 EUR davon 36.826,11 EUR für nicht verbrauchte Zuschüsse.

Eine Änderung der Auslastung der Musikschulen ist derzeit nicht erkennbar.

Der **Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum** entstand aus dem Kulturraumgesetz vom 20.01.1994 und ist ein Pflichtzweckverband. Die Ausgaben werden aus Zuweisungen des Freistaates Sachsen und den Umlagen der Verbandsmitglieder finanziert. Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2013 und 31.12.2014 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

## Gesundheit und Soziales

Die **Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft** betreiben die Betriebsstätten als Einrichtungen der Regelversorgung entsprechend Krankenhausplan 2014 bis 2015 mit 355 Planbetten.

Das Wirtschaftsjahr 2014 schließt die Gesellschaft mit einem Bilanzgewinn von 589 TEUR (Vj. 391 TEUR) ab. Der Jahresabschluss 2014 wurde im Aufsichtsrat der Gesellschaft am 01.07.2015 beraten und von der Gesellschafterversammlung festgestellt.

Vom Bilanzgewinn in Höhe von 588.557,54 Euro werden 501.256,34 Euro für die Finanzierung der Eigenanteile der Investitionsmaßnahme „Errichtung Palliativstation und Umbau und Sanierung Physiotherapie“ verwendet. Der restliche Teil wird der freien Rücklage gemäß § 58, 7a Abgabenordnung zugeführt.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde bei Gesamterlösen in Höhe von TEUR 59.203 (2013: TEUR 54.840) und einem Aufwand in Höhe von TEUR 58.776 (2013: TEUR 54.619) ein Betriebsergebnis von TEUR 427 (2013: TEUR 221) erwirtschaftet.

Die Zunahme der betrieblichen Erträge ist auf den Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen zurückzuführen, die im Berichtsjahr um TEUR 1.665 (3,62 %) auf TEUR 47.629 gestiegen sind. Ursache dafür waren die Budgetsteigerungen im Vergleich zum Jahr 2013. Diese resultieren überwiegend aus den vereinbarten Leistungssteigerungen sowie der Erhöhung des Landesbasisfallwertes. Die Personalaufwendungen erhöhten sich um 1.344.819 EUR auf 34.772.955 EUR (2013: 33.428.136 EUR). Die Erhöhung resultiert aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD. 2013 waren 550 (Vj. 546) Vollkräfte beschäftigt.

Die Personalaufwendungen und der medizinische Sachbedarf beeinflussen die betrieblichen Aufwendungen mit 65,9 % bzw. 14,3 % am meisten.

Der **Kommunale Sozialverband Sachsen (KSV)** ist seit 1993 der überörtliche Sozialhilfeträger und überörtliche Betreuungsbehörde. Weitere Aufgaben wurden mit dem SächsVwNG ab 01.08.2008 übertragen.

Zur Erfüllung seiner Aufgaben erhebt der KSV eine Umlage für nicht gedeckten Bedarf. Der Landkreis Leipzig zahlte 2014 eine Sozialumlage in Höhe von 21.647.008,44 EUR (Vorjahr 21.449.245,72 EUR). Der Jahresabschluss 2014 wurde in der Verbandsversammlung am 30.11.2015 beschlossen.

Die ordentlichen Erträge liegen bei 521,7 Mio EUR (Vorjahr 501,9 Mio. EUR), die ordentlichen Aufwendungen bei 519,8 Mio EUR (Vorjahr 502,1 Mio. EUR). Der Ergebnishaushalt schließt mit einem Überschuss i. H. v. 1,9 Mio. EUR (Vorjahr Fehlbetrag 183,3 TEUR) ab.

Der **Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln** ist Träger des Rettungsdienstes im Zweckverbandsgebiet. Der Rettungszweckverband erhebt zur Deckung seines Finanzbedarfes eine Umlage in Höhe von 762.734,00 EUR (Vorjahr. 587.023,26 EUR). Davon entfielen auf den Landkreis Leipzig 609.125,85 EUR. Das Jahr 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss von 541.095,30 EUR.

## Struktur- und Wirtschaftsförderung

Mit Kreistagsbeschluss Nr.2011/065 vom 06.07.2011 wurde die Liquidation der **WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.** beginnend am 01.08.2011 beschlossen.

Mit Gesellschafterbeschluss am 03.02.2016 wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2014 festgestellt. Die WILL- Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L. erwirtschaftete im Jahr 2014 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von 2.308,64 (Vorjahr: Fehlbetrag in Höhe von 38.854,73 Euro). Eine belastbare Aussage, wann die Liquidation abgeschlossen sein wird, ist derzeit noch nicht möglich.

Schwerpunkt der **Aufbauwerk Region Leipzig GmbH** ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bildet die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Das Aufbauwerk schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von 774,21 EUR (Vorjahr 9.823,05 EUR) ab. Die Gesamtleistung in Höhe von 486.977,86 Euro sank gegenüber dem Vorjahr um 31,2 %. Der Betriebsaufwand sank korrespondierend zur Gesamtleistung. Die Personalaufwendungen sind um 109.217,73 Euro gesunken. Die Gesellschaft beschäftigte ihre Mitarbeiter wie in den Vorjahren überwiegend projektbezogen. Zum 31. Dezember 2014 waren 12 Angestellte (inklusive der Geschäftsführerin) tätig. Da eine Vielzahl von Projektleistungen über eigenes Personal und nicht über Dritte realisiert wurde, sanken die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 90.533,49 Euro gegenüber dem Vorjahr auf 37.941,04 Euro. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf 133.173,33 Euro und verringerten sich um 11.061,04 Euro.

Der Kreistag des Landkreises Leipzig beschloss am 10.10.2012 die Gründung der WRL – Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH mit den Gesellschaftern Stadt Leipzig, Landkreis Leipzig, Landkreis Nordsachsen und Industrie- und Handelskammer zu Leipzig. Der Landkreis Leipzig ist mit einem Anteil von 15 % am Stammkapital beteiligt. Hauptgesellschafter ist die Stadt Leipzig mit 51 %. Das Stammkapital beträgt insgesamt 150.000 Euro. Die Gesellschaftereinlage des Landkreises Leipzig in Höhe von 22.500 Euro wurde durch den Landkreis Leipzig eingezahlt.

Die Gesellschaft fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen.

Die WRL – Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH nahm ihre aktive Geschäftstätigkeit am 15.08.2013 auf. In der ordentlichen Gesellschafterversammlung vom 19. Dezember 2013 beschlossen die Gesellschafter die Umfirmierung der „WRL – Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH“ in „**Invest Region Leipzig GmbH**“. Dies zog im Verlauf der ersten Jahreshälfte 2014 die Änderung des Gesellschaftsvertrages und dessen notarielle Beurkundung nach sich, die in der Gesellschaftersitzung vom 23. Juni 2014 erfolgte. Mit Eintragung in das Handelsregister B des Amtsgerichts Leipzig am 21. Juli 2014 wurde die Umfirmierung wirksam.

Die Gesellschaft schließt das Jahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von 0,00 Euro ab. Per 31.12.2014 leisteten alle Gesellschafter die vereinbarten Zuwendungen in Höhe von insgesamt 1.361 TEUR (inkl. Umsatzsteuer), im Vorjahr waren es 708 TEUR. Der Zuschuss des Landkreises Leipzig betrug im Berichtsjahr 255 TEUR (Vorjahr: 106,25 TEUR).

Der **Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig** ist ein Zusammenschluss von 13 Städten und Gemeinden des Landkreises Leipzig, dem Landkreis Leipzig selbst und der Stadt Leipzig. Das Anliegen des Zweckverbandes besteht darin, die Bergbaufolgelandschaft im Südraum Leipzig gemeinsam zu entwickeln, Planungen miteinander und aufeinander abzustimmen und Projekte voranzutreiben, die diesem Anliegen entsprechen. Genau wie sich die Bergbaufolgelandschaft in den letzten

20 Jahren stetig gewandelt hat, haben sich auch die Aufgaben des Zweckverbandes verändert. Waren es anfangs maßgeblich Planungen, die in Übereinstimmung gebracht werden mussten, ist es heute darüber hinaus die Verantwortung für ganz konkrete Projekte und Bauvorhaben.

Der Landkreis Leipzig zahlte 2014 eine Umlage in Höhe von 16.400,00 EUR. Für den Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig lag der Jahresabschluss zum 31.12.2013 und zum 31.12.2014 bei Redaktionsschluss noch nicht vor. Der Kreistag des Landkreises Leipzig hat am 25.2.2015 den Austritt beschlossen.

Dem **Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen** obliegt die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Landesdirektionsbereich Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen. In den Braunkohlegebieten der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohletagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen. Der Regionale Planungsverband und der Zweckverband Kommunales Forum Leipzig spielen für die Region aus planerischen Gesichtspunkten eine wesentliche Rolle. Die finanzielle Belastung für den Landkreis 2014 betrug 10.300,00 EUR.

Für den Regionalen Planungsverband Leipzig-Westsachsen lagen die festgestellten Jahresabschlüsse zum 31.12.2013 und 31.12.2014 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

## Verkehr

Die **Regionalbus Leipzig GmbH** (vormals Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH) blickt auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2014 zurück. Durch die Beauftragung mit zusätzlichen Verkehrsleistungen im Bediengebiet Muldental sowie die Übernahme der Verkehrsleistung im Bediengebiet Zwenkau zum Jahresbeginn hat sich der Leistungsumfang der Gesellschaft nahezu verdoppelt.

Das bilanzielle Gesamtvermögen der Gesellschaft hat sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt T€ 5.521 erhöht.

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 753 (2013: Jahresüberschuss T€ 93) und damit T€ 314 über den Erwartungendes Wirtschaftsplans 2014.

Es wurden Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt T€ 14.529 (2013: T€ 7.694) erzielt.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Investitionen in Höhe von insgesamt 5.353 TEUR getätigt. Die Businvestitionen in Höhe von 4.049 TEUR setzen sich zusammen aus Ersatzinvestitionen (11 Busse, T€ 2.702), der Übernahme des Fuhrparks Zwenkau (37 Busse, T€ 1.150) und der Klimatisierung von Bestandsfahrzeugen (26 Busse, T€ 197).

Die Regionalbus Leipzig GmbH wurde per 01.10.2014 unmittelbare Gesellschafterin der MDV GmbH. Der Gesellschafteranteil beträgt € 1.250,00 bzw. 1,7 % des Stammkapitals der MDV GmbH.

Für das Jahr 2015 wird im Bereich ÖPNV mit Erträgen von T€ 5.007 (Ist 2014: T€ 5.790) geplant. Aufgrund der Entwicklung des Einnahmeanspruchs der Gesellschaft im Einnahmeaufteilungsverfahren der MDV GmbH im zurückliegenden Jahr ist für das Jahr 2015 jedoch mit einem voraussichtlichen Ist in Höhe von T€ 5.960 zu rechnen.

Die **THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH** obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienverkehr (ÖPNV), freigestellten Schüler- sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmöln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und dem Landkreis Leipzig (Freistaat Sachsen).

Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienverkehrs nach § 42 PBefG wurden für das Bediengebiet Sachsen durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienverkehr für 13 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des neuen ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31.12.2023 verlängert.

Die im ÖPNV entstehenden Verluste werden 2014 durch die bestehenden öffentlichen Dienstleistungsaufträge (Landkreis Altenburger Land und Landkreis Leipzig) ausgeglichen. Die Ausgleichsleistungen aus dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag (Landkreis Altenburger Land) bewegen sich auf dem Vorjahresniveau und sind damit schon das fünfte Jahr unverändert. Im Landkreis Leipzig wurden erstmals die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA im Rahmen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages

bereitgestellt. Diese beinhalten auch die Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG und die Durchtarifizierungsverluste.

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich zum 31. Dezember 2014 um 3,5 % auf EUR 19,3 Mio. erhöht.

Die Umsatzerlöse betragen TEUR 10.808 (Vorjahr: TEUR 12.228). Im Kerngeschäft – dem ÖPNV – konnten bei leicht gesunkenen Fahrgastzahlen höhere Fahrgeldeinnahmen (aus eigenen Verkaufsvorgängen + TEUR 126) erzielt werden. Diese sind insbesondere auf die Wirkung der Einführung S-Bahn Mitteldeutschland und PlusBus-Netz sowie der Tarifierungsanpassungen zum 1. August 2013 und 1. August 2014 zurückzuführen. Die Umsätze aus Schüler- und Mietwagenverkehr verzeichnen einen leichten Rückgang zum Vorjahr.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden TEUR 2.318 (Vj. TEUR 2.479) in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die Finanzierung erfolgte mit TEUR 1.205 aus Fördermitteln, mit T€ 890 durch Kreditaufnahmen und im Übrigen aus die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA der Aufgabenträger und durch Eigenmittel.

Für das Geschäftsjahr 2015 rechnet die THÜSAC gemäß der Wirtschaftsplanung mit einem negativen Ergebnis, insbesondere im Bediengebiet Thüringen. Im Geschäftsjahr 2016 erwartet das Unternehmen unter Beachtung, dass eine Anpassung der Ausgleichsleistungen für den Landkreis Altenburger Land erfolgt, ein ausgeglichenes Ergebnis.

Der Jahresabschluss 2014 der **Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV)** weist gemäß gesellschaftsrechtlicher Regelung ein ausgeglichenes Ergebnis aus. Die von den Gesellschaftern gezahlten und aus den Vorjahren übertragenen Zuschüsse von 2.469 TEUR wurden in Höhe von 2.233 TEUR in Anspruch genommen. Der nicht verbrauchte Zuschuss in Höhe von 236 TEUR wurde passiviert. Die Gesellschafterversammlung hat am 5.12.2013 beschlossen, Mittel der Vorjahre nach 2014 (51 TEUR) und nach 2015 (71 TEUR) zu übertragen. Die Verwendung der nicht verbrauchten und nicht bereits übertragenen Mittel in Höhe von 114 TEUR wurde der Gesellschafterversammlung am 17.07.2014 zur Entscheidung vorgelegt. Auch diese Mittel werden in das Jahr 2014 übertragen.

Die Einnahmen aus den Tarifierlösungen der Verkehrsunternehmen stiegen 2014 um 14,1 Mio. Euro, d. h. 8,1 % gegenüber dem Vorjahreszeitraum, und damit auf insgesamt 188,4 Mio. Euro.

Die Aufgaben der Verbundgesellschaft in den nächsten Jahren 2015 und 2016 werden wesentlich durch die Ergebnisse des Strategieprozesses „MDV 2015“ bestimmt sein.

Die Risiken der künftigen Entwicklung werden durch die Geschäftsführung als gering eingestuft, da die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und gemäß Gesellschaftsvertrag von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt ist. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Im Bereich des schienengebundenen Personennahverkehrs ergeben sich für den Landkreis keine unmittelbaren finanziellen Verpflichtungen, da der **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** zur Finanzierung der Ausgaben die entsprechenden Mittel durch den Freistaat Sachsen erhält.

## Entsorgung

Die Umsätze der **KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH** liegen gegenüber dem Vorjahr um 4,4 % auf 7,9 Mio. EUR.

Der Jahresüberschuss beträgt 337 TEUR. Ursächlich waren ein höherer Nettoertrag sowie die unter der Planung liegenden tatsächlichen Abschreibungen sowie niedrigere Fahrzeugkosten.

Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von 2.060 TEUR getätigt. Die Investitionsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2014 wurden bezüglich der Fahrzeugtechnik in Höhe von 525 TEUR sowie des Behältertausches Restabfall in Höhe von 1.034 TEUR mit Fremdmitteln finanziert.

Durch das Geschäftsmodell der KELL sind bei den Erträgen zukünftig keine größeren Ausschläge nach oben oder unten zu erwarten. Durch die LSP-Kalkulation kann man von stabilen Ertrags Erwartungen ausgehen. Allerdings sind dadurch auch Ertragszuwächse unwahrscheinlich.

Der **Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen** schließt das Jahr 2014 mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Die Gesamterträge geplant mit 7.772.750 EUR (Vorjahr 7.716.200 EUR) wurden mit 6.912.931,23 EUR (Vorjahr: 7.436.194,07 EUR) erfüllt und liegen mit 859.800 EUR unter dem Plan (Vorjahr 280.005,93 EUR unter Plan). Die Umsatzerlöse liegen mit 590 TEUR unter dem Planansatz (Vorjahr 218 TEUR unter Plan). Grund ist der erhebliche Rückgang der Rohware bzw. die niedrigen Verkaufserlöse.

Die abschließend ermittelte Höhe der Verbandsumlage beträgt insgesamt 1.018.018,57 EUR (Vorjahr: 1.066.742,59 Euro). Die Vorauszahlungen der Verbandsmitglieder betragen 1.149.664 EUR (Vorjahr: 1.112.703,00 Euro), so dass nach Feststellung der Jahresrechnung Rückzahlungen vorzunehmen sind. Für den Landkreis Leipzig beträgt die Rückzahlung 9.614,68 EUR (Vorjahr: 11.798,89 EUR) bei einem zunächst gezahlten Umlagebeitrag in Höhe von 81.884,00 Euro.

Für den **Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW)** erfolgte der Feststellungsbeschluss für den Jahresabschluss zum 31.12.2014 in der am 14.12.2015 stattgefundenen Verbandsversammlung. Der Jahresabschluss wurde von der Deloitte&Touche GmbH geprüft und hat zu keinen Einwendungen geführt. Dem Jahresabschluss und dem Lagebericht wurde der uneingeschränkte Bestätigungsvermerk erteilt. Die örtliche Prüfung des ZAW für das Wirtschaftsjahr 2014 wurde vom Rechnungsprüfungsamt der Stadt Leipzig (RPA Leipzig) vorgenommen.

Mit dem Jahresgewinn 2014 in Höhe von 992.289,64 EUR erhöht sich das Eigenkapital zum 31.12.2014 auf 2.331.411,64 EUR (Vorjahr: 1.339.122,00 EUR). Die Geschäftsleitung prognostiziert auch für die Folgejahre positive Jahresergebnisse.

## Sparkassen

**Die Sparkasse Muldental** mit Sitz in Grimma ist eine Sparkasse mit kommunalem Träger im Freistaat Sachsen. Träger ist der Landkreis Leipzig. Die Sparkasse ist Mitglied im Ostdeutschen Sparkassenverband (OSV). Insgesamt wurde ein konstanter Jahresüberschuss in Höhe von 1,4 Mio. EUR erreicht. In der Anhörung zur Verwendung des Jahresüberschusses wurde beschlossen, dem Kreistag eine Ausschüttung an den Landkreis Leipzig aus dem Jahresüberschuss in Höhe von 200.000 EUR vorzuschlagen. Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 07.10.2015 die Ausschüttung über 200.000 EUR beschlossen. Um diesen Teilbetrag verringert sich somit die Zuführung des Bilanzgewinns zur Sicherheitsrücklage. Im folgenden Beteiligungsbericht wird kein weiterer Bezug zur Sparkasse Muldental genommen. Es besteht kein Beteiligungsverhältnis und somit ist nach SächsGemO kein Beteiligungsbericht zu erstellen.

Zum Ablauf des 31. Dezember 2012 sind der **Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig** und der Landkreis Nordsachsen aus der Sachsen-Finanzgruppe ausgeschieden. Seitdem ist die Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wieder in kommunaler Hand. Träger der Sparkasse sind der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig (mit rd. 85,85 %) und der Landkreis Nordsachsen (mit rd. 14,15 %). Das Verhältnis der übernommenen Trägerschaft entspricht den vormaligen Beteiligungen der übernehmenden Träger an der SFG, bezogen auf die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, zum Ausscheidenszeitpunkt. Mit der Rückübertragung der Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig ist die bisherige originäre Aufgabe des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig, d. h. die Wahrnehmung der sog. trägerschaftlichen Rechtsbefugnisse, entfallen. Die Rechtsaufsichtsbehörde erteilte am 6. August 2013 die erforderliche Genehmigung zu der beschlossenen Auflösung des Zweckverbandes. Die Genehmigung der Auflösung wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 40/2013 vom 4. Oktober 2013 bekannt gemacht. Am Tage nach der öffentlichen Bekanntmachung der Genehmigung im Sächsischen Amtsblatt, also am 5. Oktober 2013, trat die Auflösung des Zweckverbandes für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig in Kraft. Die gesetzlichen Trägerbefugnisse werden seit dem von der Trägerversammlung wahrgenommen. Damit übernimmt die Trägerversammlung insbesondere die dem „Hauptorgan des Trägers“ gemäß ÖRKSF-G obliegenden Zuständigkeiten. Entsprechende Regelungen zur Trägerschaft, zur Ausübung der Trägerbefugnisse sowie zu sonstigen Vorstellungen der beteiligten unmittelbaren und mittelbaren kommunalen Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig wurden in einer Trägervereinbarung getroffen. Ein wichtiger perspektivischer Punkt für den Sparkassenzweckverband und die beteiligten Gebietskörperschaften ist jedoch der im Rahmen der neuen Trägerstruktur für die Sparkasse Leipzig ausdrücklich befürwortete und in der Trägervereinbarung bereits angelegte „Schritt 2“ hinsichtlich einer künftigen Neuordnung der Trägerstruktur und trägerschaftlicher Beziehungen. So sollen auf mittlere Sicht, d. h. nach erfolgter Rückführung sämtlicher Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem SFG-Austritt durch die Träger, die Stadt Leipzig, der Landkreis Leipzig und der Landkreis Nordsachsen direkte Träger der Sparkasse werden. Der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig soll dann aufgelöst werden.

## Informationstechnologie (IT)

Für den **Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)** wurde der Jahresabschluss zum 31.12.2014 in der Verbandsversammlung am 30.09.2015 festgestellt. KISA befindet sich in einer sehr schwierigen wirtschaftlichen Situation.

2012 entstand ein Jahresfehlbetrag von 4.625 TEUR. Die Bilanz weist zum Abschlussstichtag einen „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ in Höhe von 4.030 TEUR aus.

Im Geschäftsjahr 2013 entstand erneut ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 1.663 TEUR. Die Bilanz weist zum Abschlussstichtag 2013 einen „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ in Höhe von 5,7 TEUR aus.

Im Geschäftsjahr 2014 beträgt der Jahresfehlbetrag 1.214 TEUR. Die Bilanz weist zum Abschlussstichtag 2014 einen „Nicht durch Eigenkapital gedeckten Fehlbetrag“ in Höhe von 6,9 TEUR aus.

Dieser lässt sich nur durch Erhebung von Umlagen in nennenswertem Umfang abbauen. Nach § 12 Abs. 3 SächsEigBVO ist dafür eine Frist von bis zu drei Jahren vorgesehen.

Für den Landkreis Leipzig sind folgende Umlagen geplant:

2015 77.765,75 Euro

2016 51.843,83 Euro

2017 25.921,92 Euro

Mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2014 hat die GISA GmbH den von der KISA Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen, KdöR, Leipzig, gehaltenen Geschäftsanteil (10 %) an der SASKIA Informations-Systeme GmbH, Chemnitz, käuflich erworben. Mit Kaufvertrag vom 11. Dezember 2014 hat die GISA GmbH alle Geschäftsanteile (100 %) der SASKIA Informations-Systeme GmbH, Chemnitz, mit wirtschaftlicher Wirkung zum 1. Januar 2014 an die Robotron Datenbank-Software GmbH, Dresden, verkauft.

## Zusammenfassung

Die sich aus den Jahresabschlüssen und Jahresrechnungen der Unternehmen und Zweckverbände ergebenden Risiken wurden ausreichend dargestellt.

Borna, den 29.02.2016

Übersicht über die Finanzbeziehungen des Landkreises									
Name des Eigenbetriebs, Zweckverbands, Unternehmens	Stammeinlage/ Haftungskapital			Verlustabdeckungen und sonstige Zuschüsse aus dem Kreis- haushalt		Gewinnabführung an den Landkreis		Bürgschaften/ sonstige Gewährleistungen des Landkreises	Sonstige gewährte Vergünstigungen
	Gesamt in €	Anteil absolut in €	Anteil in %	2013 in €	2014 in €	2013 in €	2014 in €	2014 in €	2014 in €
<b>Kultur und Bildung</b>									
<i>Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	692.426,64	715.808,61	0,00	0,00	0,00	
<i>Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	786.637,43	928.073,89	0,00	0,00	0,00	
<i>Kulturraum Leipziger Raum</i>	0,00	0,00	0,00	1.932.888,02	2.139.333,05	0,00	0,00	0,00	
<b>Gesundheit/Soziales</b>									
<i>Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft</i>	25.000,00	25.000,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Altenheimgesellschaft MuldentalgGmbH</i>	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)</i>	0,00	0,00	0,00	587.023,56	609.125,85	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen</i>	0,00	0,00	0,00	74.901,11	81.884,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Kommunaler Sozialverband Sachsen</i>	0,00	0,00	0,00	21.449.245,72	21.647.008,44	0,00	0,00	0,00	
<b>Wirtschaftsförderung/Tourismus</b>									
<i>WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.</i>	30.750,00	30.750,00	100,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Aufbauwerk Region Leipzig GmbH</i>	25.600,00	6.000,00	23,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Technologie Zentrum Borna GmbH</i>	230.081,34	49.084,02	21,33	720,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Invest Region Leipzig GmbH</i>	150.000,00	22.500,00	15,00	106.250,00	255.000,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Regionaler Planungsverband Westsachsen</i>	0,00	0,00	0,00	10.600,00	10.300,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	16.400,00	16.400,00	0,00	0,00	0,00	
<b>Verkehr</b>									
<i>Regionalbus Leipzig GmbH</i>	25.564,59	25.564,59	100,00	2.659.697,62	8.948.678,00	0,00	0,00	0,00	
<i>THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH</i>	260.000,00	13.000,00	5,00	1.637.091,54	2.952.000,00	0,00	0,00	0,00	

Übersicht über die Finanzbeziehungen des Landkreises									
Name des Eigenbetriebs, Zweckverbands, Unternehmens	Stammeinlage/ Haftungskapital			Verlustabdeckungen und sonstige Zuschüsse aus dem Kreis- haushalt		Gewinnabführung an den Landkreis		Bürgschaften/ sonstige Ge- währ- leistungen des Landkreises	Sonstige ge- währte Ver- günstigungen
	Gesamt in €	Anteil abso- lut in €	Anteil in %	2013 in €	2014 in €	2013 in €	2014 in €	2014 in €	2014 in €
<i>Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)</i>	73.500,00	2.600,00	3,54	77.065,80	78.977,40	0,00	0,00	0,00	
<i>Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH</i>	51.129,19	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband für den Nahverkehrs- raum Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Ver- und Entsorgung									
<i>KELL Kommunalentsorgung Land- kreis Leipzig GmbH</i>	331.000,00	331.000,00	100,00	0,00	0,00	7.143,00	8.954,40	2.812.950,00	
<i>Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Sonstiges									
<i>Servicegesellschaft Muldentale mbH</i>	25.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Kommunale Datennetze GmbH (KDN)</i>	60.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Lecos GmbH</i>	200.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
<i>Zweckverband Kommunale Informa- tionsverarbeitung Sachsen (KISA)</i>	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
Gesamt	1.512.625,12	505.498,61		30.030.947,44	38.382.589,24	7.143,00	8.954,40	2.812.950,00	



## **Teil II**

### **Einzeldarstellung der Eigenbetriebe**

- 1. Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig**
- 2. Musikschulen des Landkreises Leipzig**

# Kommunaler Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie des Landkreises Leipzig

## Beteiligungsübersicht

Lüptitzer Straße 2  
04808 Wurzen

Tel. 03425 90470  
Fax 03425 904718  
Email thomas.friedrich@vhs-muldental.de

Gründungsdatum 01.01.2012  
Rechtsform Eigenbetrieb  
*Gründung durch Beschluss am 06.07.2011*

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Kommunale Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie setzt sich aus den Betriebsteilen Volkshochschule Leipziger Land, Volkshochschule Muldental, Berufliches Qualifikationszentrum und dem Schullandheim Bennewitz zusammen. Das Mehrgenerationenhaus Markranstädt wird als Projekt der VHS LL geführt. Die Volkshochschule bietet allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit, ihre Bildung zu vertiefen und zu erweitern. Sie soll durch die Weiterbildungsangebote dabei helfen, die allgemeinen und beruflichen Qualifikationen zu erweitern sowie wirtschaftliche, soziale und politische Verhältnisse beurteilen und interessenorientiert mit gestalten zu können. Das Schullandheim unterbreitet ein Ergänzungsangebot zur schulischen Bildung der Grund- und Mittelschulen sowie Gymnasien. Im Besonderen leistet es einen Beitrag zur Umweltbildung, zum Naturschutz sowie zur sozialen Bildung und Kommunikation der Schüler.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	715.808,61
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Lagebericht 2014

**Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

### **1. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

Der kommunale Eigenbetrieb WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig vereinigt die Volkshochschulen Leipziger Land und Muldental, das BerufsQualifikationsZentrum und das Schullandheim Bennewitz. Der Weiterbildungsbetrieb ist gemeinnützig tätig und entsprechend der Satzung ist eine Gewinnerzielungsabsicht auf Dauer ausgeschlossen.

Die Struktur des Eigenbetriebes teilt die Volkshochschule Leipziger Land (VHS LL) und die Volkshochschule Muldental (VHS MTL) in selbstständige Verantwortungsbereiche, was sich in der Benennung von zwei Leitern, die gleichzeitig als stellvertretende Betriebsleiter fungieren, dokumentiert. Das Schullandheim (SLH) und das BerufsQualifikationsZentrum (BQZ) sind dem Betriebsleiter direkt unterstellt.

Das Wirtschaftsjahr 2014 endete mit einem ausgeglichenen Ergebnis. Dieses Ergebnis wurde aufgrund eines guten Geschäftsverlaufes erreicht.

Die Umsatzerlöse im klassischen VHS-Bereich lagen für die VHS Muldental auf Höhe der Planzahlen und auf dem Niveau von 2013. Die für die VHS Leipziger Land geplanten deutlichen Umsatzsteigerungen konnten erreicht werden. Aufgrund einer erweiterten Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter (KJC) des Landkreises Leipzig konnten in den beiden Volkshochschulen im Fachbereich Berufliche Bildung Erträge erzielt werden, die deutlich über dem Planansatz lagen. Die Zuordnung dieser Erträge zu den Volkshochschulen ist durch die Umsetzung der Bildungsmaßnahmen durch das VHS Personal begründet. Die Erträge wurden als Erträge BQZ ausgewiesen. Die Ertragslage im BQZ lag deutlich über dem Planansatz. Die in diesem Betriebszweig geführten Bewerbercenter arbeiten auf der Grundlage einer Vollkostendeckung und leisten so einen positiven Deckungsbeitrag zu den allgemeinen Betriebs- und Personalkosten. Für das Schullandheim wurden die Planzahlen überschritten.

Im Wirtschaftsjahr ist es durch erfolgreiche Projektakquise gelungen, zusätzliche Mittel einzuwerben. Wesentlich waren dabei die Projekte telc Trainings- und Kompetenzzentrum, Mitarbeiterfortbildung, Alphabetisierung und weitere kleinere Projekte, die durch das SBI als innovative Projekte gefördert wurden. Eine Fortsetzung hat das Projekt „Junior ranger“ mit Förderung durch den Kinder- und Jugendplan des Bundes erfahren. Des Weiteren erhielten wir Mittel aus dem Projekt „Globales Lernen“ von dvv International. Durch das Hochwasser im Juni des Jahres 2013 entstand dem Eigenbetrieb erheblicher Schaden, der nicht durch Versicherungen ausgeglichen werden konnte (Eigenbeteiligung). Ein Teil der entstandenen Schäden an Ausstattung und Lehrmitteln wurden im Wirtschaftsjahr 2014 aus eigener Kraft ausgeglichen.

Zusammenfassend ist festzustellen:

Insgesamt wurde an den Eigenbetrieb durch den Landkreis Leipzig ein Zuschuss in Höhe von 715.808,61 EUR gewährt. In dieser Summe ist ein Zuschuss in Höhe von 8.708,61 € enthalten, um ein ausgeglichenes Ergebnis 2014 zu erzielen. Durch die Zuschussgewährung werden keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt. Die Planvorgaben des Eigenbetriebes für die Umsatzerlöse wurden im Jahr 2014 um 10,1% überboten, was Mehreinnahmen von TEUR 176 entspricht.

(Umsatzerlöse Plan: 1.739.495,00 € Umsatzerlöse Ist 1.915.983,02 €).

Die Umsätze der WeiterbildungsAkademie sind wie folgt darzustellen:

VHS MTL: WP 2014 557.280,00 € Ist 551.285,79 €

BQZ MTL: WP 2014 271.253,00 € Ist 448.023,68 €

VHS LL: WP 2014 356.400,00 € Ist 389.227,76 €

BQZ LL: WP 2014 330.562,00 € Ist 418.282,24 €

Die Einnahmen des Schullandheimes lagen über Plan:

SLH: WP 2014 100.000,00 € Ist 108.917,05 €

## 2. Darstellung der Lage des Eigenbetriebes

Das Eigenkapital sowie die Rückstellungen haben sich im Berichtsjahr wie folgt entwickelt:

### A. Eigenkapital

#### I. Rücklagen

1. Kapitalrücklage	1.215.246,62	1.238.919,94	-23.673,32
	1.215.246,62	1.238.919,94	-23.673,32

#### II. Gewinn/Verlust

Jahresverlust/ -gewinn	0,00	0,00	0,00
	1.215.246,62	1.238.919,94	-23.673,32

## B. Sonderposten aus Investitionszuschüssen

	31.12.2014	31.12.2013
	EUR	EUR
Anfangsbestand	2.157.788,67	2.260.469,02
Zugänge	26.063,62	0,00
Abgänge	633.670,32	0,00
Auflösungen	75.841,18	102.680,35
Endstand	1.474.340,79	2.157.788,67

Die Sonderposten wurden zum 01.01.2012 vom Landkreis übernommen und stammen aus den ehemaligen Eigenbetrieben Kultuseinrichtungen für die Volkshochschule Leipziger Land und Kultur und Weiterbildung für die Volkshochschule Muldentale und das Schullandheim. In diesem Zusammenhang wurde aus Fördermitteln des Landes Anlagevermögen angeschafft. Die Sonderposten werden in Höhe der Abschreibung der zugehörigen Wirtschaftsgüter aufgelöst.

Die für das Gebäude 04668 Grimma, Schulstraße 72, gebildeten Sonderposten wurden entsprechend Beschluss des Kreistages 2013/109 dem Eigenbetrieb Musikschulen des LK L zugeordnet und als Abgänge bei der WALL berücksichtigt. Für den Bau einer Rollstuhlrampe (Förderprogramm Eingliederungshilfe/Investitionsprogramm 2014) wurde für das Gebäude in Geithain ein Sonderposten gebildet.

## C. Rückstellungen

	Stand 01.01.2014 EUR	Inanspruch- nahme EUR	Auflösung EUR	Bildung/ Erhöhung EUR	Auf-/Ab- Zinsung EUR	Stand 31.12.2014 EUR
Jahresabschluss- und Prüfungskosten	3.075,00	3.075,00		6.075,00		6.075,00
Rückstellung für Archivierung	0,00			1.000,00		1.000,00
Rückzahlung Fördermittel	2.500,00			4.886,95		7.386,95
Altersteilzeit	247.440,01	63.695,23	29.928,63		5.083,85	158.900,00
ausstehende Rechnungen	18.729,64					18.729,64
						0,00
	271.744,65	66.770,23	29.928,63	11.961,95	5.083,85	192.091,59

Die Rückstellungen sind gemäß § 253 Abs. 1 Satz 2 HGB in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags angesetzt. Dabei werden künftige Preis- und Kostensteigerungen einbezogen. Sofern die Laufzeit der Rückstellung größer ein Jahr ist, erfolgt eine Abzinsung gemäß § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem der Restlaufzeit entsprechenden durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre (Abzinsungssätze der deutschen Bundesbank). Die Alterszeitrückstellungen wurden nach den Grundsätzen IDW RS HFA 3 gebildet.

Die Zahlungsfähigkeit des Betriebes wurde ganzjährig gewährleistet.

## D. Umsatzerlöse

Die wesentlichen Umsatzerlöse gliedern sich folgendermaßen:

Bereich	Umsatzerlöse 2014	Umsatzerlöse 2013	Differenz	Differenz
	EUR	EUR	EUR	%
VHS LL	389.227,76	453.012,79	-63.785,03	-14,08
VHS MTL	551.285,79	560.405,69	-9.119,90	-1,63
SLH	108.917,05	97.994,90	10.922,15	11,15
BQZ	866.305,92	437.820,95	428.484,97	97,87
	1.915.736,52	1.549.234,33	366.502,19	23,66

An der Volkshochschule Leipziger Land wurden im Jahr 2014 insgesamt 534 Kurse mit 12.566 Unterrichtsstunden und 4.620 Teilnehmern veranstaltet. Insgesamt wurden in der Volkshochschule Muldental 688 Kurse mit 15.962 Unterrichtsstunden und 8.008 Teilnehmern durchgeführt.

Die außergewöhnliche Steigerung der Erträge aus Umsätzen erklärt sich durch eine stabile Ertragslage in den Volkshochschulen und dem Schullandheim in Bennewitz, sowie wesentlich durch deutlich ausgeweitete Geschäftsbeziehungen mit dem Kommunalen Jobcenter des Landkreises Leipzig. Im Wirtschaftsjahr 2014 stieg die Zahl der Weiterbildungsmaßnahmen für Leistungsempfänger des Kommunalen Jobcenters außerhalb der vertraglich geregelten Übernahme der Bewerbercenter deutlich an. Eine Aussage, dass diese Entwicklung sich auch 2016 fortsetzt, ist derzeit nicht gesichert möglich, wird aber angestrebt. Die Ertragssteigerung wurde ohne zusätzliches festangestelltes Personal in der Pädagogischen Leitungsebene erzielt.

## E. Personal

Im Wirtschaftsjahr 2014 stellt sich der Personalaufwand wie folgt dar:

	2014	2013
	EUR	EUR
Löhne und Gehälter	1.109.958,45	976.266,67
Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersvorsorge	258.871,39	280.233,61
	1.368.829,84	1.256.500,28

In 2014 war für vier vollbeschäftigte Mitarbeiter der Volkshochschule Muldental und fünf vollbeschäftigte Mitarbeiter der Volkshochschule Leipziger Land die Arbeitszeit auf freiwilliger Basis auf 95% und eine Mitarbeiterin der VHS Muldental auf 90% gesenkt.

Alle anderen Mitarbeiter der Volkshochschulen Muldental und Leipziger Land und des Schullandheimes haben ihre Arbeitszeiten entsprechend ihrer Arbeitsverträge beibehalten. Für das BerufsQualifikations-Zentrum wurden fünf Mitarbeiter in Teilzeit (je 0,75 VbE) befristet eingestellt. Die Beschäftigtenzahl betrug im Wirtschaftsjahr 30.

## 3. Chancen und Risikobericht

### Chancen:

Der Eigenbetrieb WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig nahm zum 01.01.2012 seine Tätigkeit auf. Er verzeichnete im Wirtschaftsjahr 2014 eine positive wirtschaftliche Entwicklung aller Betriebszweige. Aufgrund der Investitionen im Wirtschaftsjahr 2014, hat sich die Liquidität leicht verschlechtert. Für 2015 werden die im Finanzplan vorgesehenen Investitionen in der Höhe planmäßig nicht überschritten.

Die Zusammenarbeit der WeiterbildungsAkademie mit dem Kommunalen Jobcenter des Landkreises Leipzig hat sich 2014 weiter positiv entwickelt. Neben der Durchführung der Bewerbercenter gab es eine deutliche gestiegene Zahl von weiteren Bildungsmaßnahmen, mit denen der Eigenbetrieb durch das Kommunale Jobcenter des Landkreises Leipzig beauftragt wurde. Diese wurden in den beiden Volkshochschulen umgesetzt. Für 2015 wird von einer weiterhin stabilen Zusammenarbeit mit dem Kommunalen Jobcenter ausgegangen. Ab 2. Quartal 2014 gab es eine Erweiterung der Bewerbercenter um ein zusätzliches Modul. Der dafür erforderliche Personalbedarf wurde zunächst über freie Mitarbeit akquiriert. Für 2015 ist eine diesbezügliche Aufstockung im Stellenplan umgesetzt.

Die Zusammenarbeit mit den Schulen der Region auf der Grundlage der abgeschlossenen Kooperationsverträge hat sich für die Volkshochschule Muldental weiter positiv entwickelt. Eine Fortsetzung und ein Ausbau der Zusammenarbeit werden angestrebt. Der Aufbau des Außenstellennetzes in der Volkshochschule Leipziger Land verläuft planmäßig und zeigt sich auch in 2015 durch weiter deutlich gestiegene Nachfrage nach den Kursen. Ebenfalls positiv verläuft der Aufbau der Kooperationsvereinbarungen mit den Schulen. Für die Volkshochschule Leipziger Land wird für 2015 aufgrund dieser Entwicklung mit einer weiteren Steigerung der Kurs- und Teilnehmerzahlen sowie der Erträge durch Entgelte gerechnet.

In Zusammenarbeit mit der gemeinnützigen telc GmbH, einer 100%igen Tochtergesellschaft des Deutschen Volkshochschul-Verbandes mit Sitz in Frankfurt/Main wurde im Herbst 2013 ein Trainings- und Kompetenzzentrum (tTK) an der Volkshochschule Muldental eingerichtet. Durch dieses Zentrum wird die Zusammenarbeit mit den Unternehmen in der Region in den nächsten Jahren deutlich ausgebaut werden. Zur Einrichtung der Unterrichtsräume und zur Unterstützung der Außendarstellung wurde von der telc eine Projektförderung in Höhe von 28.000,00 € zur Verfügung gestellt. Für den Herbst 2015 ist die Eröffnung eines weiteren Trainings- und Kompetenzzentrums, angegliedert an die VHS LL, geplant.

#### **Risiken:**

Im Jahr 2013 wurde das Controlling in der WeiterbildungsAkademie vollständig überarbeitet und mit Wirkung zum 01.01.2014 eingeführt. Das neue Controllingsystem basiert auf Monatsberichten, die die finanzielle und statistische Entwicklung darstellen. Ergänzt wird das Controlling durch die Erstellung einer Halbjahresbilanz.

Bestandteile der Monatsberichte sind:

##### **Finanzberichte**

1. die Einnahmen und Ausgaben entsprechend des Kontenplans darstellen
2. die Einnahmen und Ausgaben im Vergleich zum Wirtschaftsplan darstellen
3. die Einnahmen und Ausgaben im Vergleich zu den Vorjahreswerten darstellen

##### **Statistikberichte**

1. die Anmeldezahlen im Vergleich zu den Vorjahren gesamt und für die Fachbereiche darstellen
2. die Anmeldezahlen kumuliert zum Zeitpunkt des Semesterstart darstellen

#### **Risikoeinschätzung 2015:**

Das Risiko für 2015 wird gering bewertet. Sowohl die Erträge aus Entgelten als auch die Zuschüsse des Landkreises und des Freistaates für die beiden Volkshochschulen werden derzeit in Höhe der Planzahlen erwartet.

Ein nicht exakt einzuschätzendes Risiko besteht in den geplanten Spenden. Die Höhe der Spenden der Sparkasse Leipzig und der Sparkasse Muldental werden jeweils erst in der Verwaltungsratssitzung in der Mitte des Jahres bei Vorliegen der Jahresabschlüsse festgesetzt. Derzeit gibt es keine Anzeichen für eine gegenüber 2014 geänderte Spendenpraxis der Kreditinstitute. Wenn die Zahlen endgültig feststehen, erfolgt im Rahmen des Controllings eine zahlenmäßige Prüfung.

Eine Aussage über die Entwicklung der Zusammenarbeit mit den Wirtschaftsunternehmen der Region ist derzeit nicht möglich. Damit dieser Entwicklung aber keine Ertragserwartungen für 2015 verknüpft sind, ist das Risiko gering. Eine Zahlungsunfähigkeit wird für 2015 nicht erwartet. Für diesen Fall wäre der Landkreis verpflichtet, die Zahlungsfähigkeit für den Eigenbetrieb herzustellen (SächsLKRO). Der Schuldenstand ist nahezu Null. Rechtsauseinandersetzungen bestehen zurzeit nicht.

Risikoeinschätzung 2016 ff:

Für die Jahre 2016 ff wird mit einer stabilen Entwicklung des Unternehmens gerechnet. Die Umsetzung der Unternehmensstrategie lässt steigende Erträge aus Entgelten erwarten. Demgegenüber entstehen für 2016 höhere Aufwendungen für Honorare in Höhe von 60.000,00 €. Für die Jahre 2016/2017 ist nach derzeitigem Stand der Haushaltsplanung des Freistaates mit stabiler Landesförderung zu rechnen. Eine Aussage darüber hinaus lässt sich nicht treffen. Die Zuschüsse für die WeiterbildungsAkademie des Landkreises Leipzig basieren auf der mittelfristigen Finanzplanung des Landkreises Leipzig. Derzeit besteht ein geringes Risiko durch den Tarifabschluss, der über der vom Landkreis geplanten Steigerungsrate liegt.

Das Risiko bei der Einwerbung von Projektmitteln ist aufgrund sich ständig ändernder Förderbedingungen nicht sicher zu beschreiben. Da in der Wirtschaftsplanung der WeiterbildungsAkademie Projektmittel nur eine marginale Rolle spielen, ist das Risiko ebenfalls gering.

#### **4. Prognosebericht**

Die durch den Kreistag beschlossene Strukturänderung bei den Eigenbetrieben im Bereich kommunal verantworteter Weiterbildung hat sich als richtige Entscheidung erwiesen. Die wirtschaftliche Entwicklung bis dato sowie die erwartete Entwicklung der nächsten Jahre bestätigen dies. Das wesentliche Ziel, durch Steigerungen bei den eigenerwirtschafteten Erträgen die Steigerung des Zuschussbedarfes durch den Landkreis auf dem Niveau der Steigerung der Personalkosten festzusetzen, ist realistisch. Die erfolgreiche Umsetzung der Unternehmensstrategie wird auch in den nächsten Jahren die erforderliche Steigerung der Erträge aus Entgelten ermöglichen. Insbesondere bietet die Strategielinie „Wirtschaftsunternehmen der Region“ erhebliches Entwicklungspotential. Auch in der Strategielinie „Zusammenarbeit mit Schulen“ wird von einer positiven Entwicklung in den nächsten Jahren ausgegangen. Die Strategielinie „Klassische VHS“ ist gekennzeichnet durch ein Sicherung des Status Quo bei der VHS Muldental und weitere Umsatzsteigerungen der VHS Leipziger Land. Für das BerufsQualifikationsZentrum wird eine weiterhin positive Entwicklung erwartet. Das Schullandheim befindet sich in einem stabilen Zustand bei konstant guter Nachfrage.

Die Umsetzung der Strategielinie „Projekte“ orientiert sich auf Projekte, die wirtschaftlich sinnvoll sind und inhaltlich in das Produktportfolio der WeiterbildungsAkademie passen. Eine Prognose ist aufgrund der schon beschriebenen Unstetigkeit und der Abhängigkeit von politischen Entscheidungen nicht gesichert möglich.

#### **5. Vorgänge von besonderer Bedeutung**

Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Schluss des Wirtschaftsjahres nicht eingetreten.

#### **6. Finanzbeziehungen zum Landkreis Leipzig**

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis Leipzig sind durch die Haushaltssatzung des Landkreises sowie den Wirtschaftsplan des Eigenbetriebes geregelt. Die Finanzbeziehungen zum Kommunalen Jobcenter des Landkreises werden durch jährliche Verträge geregelt.

Wurzen, 28.April 2015

Dr. Gerhard Gey  
Landrat

Thomas Friedrich  
Direktor

# Kommunaler Eigenbetrieb Musikschulen des Landkreises Leipzig

## Beteiligungsübersicht

An der Wyhra 1A  
04552 Borna

Tel. 03433 269721  
Fax 03433 269720  
Email kanders@musikschule-leipzigerland.de

Gründungsdatum 01.01.2012  
Rechtsform Eigenbetrieb  
*Gründung durch Beschluss am 06.07.2011*

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der kommunale Eigenbetrieb Musikschulen setzt sich aus den beiden Betriebsteilen Musik- und Kunstschule "Ottmar Gerster" und der Musikschule Muldental "Theodor Uhlig" zusammen. Die Musikschulen bieten Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen eine Ausbildung in den Bereichen der bildenden und angewandten Kunst, der Musik und des Tanzes.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	928.073,89

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Lagebericht 2014

### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

#### **1. Allgemeines**

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen hat zum 01.01.2012 seine Arbeit aufgenommen. Er besteht aus der Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ und der Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“. Beide waren zuvor in Trägerschaft des Landkreises in andere Eigenbetriebsstrukturen eingebunden.

Das Jahresergebnis des Eigenbetriebes beträgt 0,00 EUR. Ein Vorschlag zur Gewinnverwendung bzw. zur Verlustdeckung ist daher nicht notwendig.

Die inhaltliche Arbeit der beiden Betriebsteile wird wie folgt erläutert:

#### Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“

Die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 20 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2014 von durchschnittlich ca. 2.100 Schülerinnen und Schülern pro Woche ganzjährig in Anspruch genommen (insgesamt ca. 2.850 Teilnehmer). Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit sechs Grundschulen im Landkreis durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 350 Schülerinnen und Schüler eingebunden. Insgesamt nahmen ca. 3.200 Teilnehmer im Jahr 2014 Angebote in Anspruch.



Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Schule im Wirtschaftsjahr 2014 242 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 27.300 Zuhörern und Zuschauern besucht wurden. Dies ist zugleich Spiegelbild des hohen Ansehens der Musikschule und der Verknüpfung mit zahlreichen Institutionen, Kommunen, Vereinen und Verbänden.

#### Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“

Die Musikschule Muldental „Theodor Uhlig“ unterbreitet im Landkreis Leipzig ein dezentrales Angebot an ca. 15 Unterrichtsorten. Dieser Unterricht wurde im Wirtschaftsjahr 2014 von durchschnittlich ca. 1.100 Schülerinnen und Schülern ganzjährig in Anspruch genommen (insgesamt ca. 1.350 Teilnehmer). Hinzu kamen Schülerinnen und Schüler in Projekten, u.a. dem Pilotprojekt des Freistaates Sachsen „Jedem Kind ein Instrument“, das in Kooperation mit sechs Grundschulen durchgeführt wird. Hier wurden noch einmal ca. 215 Schülerinnen und Schüler eingebunden. Insgesamt nahmen ca. 1.565 Teilnehmer im Jahr 2014 Angebote in Anspruch.

Als wichtige kulturelle Einrichtung der Region haben Solisten und Ensemble der Schule im Wirtschaftsjahr 2014 83 Veranstaltungen durchgeführt, die von ca. 11.850 Zuhörern und Zuschauern besucht wurden.

Weiterführende Aussagen finden sich unten.

## **2. Geschäftsverlauf und Lage des Eigenbetriebes**

Die Nachfrage nach Musikschulangeboten ist konstant. Mit Gründung des Kommunalen Eigenbetriebes Musikschulen wurde zugleich eine angepasste Gebührensatzung durch den Kreistag des Landkreises Leipzig verabschiedet, die der Preis- und Lohnentwicklung auf dem Musikschulmarkt Rechnung trug.

Die Gesamtkosten der beiden Musikschulen in den früheren Eigenbetrieben betrugen ca. 2,6 Mio. EUR. Der Aufwuchs auf ca. 3,1 Mio. EUR resultiert insbesondere aus höheren Abschreibungen, gestiegenen Personalkosten (Honorare, Löhne und Gehälter) und erhöhten Betriebsausgaben für das Gebäude in Markkleeberg.

Der Kommunale Eigenbetrieb Musikschulen legt mit dem Jahresabschluss 2014 ein ausgeglichenes Ergebnis vor.

Die Verbindlichkeiten gegenüber dem Landkreis betragen 37.563,93 EUR davon 36.826,11 EUR für nicht verbrauchte Zuschüsse.

### **Im Vergleich mit dem Wirtschaftsplan (Erfolgsplan) 2014 lässt sich folgendes feststellen:**

	<i>Plan 2014</i>	<i>Ist 2014</i>	<i>Erläuterungen (Abweichung mehr als 5%)</i>
	<i>T EUR</i>	<i>T EUR</i>	
1. Umsatzerlöse	1.125,0	1.127,9	
2. Sonstige betriebliche Erträge	1.916,8	1.954,0	
<b>Erträge GESAMT</b>	<b>3.041,8</b>	<b>3.081,9</b>	
5. Materialaufwand	576,0	596,0	
6. Personalaufwand	1.961,0	1.976,6	
7. Abschreibungen	192,0	173,5	Abnahme durch geringere Investitionen
8. Sonstige	312,8	335,8	Zunahme durch Reisekosten / Projekt „Bündnisse für Bildung“

<b>Aufwendungen GESAMT</b>	<b>3.041,8</b>	<b>3.081,9</b>
<b>Überschuss (+) / Fehlbetrag (-)</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>

### **3. Prognose**

Eine Änderung der Auslastung der beiden Musikschulen ist derzeit nicht erkennbar. Änderungen im Wirtschaftsplan 2015 können durch eine Änderung der Honorarsätze für freiberufliche Lehrkräfte sowie durch eine gleichzeitige Erhöhung der Gebühren eintreten. Für den Landkreis wird aus beiden Maßnahmen eine Kostenneutralität im Wirtschaftsjahr 2015 angestrebt. Für das Wirtschaftsjahr 2016 ist mit einer Personalkostenerhöhung von mindestens 2% durch tarifliche Vereinbarungen zu rechnen. Letztere liegen noch nicht vor.

### **4. Chancen und Risiken**

In den Beratungen der Betriebsleitung wurde das Risikomanagement für den Eigenbetrieb Musikschulen fortgeschrieben. In diesem Zusammenhang sei auf folgende Sachverhalte hingewiesen:

- Die wirtschaftliche Lage des Kommunalen Eigenbetriebes Musikschulen wird wesentlich durch die Zuwendungen des Landkreises Leipzig (Verlustrausgleich) bestimmt. Für das Wirtschaftsjahr 2015 liegt ein bestätigter Wirtschaftsplan vor, so dass die Aufgaben auch weiterhin wahrgenommen werden können. Nach Einschätzung des Direktors des Eigenbetriebes sind in der Zuschussgewährung keine EU-beihilferechtlichen Vorgaben verletzt.
- Entsprechend Wirtschaftsplan §§ 3 und 4 sind weder Kreditaufnahmen noch Verpflichtungsermächtigungen vorgesehen; Kassenkredite mussten bisher nicht in Anspruch genommen werden, da die Liquidität des Eigenbetriebes gesichert war.
- Eine Änderung der Fördermittelsituation durch den Freistaat Sachsen ist derzeit nicht erkennbar; für das Wirtschaftsjahr 2015 liegt jedoch noch kein entsprechender Zuwendungsbescheid vor.
- Eine Änderung der Fördermittelsituation durch den Kulturraum Leipziger Raum ist im Wirtschaftsjahr 2015 nicht geplant; der Kulturraum erhält im Wirtschaftsjahr 2015 jedoch deutlich weniger Mittel durch den Freistaat Sachsen. Die angekündigten Fördermittel für den Eigenbetrieb sehen jedoch keine Kürzung vor. Über eine Neuordnung der Förderung der Musikschulen durch den Kulturraum wird in einer Arbeitsgruppe der Landkreise Leipzig und Nordsachsen derzeit beraten.
- Im Rahmen des Bildungsprogrammes „Kultur macht stark – Bündnisse für Bildung“ hat die Musik- und Kunstschule „Ottmar Gerster“ für Projekte in Geithain und Kitzscher vom Verband deutscher Musikschulen (VdM) im Jahr 2014 und 2015 Fördermittel erhalten. Es ist geplant, eine Verlängerung der Projekte zu beantragen.
- Für Investitionen im Wirtschaftsjahr 2015 sind Mittel in Höhe von 60 TEUR im Wirtschaftsplan eingestellt. Diese beziehen sich vor allem auf die Anschaffung von Musikinstrumenten. Für die Beseitigung der Hochwasserschäden am Inventar der Musikschule Muldental wurden Rückstellungen gebildet. Da das Gebäude der Musikschule in Grimma, Schulstraße, zum Zeitpunkt des Hochwassers nicht dem Eigenbetrieb zugeordnet war, erfolgt die Regulierung der Schäden durch das Landratsamt bzw. den Eigenbetrieb Weiterbildungsakademie. Der Abschluss der Sanierungsmaßnahmen war zunächst für Juni 2014 geplant; die Maßnahmen sind jedoch noch nicht abgeschlossen, wenngleich das Gebäude seit Juni 2014 wieder nutzbar ist.
- Veränderungen in der Auslastung der Einrichtung sind nicht erkennbar.

Weitere Risiken sind derzeit nicht erkennbar.

Kern des Risikomanagements des Kommunalen Eigenbetriebes ist ein Risikofrüherkennungssystem. Dies beinhaltet

- Risikoidentifikation,
- Risikobewertung,
- Risikobewältigung einschließlich Risikokommunikation,
- Risikoüberwachung einschließlich Risikofortschreibung und
- Dokumentation.

Gegenüber dem Landratsamt Leipzig, Finanzverwaltung, wird regelmäßig ein Bericht zur Bewertung der Risiken erstellt.

## **5. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Wirtschaftsjahres**

Im Prüfungszeitraum (19.05.2015) kam es zu einem Online-Banking-Schadenfall. Durch einen Fremdzugriff auf das Konto des Eigenbetriebes entstand ein vorläufiger Schaden von 5.200,70 EUR. Neben einer sofortigen Sperrung des Kontos und der Meldung des Schadenfalles bei der Sparkasse Leipzig erfolgten die Erstattung einer Strafanzeige sowie die sofortige Überprüfung des Virenschutzes. Darüber hinaus wurde intern festgelegt, dass eine Nutzung des Internet-Bankings außerhalb des sfirm-Sparkassenprogrammes nicht mehr gestattet ist. Derzeit befindet sich der Vorfall in Prüfung der Sparkasse.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung im Sinne des § 289 Abs. 1 und 2 Nr. 1 HGB haben sich nach Ablauf des Geschäftsjahres nicht ereignet.

## **6. Finanzbeziehungen zum Landkreis**

Die Finanzbeziehungen zum Landkreis spiegeln sich im laufenden Wirtschaftsjahr insbesondere in zwei Positionen wider:

- a) Zuschuss des Trägers auf Grundlage des Wirtschaftsplanes bzw. des Haushaltplanes des Landkreises und
- b) Leistungsverrechnung für in Anspruch genommene Leistungen (insbesondere Leistungen des Haupt- und Personalamtes für Versicherungen, Arbeitssicherheit, Personalverwaltung u.ä.).

Dies sind Zuschüsse im Sinne des § 27, Abs. 3 SächsEigBVO.

Eine Gewinnabführung an den Landkreis erfolgt nicht. Kredite wurden nicht getätigt.

Mit der Zuordnung des Objektes 04668 Grimma, Schulstraße 72, im Wirtschaftsjahr 2014 zum Eigenbetrieb erfolgte durch den Landkreis eine Wertsteigerung des Anlagevermögens.

Borna, den 28.04.2015, aktualisiert am 29.06.2015

Dr. Anders  
Direktor

## **Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform**

**Unternehmen in der Privatrechtsform ab einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von 25 %**

- 1.     Regionalbus Leipzig GmbH**
- 2.     Kliniken des Muldentalkreises gGmbH  
Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH  
Servicegesellschaft Muldental mbH**
- 3.     WILL – Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L.**
- 4.     KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH**
- 5.     Kommunale Datennetze GmbH (KDN)**

# Regionalbus Leipzig GmbH

## Beteiligungsübersicht

Leipziger Straße 79  
04828 Deuben

Tel. 03425/898989  
Fax 03425/898913  
Email [info@regionalbusleipzig.de](mailto:info@regionalbusleipzig.de)  
Internet [www.regionalbusleipzig.de](http://www.regionalbusleipzig.de)

Gründungsdatum 13.05.1992  
Rechtsform GmbH  
*Gründung durch Beschluss am 20.02.1992*  
*Letzte Änderung am 27.11.2014*  
*Handelsregistereintrag am 12.12.2014 unter HRB 7969*

## Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.564,59
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	25.564,59

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Gesellschaft darf allein oder zusammen mit anderen Unternehmen im Sinne von § 96a Abs. 1 Halbsatz 1 SächsGemO Tochtergesellschaften oder Mehrheitsbeteiligungen nur gründen, übernehmen und unterhalten, wenn deren Gesellschaftsverträge oder Satzungen den Nrn. 1, 2 und 4 bis 13 des § 96a Abs. 1 SächsGemO entsprechende Regelungen enthalten.

Die Gesellschaft ist allgemein berechtigt, alles zu tun, was ihrem Geschäftszweck nützt oder nützen kann und durch das Gesetz gestattet ist.

Die Gesellschaft kann Interessengemeinschaften beitreten und Kooperationsabkommen mit anderen Unternehmen abschließen.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	8.948.678,00

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Unterbeteiligungen

	Anteil (%)	Anteil
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)	1,7000 %	1.250,00

## Lagebericht 2014

### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

#### **I. Grundlagen der Geschäftstätigkeit und Wirtschaftsbericht**

Die Regionalbus Leipzig GmbH (im Folgenden auch Regionalbus Leipzig oder Gesellschaft genannt) blickt auf ein sehr erfolgreiches Geschäftsjahr 2014 zurück. Durch die Beauftragung mit zusätzlichen Verkehrsleistungen im Bediengebiet Muldental sowie die Übernahme der Verkehrsleistung im Bediengebiet Zwenkau zum Jahresbeginn hat sich der Leistungsumfang der Gesellschaft nahezu verdoppelt.

Grundlage der Erbringung der erweiterten Verkehrsleistung bildet seit dem 01.01.2014 der „Öffentliche Dienstleistungsauftrag über die Erbringung von Personenverkehrsdiensten“ (ÖDA), den der Kreistag des Landkreises Leipzig am 09.10.2013 mit Beschluss Nr. 2013/081 beschlossen hat.

Teile der Verkehrsleistung im Bediengebiet Muldental werden von Nachauftragnehmern der Gesellschaft erbracht, die bereits im November 2013 hierfür vertraglich gebunden wurden.

Die Übernahme der Verkehrsleistung im Bediengebiet Zwenkau ging mit dem Erwerb des Betriebsteils Zwenkau von der LeoBus GmbH zum 01.01.2014 einher. Der Erwerb erfolgte auf der Grundlage des Beschlusses Nr. 2013/098 des Kreistages vom 09.10.2013 sowie des Gesellschafterbeschlusses vom 11.12.2013 und wurde am 12.12.2013 im „Vertrag über den Kauf von Vermögensgegenständen und des Betriebsgrundstücks sowie über die weitere Nutzung der übertragenen Ressourcen“ zwischen der LeoBus GmbH und der Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH vertraglich geregelt. Bestandteil des Beschlusses war eine Gesellschaftereinlage in Höhe von T€ 2.150, die dem besonderen Charakter der Investitionen zum Erwerb des Betriebshofes und des Fuhrparks Rechnung trug.

Am 01.10.2014 fasste der Kreistag den Beschluss Nr. II-2014/067 zur „Änderung des Gesellschaftsvertrages der Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH (PVM) sowie Anpassung des Corporate Design des Unternehmens“. Hintergrund hierfür waren Änderungen der gesetzlichen Grundlagen, insbesondere der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen, die zum 01.01.2014 in Kraft getreten sind, die erhebliche Ausweitung des Bediengebietes der Gesellschaft sowie die beabsichtigte Anlehnung des Corporate Design des Unternehmens an den Gesellschafter Landkreis Leipzig. Die Gesellschafterversammlung hat den neuen Gesellschaftsvertrag am 27.11.2014 beschlossen. Die Satzungsänderung wurde mit Eintragung in das Handelsregister am 12.12.2014 wirksam. Seither firmiert die Gesellschaft unter Regionalbus Leipzig GmbH.

Die Geschäfts- und Zuständigkeitsordnungen für den Aufsichtsrat und die Geschäftsführung der Regionalbus Leipzig GmbH wurden mit Gesellschafterbeschluss vom 15.12.2014 neu gefasst.

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrages vom 27.11.2014 die Errichtung und der Betrieb von Personenverkehren, insbesondere der Linienverkehr mit seinen Sonderformen, alle Leistungsarten des Gelegenheitsverkehrs und der Personenfernverkehr sowie die Vornahme aller damit zusammenhängenden Geschäfte und sonstigen Tätigkeiten, die dem Unternehmenszweck unmittelbar oder mittelbar zu dienen geeignet sind.

Die Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienverkehr stellt dabei mit über 90 % des Leistungsvolumens den Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit des Unternehmens dar.

Eine besondere Bedeutung kommt in diesem Zusammenhang den sieben neu angebotenen PlusBus-Linien zu, die seit Betriebsaufnahme des Mitteldeutschen S-Bahn Netzes zum 15.12.2013 mit einem einheitlichen Qualitätsstandard eine optimale Verknüpfung zwischen Schienenpersonennahverkehr (SPNV) und Öffentlichem Personennahverkehr (ÖPNV) sicherstellen.

Die übrigen Geschäftsfelder Gelegenheits-, Vertrags- und Schienenersatzverkehr nahmen mit knapp 8% einen vergleichsweise geringen Anteil am Leistungsumfang der Gesellschaft ein. Diese erreichten im Geschäftsjahr die im Wirtschaftsplan aufgestellten Erwartungen.

Die sonstigen Erlöse lagen in 2014 deutlich über dem geplanten Niveau. Dies resultiert im Wesentlichen aus der Durchführung des Vertrages zur Nutzung von Ressourcen am Betriebshof Zwenkau (Nutzungsvertrag) mit der LeoBus GmbH sowie den Dieserverkäufen an Dritte.

Mit einem Ergebnis von T€ 753 nahm das Geschäftsjahr einen sehr erfolgreichen Verlauf. Zu den Hintergründen verweisen wir auf die Ertragslage.

#### Vermögenslage

Das bilanzielle Gesamtvermögen der Gesellschaft hat sich im Vergleich zum Vorjahr um insgesamt T€ 5.521 erhöht.

Ursache hierfür waren vor allem die hohen Zugänge im Anlagevermögen unter anderem aus der Übernahme des Sachanlagevermögens im Betriebsteil Zwenkau.

Der Bestand des Anlagevermögens hat sich um T€ 3.335 erhöht. Diese Veränderung setzt sich aus T€ 5.353 Zugängen, T€ 2.009 Abschreibungen und T€ 9 Abgängen zusammen.

Die Erweiterung des Geschäftsbetriebes um das Bedienegebiet Zwenkau hatte ebenso eine Erhöhung des Umlaufvermögens zur Folge. Hier schlagen sich erhöhte Bestände an Dieselmotorkraftstoff und Ersatzteilen (Zugang am 01.01.2014 in Zwenkau T€ 107) und ein erhöhter Forderungsbestand aus der Einnahmeaufteilung des Mitteldeutschen Verkehrsverbundes nieder.

Auf der Passivseite ist das Eigenkapital aufgrund der Erhöhung der Kapitalrücklage und durch den Jahresüberschuss des Geschäftsjahres 2014 um T€ 2.903 gestiegen.

Die Zunahme des Bestandes an Sonderposten beträgt T€ 309 und setzt sich aus T€ 874 Zugängen und T€ 565 ertragswirksamer Auflösung zusammen.

Die um T€ 1.390 gestiegenen Verbindlichkeiten resultieren im Wesentlichen aus einer Erhöhung der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten durch eine Darlehensaufnahme in Höhe von T€ 2.000 zuzüglich der Auszahlung eines Teilbetrages eines Darlehens aus 2013 in Höhe von T€ 20 bei der Sparkasse Muldentäl. Diesen stehen Darlehensstilgungen in Höhe von T€ 819 gegenüber. Darüber hinaus sind die sonstigen Verbindlichkeiten, vor allem aufgrund der Rückzahlungsverpflichtung erhaltener Betriebskostenzuschüsse gegenüber dem Landkreis Leipzig, gestiegen.

Der Ausweis des passiven Rechnungsabgrenzungspostens in Höhe von T€ 742 (2013: T€ 0) betrifft bereits erhaltene Betriebskostenzuschüsse für 2015.

#### Finanzlage

Die Liquidität der Gesellschaft war auf der Basis eines detaillierten Liquiditätsplans in Verbindung mit den erhaltenen Betriebskostenzuschüssen (BKZ) sowie zeitnaher Leistungsabrechnung und einem aktuellen Mahnwesen jederzeit gesichert.

Verbindlichkeiten wurden innerhalb vereinbarter Fristen beglichen.

#### Ertragslage

Das Geschäftsjahr schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von T€ 753 (2013: Jahresüberschuss T€ 93) und damit T€ 314 über den Erwartungen des Wirtschaftsplans 2014.

Es wurden Umsatzerlöse in Höhe von insgesamt T€ 14.529 (2013: T€ 7.694) erzielt.

Die Erhöhung resultiert hauptsächlich aus dem eingangs dargestellten größeren Leistungsumfang der Gesellschaft, der sich auf alle mit diesen Leistungen verbundenen Erlöse (Fahrgeldeinnahmen sowie Zuschüsse) auswirkt.

Der größere Leistungsumfang beeinflusst dementsprechend auch die gesamten Aufwendungen der Gesellschaft. Insbesondere die Treibstoffkosten sowie die Kosten für bezogene Leistungen von Subunternehmen sind gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen. Die Materialaufwendungen lagen insgesamt T€ 110 über dem Wirtschaftsplanansatz für 2014. Die Hauptursache hierfür liegt im Dieserverkauf an Dritte, durch den jedoch wiederum entsprechende Erlöse in der Position sonstige betriebliche Erträge generiert wurden.

Durch die Übernahme der Belegschaft des Betriebsteils Zwenkau von der LeoBus GmbH sowie zwei Anpassungen des Vergütungstarifs im Geschäftsjahr 2014 ist der Personalaufwand gegenüber dem Vorjahr um T€ 2.891 gestiegen und liegt damit T€ 354 über dem Ansatz des Wirtschaftsplanes.

Demgegenüber sind die Abschreibungen um T€ 563 geringer als im Wirtschaftsplan veranschlagt. Gründe hierfür sind die im Wirtschaftsplan zu Grunde gelegten kürzeren Nutzungsdauern für das Anlagevermögen Zwenkau sowie die zeitlichen Verzögerungen bei der Fertigstellung und Inbetriebnahme des rechnergestützten Betriebsleitsystems.

Mit einem Ergebnis in Höhe von T€ 17 kommt den Sondereinflüssen in diesem Geschäftsjahr keine entscheidende Bedeutung zu.

#### Investitionen

Im Geschäftsjahr 2014 wurden folgende Investitionen getätigt:

T€	4.049	Omnibusse
T€	891	Grundstücke und Gebäude
T€	328	Ausstattung und sonstige Fahrzeuge
T€	56	rechnergestütztes Betriebsleitsystem (RBL)
T€	19	E-Ticketing
T€	9	Software
T€	1	Beteiligung
T€	5.353	gesamt

Die Investitionen in Grundstücke und Gebäude entfallen zu T€ 35 auf die Gebäude im Betriebsteil Deuben (Anbau Werkstatt und Klimaanlage Verwaltung) und zu T€ 856 auf den Erwerb des Betriebsteils Zwenkau. Die Businvestitionen setzen sich zusammen aus Ersatzinvestitionen (11 Busse, T€ 2.702), der Übernahme des Fuhrparks Zwenkau (37 Busse, T€ 1.150) und der Klimatisierung von Bestandsfahrzeugen (26 Busse, T€ 197).

Die Ausstattung und sonstige Fahrzeuge umfasst Ausrüstungsgegenstände des Betriebsteils Zwenkau, die im Rahmen der Übernahme beschafft werden mussten, zwei VW Crafter, die grundlegende Erneuerung der Schließanlage und der Beschilderung in den Betriebsteilen, eine Erweiterung der Servertechnik, Büromöbel und verschiedene andere Wirtschaftsgüter.

Die Beteiligung in Höhe von T€ 1 beinhaltet den Geschäftsanteil der Regionalbus Leipzig GmbH an der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH (MDV GmbH), der vormals von der „Gesellschaft bürgerlichen Rechts der Verkehrsunternehmen im Landkreis Muldental, welche sich an der MDV GmbH beteiligen“ (GbR VUMTL MDV, nachfolgend GbR) gehalten wurde. Auf der Basis des Beschlusses Nr. 2014/005 des Kreistages vom 12.03.2014 sowie des Gesellschafterbeschlusses der Regionalbus Leipzig GmbH vom 10.09.2014 hatten die Regionalbus Leipzig GmbH und die übrigen Gesellschafter der GbR am 18.09.2014 eine Austrittsvereinbarung und Übernahmeerklärung abgeschlossen. Die übrigen Gesellschafter sind mit Wirkung zum 01.10.2014 aus der GbR ausgeschieden. Die Regionalbus Leipzig GmbH hat im Wege der Gesamtrechtsnachfolge das Vermögen der GbR und damit auch den von der GbR an der MDV GmbH gehaltenen Geschäftsanteil übernommen. Die Regionalbus Leipzig GmbH wurde infolgedessen per 01.10.2014 unmittelbare Gesellschafterin der MDV GmbH. Der Gesellschafteranteil beträgt € 1.250,00 bzw. 1,7 % des Stammkapitals der MDV GmbH.

#### II. Nachtragsbericht

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach dem Abschlussstichtag, die Einfluss auf die Geschäftslage haben, gab es nicht.

#### III. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Auf der Basis des ÖDA, der für die Regionalbus Leipzig GmbH eine Leistungspflicht bis zum 31.12.2023 begründet, wird das Unternehmen auch in den kommenden Jahren wirtschaftliche und qualitativ hochwertige Verkehrsleistungen im Auftrag des Landkreises Leipzig erbringen. Hierbei wird von entscheidender



Bedeutung sein, dass das Leistungsangebot im ÖPNV mit der demografischen Entwicklung im Bediengebiet Schritt hält. Gemeinsam mit verschiedenen Partnern beteiligt sich die Regionalbus Leipzig GmbH z.B. am Modellvorhaben „Nahverkehrsplus Muldentaldreieck“, das diesen Entwicklungen Rechnung trägt.

Im Zuge der Überarbeitung des ÖPNV-Angebotes im Raum Markkleeberg strebt die Regionalbus Leipzig GmbH die Übernahme von zusätzlichen Verkehrsleistungen zur besseren Erschließung des Markkleeberger Stadtgebietes an. Hierauf aufbauend wird die Verbesserung der Erschließung der Seen im südlichen Leipziger Neuseenland durch Schaffung bedarfsgerechter ÖPNV-Angebote in den nächsten Jahren einen weiteren Arbeitsschwerpunkt bilden.

Neben der Fortschreibung des Verkehrsangebotes wird der Sicherstellung und Weiterentwicklung der Qualität der angebotenen ÖPNV-Leistungen künftig eine wachsende Bedeutung zukommen. Vor diesem Hintergrund hat die Regionalbus Leipzig GmbH mit der Realisierung verschiedener Investitionsprojekte begonnen, welche die Pünktlichkeit erhöhen sowie die Anschluss- und Informationsqualität verbessern (Aufbau RBL, Regio-DFI, TFT-Monitore im Fahrzeug), die Beförderungsqualität steigern (Modernisierung Fahrzeugflotte, Fahrzeugklimatisierung) oder den Zugang der Fahrgäste zum ÖPNV vereinfachen (Erneuerung Haltestellenanlagen, Neugestaltung Internetauftritt). Diese Anstrengungen sollen in den kommenden Jahren fortgeführt werden, um eine wachsende Zahl von Fahrgästen für die Angebote der Gesellschaft zu gewinnen.

In Anbetracht des mit der Umsetzung dieser Vorhaben verbundenen Investitionsvolumens kommt der langfristigen Sicherstellung der Finanzierung des ÖPNV sowie der Weiterentwicklung der Fördermittellandschaft eine besondere Bedeutung zu.

Für das Jahr 2015 wird im Bereich ÖPNV mit Erträgen von T€ 5.007 (Ist 2014: T€ 5.790) geplant. Aufgrund der Entwicklung des Einnahmeanspruchs der Gesellschaft im Einnahmeaufteilungsverfahren der MDV GmbH im zurückliegenden Jahr ist für das Jahr 2015 jedoch mit einem voraussichtlichen Ist in Höhe von T€ 5.960 zu rechnen. Vor diesem Hintergrund strebt die Regionalbus Leipzig GmbH für 2015 ein Jahresergebnis an, das mit dem Vorjahr vergleichbar ist. Infolge der oben erläuterten Übernahme zusätzlicher Verkehrsleistungen im Raum Markkleeberg werden die geplanten Investitionen in Omnibusse in Höhe von T€ 2.580 voraussichtlich um T€ 913 überschritten. Der Personalbestand der Gesellschaft wird in diesem Zusammenhang gegenüber dem Jahr 2014 um etwa 20 Mitarbeiter wachsen. Dementsprechend werden auch die Aufwendungen für Personal steigen. Der Anteil der von Nachauftragnehmern erbrachten Verkehrsleistungen wird sich im Jahr 2015 gegenüber dem Vorjahr nicht wesentlich verändern.

Vor dem Hintergrund der Vorläufigkeit der Bescheide über den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Ausbildungsverkehr für die zurückliegenden Jahre bis 2013 wird auf das hiermit verbundene Risiko für die Gesellschaft verwiesen.

Zur vollständigen Umsetzung des Beschlusses Nr. II-2014/067 des Kreistages vom 01.10.2014 ist im Jahr 2015 eine Erhöhung des gezeichneten Kapitals der Regionalbus Leipzig GmbH auf T€ 500 vorgesehen.

#### **IV. Zusätzliche Angaben gemäß § 99 Abs. 3 der Gemeindeordnung für den Freistaat Sachsen (SächsGemO)**

Die nachfolgenden Angaben erfolgen nur soweit, wie sie sich nicht schon aus dem Jahresabschluss und den vorangegangenen Ausführungen im Lagebericht ergeben.

Alleiniger Gesellschafter der Gesellschaft ist der Landkreis Leipzig.

Zum Abschlussprüfer für den Jahresabschluss zum 31.12.2014 und des Lageberichtes für das Geschäftsjahr 2014 wurde die Karl Berg GmbH, Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Niederlassung Leipzig, bestellt.

Deuben, den 5. Mai 2015

# Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft

## Beteiligungsübersicht

Kutusowstraße 70  
04808 Wurzen

Tel. 03425/932102  
Fax 03425/932399  
Email [kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de](mailto:kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de)  
Internet <http://www.kh-wurzen.de>

Gründungsdatum 19.12.2003

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 25.09.2003

Handelsregistereintrag am 31.03.2004 unter HRB 20554

## Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	25.000,00

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

- (1) Ziel des Unternehmens ist die optimale Krankenhausversorgung der Bevölkerung.
- (2) Gegenstand des Unternehmens ist der Betrieb von Krankenhäusern im Landkreis Leipzig einschließlich Nebeneinrichtungen und Nebenbetrieben.
- (3) Die Gesellschaft darf im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften und der Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages alle Geschäfte und sonstigen Maßnahmen vornehmen, die dieser Zweckbestimmung dienen.
- (4) Die Gesellschaft ist berechtigt, Betriebe oder Einrichtungen zu gründen, zu übernehmen und an sich an solchen zu beteiligen, wenn es dem Zweck des Unternehmens dient.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Unterbeteiligungen

	Anteil (%)	Anteil
Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH	100,0000 %	25.000,00
Servicegesellschaft Muldental mbH	100,0000 %	25.000,00

## Lagebericht 2014

### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

#### **I. Allgemeines**

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft betreibt die Betriebsstätten in Grimma und Wurzen laut Krankenhausplan als Einrichtungen der Regelversorgung, um die bedarfsgerechte medizinische Versorgung der Bevölkerung im Einzugsgebiet, d. h., die stationäre und ambulante Betreuung von Patienten, sicherzustellen.

Sie sind im Krankenhausplan 2014 bis 2015 des Freistaates Sachsen mit insgesamt 355 Planbetten aufgenommen.

Eine Aufteilung auf die Fachabteilungen wurde wie folgt vorgenommen:

	Betten
Chirurgie (davon 10 Betten ITS)	108
Innere Medizin (davon 4 Betten ITS)	187
Gynäkologie und Geburtshilfe	28
Pädiatrie	20
Urologie	10
Hals-, Nasen- und Ohrenabteilung	1
Augenheilkunde	1
Gesamt	355

Die seit dem Jahr 2006 als 100%ige Tochtergesellschaft zum Konzern gehörende Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH mit 3 Altenpflegeheimen und einer Gesamtkapazität von 140 Pflegeplätzen und einem ambulanten Pflegedienst bietet stationäre und ambulante Altenpflege in hoher Qualität an. Die Altenheimgesellschaft betreibt medizinische Versorgungszentren an den Standorten Colditz (Allgemeinmedizin, Gynäkologie/Geburtshilfe), Grimma (Allgemeinmedizin, Gynäkologie/ Geburtshilfe) und Wurzen (Allgemeinmedizin, Chirurgie, Pädiatrie und Gynäkologie/ Geburtshilfe) zur ambulanten medizinischen Betreuung von Patienten im Einzugsgebiet.

Die am 2. Januar 2007 gegründete Servicegesellschaft Muldental mbH erbringt Dienstleistungen, insbesondere in den Bereichen Catering und Unterhaltsreinigung sowie Rezeption, Sicherheit und Archiv und Sterilisation von medizinischen Instrumenten und Verbrauchsmaterial, vorrangig für die Muldentalkliniken GmbH.

#### **II. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

##### **1. Grundlagen der Betriebsführung**

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan                      - Vermögensplan                      - Stellenübersicht.

Der Wirtschaftsplan wird um einen Liquiditätsplan ergänzt.

Mit den Kostenträgern wurden für das Jahr 2014 im Rahmen der Pflegesatzverhandlungen Leistungen nach Art und Menge sowie ein dazugehöriges Budget vereinbart.

Dabei wurden die allgemeinen Krankenhausleistungen durch Fallpauschalen (DRG) gemäß Krankenhausentgeltgesetz (KHEntgG) vergütet. Für die Abrechnung der Leistungen im stationären Bereich erfolgte die Ermittlung eines Erlösbudgets. Folgende Bewertungsrelationen lagen dem Budget zugrunde:

Summe der effektiven Bewertungsrelationen inklusive Jahresüberlieger                      14.857,027

Mittelwert der vereinbarten Bewertungsrelationen                      0,827

Landesbasisfallwert 2014 in Euro                      3.117,15

Das Gesamtbudget für die Muldentalkliniken GmbH betrug 46.978.491,00 €. Dieses setzt sich zusammen aus:

	Anzahl	€
Fallpauschalen nach E1 - Jahresfälle	17.759	45.158.890
Fallpauschalen nach E1 - Überlieger	212	1.162.690
Zusatzentgelte E2 nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 KHEntgG - Jahresfälle	535	631.972
Zusatzentgelte E2 nach § 7 Abs. 1 Nr. 2 KHEntgG - Überlieger	20	34.939

## 2. Leistungsdaten

### 2.1. Leistungsdaten 2014

	Plan	Ist	Abweichung
Fallzahl vollstationär inkl. Neugeborene	17.971	18.420	449
Ø Verweildauer	-	5,70	-
Nutzungsgrad der Planbetten in %		81,1	

### 2.2. Leistungsentwicklung 2003 - 2014

Jahr	Planbetten im Jahresdurchschnitt	DRG-Fallzahl inkl. Überlieger	Ø Verweildauer
2014	355	18.420	5,70
2013	365	18.059	5,72
2012	365	18.172	5,81
2011	375	17.891	6,04
2010	375	17.542	6,17
2009	375	17.120	6,27
2008	375	16.629	6,76
2007	375	16.086	6,88
2006	415	15.600	7,11
2005	435	15.447	7,17
2004	459	15.516	7,64
2003	459	15.772	8,58

## 3. Ertragslage

Im Geschäftsjahr 2014 wurde bei Gesamterlösen in Höhe von 59.203 T€ (2013: 54.840 T€) und einem Aufwand in Höhe von 58.776 T€ (2013: 54.619 T€) ein Betriebsergebnis von 427 T€ (2013: 221 T€) erwirtschaftet.

Die Zunahme der betrieblichen Erträge ist auf den Anstieg der Erlöse aus Krankenhausleistungen zurückzuführen, die im Berichtsjahr um 1.665 T€ (3,62 %) auf 47.629 T€ gestiegen sind. Ursache dafür waren die Budgetsteigerungen im Vergleich zum Jahr 2013. Diese resultieren überwiegend aus den erbrachten Leistungssteigerungen sowie der Erhöhung des Landesbasisfallwertes.

Die Ausgleichsbeträge für das Geschäftsjahr 2014 betragen aufgrund der erzielten Mehrerlöse -563 T€ (Mindererlöse 2013: +23 T€).

Die Personalaufwendungen und der medizinische Sachbedarf beeinflussen die betrieblichen Aufwendungen mit 65,9 % bzw. 14,3 % am meisten.

Die nachstehende Übersicht zeigt die Entwicklung der Beschäftigten (VK) der Krankenhäuser und die dazugehörigen Personalkosten (€) im Vergleich des Jahres 2014 zu 2013:

	2014	2013
Vollkräfte	550	546
	2014	2013
	T€	T€
Löhne und Gehälter	29.155.867,60	28.084.984,85
Soziale Abgaben und Aufwendungen	5.617.087,13	5.343.151,45
davon für Altersversorgung und Unterstützung	872.253,10	836.677,12
Gesamt	34.772.954,73	33.428.136,30

Die Personalaufwendungen sind gegenüber dem Jahr 2013 um 1.345 T€ gestiegen. Die Erhöhung resultiert aus den Tarifabschlüssen TV-Ärzte und TVöD. Für die betriebliche Altersversorgung wurden Beiträge von insgesamt 5,2 % abgeführt. Dabei änderte sich der Anteil Arbeitgeber/Arbeitnehmer zum Jahr 2013 nicht. Er betrug für den Arbeitgeber 3,2 %, und der Arbeitnehmeranteil betrug 2,0 %. Bei den Ärzten betrug der Arbeitgeberanteil 1,2 % und der des Arbeitnehmers 4,0 %.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit betreffen Arbeitnehmer, die zum Bilanzstichtag die Voraussetzung für Altersteilzeitarbeitsverhältnisse erfüllen und eine entsprechende Vereinbarung unterzeichnet hatten.

Im Berichtsjahr beinhalteten die Rückstellungen für Altersteilzeit Verpflichtungen für insgesamt 15 Arbeitnehmer in bestehenden Altersteilzeitverhältnissen. Alle Arbeitnehmer wählten jeweils das so genannte Blockmodell. Insgesamt besteht dafür eine Rückstellung in Höhe von 665 T€.

Die Materialaufwendungen sind im Berichtsjahr um 369 T€ gestiegen. Diese Steigerung betrifft den medizinischen Bedarf in Höhe von 254 T€ infolge der Leistungssteigerung im DRG-Bereich und einer Umsatzsteigerung bei der Belieferung Dritter durch die Krankenhausapotheke. Außerdem erfolgte eine Preisanpassung durch die Servicegesellschaft infolge Tarifierhöhung in den Bereichen Zentralsterilisation und Reinigung sowie eine Vertragserweiterung beim medizinischen Hol- und Bringedienst.

Innerhalb der sonstigen betrieblichen Aufwendungen ist im Berichtsjahr eine Steigerung um 236 T€ zu verzeichnen, die entstanden ist durch erhöhten Beratungsaufwand, Werbung und Personalbeschaffung sowie Instandhaltungsaufwand für technische Anlagen.

Das Investitions- oder Abschreibungsergebnis sank im Berichtsjahr um 101 T€.

Das Finanzergebnis hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 40 T€ aufgrund geringerer Zinserträge verschlechtert.

#### 4. Vermögenslage

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von 68.987 T€ (2013: 68.885 T€) lag um 102 T€ über dem des Jahres 2013. Das Vermögen betrifft Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände mit 80,8 %, Vorräte mit 1,5 %, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit 10,8 % und liquide Mittel mit 6,9 %. Die Finanzierung erfolgt mit 17,8 % durch Eigenkapital, mit 72,8 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 9,4 % mit kurzfristigen Fremdmitteln.

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zu 2013 um 2.913 T€ verringert und ist im Anlagenspiegel dargestellt.

Bei den Zugängen handelt es sich im Wesentlichen um Zugänge im Bereich der Medizintechnik, Lizenzen und Software im Zusammenhang mit der Aufrüstung des Schlaganfallzentrums und Speicherplatzes. Die Zugänge bei den Einrichtungen und Ausstattungen betreffen im Wesentlichen 32 Vitalmonitore zur permanenten Überwachung wichtiger Messwerte wie Blutdruck, Körpertemperatur und Sauerstoffsättigung (108 T€), ein Arthroskopieturm (82 T€), die Monitorüberwachung auf der Kinderstation (44 T€), ein Video-Gastroskop (13 T€) u. a. Geräte.

Die Forderungen aus Lieferungen und Leistungen nahmen im Vergleich zum Jahr 2013 um 192 T€ zu. Diese Veränderung resultiert im Wesentlichen aus der Belieferung Dritter durch unsere Lieferapotheke (162 T€).

Gegenüber der Tochtergesellschaft Altenheimgesellschaft bestehen langfristige Forderungen in Höhe von 489 T€.

Die Veränderung des Eigenkapitals resultiert aus dem Jahresüberschuss des Jahres 2014.

Die Rückstellungen verringerten sich gegenüber 2013 wie folgt:

	€
Anfangsbestand per 1.1.2014	3.777.598,36
Inanspruchnahme	2.303.036,92
Auflösung	2.101,78
Zugang	2.188.900,00
Ab-/Aufzinsung	45.810,00
Endbestand per 31.12.2014	3.707.169,66

Die Verbindlichkeiten stiegen in Höhe von 2.188 T€ im Vergleich zum Vorjahr. Die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen nahmen stichtagsbedingt um 61 T€ ab. Die Verbindlichkeiten aus pauschalen Fördermitteln bzw. nach KHEntgG stiegen um 191 T€ bzw. 576 T€. Für die Einzelfördermaßnahme „Bau einer Palliativstation mit 6 Betten“ erging im Dezember 2014 der Bewilligungsbescheid mit der Höchstbetragsförderung in Höhe von 2.245 T€.

### III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Muldentalkliniken GmbH derzeit nicht abzuleiten.

Die bereits in den vergangenen Jahren begonnenen umfangreichen Reklamationen seitens der Krankenkassen zu abgerechneten Fällen bis hin zur Prüfung durch den MDK haben sich weiterhin verschärft. Diese führten teilweise zu rückwirkenden Korrekturen der bereits gelegten Rechnungen und haben in erheblichem Maße zu erhöhten Forderungen geführt.

Die Budgetplanungen für das Jahr 2014 waren, wie im Vorjahr, durch umfangreiche Veränderungen des DRG-Systems, die erst zu Jahresbeginn zur Verfügung standen, erschwert. Die Budgetverhandlung für das Jahr 2014 hat im Mai stattgefunden. Es konnten im stationären Bereich keine Mehrleistungen vereinbart werden, da im Ist 2013 die Leistungen mengenmäßig nicht erreicht wurden. Im Geschäftsjahr 2014 wurden die vereinbarten Budgetvorgaben übererfüllt (Abweichung + 2,5 % bei Gesamtfallzahl und + 2,2 % bei Gesamt-BWR). Für das Geschäftsjahr 2015 wird mit einer Budgetsteigerung auf Basis der Erhöhung des Basisfallwertes und Mehrleistungen gerechnet.

Infolge der Verabschiedung des GKV-Finanzierungsgesetzes ergeben sich Einnahmebeschränkungen, insbesondere durch den gesetzlich festgelegten Mehrerlösabschlag für vereinbarte Mehrleistungen aus 2014.

Risiken für die Kliniken ergeben sich weiterhin durch strukturelle Veränderungen im Gesundheitswesen:

- Ein Teil der bisher stationären Leistungen kann nur noch ambulant erbracht werden, woraus tendenziell ein Absinken der stationären Fallzahl resultiert. Durch Verbesserung des stationären Leistungsangebots bzw. durch strukturelle Anpassungen ist dieser Entwicklung entgegenzuwirken.
- Festlegung von Mindestmengen bei bestimmten Eingriffen. Bei Unterschreitung dürfen diese Leistungen nicht mehr angeboten werden.
- Die zunehmende Bildung von Zentren für bestimmte Erkrankungen führt zur Lenkung von Patienten in andere Krankenhäuser, wenn am eigenen Krankenhaus die Bedingungen für ein solches Zentrum nicht geschaffen werden können.

Durch die erweiterte Teilnahmemöglichkeit an der ambulanten Versorgung, wie z.B. das Betreiben von Medizinischen Versorgungszentren und die Schaffung medizinischer Zentren am eigenen Krankenhaus, ergeben sich gleichzeitig neue Chancen für die Profilierung.

Ein besonderes Risiko stellt nach wie vor der Mangel an ärztlichen Fachkräften dar. Es ist schwierig, freie Facharztstellen zeitnah zu besetzen.

Die bereits in den Berichten vergangener Jahre genannten erschwerenden Faktoren zur zusätzlichen Altersversorgung und Steigerung im Sachkostenbereich wirken weiter fort.

Ein wesentliches Risiko sieht die Geschäftsführung in den hohen Tarifsteigerungen für Ärzte (Marburger Bund) und für die übrigen Beschäftigten (Verdi) durch beträchtliche Personalkostenerhöhungen, die durch die Krankenkassen wegen gesetzlicher Vorgaben nicht ausgeglichen werden.

Der Tarifabschluss für Ärzte (Laufzeit ab Januar 2013 bis November 2014) brachte eine Erhöhung um 2,6 % sowie indirekte Steigerungen durch Erhöhung der Zeitzuschläge für Nacharbeit, Stufenerweiterungen und Stufenlaufzeitverkürzungen.

Im Jahr 2014 fanden wieder Tarifverhandlungen bei den übrigen Beschäftigten statt. Es gab im Geschäftsjahr Tarifsteigerungen (zum 01.03.2014 um 3,0 % mindestens 90 € und zum 01.03.2015 um weitere 2,4 %).

Die Geschäftsführung erwartet auch für die nächsten Jahre positive Ergebnisse für die Muldentalkliniken und deren Tochtergesellschaften.

Für das Geschäftsjahr 2015 geht die Geschäftsführung von einem Jahresergebnis auf dem Niveau des Geschäftsjahres 2014 aus.

Weitere Vorgänge von besonderer Bedeutung sind nach Abschluss des Geschäftsjahres bisher nicht aufgetreten.

#### IV. Kennzahlen gemäß § 11 Abs. 7 Satz 2 des Gesellschaftsvertrages

		Ist 2 0 1 4	Plan 2 0 1 4	Ist 2 0 1 3	Ist 2 0 1 2
<u><b>Kennzahlen</b></u> <u><b>§ 99 Abs. 2 SächsGemO</b></u>					
Arbeitsproduktivität		1,43	1,45	1,43	1,46
Effektivverschuldung	T€	-5.664	-7.306	-4.837	-4.366
Eigenkapitalquote	%	18,4	21,1	17,2	16,5
Eigenkapitalrendite	%	3,48	0,43	1,86	1,74
Fremdkapitalquote	%	78,23	78,90	78,76	79,62
Gesamtkapitalrendite	%	0,62	0,13	0,32	0,28
Investitionsdeckung	%	405,16	394,45	243,39	121,74
kurzfristige Liquidität	%	177	180	128	145
Pro-Kopf-Umsatz	T€	90,38	87,53	87,6	89,4
Vermögensstruktur	%	80,76	77,21	85,1	84,8

#### V. Organe der Gesellschaft

##### 1. Geschäftsführung im Kalenderjahr 2014

Geschäftsführer Jörg Christian Langner  
 Medizinischer Geschäftsführer Dr. med. Uwe Krause

## 2. Aufsichtsrat im Geschäftsjahr 2014

<u>Name</u>		<u>Berufliche Tätigkeit</u>	<u>Wohnort</u>
Dr. Gerhard	Gey	Landrat	Grimma
Denny	Trölenberg	Stellv. Betriebsratsvorsitzender	Bennewitz
Erik	Bodendieck	selbstständiger Arzt	Wurzen
Dr. Roswitha	Brunzlaff	Vertriebsmanagerin	Belgershain
Lothar	Mörl	Sicherheitsfachkraft	Wermsdorf OT Malkwitz
Matthias	Schmiedel	Bürgermeister	Colditz
Mitglied ab 23. Juli 2014			
Josef	Eisenmann	Bürgermeister	Bad Lausick
Arno	Jesse	Bürgermeister	Brandis
Gerold	Meyer	Rentner	Naunhof
Mitglied bis 22. Juli 2014			
Georg	Dornig	Rentner	Grimma
Fritz-Dieter	Mittenzwei	Rentner	Wurzen OT Nemt
Gottfried	Schröpfer	selbstständiger Gastronom	Zschadraß

## VI. Sonstige Angaben

Zum Jahresabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 wurde die WRG Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig, bestellt.

Wurzen, 09. März 2015

Jörg Christian Langner  
Geschäftsführer

Dr. med. Uwe Krause  
Medizinischer Geschäftsführer



# Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

## Beteiligungsübersicht

Bergstraße 2a  
04821 Brandis

Tel. 034292 / 41730  
Fax 034292 / 417 59  
Email [info@altenpflegeheim-brandis.de](mailto:info@altenpflegeheim-brandis.de)

Gründungsdatum 01.10.2006  
Rechtsform GmbH  
*Gründung durch Beschluss am 04.05.2006*  
*Handelsregistereintrag am 17.08.2006 unter HRB 22621*

## Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	100,0000 %	25.000,00

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Tätigkeit der Gesellschaft ist gemäß SGB V, SGB IX, SGB XI und BSHG darauf gerichtet, die Allgemeinheit

- (1) Auf dem Gebiet der Altenhilfe, insbesondere durch den Betrieb von Senioren- und Altenpflegeheimen inkl. der dazu erforderlichen Nebeneinrichtungen und -betriebe sowie durch ambulante Pflegedienste als Einrichtung der Wohlfahrtspflege und
  - (2) Auf dem Gebiet des Gesundheitswesens, insbesondere durch den Betrieb von Medizinischen Versorgungszentren (§95, SGB V) als Einrichtung der Wohlfahrtspflege
- i. S. d. § 66 AO zu fördern.

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die dem Gegenstand des Unternehmens unmittelbar dienen, insbesondere zur Durchführung ambulanter, teilstationärer und stationärer Altenpflege, häuslicher Krankenpflege und ambulanter medizinischer Versorgung.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Lagebericht 2014

### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

#### **I. Allgemeines**

Die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, (nachfolgend „Altenheimgesellschaft“ genannt) wurde zum 10. Juli 2006 als gemeinnützige Tochtergesellschaft der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, gegründet.

Die Altenheimgesellschaft betreibt in Brandis und in Wurzen insgesamt drei Altenpflegeheime mit 140 Pflegeplätzen sowie einem ambulanten Pflegedienst mit angeschlossener Tagesbetreuung in Brandis.

Des Weiteren ist die Altenheimgesellschaft Träger der Medizinischen Versorgungszentren (MVZ) in Wurzen, Grimma und Colditz. Im Verlaufe des Geschäftsjahres 2014 erfolgte durch Neuerwerb von vier Arztpraxen eine Erweiterung der Medizinischen Versorgungszentren.

#### **II. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

##### **1. Grundlagen der Betriebsführung**

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der Wirtschaftsplan in seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Vermögensplan,
- Stellenübersicht und
- Liquiditätsplan,

der jährlich aufgestellt wird.

Mit den Pflegekassen werden in regelmäßigen Abständen Budgetverhandlungen zur Festlegung der Pflegesätze geführt.

##### **2. Ertragslage**

Nachfolgende Übersicht zeigt die Kennzahlen zur Ertragslage der Vergleichsdaten der Jahre 2010 bis 2014.

Kennzahlen zur Ertragslage		2014	2013	2012	2011	2010
Umsatzerlöse	TEUR	6.647	6.143	6.034	5.577	3.952
Umsatzrentabilität	%	0,5	3,5	4,2	4,9	6,8
Personalaufwand	TEUR	4.623	4.169	3.902	3.484	2.648
Personalaufwandsquote	%	69,5	67,9	64,7	62,5	67,0
durchschnittliche Zahl der Vollkräfte	VK	135,8	128,7	124,1	121,7	74,04
durchschnittlicher Personalaufwand je Vollkraft	TEUR	34	32	31	29	36
Produktivität (je Vollkraft)	TEUR	49	48	49	46	53
Materialaufwand	TEUR	1.335	1.179	1.146	1.128	773
Materialaufwandsquote	%	20,1	19,2	19,0	20,2	19,6

	31.12.2014		31.12.2013	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse	6.647	96,2	6.143	96,5
Zuweisungen und Zuschüsse zu Betriebskosten	50	0,7	42	0,7
Sonstige betriebliche Erträge	215	3,1	178	2,8
<b>Betriebliche Erträge</b>	<b>6.912</b>	<b>100,0</b>	<b>6.363</b>	<b>100,0</b>
Personalaufwand	4.623	66,9	4.169	65,5

Materialaufwand	1.335	19,3	1.179	18,5
Planmäßige Abschreibungen auf eigenmittelfinanziertes Anlagevermögen	392	5,7	304	4,8
Instandhaltung	87	1,2	87	1,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	375	5,4	342	5,4
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	<b>6.812</b>	<b>98,5</b>	<b>6.081</b>	<b>95,6</b>
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>100</b>	<b>1,5</b>	<b>282</b>	<b>4,4</b>
<b>Finanzergebnis</b>	<b>-66</b>	<b>-1,0</b>	<b>-65</b>	<b>-1,0</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>34</b>	<b>0,5</b>	<b>217</b>	<b>3,4</b>

Die betrieblichen Erträge enthalten Umsatzerlöse in Höhe von TEUR 6.647, Zuweisungen und Zuschüsse zu den Betriebskosten (TEUR 50) und sonstige betriebliche Erträge (TEUR 215). Die Höhe der Umsatzerlöse der Altenpflegeheime ist weitgehend von Pflegestufen, die den Heimbewohnern durch den Medizinischen Dienst der Krankenkassen zugewiesen werden, und der Auslastung der Pflegeplätze abhängig.

Die Umsatzerlöse in den MVZ's werden primär von den in den Praxen erbrachten Leistungen bestimmt, sind aber auch wesentlich von dem für den KV-Bereich Sachsen gültigen Honorarverteilungsvertrag (HVM) abhängig.

Die sonstigen betrieblichen Erträge beinhalten im Wesentlichen Erstattungen aus der U2-Umlage für Mutterschutz sowie Erstattungen des Personals und Dritter.

Die Personalaufwendungen für 135,8 Vollkräfte betrugen im Geschäftsjahr 2014 TEUR 4.623.

In den Materialaufwendungen in Höhe von TEUR 1.335 sind Aufwendungen für Lebensmittel (TEUR 268), Aufwendungen für Zusatzleistungen (TEUR 89), Aufwendungen für Wasser, Energie und Brennstoffe (TEUR 203) sowie Wirtschafts- und Verwaltungsaufwendungen (TEUR 775) enthalten.

Im Berichtsjahr wurden Rückstellungen in Höhe von insgesamt TEUR 151 gebildet. Sie betreffen mit TEUR 123 Personalverpflichtungen und mit TEUR 28 übrige Posten. Diese beinhalten insbesondere Rückstellungen für Instandhaltung, Rechts- und Beratungskosten sowie Aufbewahrungspflichten.

Der für die erhaltenen öffentlichen Fördermittel gebildete Sonderposten wurde in Höhe der Abschreibungen aufgelöst. Die Abschreibungen auf das geförderte Anlagevermögen betrugen TEUR 102 bei Gesamtabschreibungen in Höhe von TEUR 493.

In den Aufwendungen für Instandhaltung in Höhe von TEUR 87 sind hauptsächlich Aufwendungen für die Instandhaltung der Gebäude und der Betriebsausstattung sowie Wartungsaufwendungen für technische Anlagen enthalten.

Das Finanzergebnis beträgt TEUR ./. 66 und beinhaltet Zinsaufwendungen für Darlehen in Höhe von TEUR 63.

### 3. Vermögenslage

In nachfolgender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH, Brandis, dargestellt:

	31.12.2014		31.12.2013	
	TEUR	%	TEUR	%
Anlagevermögen	6.199	91,0	6.188	91,7
Umlaufvermögen	612	9,0	560	8,3
<b>BETRIEBSVERMÖGEN</b>	<b>6.811</b>	<b>100,0</b>	<b>6.748</b>	<b>100,0</b>
Eigenkapital	2.241	32,9	2.207	32,7
Sonderposten	2.308	33,9	2.409	35,7
Rückstellungen	151	2,2	103	1,5
Verbindlichkeiten	2.111	31,0	2.029	30,1
<b>BETRIEBSKAPITAL</b>	<b>6.811</b>	<b>100,0</b>	<b>6.748</b>	<b>100,0</b>

Das in der Gesellschaft gebundene Vermögen von TEUR 6.811 betrifft Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände mit 91,0 %, Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit 7,4 % und liquide Mittel mit 1,6 %. Die Finanzierung erfolgt mit 66,8 % durch Eigenkapital (einschließlich Sonderposten), mit 21,8 % durch langfristiges Fremdkapital und mit 11,4 % mit kurzfristigen Fremdmitteln. Wesentliche Investitionen betreffen den Zukauf von 4 Arztpraxen, die Ausstattung des Hauses 1 in Brandis mit Pflegebetten, die Ausstattung des MVZ am Standort Colditz sowie Ausstattungen im Heimbereich.

Die Verbindlichkeiten setzen sich zusammen aus Kreditverbindlichkeiten in Höhe von TEUR 1.410, einer Darlehensverbindlichkeit gegenüber der Muttergesellschaft in Höhe von TEUR 489 und aus weiteren Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 212.

### III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die im Heimbereich für das Jahr 2014 erzielten Ergebnisse lagen im Rahmen der Erwartungen. Die Belegung der Pflegeplätze betrug im Jahresdurchschnitt 99,2 % und stellt sich als sehr stabil dar.

Die geplante Erweiterung des MVZ Colditz (weitere Allgemeinärztliche Praxis) und des MVZ Wurzen (weitere Gynäkologische Praxis als Nebenbetriebsstätte Brandis) wurde realisiert. Zusätzlich erfolgte im MVZ Colditz eine weitere Übernahme von zwei allgemeinärztlichen Praxen.

Den Chancen aus der Ausweitung im ambulanten Bereich stehen Risiken hinsichtlich der Nachbesetzung in den Arztpraxen gegenüber. Dem will die Geschäftsführung durch spezielle Personalentwicklung im Zusammenwirken mit den Fachabteilungen der Muldentalkliniken begegnen.

Die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH führt verantwortungsbewusst die Versorgung Demenzkranker fort. Die größte Herausforderung für die Zukunft sieht die Gesellschaft in der veränderten Gesetzgebung insbesondere hinsichtlich der verstärkten Förderung ambulanter Leistungserbringung. Sie geht jedoch davon aus, dem insbesondere durch die vorgenommenen Maßnahmen im Bereich eigener ambulanter Pflegedienste entgegenwirken zu können.

Ein weiteres Risiko besteht im zunehmenden Fachkräftemangel im Pflegebereich.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH nicht abzuleiten.

Für das Geschäftsjahr 2015 wird aufgrund einer geplanten, umfassenden Instandsetzungsmaßnahme an Fenster und Fassade von Haus 1 mit geplanten Instandhaltungskosten in Höhe von TEUR 480 ein negatives Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit erwartet. In den Folgejahren sollen wieder positive Ergebnisse erwirtschaftet werden.

Im Übrigen haben sich nach Ablauf des Geschäftsjahres Besonderheiten nicht ergeben.

### IV. Kennzahlen gemäß § 14 Absatz 6 Satz 2 des Gesellschaftsvertrags der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH

		Plan 2 0 1 4	Ist 2 0 1 4	Ist 2 0 1 3
<b><u>Kennzahlen § 99 Abs. 2 SächsGemO</u></b>				
Arbeitsproduktivität		1,47	1,44	1,47
Effektivverschuldung	TEUR	1.288	1.499	1.469
Eigenkapitalquote <sup>1</sup>	%	34,60	32,90	32,70
Eigenkapitalrendite	%	0,74	1,52	9,83
Fremdkapitalquote	%	65,40	67,10	67,30
Gesamtkapitalrendite	%	-0,65	-0,46	2,25
Investitionsdeckung	%	241,80	97,71	217,66
kurzfristige Liquidität	%	97,02	79,00	107,94
Pro-Kopf-Umsatz	TEUR	68,49	48,89	50,35
Vermögensstruktur	%	92,16	91,09	91,69

<sup>1</sup> hier ohne Berücksichtigung des Sonderpostens

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2015 wurde am 03. September 2014 durch den Aufsichtsrat der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH beschlossen und durch die Gesellschafterversammlung bestätigt.

## **V. Organe der Gesellschaft**

### **1. Geschäftsführung**

Alleinvertretungsberechtigter Geschäftsführer ist Herr Jörg Christian Langner. Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

### **2. Angaben zum Aufsichtsrat**

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 23. Juli 2014 mit Beschluss II-2014/016 die Mitglieder für den Aufsichtsrat der Altenheimgesellschaft Muldental gGmbH bestellt:

<u>Name</u>	<u>Berufliche Tätigkeit</u>	<u>Wohnort</u>
Herr Dr. Thomas Voigt	Beigeordneter, Vorsitzender	Borna
Frau Dr. Roswitha Brunzlaff	freiberufliche Dozentin	Belgershain
Herr Matthias Schmiedel	Bürgermeister	Zschadraß
Mitglied ab 23. Juli 2014:		
Herr Gerold Meyer	Rentner	Naunhof
Herr Arno Jesse	Bürgermeister	Brandis
Mitglied bis 22. Juli 2014:		
Herr Fritz-Dieter Mittenzwei	CNC-Dreher	Wurzen OT Nemt
Herr Gottfried Schröpfer	Gastronom, selbstständig	Zschadraß

## **VI. Sonstige Angaben**

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, einbezogen.  
Zum Jahresabschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 wurde die WRG Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig, bestellt.

Brandis, 9. März 2015

Jörg Christian Langner

Geschäftsführer

# Servicegesellschaft Muldental mbH

## Beteiligungsübersicht

Kutusowstraße 70  
04808 Wurzen

Tel. 03425 / 930  
Fax 03425 / 93 23 99  
Email kh.wurzen@krankenhaus-muldental.de

Gründungsdatum 05.12.2006  
Rechtsform GmbH  
*Gründung durch Beschluss am 07.12.2006*  
*Handelsregistereintrag am 17.01.2007 unter 22944*

## Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft	100,0000 %	25.000,00

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering, Sicherheits- und Empfangsdienste, kaufmännische Gebäudedienste, Hauswirtschafts- und sonstige Servicedienste, Sterilgutversorgung, Hilfsdienste in ärztlichen Sprechstunden für organisatorische und ablauftechnische Aufgaben sowie hiermit verwandter Dienstleistungen vorwiegend im Bereich der Kliniken des Muldentalkreises gGmbH und deren Beteiligungen.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Lagebericht 2014

### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

#### **I. Allgemeines**

Die Servicegesellschaft Muldental mbH (nachfolgend SGM genannt) wurde zum 01.02.2007 gegründet. Die Eintragung im Handelsregister erfolgte am 17.01.2007.

Die Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft (vormals: Kliniken des Muldentalkreises gGmbH), Wurzen, (im Folgenden auch Muttergesellschaft genannt) ist alleinige Gesellschafterin der SGM.

Gegenstand des Unternehmens ist die Erbringung von Dienstleistungen, insbesondere Gebäude- und Unterhaltsreinigung, Catering einschließlich der Spül- und Wirtschaftsdienste, Sicherheits- und Empfangsdienste sowie Sterilgutversorgung vorwiegend im Bereich der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft und deren Beteiligung.

Seit dem 01.10.2010 erfolgte im Reinigungsbereich eine Erweiterung für den Hol- und Bringdienst und seit dem 01.10.2014 für den medizinischen Hol- und Bringdienst im Krankenhaus Wurzen und Grimma.

#### **II. Darstellung des Geschäftsverlaufs**

##### **1. Grundlagen der Betriebsführung**

Die Grundlage der Betriebsführung bildete der für das Jahr 2014 aufgestellte Wirtschaftsplan mit seinen Teilen

- Erfolgsplan,
- Finanzplan,
- Stellenübersicht und
- Liquiditätsplan.

##### **2. Ertragslage**

Zur Analyse der Ertragslage haben wir aus der Gewinn- und Verlustrechnung den nachfolgenden Erfolgsvergleich nach betriebswirtschaftlichen Grundsätzen abgeleitet:

	2014		2013	
	TEUR	%	TEUR	%
<b>Betriebliche Erträge</b>	2.948	100,0	2.802	100,0
Materialaufwand	-910	-30,9	-874	-31,2
Personalaufwand	-1.439	-48,8	-1.357	-48,4
sonstige betriebliche Aufwendungen	-592	-20,1	-562	-20,1
<b>Betriebliche Aufwendungen</b>	-2.941	-99,8	-2.793	-99,7
<b>Betriebsergebnis</b>	7	0,2	9	0,3
<b>Finanzergebnis</b>	1	0,0	1	0,0
Steuern	-2	-0,1	-3	-0,1
<b>Jahresüberschuss</b>	6	0,2	7	0,2

Die Höhe der Umsatzerlöse wurde in Budgets für alle Leistungsbereiche jeweils grundsätzlich vertraglich festgelegt. Mehr- bzw. Mindererlöse werden zum einen im Cateringbereich durch die Ist-Beköstigungstage und Mehr- bzw. Sonderleistungen, im Reinigungsbereich durch Zusatzleistungen sowie im Sterilisationsbereich durch die Sterilisationseinheiten (STE) bestimmt.

Leistungen an Dritte werden ausschließlich in der Sterilgutversorgung für niedergelassene Ärzte erbracht. Die Preise für die Durchführung der Sterilisationsleistungen sind in Verträgen fest vereinbart und wurden zum 01.07.2012 angepasst.

Umsatzerlöse des Berichtszeitraums in Höhe von TEUR 2.930 (Vj.: TEUR 2.787) setzen sich wie folgt zusammen:

	2014		2013	
	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse aus Catering	1.225	41,8	1.195	42,9
Umsatzerlöse aus Reinigung	894	30,5	814	29,2
Umsatzerlöse aus Sterilisation	566	19,3	537	19,3
Umsatzerlöse aus Sicherheits- und Empfangsdienst	245	8,4	241	8,6
	2.930	100,0	2.787	100,0

Die sonstigen betrieblichen Erträge (TEUR 18, Vj.: TEUR 15) beinhalten im Wesentlichen Erstattungen von der Bundesagentur für Arbeit (TEUR 10, Vj.: TEUR 7).

Der Materialaufwand des Geschäftsjahres 2014 (TEUR 910, Vj.: TEUR 874) verteilt sich vorwiegend auf Aufwendungen für Lebensmittel (TEUR 508, Vj.: TEUR 494) und auf Aufwendungen für bezogene Leistungen im Bereich Sterilisation (TEUR 376, Vj.: TEUR 356).

Die Leistungen für die Betreuung Arbeitsschutz und Arbeitssicherheit für die SGM werden von der Dienstleistungsgesellschaft DGT mbH erbracht (TEUR 4, Vj.: TEUR 4).

Der Personalaufwand betrug im Geschäftsjahr TEUR 1.439 (Vj.: TEUR 1.357). Davon entfielen TEUR 1.213 auf Löhne und Gehälter sowie TEUR 226 auf Sozialabgaben. Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung wurden nicht gezahlt. Die Erhöhung der Personalkosten von rund 6 % beruht auf der Steigerung der Tarifverträge.

Die Höhe der sonstigen betrieblichen Aufwendungen betrugen im Geschäftsjahr 2014 TEUR 592 (Vj.: TEUR 562). Darin enthalten sind die Managementgebühren mit insgesamt TEUR 387 (Vj.: TEUR 372) sowie Mietaufwendungen von TEUR 104 (Vj.: TEUR 104) für die benötigten Räume.

Das Finanzergebnis des Geschäftsjahres ergibt sich aus den Zinserträgen in Höhe von TEUR 1 (Vj.: TEUR 1).

### 3. Vermögenslage

In nachstehender Tabelle ist der Vermögens- und Kapitalaufbau der Servicegesellschaft Muldental mbH, Wurzen, im Vergleich zum Vorjahr dargestellt:

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umlaufvermögen =						
<b>Betriebsvermögen</b>	345	100,0	312	100,0	33	10,6
Eigenkapital	52	15,1	53	17,0	-1	-1,9
Rückstellungen	31	9,0	34	10,9	-3	-8,8
Verbindlichkeiten	262	75,9	225	72,1	37	16,4
<b>Betriebskapital</b>	345	100,0	312	100,0	33	10,6

Anlagevermögen ist in der SGM nicht vorhanden.

Das Umlaufvermögen betrifft zum einen Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände mit 58,7 % (Vj.: 80,8 %) und zum anderen aus Guthaben bei Kreditinstituten mit 41,3 % (Vj.: 19,2 %).

Zum Bilanzstichtag standen der Gesellschaft liquide Mittel in Höhe von TEUR 143 (Vj.: TEUR 60) zur Verfügung. Im abgelaufenen Geschäftsjahr war der Kapital- bzw. Liquiditätsbedarf jederzeit vollumfänglich gedeckt.

Die Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 262 (Vj.: TEUR 225) setzen sich aus Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen in Höhe von TEUR 126 (Vj.: TEUR 107), aus Verbindlichkeiten gegenüber dem



Gesellschafter in Höhe von TEUR 39 (Vj.: TEUR 40) und aus sonstigen Verbindlichkeiten in Höhe von TEUR 97 (Vj.: TEUR 78) zusammen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurden Rückstellungen von insgesamt TEUR 31 (Vj.: TEUR 34) gebildet. Davon entfallen auf Steuerrückstellungen TEUR 3 (Vj.: TEUR 3), auf Rückstellungen für Urlaubsansprüche TEUR 17 (Vj.: TEUR 6), auf Veröffentlichungen und Prüfung des Jahresabschlusses und Steuererklärungen TEUR 8 (Vj.: TEUR 8), auf Jubiläen TEUR 1 (Vj.: TEUR 1) und auf Personalkosten **bzw. Einmalzahlung TEUR 3 (Vj.: TEUR 16)**.

### **III. Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Die SGM ist mit dem Ziel, die Kostenstruktur der Muttergesellschaft zu verbessern, gegründet worden. Gemäß den vertraglichen Regelungen werden Preis- und Lohnerhöhungen an die Muttergesellschaft weitergegeben. Die künftige Entwicklung der Geschäftstätigkeit wird daher von der Lage der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft abhängen.

Zukünftig ist von steigenden Einkaufspreisen und Personalkosten auszugehen. Diesem Risiko wird dadurch entgegengewirkt, dass die Verträge und Budgets mit der Muttergesellschaft an Preiserhöhungen und Tarifierhöhungen angepasst werden.

Bestandsgefährdende Risiken sind für die Servicegesellschaft Muldental mbH nicht abzuleiten.

Für die nächsten Jahre ist geplant, weiter positive Jahresergebnisse zu erwirtschaften.

### **IV. Sonstige Angaben**

#### **1. Geschäftsführung**

Zum Geschäftsführer ist Herr Jörg Christian Langner bestellt. Der Geschäftsführer ist von den Beschränkungen des § 181 BGB befreit.

Hinsichtlich der Gesamtbezüge der Geschäftsführung wurde von der Schutzklausel gemäß § 286 Absatz 4 HGB Gebrauch gemacht.

#### **2. Sonstiges**

Die Gesellschaft wird in den Konzernabschluss der Muldentalkliniken GmbH, Gemeinnützige Gesellschaft, Wurzen, einbezogen. Der Konzernabschluss wird im elektronischen Bundesanzeiger offengelegt.

Zum Abschlussprüfer für das Geschäftsjahr 2014 wurde die WRG Audit GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig, bestellt.

Wurzen, 21.01.2015

Jörg Christian Langner  
Geschäftsführer

# **WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i.L.**

## Beteiligungsübersicht

Staufenbergstraße 4  
04552 Borna

Tel. 03433 2413711

Gründungsdatum 10.06.1997

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 10.06.1997

Handelsregistereintrag am 02.09.2005 unter HRB 13821

## Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		30.750,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	30.750,00

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Förderung der Wirtschaft im gesamten Gebiet des Landkreises Leipziger Land sowie die Realisierung und Unterstützung von Projekten, welche der Entwicklung in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht dienen.

Mit Kreistagsbeschluss Nr. 2011/065 vom 06.07.2011 wurde die Liquidation der WILL Wirtschaftsförderung Landkreis Leipzig GmbH i. L. beginnend am 01.08.2011 beschlossen.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Lagebericht 2014

### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

#### 1. Entwicklung der Gesellschaft während der Liquidationseröffnung

30.03.2011

Der Geschäftsführer Dr. Müller-Syring hat sein Anstellungsverhältnis zum 30.06.2011 gekündigt.

21.06.2011

Der Landkreis als Gesellschafter beauftragt zum geschäftsführenden Gesellschaftervertreter für die geschäftsführerfreie Zeit Herrn Justiziar B. Fromeyer, Rechtsamt, und als Vertreterin Frau R. Weigelt, Stabsstelle, jeweils Mitarbeiter des Landkreises Leipzig.

28.06.2011

Geschäftsbesorgungsvertrag zwischen der WILL GmbH und dem Landkreis Leipzig, gemäß dem dieser für die WILL GmbH alle Haushalts-, Finanz- und Kontoführungsrechte übernimmt (umfassende Finanzkontrolle).

30.06.2011

Geschäftsführer Dr. Müller-Syring scheidet aus.

Die Liquiditätsplanung geht von einem Finanzmittelbestand von 509.107,00 Euro zum Jahresende 2011 aus.

06.07.2011

Der Kreistag des Landkreises Leipzig, als Gesellschafter der WILL GmbH, beschließt deren Liquidation.

12.07.2011

Gesellschafterbeschluss: Jahresabschluss 2010 wird festgestellt und Entlastung für 2010 erteilt.

12.07.2011

Es ergeht folgender Gesellschafterbeschluss:

1. Die Liquidation der Gesellschaft beginnt am 01.08.2011;
2. Liquidator wird der Justiziar des Rechtsamtes Herr B. Fromeyer.

15.07.2011

Alle Verträge wurden/werden fortlaufend gekündigt.

Noch offene Verträge:

06.09.2011

Das Projekt Städtenetzwerk Südkaukasus vom 28.03.2011 mit dem Landkreis Leipzig kann die WILL GmbH nicht fortführen. Nach Zwischenabrechnung vom 04.07.2011 hat die WILL GmbH 28.500,00 Euro Fördermittel erhalten, davon wurden 3.338,93 Euro verbraucht. Es bleibt ein Rest von 25.161,07 Euro. Der Restbetrag ist an den Fördermittelgeber Landkreis Leipzig, Amt für Wirtschaftsförderung, mit Anschreiben vom 06.09.2011 zurücküberwiesen worden. Der Fördermittelbetrag wurde vom Landkreis von der Deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit GmbH gemäß GTZ-VertragsNr. 811 287 82 durchgereicht. Die WILL GmbH ist aus dem oben genannten Vertrag entlassen. Dr. Müller-Syring hat die Bereitschaft erklärt, in den Vertrag einzutreten und diesen zu erfüllen. Dafür wird derzeit das Leistungsprofil überarbeitet.

Der Vertrag mit Dr. Theile auf Honorarbasis (20,00 Euro/Stunde) zur Aufarbeitung der Grundstücksproblematiken wird fortgeführt.

Der Vertrag mit dem Ing.-Büro Hanke "Erarbeitung Standortentwicklungskonzept" ist mit Wirkung März 2012 beendet.

Der Kooperationsvertrag zwischen LOBBE/MUEG/BIQ/LMBV/WILL zur Standortentwicklung Espenhain/Thierbach von September bis Dezember 2009 ist noch zu kündigen.

Der Vertrag mit dem Steuerbüro Connex GmbH, Borna, wird fortgeführt.

Nach dem Stand vom 14.09.2011 ist die Homepage und diverse Domains der WILL GmbH bei der Horst Europe GmbH gekündigt und teilweise übertragen worden. Abgeschlossen wurde dies bis zum 29.02.2012.

29.07.2011

Der Mietvertrag ist mit Wirkung zum 31.12.2011 gekündigt worden. Die Übergabe erfolgt früher, um die Unterhaltungskosten/-verantwortung bis 31.12.2011 nicht mehr tragen zu müssen. Der Vermieter verzichtet auf ein halbes Jahr Mietzins sowie eine Sanierung seitens des Mieters im Gegenzug für verbliebene Einbauten, Alarmanlage, Schließanlage etc. Sofern der Vermieter das Objekt vor dem 31.12.2011 weiter vermieten sollte, wird er der WILL GmbH entsprechend die Mietzahlungen reduzieren. Das Mietobjekt ist am 20.09.2011 endgereinigt und am 23.09.2011 an den Vermieter übergeben worden. Der Untermietvertrag mit Ing.-Büro Hockauf wird vom Vermieter übernommen. Die WILL GmbH nimmt die Miete von Ing. Hockauf noch bis 31.12.2011 ein.

02.08.2011

Der Landesdirektion Leipzig ist der Wirtschaftsprüferbericht 2010 zur Kenntnisnahme übersandt worden.

18.08.2011

Der Liquidator ist im Handelsregister eingetragen.

30.08.2011

Die Bekanntmachung des Gläubigeraufrufes gemäß § 65 Abs. 2 GmbHG ist beim Bundesanzeiger beantragt.

08.09.2011

Bis zu diesem Datum sind alle Mitarbeiter der WILL GmbH einvernehmlich aus der Gesellschaft ausgeschieden unter Gewährung einer Abfindung von drei Bruttomonatsarbeitsgehältern. Das Inventar ist verkauft worden. Der Gesellschafter z. B. hat alles von Wert übernommen, wie die Möbel, das Dienstfahrzeug, die neuere EDV und Drucker-Technik (zu einem steuerunschädlichen Preis, um eine verdeckte Gewinnausschüttung zu vermeiden). Die Daten des Servers wurden von der IT-Abteilung des Landkreises gesichert. Das Kreisarchiv hat alle archivwürdigen Unterlagen eingelagert.

Die WILL GmbH betreibt im Landratsamt Borna einen Raum, in dem die noch offenen Probleme als Akten vorhanden sind und abgearbeitet werden. Dies betrifft im Wesentlichen die Grundstückskäufe/-verkäufe der Vergangenheit.

Der Kooperationsvertrag vom 19/20.03.2007 mit dem Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig ist am 25.10.2011 auf Anregung des Liquidators vorzeitig einvernehmlich beendet worden. Dabei konnte die finanziell vereinbarte Obergrenze von 462.000,00 Euro deutlich auf 323.529,41 Euro (Einsparung: 138.470,59 Euro) unterschritten werden.

19.12.2011

Gewerbeabmeldung gegenüber dem Ordnungsamt der Stadt Borna.

## 2. Entwicklungen der Gesellschaft im Geschäftsjahr 2014

09.01.2014

Übergabe einer Zusammenstellung zu den Kaufverträgen, den Stand der Bearbeitungen und der getätigten Aufwendungen.

10.01.2014

Vorgespräch zur Beurkundung der Nachträge mit Notar Dr. Wagner.

11.01.2014

Notartermin zur Beurkundung der Nachträge für die Wandlung der vorläufigen in feste Kaufpreise.

15.01.2014

Erarbeitung eines Prüfberichtes zum aktuellen Stand der Grundbucheintragungen der Flurstücke Breitingen und die Auskehr von Minderflächen an den Staatsbetrieb Sachsenforst.

21.01.2014

Rücksprachen mit Herrn Schulze VLNO und der LMBV zu den Unstimmigkeiten der Flurstücke Breitingen 609/2 und 609/15. Frau Milkau übergibt den Vorgang an einen anderen Notar, da der Notar Herr Henn nicht mehr zuständig ist.

Kontaktaufnahme mit Herrn Grobe zum Stand der Bearbeitung der Planvereinbarungen. Das Grundbuchamt ist in der Pflicht der Eintragungen.

25.01.2014

Bearbeitung der Löschungskosten der Justizkasse.

Mitteilung der LMBV, dass der Notar Dr. Wagner die Erarbeitung eines Nachtrages zu den Minderflächen in der Gemarkung ablehnt, da er die Zusammenhänge nicht kennt. Es sollte dann Notar Henn tun, er lehnt es ebenso ab.

06.02.2014

Der testierte Jahresabschluss 2012 liegt vor. Jetzt steht noch die Fördermittelprüfung der von der Südraum Leipzig GmbH erhaltenen Landesmittel an. Der Auftrag hierfür ist seit Monaten erteilt.

10.02.2014

Anfrage bei der FLN zum Stand der Planvereinbarungen.

26.02.2014

Mitteilung des Vorsitzenden der Teilnehmergeinschaft Rötha-West, dass die Anträge am 13.11.2013 beim Grundbuchamt gestellt wurden.

03.03.2014

Rückfrage bei Herrn Günther, Grontmij, zum Stand der Bearbeitung der Planvereinbarung mit dem Staatsbetrieb Sachsenforst. Der Nachtrag UR-Nr. 1130 H 2013 muss erst grundbuchlich vollzogen sein, was bisher nicht der Fall ist. Der Notar Henn hat im Juli 2013 den Antrag gestellt.

05.03.2014

Aussprache und Unterstützung zur Erstellung eines Nachtrages mit Notar Dr. Wagner zum KV UR-Nr. 1178 H 99.

06.03.2014

Abstimmung mit dem Vermesser Schmitt zum Stand der Vermessung der Kreisstrasse 2014.03.20 Bewertung des Fortführungsnachweises des Nachtrages zum KV UR-Nr. 1178 H 99.

17.03.2014 - Aufsichtsratssitzung

Die WILL GmbH erwarb in den Jahren von 1998 bis 2006 ca. 2.539 ha von der LMBV und anderen Eigentümern, wie dem Freistaat Sachsen und den Kommunen zu einem Kaufpreis von ca. 2.349.190,00 Euro ganze und auch teilweise unvermessene Flurstücke. Teilflächen sollten über die Flurneuordnung vermessen werden, die immer noch offen ist.

Verkauft wurden sämtlich erworbenen Flächen bis Ende 2009, als Teilflächen in Form von Miteigentum oder als ganze Grundstücke gemäß ihren Nutzungen. Alle ganzen Flurstücke sind auf die Erwerber umgeschrieben, ebenso die Miteigentumsanteile. Wenige vergessene Teilflächen verblieben, da die Umschreibungen des Grundbuchamtes ausblieben.

Gegenwärtig stehen noch zwei Schwerpunkte an:

1. Das Verkaufslos 993 ha im Bereich südlich von Borna und nördlich von Rötha, Erwerb und Verkauf erfolgte in den Jahren 1998 und 1990, beurkundender Notar Henn, Großenhain.

Im Wesentlichen befindet sich dieses Verkaufslos in der Endphase. Drei Planvereinbarungen dazu sind erstellt. Nach Eintragung im Grundbuch ist die WILL GmbH i. L. verpflichtet, für Minderflächen eine Erlösauskehr zu vollziehen. Anträge dazu sind beim Grundbuchamt Borna gestellt. Der Vollzug ist offen.

Zwei Agrarbetriebe haben auf den Ausgleich für Minderflächen verzichtet.

Die Planvereinbarung mit dem Staatsbetrieb Sachsenforst Chemnitz kann gegenwärtig nicht zum Abschluss gebracht werden. Die abschließende Bearbeitung ist offen, da Grundbucheintragungen noch ausstehen. Die Planvereinbarung mit der LMBV kann ebenso nicht vollzogen werden. Dazu bedarf es noch eines Nachtrages, der gegenwärtig zu erarbeiten ist. Eigentumsumschreibungen in der Gemarkung Breitingen Flurstück 609/2 und 609/15 mit Erlösauskehr für Minderflächen sind noch offen. Der Sachverhalt wurde einer Prüfung unterzogen. Obwohl im KV UR-Nr. 1760 H 98 die WILL GmbH i. L. eine Verkaufsfläche von 785.200 m<sup>2</sup> erwarb, steht die LMBV noch mit 464.065 m<sup>2</sup> als Eigentümer im Grundbuch. Geklärt muss auch werden, wie mit dem Flurstück 609/2 zu verfahren ist. Die LMBV bemüht sich einen Notar oder die LFNO - Behörde zu binden, dieses Problem einer Lösung zuzuführen. Diese Fläche muss noch auf die WILL GmbH i. L. übergehen und auf den Staatsbetrieb Sachsenforst übertragen werden. Das Ergebnis ist offen. Zum Vollzug der PV sind für Minderflächen ca. 14.000,00 Euro auszukehren. Mit der LFNO-Behörde steht die WILL GmbH i. L. ständig im Kontakt, um das Verfahren zum Abschluss zu bringen.

2. Das Verkaufslos 1.195,4 ha im Bereich ehemaliger Tagebau Witznitz, beurkundender Notar Dr. Ritter und Dr. Wagner

Die erworbenen Grundstücke sind alle verkauft. Umschreibungen auf die Eigentümer sind von den Vermessungen abhängig und im Wesentlichen abgeschlossen. Die WILL GmbH i. L. hat für Teilflächen die Vermessungen in Auftrag gegeben und solche über die LMBV auch veranlasst. Vermessen wurden die Kreisstrasse K 7930 mit den angrenzenden Teilflächen. Dies hatte die WILL GmbH i. L. veranlasst.

Die Kosten der Vermessung der K 7930 hatte die LMBV zu tragen. Die WILL GmbH i. L. sollte im Gegenzug für ihre erworbenen Teilflächen 65.390,72 Euro bezahlen, was abgelehnt wurde. Nach langwierigen Verhandlungen wurde in Verbindung mit sieben weiteren zu vermessenden Teilflächen ein Kostenaufwand von 21.000,00 Euro ausgehandelt. Die vermessenen Teilflächen der Kreisstrasse sind vollzogen, aber nicht abgemarkt. Dies soll über die Flurneuordnung erfolgen. Die Umschreibung ins Kataster ist noch offen. Zusätzlich wurden noch die sieben verbliebene Teilflächen aus dem KV-Nr. 813/2004 mit vermessen. Auch fehlt noch die Eintragung ins Kataster. Die WILL GmbH i. L. muss für diese Vermessung ca. 21.000,00 Euro bereitstellen. Die LMBV will danach eine Wertermittlung für die sieben vermessenen Flächen durchführen, welche durch die WILL GmbH i. L. auszugleichen wäre. Sämtliche Kaufverträge wurden im Auftrag des Liquidators auf ihre Vollzugfähigkeit überprüft. Dazu wurden in fünf Kaufverträgen die vorläufigen Kaufpreise in Festpreise gewandelt. Die Nachträge sind vollzogen. Gewandelt werden muss noch der Kaufpreis mit der LMBV. Absprachen fanden dazu statt.

Wenn die vermessenen Flurstücke im Kataster übernommen sind, wird auch dieser vorläufige Kaufpreis in einen Festpreis gewandelt. Für die WILL GmbH i. L. wurden auch sämtliche Rückauflassungsvormerkungen zur Löschung gebracht.

18.03.2014

Auswertung der Fortführungsnachweise der K 7930 beim Vermesser.

07.04.2014

Abstimmung mit der LMBV zu den Ergebnissen der Vermessung der Kreisstrasse K7930.

09.04.2014

Die LMBV wurde aufgefordert, die im Jahre 2013 gestellten Fragen aus der Urkunde 803/2004 zu beantworten. Die Durchschrift wurde gemailt. Bisher erfolgte keine Antwort.

09.04.2014

Der Prüfungsauftrag zur Übernahme der Notarkosten für die Wandlung des Kaufpreises aus der Urkunde UR-Nr. 1750/2004 wurde bearbeitet. Kontaktaufnahme mit Blauland für die Einigung zur Übernahme der Kosten, da die WILL GmbH i. L. den Vorteil genießt.

14.04.2014

Kontaktaufnahme zu Grontmij zum Stand der Abarbeitung PV Staatsbetrieb Sachsenforst. Die Bestätigung durch die WILL GmbH i. L. fehlte bisher. Diese wurde nachgeholt.

27.04.2014

Anschreiben an den Notar Herrn Henn zum Entwurf eines Nachtrags zur Regelung des Kaufpreises Breitingen 855 und der Übertragung von der LMBV auf die WILL GmbH i. L. gemäß Entwurf des Auseinandersetzungsvertrages, Übertragung der Flächen von der LMBV auf die WILL GmbH i. L.

10.06.2014

Beurkundung des Auseinandersetzungsvertrages zu Breitingen 855 beim Notar Herrn Dr. Wagner Leipzig mit der LMBV.

24.06.2014

Kontaktaufnahme zum Staatsbetrieb Sachsenforst, wie wir gemeinsam das Problem mit Breitingen 855 regeln könnten.

15.07.2014

Kontaktaufnahme zum Vermessungsamt zum Verband ländliche Neuordnung.

16.07.2014

Kontaktaufnahme LMBV zum Vermessungsergebnis K 7930.

21.07.2014

Abklärung zum Stand PV mit Staatsbetrieb Sachsenforst, Unterschriften eingeholt bei WILL GmbH i. L.

25.07.2014

Rücksprache mit Sachsenforst zur Klärung der noch offenen Flächen in FNO-Verfahren Haselbach, Beauftragung des Notars Dr. Wagner zum Entwurf eines Nachtrages.

29.07.2014

Erarbeitung der Aufgabenstellung für den Auseinandersetzungsvertrag mit dem Staatsbetrieb Sachsenforst Chemnitz.

31.07.2014

Rücksprache mit dem Vermesser Schmitt und dem Katasteramt Borna zum Stand der Eintragungen der Vermessungen Kreisstraße K7930. Aus verwaltungstechnischen Gründen verzögern sich die Eintragungen.

05.08.2014

Beschaffung der Unterlagen zum KV UR-Nr. 1160 H 99 und Abstimmung mit dem Notariat Dr. Wagner.

06.08.2014

Anschreiben der LMBV an LK zur Aussetzung der vierten Rate Vermessungskosten Flurneuordnung, Erarbeitung eines Standpunktes.

08.08.2014

Erklärung gegenüber dem Amt zur Einwilligung der Bebauungen von Grundstücken in der Gemarkung Kreudnitz usw.

12.08.2014

Aufsuchen des Grundbuchamtes in Borna zur Abklärung von Rückauflassungen für die WILL GmbH i. L.

12.08.2014

Antrag an das Notariat Dr. Wagner zur Löschung von Rückauflassungen für die WILL GmbH i. L. in den Gemarkungen Kreudnitz und Hain.

20.08.2014

LMBV stellt den Antrag an die WILL GmbH i. L. zum Kaufvertrag UR-Nr. 830/2004 für die Begleichung der abgestimmten Kosten der Teilvermessung K7930 in Höhe von 15.413,74 Euro. Diese wurden umgehend bezahlt. Die Kataster-Eintragungskosten sind noch offen.

21.08.2014

Prüfung des Antrages der LMBV zur Begleichung von Vermessungskosten.

09.09.2014

Überprüfung der zugestellten Unterlagen über die Flurneuordnung Halde Rötha.

12.09.2014

Schreiben an die LMBV mit der Bitte zur Beschleunigung der Ermittlung der offenen Kosten für die Wandlung des vorläufigen Kaufpreises im KV UR-Nr. 813/2004 zu einem Festpreis, Vorbereitung eines Nachtrages.



25.09.2014

Landesamt für Straßen und Verkehr bittet um die Baufreigabe für das Flurstück in Rötha.

25.09.2014

Der Notar Wagner entwirft einen Vorschlag für die Löschung von Rückauflassungsvormerkungen.

30.09.2014

Ankündigung einer Betriebsprüfung durch die Deutsche Rentenversicherung.

01.10.2014

Beurkundung der Löschungsbewilligung der Rückauflassungsvormerkung der WILL GmbH i. L. beim Notar Dr. Wagner.

01.10.2014

Übermittlung des Nachtrages mit der LMBV UR-Nr. 976 H 2010 an Grontmij zur Einpflegung in die Planvereinbarung mit der LMBV, Bestätigung des erhaltenen Kaufpreises für Minderfläche.

02.10.2014

Anschreiben an das LASuV mit der Einwilligung zur Inanspruchnahme einer Fläche des Flurstücks 328/16 in der Gemarkung Rötha für den Autobahnbau A 72.

30.10.2014

Anhörung Landesdirektion Sachsen, Leipzig, zur vorzeitigen Besitzeinweisung nach § 18f FStrG Neubau BAB A 72, Abschnitt 5.2 Rötha, Grundbuch Rötha, Blatt 1222 Fl.St. 1/13, 1/20, 1/22 Gemarkung Gaschwitz.

11.11.2014

Deutsche Rentenversicherung, Bescheid vom 04.11.2014, Ergebnis Betriebsprüfung für 01.01.2010 - 31.12.2013, Nachforderung für 2011 297,63 Euro.

24.11.2014

Kontaktaufnahme zu Grontmij zum aktuellen Stand der PV und zum Notar zum Vertragsentwurf für Breitingen Blatt 855.

25.11.2014

Mitteilung des Notars Dr. Wagner zum Geschäftswert des UR-Nr. 1652/2013, welcher 13.477.027.76 Euro betragen würde.

04.04.2014

Mitteilung des Grundbuchamtes Borna über die Eintragung des Eigentums der Agrarproduktion Elsteraue GmbH Co. KG. in der Gemarkung Dechwitz.

05.12.2014

Anfrage der Ökologischen Station Birkenhain zur Bereitstellung einer Fläche im Röthaer Holz Fl.-Nr. 328/16, die Notarkosten für den o. g. GW würden ca. 21.000,00 Euro betragen.

Antwortschreiben an den Notar Dr. Wagner zum Geschäftswert des Auseinandersetzungsvertrages, dass Widerspruch eingelegt wird und die tatsächliche Fläche von 19.935 m<sup>2</sup> die Basis wäre.

08.12.2014

Antwortschreiben, die Forstdirektion des Freistaates Sachsen in Chemnitz ist der Ansprechpartner für diese Fläche.

11.12.2014

Antwortschreiben des Notars, dass der Quadratmeterpreis 0,038 € beträgt und damit der GW 26.104,27 Euro ist, die WILL GmbH i. L. hat gegenüber dem Notar 734,47 Euro zu begleichen.

Anschreiben an die Öko-Station zu den Flächen in der Gemarkung Großdeuben.

12.12.2014

Prüfung der Flächen im Röthaer Holz für die Öko-Station.

29.12.2014

Prüfung der Mitteilung des Grundbuchamtes Borna zu den Eintragungen im Grundbuch.

### 3. Entwicklungen der Gesellschaft nach dem Bilanzstichtag

06.01.2015

Beauftragung des Notars zu einem Vertragsentwurf Breitingen 855.

09.01.2015

Rücksprache mit der LMBV zu einem Vertragsentwurf Breitingen 855.

12.01.2015

Bearbeitung der Verträge mit Sachsenforst Chemnitz in Vorbereitung des Vertragsentwurfes Breitingen 855.

20.01.2015

Persönliche Abstimmung mit Frau Heinrich zum Vertragsentwurf Breitingen.

28.01.2015

Beantwortung der Anfragen zur ländlichen Neuordnung Haselbach.

10.02.2015

Abstimmung mit der LMBV zur Vermessung K7930 und WILL Flächen.

20.02.2015

Sachsenforst Übergabe des Vertragsentwurfs Breitingen 855.

25.02.2015

Vorbereitung der Beratung mit der LMBV zur Vermessung K7930.

09.03.2015

Vorabstimmung mit Frau Bartsch, Forstbetrieb Chemnitz zum Vertragsentwurf.

11.03.2015

Ermittlung der vermessenen WILL Flächen K7930.

13.03.2015

Abschlussgespräch mit Frau Bartsch zum Vertragsentwurf.

14.03.2015

Vertragsentwurf kann beurkundet werden, Terminabstimmungen.

20.03.2015

Beratung bei der LMBV zu den Vermessungsergebnissen und Mehrflächen.

31.03.2015

Archivierung von Unterlagen und Verträgen der Will GmbH.

08.04.2015

Archivierung von Unterlagen und Verträgen der Will GmbH.

20.04.2015

Persönliche Nachfrage beim GBA Borna zum Stand KV UR-Nr. 2194/2014.

21.04.2015

Anschreiben an Notar und GBA Borna zum KV UR-Nr. 2194/2014. Bearbeitung der offenen Probleme, welche die Eintragung beim GBA behindern können.

11.05.2015

Bearbeitung der Rückstellungen im Finanzplan.

Rücksprache mit LMBV zu noch anfallenden Kosten und Mailanfrage.

13.05.2015

Eingang der Steuerbescheide für 2013. Es werden 1.012,00 Euro Körperschaftsteuern zurückerstattet. Der Gewerbeverlust wird auf 267.006,00 Euro festgelegt.

22.05.2015

Bearbeitung der Auflistung des gegenwärtigen Arbeitsstandes.

#### 4. Ausblick

Die Rücklagen von ursprünglich ca. 500.000,00 Euro sind auf ca. 300.000,00 Euro abgeschmolzen. Es stehen ca. 50.000,00 Euro Zahlungsverpflichtungen der WILL für die nächsten Monate an. Eine belastbare Aussage, wann die Liquidation abgeschlossen sein wird, ist derzeit noch nicht möglich.

Borna, 1. Oktober 2015

---

Benno Fromeyer

Liquidator

# KELL Kommunalentsorgung Landkreis Leipzig GmbH

## Beteiligungsübersicht

Am Westufer 3  
04463 Großpösna OT Störmthal

Tel. 034299 / 87440  
Email jens.adam@kell-gmbh.de  
Internet http://www.kell-gmbh.de

Gründungsdatum 21.10.2009

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 07.10.2009

Handelsregistereintrag am 02.12.2009 unter HRB 25657

## Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		331.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	100,0000 %	331.000,00

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Gegenstand des Unternehmens ist die Abfallentsorgung auf dem Gebiet des Landkreises Leipzig. Sie umfasst die dem Landkreis als öffentlich rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben und zwar das Einsammeln und Befördern der im Entsorgungsgebiet anfallenden Abfälle, deren Verwertung und Beseitigung, soweit diese Aufgabe nicht vom Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen wahrgenommen wird, sowie die Übernahme von weiteren Aufgaben, die dem Landkreis als öffentlich rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesen sind, soweit es sich nicht um reine Tätigkeiten von Behörden handelt. Hierzu gehören insbesondere die Sanierung und Rekultivierung von Abfallbeseitigungsanlagen und die Entsorgung der rechtswidrig auf den der Allgemeinheit zugänglichen Grundstücken abgelagerten Abfälle. Gegenstand des Unternehmens können weiterhin Aktivitäten im Bereich der Abfallwirtschaft und des Recyclings, wie die Übernahme und Durchführung von Entsorgungsleistungen jeder Art sowie der Erwerb und die Verwaltung von gesellschaftseigenen Immobilien sein, soweit die Gesellschaft überwiegend die dem Gesellschafter als öffentlich rechtlichem Entsorgungsträger zugewiesenen Aufgaben erbringt. Die Tätigkeit für andere Auftraggeber als den Landkreis Leipzig wird jedoch nur aufgenommen, solange das Unternehmen im Wesentlichen für den Landkreis Leipzig tätig ist und eine Tätigkeit für andere Auftraggeber als rein nebensächlich angesehen werden kann.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Avalprovision	8.954,40

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
---	------

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	0,00
Landkreis an das Unternehmen	2.812.950,00

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Lagebericht 2014

### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

#### **I. DARSTELLUNG DES GESCHÄFTSVERLAUFS**

##### **1. Branchenentwicklung**

Auch im Jahr 2014 wartete die Entsorgungswirtschaft vergeblich auf das angekündigte Wertstoffgesetz. Weitere offene Gesetzgebungsverfahren, wie z.B. Mantelverordnung oder Düngemittelverordnung, behindern notwendige Investitionsentscheidungen in der Branche.

Die leicht gesunkenen Wertstoffpreise standen erneut einem Wachstum der Branche entgegen.

##### **2. Umsatz- und Auftragsentwicklung**

Die Umsätze der Gesellschaft stiegen im Berichtsjahr um 4,4% auf 7,9 Mio. EUR. Umsatzrückgänge im Bereich der Papiervermarktung konnten die Umsatzsteigerung durch Anpassungen der Leistungspreise mit dem Landkreis nicht aufzehren. Auch im Bereich der Dualen Systeme konnten Umsatzsteigerungen realisiert werden. Da den Umsatzrückgängen im Bereich Papier etwa gleich hohe Rückgänge bei den Aufwendungen für bezogene Leistungen gegenüberstehen, konnte insgesamt der Nettorohrertrag auf 6,4 Mio. EUR gesteigert werden.

Gemäß Gesellschaftsvertrag der KELL GmbH werden die Umsätze im Wesentlichen mit dem Landkreis Leipzig erzielt.

##### **3. Geschäftsergebnis**

Das Geschäftsergebnis entspricht dem Ergebnis des Vorjahres und liegt damit erneut deutlich über unseren Erwartungen. Der Jahresüberschuss beträgt 337 TEUR. Dazu haben einerseits der höhere Nettorohrertrag sowie andererseits gegenüber der Planung geringere Abschreibungen aber auch niedrigere Fahrzeugkosten beigetragen.

##### **4. Produktiver Geschäftsbetrieb**

Durch die weitgehende Beschränkung auf den Kommunalvertrag ist der produktive Geschäftsbetrieb in der Regel gut planbar. Deshalb sind einmalige Projekte auch gut zu identifizieren.

Durch den in 2013 unterjährig durchgeführten Standortwechsel liegen die Mietkosten im Berichtsjahr nochmals über denen des Vorjahres. Mit dem im Berichtsjahr im Gebiet des Altlandkreises Leipziger Land durchgeführten großflächigen Behältertausch entstanden weitere einmalige Kosten. Beide Effekte führten im Vergleich zum Vorjahr zu einer Steigerung der sonstigen betrieblichen Aufwendungen.

Diese Kostensteigerung wird einerseits durch sonstige betriebliche Erträge, welche durch den Verkauf des aus den alten Mülltonnen hergestellten Recyclingmaterials erzielt wurden, sowie andererseits durch niedrigere Kfz-Kosten kompensiert. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Fahrzeugkosten nicht nur standortbedingt, sondern auch preisbezogen gesunken sind.

Die durch Lohnsteigerungen entstandenen höheren Personalkosten konnten durch den höheren Nettorohrertrag voll umfänglich ausgeglichen werden.

##### **5. Beschaffung und Investitionen**

Laufende Ersatzinvestitionen von Behältern und Fahrzeugen wurden im Umfang von 2.060 TEUR getätigt. In europaweiten bzw. nationalen Vergabeverfahren wurden Fahrzeuge, Restabfall- und Papierbehälter sowie verschiedene Verwertungsdienstleistungen ausgeschrieben.

Die durchgeführten Investitionen entsprachen dem bestätigten Investitionsplan bzw. wurden durch Einzelentscheidungen des Gesellschafters genehmigt.

##### **6. Finanzierungsmaßnahmen bzw. -vorhaben**

Die Investitionsmaßnahmen im Geschäftsjahr 2014 wurden bezüglich der Fahrzeugtechnik in Höhe von 525 TEUR sowie des Behältertausches Restabfall in Höhe von 1.034 TEUR mit Fremdmitteln finanziert.

Die Finanzierung der übrigen Behälterersatzinvestitionen sowie der sonstigen Betriebsmittel erfolgte im Rahmen der Eigenfinanzierung in Höhe von 614 TEUR.

Aufgrund der verstärkten Eigenfinanzierung konnte die Gesellschaft wiederum eine Verbesserung des Finanzergebnisses in Höhe von 7 TEUR gegenüber dem Vorjahr erreichen.

Für das Folgejahr wird aufgrund der zweiten Tranche des umfangreichen Investitionsvorhabens im Bereich des Behältertausches (Papierbehälter) sowie weiterer Fahrzeuginvestitionen der Anteil der Fremdkapitalaufnahme nochmals über dem Eigenfinanzierungsanteil liegen.

## **7. Personal- und Sozialbereich**

Der Leistungsumfang der für den Landkreis zu erbringenden Aufgaben hat in den vergangenen drei Jahren zum Aufbau eines dafür erforderlichen Personalbestandes geführt. Wesentliche Bestandsveränderungen werden für diesen Aufgabenbereich nicht mehr erwartet.

Bisher befristet eingestellte Mitarbeiter wechseln inzwischen regelmäßig nach 2 Jahren in unbefristete Arbeitsverhältnisse. Diese Kontinuität im Personalbereich erlaubt es uns, die hohe Sach- und Fachkunde sowohl an den Wertstoffhöfen als auch in der Tourenentsorgung aufrecht zu erhalten.

Der Mitarbeiterbestand entwickelte sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt:

	31.12.2014	31.12.2013
Angestellte	14	14
Arbeiter	70	69
Aushilfskräfte	0	0
Gesamt	84	83

## **8. Umweltschutz**

Der Betriebshof sowie die durch die Gesellschaft betriebenen Wertstoffhöfe wurden im Berichtsjahr genehmigungskonform betrieben. Es gab keine Störungen.

## **9. Sonstige wichtige Ereignisse und Entwicklungen im Geschäftsjahr**

Im Berichtsjahr baute die Gesellschaft das ehemalige Verwaltungsgebäude in Borna zurück. Der bisherige Verwaltungsstandort Markranstädt wurde derart umgebaut, dass auch einzelne Büros vermietet werden können.

# **II. DARSTELLUNG DER LAGE**

## **1. Vermögenslage**

Mit der im Vorjahr vollzogenen Standortverlagerung nach Großpösna ist der Aufbau eigener Ressourcen im Bereich der Abfallwirtschaft durch den Landkreis Leipzig weitgehend abgeschlossen. Allerdings führten Ersatzinvestitionen in die Infrastruktur der Abfallwirtschaft zu einem weiteren Aufbau des Anlagevermögens.

Durch die Erneuerung von ca. 50 % des Behältersystems für Restabfall stieg die Bilanzsumme im Vergleich zum Vorjahr deutlich an. Der immer noch hohe Finanzmittelbestand soll 2015 durch weitere geplante Behälterinvestitionen abgeschmolzen werden.

Die laufenden Tilgungen sowie der erwirtschaftete Jahresüberschuss hielten den Verschuldungsgrad der Gesellschaft trotz der Neuaufnahme von Krediten auf dem Vorjahresniveau von 2,5 (VJ: 2,4). Die Eigenkapitalquote blieb nahezu unverändert bei 28,8% (VJ: 29,5 %).

Da vorerst keine Ausschüttungen vorgesehen sind, erwartet die Geschäftsführung trotz fortzusetzender Behälterinvestitionen eine weiterhin stabile Vermögenssituation der Gesellschaft.

## **2. Finanzlage**

Im Geschäftsjahr 2014 konnte die Gesellschaft aufgrund des sehr guten operativen Ergebnisses in Verbindung mit den beginnenden, zurückgeflossenen Abschreibungen aus den in den Vorjahren getätigten Investitionen einen positiven cash flow aus der betrieblichen Tätigkeit in Höhe von 1.501 TEUR erwirtschaften.

Korrespondierend zu den erhöhten Abschreibungsbeträgen führten die im Rahmen der Erneuerung des Behältersystems durchgeführten Investitionen zu einem Zahlungsmittelabfluss aus dem Investitionsbereich in Höhe von 1.952 TEUR. Die Kreditneuaufnahme führte unter Berücksichtigung der planmäßigen Tilgungsleistungen der bestehenden Kreditverbindlichkeiten zu einem Zahlungsmittelzufluss aus dem Finanzierungsbereich in Höhe von 841 TEUR.

Insgesamt weist das Geschäftsjahr 2014 eine Erhöhung der Zahlungsmittel um 390 TEUR auf. Die stabile Liquiditätslage der Gesellschaft zeigt sich in einer kurzfristigen Zahlungsfähigkeit von 92% (Vorjahr 85%) und einer mittelfristigen Zahlungsfähigkeit von 131 % (Vorjahr 143 %).

### **3. Ertragslage**

Die Ertragslage der Gesellschaft ist wie erwartet stabil. Sie übertrifft im Geschäftsjahr mit 337 TEUR erneut unsere Erwartungen. Der Jahresüberschuss liegt auf dem Niveau des Vorjahres. Die Umsatzrentabilität nach Steuern vom

Im Vergleich zum Vorjahr konnten Kostensteigerungen im Personalbereich sowie bei den Abschreibungen durch höhere Umsatzerlöse kompensiert werden. Insgesamt ergibt sich daraus ein höheres Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit, welches sich jedoch durch Steuerrückstellungen nicht im Jahresüberschuss widerspiegelt.

Durch das Geschäftsmodell der KELL sind bei den Erträgen zukünftig keine größeren Ausschläge nach oben oder unten zu erwarten. Durch die LSP-Kalkulation kann man von stabilen Ertragserwartungen ausgehen. Allerdings sind dadurch auch Ertragszuwächse unwahrscheinlich.

### **III. VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG MIT HINWEISEN AUF WESENTLICHE CHANCEN UND RISIKEN DER KÜNFTIGEN ENTWICKLUNG**

Die KELL hat sich als der kommunale Entsorger im Landkreis Leipzig etabliert. Der Vertrag über die kommunale Abfallentsorgung bildet gemeinsam mit dem Papiervertrag eine langfristige Geschäftsgrundlage für die KELL.

Da der Landkreis dem Unternehmen alle betriebsnotwendigen Aufwendungen zur Erfüllung der beiden Verträge in Form von Entgelten ersetzt, erstrecken sich die Risiken im Wesentlichen auf den operativen Bereich. Zur Abdeckung dieser Risiken hat die Gesellschaft entsprechende Versicherungen abgeschlossen. Strategische Risiken sind nicht zu erkennen.

Die In-House-Verträge mit dem Landkreis erlauben keine weitere Akquisition und damit ein Wachsen der Gesellschaft. Somit stehen den überschaubaren Risiken auch nur geringe Chancen gegenüber. Beides steht einer stabilen Entwicklung der Gesellschaft jedoch nicht im Wege.

### **IV. SONSTIGE ANGABEN**

#### **1. Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Schluss des Geschäftsjahrs**

Derartige Vorgänge haben nicht vorgelegen.

#### **2. Verwendung von Finanzinstrumenten**

Die KELL finanziert sich vorwiegend über klassische Kredite. Es existieren weiterhin Leasingverträge für Fahrzeuge sowie Büro- und Geschäftsausstattung. Die eingeräumten Kontokorrentlinien wurden 2014 nicht beansprucht.

Die Gesellschaft hat für zwei variable Investitionsdarlehen Zinssicherungsgeschäfte (Forward Swap) abgeschlossen.

Für die Finanzierung der Wertstoffhöfe im Landkreis sowie die Finanzierung eines Teils des Behältersystems für die Erfassung von Restabfall und Papier wurden durch den Gesellschafter Landkreis Leipzig Bürgschaften gestellt.

#### **3. Forschung und Entwicklung**

Forschung und Entwicklung wurde von unserer Gesellschaft in 2014 nicht betrieben.

#### **4. Bestehende Zweigniederlassungen**

Im Berichtsjahr unterhielt die KELL keine Zweigniederlassungen.

Großpösna, 13. März 2015

Adam  
Geschäftsführer

# Kommunale Datennetze GmbH (KDN)

## Beteiligungsübersicht

Wiener Straße 128  
01219 Dresden

Tel. 0351 / 315 69 50  
Fax 0351 / 315 69 66  
Email [kdn@kdn-gmbh.de](mailto:kdn@kdn-gmbh.de)

Gründungsdatum 01.01.2008  
Rechtsform GmbH

## Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		60.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	100,0000 %	60.000,00

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die KDN GmbH betreibt und verwaltet das Kommunale Datennetz KDN II in Sachsen.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur KDN GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.



## **Einzeldarstellung der Unternehmen in Privatrechtsform**

### **1. Unternehmen in der Privatrechtsform einer unmittelbaren oder mittelbaren Beteiligung in Höhe von unter 25 %**

- 6.       Aufbauwerk Region Leipzig GmbH**
- 7.       Technologiezentrum Borna GmbH**
- 8.       Invest Region Leipzig GmbH**
- 9.       THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH**
- 10.      Lecos GmbH**
- 11.      Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)**
- 12.      Flughafen Altenburg-Nobitz GmbH**

# Aufbauwerk Region Leipzig GmbH

## Beteiligungsübersicht

Otto-Schill-Straße 1  
04109 Leipzig

Tel. 0341 / 1 40 77 9-0  
Fax 0341 / 1 40 77 9-11  
Email [info@aufbauwerk-leipzig.com](mailto:info@aufbauwerk-leipzig.com)  
Internet

Gründungsdatum 22.11.1993

Rechtsform GmbH

*Gründung durch Beschluss am 05.05.1992*

*Handelsregistereintrag am unter HRB 8541*

## Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		25.600,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	23,4400 %	6.000,00

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Mit Beschluss der Gesellschafterversammlung vom 30.06.2004 und Anmeldung zum Handelsregister vom 03.11.2004 firmiert die Gesellschaft unter Aufbauwerk Region Leipzig GmbH.

Gegenstand des Unternehmens ist die integrierte Förderung von Wirtschaft und Beschäftigung. Einen besonderen Schwerpunkt bilden die Bündelung und Zusammenführung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung. Die Entwicklung von entsprechenden Projekten und die Kombination verschiedener Finanzierungsformen und -quellen nehmen dabei einen besonderen Stellenwert ein.

Von der Gesellschaft allein oder in Kooperation mit anderen regionalen Akteuren werden zur praktischen Verbindung von Wirtschafts- und Beschäftigungsförderung dazu notwendige Aktivitäten entfaltet, beraten und unterstützt. Hierzu zählen u. a. Analysen, Berichte, Tagungen, Aufbau und Entwicklung von entsprechenden Netzwerken sowie die Beratung der regionalen Akteure, insbesondere der Gesellschafter, zu diesen Themen.

Hohe Bedeutung hat in diesem Zusammenhang die Kooperation mit Partnern aus anderen europäischen Ländern, auch aus Mittel- und Osteuropa, sowie die Einwerbung von Mitteln aus dem Bereich der Europäischen Union und ihren Institutionen.

Die Gesellschaft übernimmt im Auftrage der Gesellschafter die Trägerschaft für Projekte, die in deren Interessen liegen.

Die Gesellschaft ist zu allen Maßnahmen berechtigt, die dem Gesellschaftszweck gemäß den Absätzen 1-4 dienen. Sie kann sich beispielsweise an deren Unternehmen beteiligen, sie kann auch Zweigniederlassungen errichten.

Zur Unterstützung der Gesellschaft bei der Erreichung ihrer vertragsmäßigen Ziele und zur Beratung der Geschäftsführung, insbesondere in wirtschaftlichen und sozialen Fragen der Arbeitsbeschaffung, Wirtschaftsförderung und Wirtschaftsstrukturentwicklung, soll gemäß § 11 der Satzung ein Beirat gebildet werden.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Lagebericht 2014

**Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

### **A. Grundlagen des Unternehmens**

#### **1. Geschäftsmodell**

Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH ist Dienstleister für Dritte, vorrangig für öffentliche Institutionen. Sie arbeitet als Berater, Entwickler, Manager und Controller bei Projekten, die zumeist aus Mitteln der Europäischen Union finanziert werden. Auf diese Weise werden zusätzlich finanzielle Mittel für die regionalen Akteure in den Bereichen Wirtschaftsförderung, Regionalentwicklung, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Naturschutz sowie der politischen und kulturellen Zusammenarbeit akquiriert.

#### **2. Forschung und Entwicklung**

Die Gesellschaft erbringt keine Forschungsleistungen.

Die Entwicklung neuer Projekte ist ein essenzielles Aufgabenfeld der Gesellschaft zur Sicherung und Aufrechterhaltung der eigenen Geschäftstätigkeit. Der Entwicklungsprozess findet permanent und begleitend zum Tagesgeschäft statt und richtet sich zeitlich nach Veröffentlichung von Ausschreibungen in den einzelnen Programmen der Europäischen Kommission, des Bundes und des Freistaats Sachsen. Bei der Auswahl von neuen Projektansätzen spielen insbesondere die Entwicklung, Förderung und Weiterentwicklung von technischen sowie gesellschaftlichen Innovationen für die Region eine entscheidende Rolle. Zur Ermittlung von Innovationspotentialen pflegt die Gesellschaft regelmäßigen Kontakt mit Vertretern der Gesellschafter, besucht entsprechende Veranstaltungen und steht in regelmäßigem Austausch mit regionalen und überregionalen Experten.

### **B. Wirtschaftsbericht**

#### **1. Gesamtwirtschaftliche, branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die Entwicklungen im europäischen Markt wie bspw. die zunehmenden Anforderungen an das europäische Projektmanagement und eine rückläufige Zahl an Agenturen bieten gute Wachstumschancen für die Gesellschaft. Die wesentlichen Stärken der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH liegen in einem sehr gut funktionierenden internationalen Netzwerk und einer daraus resultierenden hohen Projektnachfrage sowie der spezifischen Kompetenz im europäischen Projektmanagement, gepaart mit den umfangreichen Erfahrungen und Referenzen. Dennoch ist die Gesellschaft und ihr Geschäftsfeld sehr stark von nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig, wie der Veröffentlichung von Förderprogrammen, deren Ausgestaltung (Förderquoten/mögliche Antragsteller) und dem Start bewilligter Projektanträge.

#### **2. Geschäftsverlauf**

Die **allgemeine Lage** der Gesellschaft ist positiv. Das Geschäftsjahr 2014 war vor allem vom Abschluss der betreuten Projekte sowie von der Akquisition, Entwicklung und Antragstellung neuer Projekte der Förderperiode 2014-2020 geprägt. Die aufgebauten langjährigen Projektentwicklungskompetenzen führten dazu, dass weiterhin nicht nur Einrichtungen aus der Region Leipzig, sondern auch Auftraggeber aus

Grenzregionen und anderen Regionen auf die Leistungen der Gesellschaft zurückgegriffen haben und somit die Aktivitäten und geschäftliche Beziehungen im sächsisch-tschechischen Grenzgebiet im Rahmen des Ziel-3 Programms intensiviert werden konnten. So wurden im Jahr 2014 zwei weitere grenzübergreifende Projekte erfolgreich durch externes Projektmanagement begleitet.

Im Jahr 2014 koordinierte die Gesellschaft insgesamt 15 Projekte mit einem Gesamtbudget von rund 22 Millionen Euro, wovon 6,8 Millionen Euro auf die Region Leipzig entfallen. Bis zum Ende des Geschäftsjahres wurden zehn Projekte abgeschlossen. Die verbleibenden Projekte haben eine Laufzeit bis in 2015 und umfassen ein Gesamtbudget von 10,98 Millionen Euro, davon 3,6 Millionen Euro für die Region Leipzig.

Alle Projekte, sowohl in direkter Trägerschaft der Gesellschaft als auch im Unterauftrag von Dritten, konnten kostendeckend durchgeführt werden.

### **3. Lage**

#### **3.1 Ertragslage**

Hinsichtlich der Umsätze ist dem Geschäftsfeld EU-Projektentwicklung und EU-Management ein Anteil von 82% und dem Geschäftsfeld Auftragstätigkeit in der Regionalentwicklung ein Anteil von 18 % im Geschäftsjahr 2014 zuzurechnen. Das Geschäftsfeld Auftragstätigkeit in der Regionalentwicklung dient vorrangig zur Erwirtschaftung der Eigenanteile des Aufbauwerks für EU-Projekte und zum Ausgleich von Schwankungen bei der Bewilligung und Abwicklung von EU-Projekten.

*Die Gesellschaft schließt das Geschäftsjahr 2014 mit einem Jahresüberschuss von 774,21 Euro ab (Vorjahr: Jahresüberschuss 9.823,05 Euro).*

Die Gesamtleistung in Höhe von 486.977,86 Euro sank gegenüber dem Vorjahr um 31,2 %. Der Betriebsaufwand sank korrespondierend zur Gesamtleistung.

*Die Personalaufwendungen sind um 109.217,73 Euro gesunken. Die Gesellschaft beschäftigte ihre Mitarbeiter wie in den Vorjahren überwiegend projektbezogen. Zum 31. Dezember 2014 waren 12 Angestellte (inklusive der Geschäftsführerin) tätig. Da eine Vielzahl von Projektleistungen über eigenes Personal und nicht über Dritte realisiert wurde, sanken die Aufwendungen für bezogene Leistungen um 90.533,49 Euro gegenüber dem Vorjahr auf 37.941,04 Euro. Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen belaufen sich auf **133.173,33 Euro und verringerten sich um 11.061,04 Euro.***

*Das Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit ist gegenüber dem Vorjahr um rund 3.778,58 Euro gestiegen.*

#### **3.2 Finanzlage**

Die Finanzlage ist weiterhin stabil. Die Zahlungsfähigkeit war im Geschäftsjahr 2014 ohne Subventionierung durch die Gesellschafter jederzeit gesichert. Weiterhin verfolgt die Gesellschaft ein konsequentes Liquiditätsmanagement, was aufgrund von Zahlungsverzögerungen seitens der Auftraggeber und der Vorfinanzierungspflicht in INTERREG- und ESF-Projekten sehr anspruchsvoll ist. Die zeitnahe Abrechnung erbrachter Projektleistungen wurde weiterhin forciert, um Verzögerungen in der Auszahlung der Fördermittel zu vermeiden.

#### **3.3 Vermögenslage**

Die Vermögenslage der Gesellschaft ist geordnet. Die Bilanzsumme der Gesellschaft verringerte sich im Geschäftsjahr um 416.291,60 Euro auf 1.004.399,03 Euro. Vermögensseitig ist diese Veränderung im Wesentlichen auf die Verringerung der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen um 187.209,97 Euro und der Guthaben bei Kreditinstituten um 250.671,91 Euro zurückzuführen. Der Stand der flüssigen Mittel beläuft sich zum Ende des Geschäftsjahres auf 227.285,52 Euro. Auf der Passivseite der Bilanz wirkte sich die Verringerung der Verbindlichkeiten aus erhaltenen Anzahlungen um 107.645,79 Euro und der sonstigen Verbindlichkeiten um 265.400,51 Euro aus. Das Eigenkapital der Gesellschaft beträgt 250.819,83 Euro (Vorjahr: 250.045,62 Euro). Die Eigenkapitalquote stieg gegenüber dem Vorjahresstichtag um 7,4 Prozentpunkte.

### **4. Finanzielle Leistungsindikatoren**

Für die interne Unternehmenssteuerung ziehen wir die Kennzahlen des Cashflows und die Gesamtleistung heran.

Die Gesamtleistung errechnet sich aus den Umsatzerlösen und der Bestandsveränderung und sank gegenüber dem Vorjahr um 220.866 Euro auf 486.978 Euro.

Der Cashflow beträgt im Geschäftsjahr 2.521 Euro und ist damit gegenüber dem Vorjahr um 9.762 Euro gesunken. Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit beträgt -251.345 Euro (Vj.: 340.540 Euro).

### **C. Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Ende des Geschäftsjahres sind nicht eingetreten.

### **D. Prognosebericht**

Auch im Jahr 2015 wird die Konzentration auf die Kernkompetenzen der Gesellschaft in der Beantragung und Steuerung von Förderprojekten (technische Koordination, Finanzmanagement, Projektmanagement usw.) fortgeführt. Wie bereits in den Vorjahren geschehen, wird hierbei neben EU-Förderinstrumenten ebenso auf Programme von Bund und Land zurückgegriffen. Der Großteil der Projekte wird in eigener Trägerschaft realisiert. Mit einer Inanspruchnahme des Kontokorrentkredites in 2015 wird derzeit nicht bzw. in einem nur geringen Umfang gerechnet.

### **E. Chancen –und Risikobericht**

#### **1. Risikobericht**

Die Mittelfristplanung ab 2015 ist risikobehaftet, da aufgrund des Beginns der neuen Förderperiode (2014 bis 2020) aktuell nicht absehbar ist, welche Projekte in welchen Förderprogrammen zu welchem Zeitpunkt in welchem Umfang gefördert werden. Durch die großen Verzögerungen auf politisch/administrativer Ebene bei der Verabschiedung der operationellen Programme (europäisch/national/regional) für die Förderperiode 2014-2020 sind die vorherigen Förderprogramme (2007-2013) ausgelaufen, ohne dass die neuen Programme starten konnten. Diese Verzögerungen summieren sich aktuell auf 1,5 Jahre mit entsprechenden Auswirkungen auf das Tätigkeitsfeld der GmbH. Erwarteter Start neuer geförderter Projekte ist in Ende 2015.

Dieses Risiko ist dem Geschäftsmodell der Aufbauwerk Region Leipzig GmbH jedoch inhärent und konnte durch die Gesellschaft bislang erfolgreich bewältigt werden. Umsätze, Gewinne und erwirtschaftete Eigenanteile zeigen deutlich, dass eine wirtschaftlich nachhaltig erfolgreiche Geschäftstätigkeit des Unternehmens innerhalb der letzten Jahre nachgewiesen werden konnte und für die Zukunft erwartet werden kann.

Die Kofinanzierung der laufenden Projekte erfolgt aus eigener Kraft (Eigenanteile zwischen 20 und 25%). Die erforderlichen Mittel werden im Geschäftsfeld Auftragstätigkeiten in der Regionalentwicklung erwirtschaftet.

Die Risiken aus einer überwiegend unentgeltlichen Antragstellung für EU-Projekte liegen in einem relativ hohen Personal- und Zeitaufwand zur Entwicklung von Anträgen, die selbst im Falle einer erfolgreichen Antragsstellung nicht im vollen Umfang vergütet werden.

Außerdem stellt die teilweise sehr langfristige Nachbereitung von Projekten nach Beendigung ihrer Laufzeit und damit des förderfähigen Zeitraums eine Belastung dar.

Die Geschäftsführung beschäftigt die Mitarbeiter überwiegend projektbezogen. Durch die Befristungen und das vergleichsweise niedrige Entgeltniveau besteht die Gefahr, dass die Mitarbeiter in Anbetracht der sehr guten Arbeitsmarktsituation durch Projektpartner abgeworben werden.

Die Vorfinanzierung in Projekten, wie sie in den meisten EU-Programmen üblich ist, kann zu Engpässen in der Liquidität führen.

#### **2. Chancenbericht**

Die Methodenkompetenz und die daraus resultierende Anpassungsfähigkeit ermöglichen, dass sich die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH auf verschiedene regionale Branchenschwerpunkte konzentrieren und anpassen kann. Dies gilt auch für den Fall von veränderten Förderschwerpunkten der EU in der neuen Förderperiode 2014-2020. Die Kernkompetenzen des Aufbauwerks liegen in der Entwicklung und Umsetzung von EU-Projekten und sind damit universell. Diese Kompetenzen in Verbindung mit den lokalen Rahmenbedingungen eröffnen deutliche Wachstumschancen mit dem Ziel, weitere Mittel für die Regionalentwicklung in Leipzig bzw. Mitteldeutschland zu akquirieren. Dazu trägt auch eine wachsende europäische regionale Vernetzung bei.

Aus der erfolgreichen Zusammenarbeit (als Auftragnehmer) in den grenznahen Städten und Gemeinden im Rahmen von Ziel3 (deutsch-tschechische Zusammenarbeit) entwickelten sich bereits konkrete Projektideen, bei denen das Aufbauwerk in der Antragsentwicklung (bei Antragsbewilligung entsprechend in der Umsetzung) involviert sein wird. Weitere Perspektiven im Ziel3-Programm für die Region ergeben sich besonders für den Landkreis Mittelsachsen.

Diese Kompetenzen werden mittlerweile auch aus dem deutsch-polnischen Grenzgebiet nachgefragt und führen voraussichtlich auch hier zu einer Projekteinreichung unter Koordination des Aufbauwerks. Mit weiteren Projekt- und Kooperationsanfragen, sowohl DE-CZ als auch DE-PL, ist zu rechnen.

### **3. Gesamtaussage**

Das strategische und operative Handeln der Gesellschaft ist wesentlich geprägt von einem Selbstverständnis als Dienstleister für die Region Leipzig.

Der Rückgang der Fördermittel für Sachsen in der neuen Förderperiode 2014-2020 ist eine große Herausforderung für die Region. Die Aufbauwerk Region Leipzig GmbH kann dies abfedern durch verstärkten Zugriff auf Fördermittel, die in zentraler Verwaltung von Brüssel liegen. Die Stärken der Gesellschaft liegen in einem sehr gut funktionierenden internationalen Netzwerk und einer daraus resultierenden hohen Projektnachfrage sowie der spezifischen Kompetenz im europäischen Projektmanagement, gepaart mit den umfangreichen Erfahrungen und Referenzen. Bei Anfragen kann somit kurzfristig ein entsprechendes Förderprogramm zur Projektanfrage/-idee gefunden und der Projektantrag entwickelt werden.

Vor diesem Hintergrund ist die Gesellschaft gut gerüstet für die Bewältigung zukünftiger Risiken. Risiken, die den Fortbestand der Gesellschaft gefährden könnten, sind derzeit nicht erkennbar.

F. Risikoberichterstattung über die Verwendung von Finanzinstrumenten

Für den Fall, dass die Zahlungen der Fördermittelgeber/Vertragspartner nicht fristgerecht erfolgen, kann die Gesellschaft auf einen Kontokorrentkredit i. H. von 145.000 Euro zurückgreifen. Zum Ende des Jahres 2014 wurde eine Inanspruchnahme i. H. von 16.375,25 Euro erforderlich, die Anfang 2015 zurückgeführt werden.

Der Kredit dient zur Absicherung gegen das Liquiditätsrisiko, welcher auch im Jahr 2015 für Übergangszeiträume bis zum Eingang der Schlussrechnungen in Anspruch genommen werden soll.

### **G. Zweigniederlassungsbericht**

Zweigniederlassungen werden von der Gesellschaft nicht unterhalten.

Leipzig, den 27.05.2015

Silvana Rückert, Geschäftsführerin

# Technologie Zentrum Borna GmbH

## Beteiligungsübersicht

Roßmarktsche Straße 5  
04552 Borna

Tel.  
Fax  
Email  
Internet

Gründungsdatum 27.10.1990  
Rechtsform GmbH  
*Handelsregistereintrag am 13.06.1996 unter HRB 1936*

## Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		230.081,34
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	21,3300 %	49.084,02

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Förderung der Entwicklung im Kreis; Schaffung NEG und Ansiedlung von Gewerbegebieten

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Unterbeteiligungen

	Anteil (%)	Anteil
Technologie Zentrum Borna GmbH	11,1100 %	25.564,59

Mit Beschluss des Amtsgerichtes Leipzig vom 20.10.1997, Az.: 92 N 1140/97, wurde das Gesamtvollstreckungsverfahren über das Vermögen der Technologiezentrum Borna GmbH (TBZ) eröffnet. Vom zuständigen Registergericht wurde die Gesellschaft wegen Vermögenslosigkeit zum 31.07.2015 von Amts wegen gelöscht.

# Invest Region Leipzig GmbH

## Beteiligungsübersicht

Markt 9  
04109 Leipzig

Tel. 0341-26827770  
Fax 0341-26827799  
Email [info@invest-region-leipzig.de](mailto:info@invest-region-leipzig.de)  
Internet <http://www.invest-region-leipzig.de>

Gründungsdatum 30.11.2012  
Rechtsform GmbH  
*Gründung durch Beschluss am 10.10.2012*  
*Handelsregistereintrag am 01.02.2013 unter HRB 29067*

## Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		150.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	15,0000 %	22.500,00

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Unterstützung der Wirtschaftsförderung für die Region Leipzig, bestehend aus den Gebieten der Landkreise Leipzig und Nordsachsen mit deren kreisangehörigen Gemeinden sowie der Stadt. Die Gesellschaft fördert alle Maßnahmen, die der Stärkung der Wirtschaftskraft, der Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur und der Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen in der durch die Gesellschafter repräsentierten Region dienen.

Im Rahmen dieser Zweckbestimmung wird die Gesellschaft insbesondere das Standort-marketing und die Investorenwerbung für die Region durchführen, Neuansiedlungen von Unternehmen und Einrichtungen anwerben und Betreuen und die Vernetzung innerhalb der Region und überregional mit dem Ziel der Bildung von Wirtschaftsklustern unterstützen.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	255.000,00

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Lagebericht 2014

**Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

### **VORBEMERKUNGEN**

In der ordentlichen Gesellschafterversammlung vom 19. Dezember 2013 beschlossen die Gesellschafter die Umfirmierung der „WRL – Wirtschaftsförderung Region Leipzig GmbH“ in „Invest Region Leipzig GmbH“. Dies zog im Verlauf der ersten Jahreshälfte 2014 die Änderung des Gesellschaftsvertrages und dessen notarielle Beurkundung nach sich, die in der Gesellschaftersitzung vom 23. Juni 2014 erfolgte. Mit



Eintragung in das Handelsregister B des Amtsgerichts Leipzig am 21. Juli 2014 wurde die Umfirmierung wirksam. Aus Vereinfachungsgründen findet in der folgenden Berichterstattung die nunmehr geltende Firmierung „Invest Region Leipzig GmbH“ (nachfolgend: „IRL“, „IRL GmbH“, „Gesellschaft“ oder „GmbH“) Anwendung.

Von einem Vergleich der Geschäftsjahreszahlen 2014 mit dem Vorjahr, in dem die Gesellschaft erst im August 2013 ihre operative Geschäftstätigkeit aufgenommen hatte, wird aufgrund der eingeschränkten Aussagekraft abgesehen.

## **PROFIL DER INVEST REGION LEIPZIG GMBH IM JAHR 2014**

Die Invest Region Leipzig GmbH ist seit dem 15. August 2013 als Gesellschaft der Stadt Leipzig, der Industrie- und Handelskammer zu Leipzig sowie der Landkreise Nordsachsen und Leipzig im Sinne einer nach außen orientierten Vertriebs- und Marketinggesellschaft aktiv. Die Kernziele der Gesellschaft bestehen in der Initiierung, Akquisition und Ansiedlung arbeitsplatzschaffender, gewerblicher Direktinvestitionen, der Gewinnung von qualifizierten Fachkräften aus dem In- und Ausland sowie dem Standortmarketing für die Region Leipzig. Neben dem deutschen Wirtschaftsraum steht die internationale Marktbearbeitung im Fokus der Gesellschaft, die mit ihren Aktivitäten zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Region Leipzig beiträgt.

Die satzungsgemäß definierten strategischen Unternehmensschwerpunkte der IRL GmbH sind:

- Unternehmensakquisition und -ansiedlung
- Fachkräftegewinnung
- Standort- und Imagemarketing

Die Unternehmensschwerpunkte „Unternehmensakquisition und -ansiedlung“ sowie „Fachkräftegewinnung“ bilden intern zugleich die beiden Geschäftsfelder der IRL. Der Bereich „Standort- und Imagemarketing“ stellt kein gesondertes Geschäftsfeld dar. Vielmehr dienen die daraus abgeleiteten Maßnahmen der Umsetzung von Zielen und Strategien in den zwei vorgenannten Geschäftsfeldern.

Zur Erfüllung ihrer Aufgaben erhielt die IRL GmbH institutionelle Gesellschafterzuschüsse, die sich am jeweiligen Gesellschaftsanteil der Gesellschafter bemaßen. Daneben generierte die GmbH Eigenerlöse aus Projektbeteiligungen durch die punktuelle Einbindung der regionalen Wirtschaft in ihre Marketing- und Vertriebsmaßnahmen.

## **Angaben nach § 99 Abs. 2 SächsGemO**

Die nachfolgenden Angaben entsprechend den Bestimmungen des Gesellschaftsvertrages.

### **1. Organe der Gesellschaft**

- Geschäftsführung: Herr Lutz Thielemann
- Aufsichtsrat: Herr Uwe Albrecht (Vorsitzender)  
Herr Wolfgang Topf (Stellv. Vorsitzender)  
Herr Heiko Bär  
Herr Martin Buhl-Wagner  
Herr Michael Czupalla  
Herr Henry Graichen  
Herr William Grosser  
Herr Gerd Heinrich  
Herr Christoph Hempel (ab 19.03.2014)  
Herr Wolfgang Klinger  
Herr Ansgar Maria König (bis 19.03.2014)  
Herr Andreas Kretschmar  
Frau Isabel Siebert
- Gesellschafterversammlung: Herr Burkhard Jung (Vorsitzender)  
Herr Wolfgang Topf (Stellv. Vorsitzender)  
Herr Michael Czupalla (Stellv. Vorsitzender)  
Herr Dr. Gerhard Gey (Stellv. Vorsitzender)

2. Mitarbeiter: 31.12.2014: 7 Arbeitnehmer (31.12.2013: 2 Arbeitnehmer)
3. Abschlussprüfer: Connex Steuer- und Wirtschaftsberatung GmbH
4. Anteilseigner: Stadt Leipzig (51,0%)  
Industrie- und Handelskammer zu Leipzig (19,0%)  
Landkreis Leipzig (15,0%)  
Landkreis Nordsachsen (15,0%)

## **Sonstige Angaben**

### Geschäftsordnung

In der Aufsichtsratssitzung vom 27. November 2014 wurde eine Geschäftsordnung als verbindliches Regelwerk der Gesellschaft verabschiedet, welche sich inhaltlich am Leipzig Corporate Governance Kodex (LCGK) orientiert und der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung empfohlen wurde.

### Managementberichtswesen

Die Gesellschaft erweiterte im Jahresverlauf 2014 ihr Berichtswesen, welches neben den Aufsichtsratssitzungen und Gesellschafterversammlungen sowie der monatlichen Berichterstattung auch ein quartalsweises Management-Reporting an die Gesellschafter und den Aufsichtsrat umfasst. Darüber hinaus finden in der Regel 14-tägige Informationstermine mit dem Aufsichtsratsvorsitzenden statt, in denen der Geschäftsführer der Gesellschaft über die Aktivitäten der IRL berichtet sowie monatlich fachliche Abstimmungen mit den Amtsleitern für Wirtschaftsförderung der Gesellschafter und der Geschäftsführung der IHK zu Leipzig.

### Marketing- und Wirtschaftsplanung

Die Gesellschaft richtete ihre Geschäftsaktivitäten im Geschäftsjahr 2014 an dem durch die Gesellschafterversammlung vom 19. Dezember 2013 genehmigten Marketing- und Wirtschaftsplan 2014 aus. Die Marketing- und Wirtschaftsplanung für das Geschäftsjahr 2015 wurde in der Aufsichtsratssitzung vom 19. September 2014 durch den Aufsichtsrat mit einer positiven Empfehlung an die Gesellschafterversammlung versehen und von dieser in der Gesellschafterversammlung vom 16. Oktober 2014 beschlossen.

### Unternehmenskonzept

Über die bestehenden unternehmenskonzeptionellen Grundlagen im Marketing- und Wirtschaftsplan hinaus wurde im Sommer 2014 auf Basis des Gesellschaftsvertrages eine umfassende Unternehmenskonzeption erarbeitet. Diese stellt auf einer analytischen Grundlage die Ziele, Strategien und operativen Maßnahmen der einzelnen GmbH-Geschäftsfelder dezidiert dar und wurde innerhalb einer Aufsichtsratsklausur im November 2014 erörtert und diskutiert. .

### Finanzierungsvereinbarung

Die Finanzierung der Gesellschaft basierte in den Jahren 2013 und 2014 auf einer Finanzierungsvereinbarung. Diese stellte ab auf die Umsatzsteuerbefreiung der Gesellschafterzuschüsse an die GmbH. Die im Mai 2014 durch das Finanzamt erteilte verbindliche Auskunft, wonach diese Zuschüsse der Umsatzbesteuerung unterliegen, machte im Jahresverlauf 2014 eine neuerliche Befassung mit der Thematik Finanzierungsvereinbarung erforderlich. Nach Abstimmung innerhalb des Aufsichtsrates und Information der Gesellschafterversammlung wurde gegen die verbindliche Auskunft Einspruch erhoben. Gleichzeitig wurde mit der Ausgestaltung einer neuen Finanzierungsgrundlage begonnen.

## **ARBEITSBERICHT**

Das Jahr 2014 stand für die Invest Region Leipzig GmbH im Zeichen des Weiteren konzeptionellen, strukturellen und personellen Geschäftsaufbaus hin zur Erzielung der vollen Leistungsfähigkeit.

## **Unternehmensakquisition und -ansiedlung**

### Direktmailing-/Direktmarketingaktivitäten

Zu Jahresbeginn 2014 erfolgten die Kontaktaufnahme und das Projektmanagement mit Unternehmen, die auf Basis eines im Dezember 2013 durchgeführten Akquisitionsmailings (12.000 Unternehmen) ihr Interesse an einer möglichen Ansiedlung bzw. an weiterführenden Informationen zum Standort Leipzig bekundeten. Daraus entwickelte sich eine kontinuierliche Vorgangsbetreuung. Die initiale und direkte Kontaktaufnahme zu Unternehmen im Zuge von Direktmailing-Kampagnen stellte für die Gesellschaft einen notwendigen Schwerpunkt ihrer Aktivitäten im Rahmen der persönlichen Ansprache zur Identifikation arbeitsplatzschaffender Investitionsinteressenten im Geschäftsjahr 2014 dar. Zur Fokussierung auf die tragfähigsten Auslandsquellmärkte wurde im 1. Quartal 2014 gemeinsam mit dem Fraunhofer Institut MOEZ eine internationale Marktstudie finalisiert. Auf Basis der Erkenntnisse der Fraunhofer MOEZ-Studie wur-

den im 1. Quartal 2014 ca. 8.000 Unternehmen aus Deutschland und der Schweiz und im 2. Quartal 2014 weitere ca. 7.000 Unternehmen vornehmlich aus Deutschland, Skandinavien, Belgien und den Niederlanden mit Blick auf Erweiterungschancen in der Region Leipzig durch qualifizierte Angebotsschreiben kontaktiert. Im 3. Quartal 2014 warb die Gesellschaft bei ca. 8.000 Unternehmen in Deutschland und im 4. Quartal 2014 nochmals bei ca. 1.700 Schweizer Unternehmen für eine Ansiedlung in der Region Leipzig. Insgesamt wurden im Geschäftsjahresverlauf 2014 die Führungskräfte von ca. 27.000 Unternehmen via Mailing angesprochen. Basis für sämtliche Unternehmensansprachen bilden recherchierte, geprüfte und personalisierte Adressdaten.

#### Direktvertrieb, Messen- und Promotions- sowie Delegationsbetreuung

Im Bereich Direktvertrieb erfolgten durch das IRL-Mitarbeitersteam zu Jahresbeginn Unternehmeransprachen auf führenden internationalen Leitmesse wie: „CeBIT“ (Hannover), „Hannover Messe“ und „World of Industry“ (Istanbul). Direkte Unternehmenskontakte auf nationaler und internationaler Ebene wurden darüber hinaus auf Messen wie der „Smart Automation“ (Wien) sowie auf der „Europakonferenz des Verbandes der Wirtschaftsjuvenen“ (Malta) im 2. Quartal 2014 geknüpft. Im internationalen Bereich erfolgte unter anderem auch die akquisitorische Bearbeitung der bedeutendsten nordamerikanischen Industriemesse „IMTS“ in Chicago/USA im September 2014.

Eine erhöhte Bedeutung wurde im 2. und 3. Quartal 2014 zudem der Vorbereitung der „EXPO REAL“ 2014, der teilnehmerstärksten Gewerbeimmobilienmesse Deutschlands, beigemessen. Die IRL agierte im Auftrag ihrer Gesellschafter sowie zusammen mit der Stadt Halle und der Metropolregion Mitteldeutschland Management GmbH als so genannter „Pool-Führer“ zur Interessenkoordination des aus 27 Teilnehmern bestehenden Gemeinschaftsstandes „Region Leipzig/Halle – Metropolregion Mitteldeutschland“.

Im November 2014 waren Vertriebsmitarbeiter der Invest Region Leipzig GmbH auf der „Medica“ in Düsseldorf - der mit über 5.000 Ausstellern weltweit bedeutendsten Medizintechnikfachmesse - mit eigenem Messestand im Zuge des Gemeinschaftsauftritts der IHK zu Leipzig präsent.

Aufgrund ihres akquisitorischen Potentials wurden darüber hinaus die „For Energo“ (Prag) und die „SWISSTECH“, Internationale Fachmesse für Werkstoffe, Komponenten und Systembau, in Basel akquisitorisch bearbeitet.

Ende November 2014 fand der Weltkongress der Wirtschaftsjuvenen (JCI World Congress 2014 Leipzig) in Leipzig statt. Hier war die Invest Region Leipzig mit einem Stand im Rahmen der so genannten „Trade Show“ vertreten, um sich den etwa 4.000 internationalen Jungunternehmern zum Gespräch anzubieten und um diese auf die regionalen Potentiale der Region Leipzig aufmerksam zu machen.

Die Invest Region Leipzig GmbH präsentierte darüber hinaus den Standort „Region Leipzig“ im Rahmen von internationalen Auftritten auf Veranstaltungen und Messen gemeinsam mit weiteren regionalen Partnern wie dem Netzwerk Logistik Leipzig-Halle e.V. oder dem Flughafen Leipzig-Halle. Beispielhaft für das Jahr 2014 genannt seien Moskau („TRANSRUSSIA“) und Shanghai („transport logistic China“).

Gleichermaßen empfing und betreute die Gesellschaft im Jahr 2014 internationale Unternehmerdelegationen, unter anderem aus Tunesien, den Niederlanden und der Schweiz.

Die aus den besuchten Messen bzw. betreuten Delegationen und Veranstaltungen gewonnenen Kontakte wurden jeweils systematisch nachbearbeitet und dort wo sich ein nachdrückliches Interesse herausbildete in die individuelle Vorgangsbetreuung aufgenommen. Die Erkenntnisse aus Messen und Unternehmensdirektkontakten werden zudem genutzt, um die Planung weiterer internationaler Aktivitäten in den Folgejahren zu filtern und zu präzisieren.

#### **Akquisitionsergebnisse**

Insgesamt befanden sich im Jahresverlauf 2014 ca. 87 Vorgänge in der Projektbearbeitung durch das Akquisitionsteam der Invest Region Leipzig GmbH. Die betreuten Unternehmen gehören im Wesentlichen den Branchen IT, Investitionsgüter und Maschinenbau, Ernährungswirtschaft, Energie- und Umwelttechnik sowie Logistik an. Im Ergebnis der GmbH-Akquisitionsaktivitäten konnten im Jahr 2014 vier Unternehmen für die Ansiedlung in der Region Leipzig gewonnen werden.

#### **Fachkräftegewinnung**

Im 1. Quartal 2014 erfolgte im Bereich der Fachkräftegewinnung die Einbindung der Online-Stellenbörse der Invest Region Leipzig ([www.work-in-leipzig.de](http://www.work-in-leipzig.de)) in das Fachkräfteportal des neuen Internet-Auftritts [www.invest-region-leipzig.de](http://www.invest-region-leipzig.de). Seitdem werden mehr als 10.000 aktuell verfügbare Stellenangebote der Region Leipzig aus verschiedenen Online-Plattformen, Printmedien und Unternehmensdarstellungen erfasst sowie aktiv durch die IRL GmbH beworben. Der Bereich Fachkräfteservice präsentierte sich im Mai 2014 unter anderem auf der Absolventenmesse Connecticum in Berlin sowie im Herbst 2014 auf der Absolventenmesse Mitteldeutschland, der Akademika Augsburg sowie der Absolventenmesse Köln. Neben

der Vorstellung des Portfolios an wirtschaftlichen Leistungsträgern der Region Leipzig galt es, die Webseite [www.work-in-leipzig.de](http://www.work-in-leipzig.de) als ersten Zugang zur Gesamtdarstellung beruflicher Perspektiven zu bewerben. Gezielt ergänzt wurden die Fachkräftemesse-Präsenzen der Gesellschaft durch Riesenposter-Plakatierungen unter anderem in Berlin sowie durch Autobahn-Permanentwerbe Maßnahmen in Polen an der Autobahn A2 Berlin – Poznan – Warschau. Im 3. Quartal 2014 wurde eine Fachkräfte-Roadshow durch Osteuropa (15.09.-03.10.2014) durchgeführt. Gemeinsam mit Partnern, wie Mercedes-Benz, der Handelshochschule Leipzig, der Universität Leipzig, der Weiterbildungsakademie Landkreis Leipzig etc. erfolgten Auftritte mit einem mehrsprachigen Team und einem Promotion-Trailer „Job-Mobil“ in Breslau, Poznan, Warschau, Krakau, Kattowitz, Brno, Bratislava und Prag. Gegenüber einer Vielzahl interessierter Besucher wurden konkrete Job-Angebote der Region Leipzig im Rahmen der Jobbörse [www.work-in-leipzig.de](http://www.work-in-leipzig.de) sowie einer Job-Wall – bestehend aus individuellen Firmenstellenanzeigen – präsentiert.

## **Standort- und Imagemarketing**

### Klassisches Standortmarketing

Bereits zu Jahresbeginn entwickelte die Gesellschaft eine konsistente Werbelinie, welche im Jahresverlauf in den Bereichen Unternehmensakquisition und Fachkräftemarketing für alle neu konzipierten Medien Anwendung fand. Auf Basis dieser Kreativlinie entstanden verschiedene Werbemotive, die ab dem 2. Quartal 2014 in Gestalt von Salesfoldern, Anzeigen, Displays und Werbepostern eingesetzt wurden. Herauszuheben ist hierbei eine Riesenposter-Kampagne, welche unter der Headline „Fachkräfte. Flächen. Förderung.“ im Raum Stuttgart (400 qm) und in Berlin für Erweiterungsinvestitionen in der Region Leipzig warb. Darüber hinaus wurde im Mai 2014 zur Kommunikation des Fachkräfteportals [www.work-in-leipzig.de](http://www.work-in-leipzig.de) ein Blow-up-Riesenposter mit zweimal 350 qm Fläche an der Autobahn A2 zwischen Berlin und Poznan installiert, um gezielt europaweit frequentierende polnische Fachkräfte auf verfügbare Arbeitsplätze und Lebensperspektiven in der Wirtschaftsregion Leipzig aufmerksam zu machen.

Mit einer Gesamtauflage von knapp 700.000 Exemplaren erfolgte im 3. Quartal 2014 als Teil der Standort-PR der Invest Region Leipzig die Veröffentlichung von mehrseitigen Verlags-Supplements in den nationalen und internationalen Leitmedien: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Handelsblatt, VDI Nachrichten und Standard (Österreich). Ende September 2014 wurde zudem in nationaler Gesamtauflage die Distribution von 185.000 mehrseitigen Salesfoldern: „Invest Region Leipzig – Mehr Investitionsvorteile gibt es nirgends“ auf einer Trägeranzeige im Rahmen des Magazins Wirtschaftswoche veranlasst. Bis zum Ende des 3. Quartals warb die IRL für die Region Leipzig überdies mit einer Printanzeigenkampagne in regionalen Tageszeitungen in Baden-Württemberg und Bayern (Schwäbische Post, Neckar Zeitung, Stuttgarter Zeitung, Südkurier, Südwestpresse, etc.), um insbesondere in diesen Wirtschaftsräumen mit überdurchschnittlicher Unternehmensdichte die Investitionschancen der Region Leipzig im Bewusstsein von erweiterungsinteressierten Unternehmern zu verankern.

Ebenfalls zum Ende des 3. Quartals wurde erstmals Transportmittelwerbung durch die Gestaltung von 10 europaweit verkehrenden Großtrucks eingesetzt. Die Trucks mit einer jährlichen Laufleistung von je ca. 150.000 km wurden vollflächig mit Werbemotiven zur Investitions- und Fachkräftegewinnung gestaltet: „There are no better investment opportunities anywhere else“ sowie „Workforce Welcome“.

Eine zunehmend größere Bedeutung nimmt seit dem 3. Quartal 2014 auch die individuelle Betreuung von internationalen Wirtschaftsjournalisten ein, welche durch das Invest Region Leipzig GmbH Team gezielt in die Region Leipzig eingeladen und umgänglich informiert und emotionalisiert werden.

### Internet-/ Online Marketing

Die Schwerpunkte im Bereich Internet-/Online-Marketing lagen zum Jahresanfang im Relaunch bzw. in der Neuprogrammierung der Unternehmens-Website [www.invest-region-leipzig.de](http://www.invest-region-leipzig.de), die sich in Stil und Funktionsfähigkeit an Online-Auftritten klassischer Akquisitions-Websites von Landeswirtschaftsfördergesellschaften orientiert und Servicebereiche für Investoren und Fachkräfte enthält. Bis zum Ende des 3. Quartals 2014 wurde die Webseite weiter ausgebaut und professionalisiert. Die Webseite verfügt nunmehr über Landingpages in 16 Sprachen.

Auf Wunsch der Gesellschafter wurde im 4. Quartal 2014 die Webseite [www.investoren-neuseenland.de](http://www.investoren-neuseenland.de) zur Betreuung an die Invest Region Leipzig GmbH übergeben. Damit verbunden war die Neuausrichtung der bestehenden Internetpräsenz des Leipziger Neuseenlands. Im Rahmen des 7. Seenlandkongresses im Februar 2015 wurde der neue Webauftritt vorgestellt.

Zudem wurden erstmals im 3. Quartal 2014 eine Google Adwords Kampagne in diversen Quellmarktgebieten (unter anderem Baden-Württemberg, Bayern) sowie weitere Internet Suchmaschinenmarketing-Maßnahmen eingesetzt. Das Online-Engagement wurde zum Jahresende weiter ausgebaut und optimiert.

## **ERFOLGSBERICHT**

Die Gesellschaft weist für das Geschäftsjahr 2014 ein ausgeglichenes Ergebnis in Höhe von 0 TEUR (2013: 21 TEUR) aus.

Die sonstigen betrieblichen Erträge stellen die Haupteinnahmeposition der IRL dar und setzen sich im Wesentlichen zusammen aus Gesellschafterzuwendungen in Höhe von 1.397 TEUR (davon 1.361 TEUR aus Einzahlungen im Berichtszeitraum und 36 TEUR aus Einzahlungen des Vorjahres), Erlösen aus maßnahmenorientierten Sponsoring-Aktivitäten und Projektbeteiligungen von Wirtschaftsunternehmen (28 TEUR) sowie der Verrechnung von Sachbezügen (9 TEUR). Die Aufwendungen der GmbH entfallen im Wesentlichen auf bezogene Leistungen für Standortmarketing und Wirtschaftsförderungs-/Vertriebs- und -Projektmanagement, sonstige betriebliche Aufwendungen sowie Personalkosten. Die Mittelverwendung erfolgte in Erfüllung der satzungsgemäßen Aufgaben.

Die bezogenen Leistungen setzen sich zusammen aus Leistungen der Bereiche Corporate Design/Kommunikationsmittel, Publikationen/Präsentationsmittel, Auslandsmarktbetreuung, Print- und Außenwerbung, Public Relations, Internet, Messen/Sales Promotion, Direktmarketing, Delegations-/Gästebetreuung und Kooperationsmarketing. Diese Marketing- und Vertriebsaufwendungen bilden die Grundlage für wirtschaftsfördernde Prozesse im Sinne der Akquisition/Ansiedlung von Unternehmen sowie der Fachkräftegewinnung für die Region Leipzig.

Zu den kostenseitig wesentlichen Marketingaufwendungen im Jahr 2014 zählte insbesondere das Projekt EXPO REAL 2014, welches unter anderem im Sinne der Übernahme der Premium-Finanzbeteiligungsbeiträge aller IRL-Gesellschafter seitens der IRL GmbH aufwandsseitig durch Kosten in Höhe von 104 TEUR geprägt war. Die Aufwendungen für Messen und Sales Promotion Maßnahmen insgesamt beliefen sich auf 181 TEUR.

Größere Aufwandspositionen lagen zudem im publizistischen Bereich bzw. im PR-Ressort (2014: 167 TEUR). Im Wesentlichen bezog sich dies auf die Kreation und Veröffentlichung diverser Verlagsbeilagen/Medien-Supplements sowie Anzeigenkampagnen in überregionalen und nationalen Leitmedien wie: „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, „Handelsblatt“, „VDI Nachrichten“, „Standard“, „Wirtschaftswoche“ sowie auf die Betreuung internationaler Journalisten. Zudem sind Aufwendungen in Höhe von 92 TEUR in Verbindung mit Internetaktivitäten (Unternehmenswebseite, Neuseelandwebseite, Online-Marketingaktivitäten) und Direktmarketing-Kampagnen (Direktmailings: Adresseneinkauf und –qualifizierung, Porto, Lettershop) in Höhe von 41 TEUR sowie die Auslandsmarktbetreuung mit 59 TEUR hervorzuheben.

Die Rechts- und Beratungskosten beliefen sich im Geschäftsjahr 2014 auf 77 TEUR und stehen im Wesentlichen im Zusammenhang mit der gesellschafterseitig gewünschten Erstellung einer Finanzierungsvereinbarung zwischen den Gesellschaftern der IRL GmbH und dem Einspruch gegen die verbindliche Auskunft des Finanzamtes Leipzig II sowie der Erstellung der Geschäftsordnung.

Das Ergebnis ist durch periodenfremde Erträge in Höhe von TEUR 37 und periodenfremde Aufwendungen in Höhe von TEUR 6 beeinflusst. Die periodenfremden Erträge enthalten in Höhe von TEUR 36 Zuschüsse der Gesellschafter aus dem Jahr 2013, für die keine Rückzahlungsverpflichtung besteht.

## **VERMÖGENS-, FINANZ- UND LIQUIDITÄTSBERICHT**

Das Eigenkapital der Invest Region Leipzig GmbH beläuft sich auf 150 TEUR und setzt sich zusammen aus dem Stammkapital der Gesellschaft sowie aus Verlustvortrag und Jahresüberschuss.

Das Fremdkapital, welches sich insbesondere aus Rückstellungen (31.12.2014: 123 TEUR; 31.12.2013: 67 TEUR) und Verbindlichkeiten (31.12.2014: 291 TEUR; 31.12.2013: 253 TEUR) ergibt, ist insgesamt als kurzfristig zu bezeichnen. In den Verbindlichkeiten sind im Geschäftsjahr nicht verbrauchte Gesellschafterzuschüsse in Höhe von 38 TEUR (31.12.2013: 36 TEUR) enthalten. Diese wurden als Verbindlichkeiten gegenüber Gesellschaftern bilanziert.

Bis zum 31. Dezember 2014 wurden die vereinbarten Zuwendungszahlungen in Höhe von 1.428 TEUR von allen Gesellschafter geleistet.

Das bilanzielle Gesamtvermögen der GmbH beläuft sich zum 31. Dezember 2014 auf 563 TEUR (31.12.2013: 470 TEUR).

Die Liquidität der Gesellschaft war im Geschäftsjahr 2014 jederzeit gegeben. Dem Prinzip der kaufmännischen Vorsicht folgend, wurden GmbH-seitig insbesondere Marketing-/ Vertriebsmaßnahmen erst dann beauftragt und umgesetzt, wenn mit hoher Wahrscheinlichkeit davon auszugehen war, dass die Gesellschafterzuwendungen fristgerecht erfolgen.

Im Jahr 2014 war die Finanzierung der Gesellschaft durch den Abschluss einer Finanzierungsvereinbarung der Gesellschafter vertraglich sichergestellt, welche die Gesellschafterversammlung im Rahmen ihrer Sitzung vom 19. Dezember 2013 beschlossen hatte. Für das Jahr 2015ff wurden von Seiten der Gesellschafter Überlegungen angestellt, die Finanzierungssystematik umzustellen. Hinsichtlich der Finanzierung der IRL bis zum Abschluss einer entsprechenden Vereinbarung für das Jahr 2015ff geht die Gesellschaft davon aus, von ihren Gesellschaftern entsprechend ihrer quotalen Finanzierungszusagen, auf gesonderte

Abforderung und Nachweis, zur Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit auch 2015 entsprechende Abschlagszahlungen zu erhalten.

### **Personalentwicklungsbericht**

Im Jahr 2013 verfügte die Gesellschaft über zwei festangestellte Mitarbeiter einschließlich des GmbH Geschäftsführers. Zudem agierten zwei freie Honorarkräfte an der Seite der beiden Vollzeitkräfte. Im Oktober 2013 begann die Personalausschreibung gemäß Stellenplan. Per Dezember 2013 wurden im Ergebnis des Rekrutierungsprozesses Arbeitsverträge mit vier neuen Mitarbeitern abgeschlossen, die im Januar 2014 ihre Tätigkeit bei der Gesellschaft aufnahmen. Besetzt wurden die Positionen Manager Marketing/Kommunikation, Manager Fachkräftegewinnung sowie zweifach die Position Manager Akquisition/Ansiedlung. Zum 1. Oktober 2014 erfuhr die Position des Referenten Geschäftsfeldentwicklung/Controlling/ Gremienbetreuung ihre Besetzung. Damit gehörten der Gesellschaft zum Stichtag 31. Dezember 2014 sieben festangestellte Mitarbeiter an.

### **VORAUSSICHTLICHE ENTWICKLUNG**

Im Geschäftsjahr 2015 plant die Invest Region Leipzig GmbH den eingeschlagenen konzeptionell-strategischen Kurs im Rahmen der durch die Gesellschafterversammlung genehmigten Wirtschaftsplanung 2015 konsequent fortzusetzen, um die ihr satzungsgemäß obliegenden Zielsetzungen zu erreichen.

Insgesamt erwartet die IRL für das Geschäftsjahr 2015 eine konstante Ergebnis- und Liquiditätsentwicklung. Es ist jedoch darauf hinzuweisen, dass die GmbH ihren satzungsmäßigen Zweck der Akquisition und Ansiedlung von arbeitsplatzschaffenden Unternehmen, der Gewinnung von Fachkräften sowie eines offensiven Standortmarketings für die Region Leipzig nur dann erfolgreich umsetzen kann, wenn die avisierten Zuwendungen durch die Gesellschafter in entsprechender Höhe auf Basis einer von den Gesellschaftern in Ausarbeitung befindlichen Vertragsgrundlage ausgereicht werden.

Für das Jahr 2015 sind inhaltlich im Bereich Akquisition/Ansiedlung eine weitere Intensivierung der nationalen und internationalen Direktvertriebsmaßnahmen mit Blick auf verstärkte Lobbying-Ansätze, Direktvertriebs-Roadshows, Unternehmenspräsentationen, Delegationsbetreuungen, Direktmailing-Kampagnen und akquisitorische Fachmesse-Bearbeitungen ebenso geplant, wie die Fortführung fokussierter PR-Maßnahmen sowie selektiver Werbeaufträge im Print-, Außen- und Onlinebereich. Die internationale Marktbearbeitung wird weiter intensiviert.

Im Bereich Fachkräftegewinnung werden bewährte Maßnahmen der Gesellschaftsaufbauphase fortgesetzt sowie neu justiert und damit optimiert. Dies betrifft beispielsweise die Konzeption und Durchführung einer weiteren Fachkräfte-Roadshow sowie die Betreuung von Fachkräftemessen und den gezielten Kontaktaufbau zu internationalen Fachkräftevermittlungsagenturen.

Darüber hinaus plant die Gesellschaft im Jahr 2015 unter dem Titel: „Weltmarktführerforum Leipzig 2015“ die Begleitung eines Unternehmerkongresses. Es ist beabsichtigt, mit einem attraktiven Konferenz- und Rahmenprogramm überregionale und nationale Unternehmer in die Region Leipzig zu motivieren, um diese von der Leistungsfähigkeit der Region zu überzeugen und so Impulse für Neuansiedlungen zu schaffen. Überdies soll mit dem „Weltmarktführerforum Leipzig 2015“ das Profil der Region als Wirtschaftsstandort weiter gefestigt und geschärft werden.

Der inhaltliche Schwerpunkt der GmbH-Arbeit liegt klar auf der Direktakquisition von Unternehmen.

### **Vorgänge von Bedeutung nach Geschäftsjahresabschluss**

#### Einspruchsverfahren Umsatzsteuer 2014

Die Finanzierungsvereinbarung zwischen der Gesellschaft und ihren Gesellschaftern für die Jahre 2013 und 2014 wurde in der Gesellschafterversammlung vom Dezember 2013 beschlossen. Sie stellte ab auf die Umsatzsteuerbefreiung der Gesellschafterzuschüsse an die GmbH. Eine verbindliche Auskunft des zuständigen Finanzamtes Leipzig II hinsichtlich der Klärung der umsatzsteuerlichen Behandlung der Gesellschafterzuschüsse wurde seitens der GmbH im Dezember 2013 beantragt und im Mai 2014 durch das Finanzamt erteilt. Das Finanzamt Leipzig II erachtet die Zuschüsse nach erfolgter umsatzsteuerlicher Würdigung als steuerpflichtig. Die IRL legte nach entsprechender Abstimmung mit dem Aufsichtsrat und Information der Gesellschafterversammlung Einspruch gegen die erteilte verbindliche Auskunft ein und zeigte dem Finanzamt nachdrücklich auf, dass dessen Auffassung nicht geteilt werde.

Für das Jahr 2014 entstand damit für die Gesellschaft, die bis dato in ihren Planungen von einer Umsatzsteuerfreiheit der Zuwendungen im Sinne eines echten institutionellen Zuschusses ausging, auf Basis der einzureichenden Umsatzsteuervoranmeldungen eine umsatzsteuerliche Belastung in Höhe von 121 TEUR. Gegen die abgegebenen Umsatzsteuervoranmeldungen hat die Gesellschaft in Abstimmung mit den Gesellschaftern im März 2015 Einspruch eingelegt. Dieses Vorgehen macht eine vollumfängliche neue Prüfung des Sachverhalts im weiteren außergerichtlichen und gerichtlichen Verfahren möglich, die nicht durch die Rechtsprechung des Bundesfinanzhofes (BFH) zu Einsprüchen gegen verbindliche Aus-

künfte eingeeengt wird. Der Einspruch gegen die verbindliche Auskunft selbst wurde gleichzeitig zurückgenommen. In wie weit die Finanzverwaltung dem Einspruch folgt, lässt sich derzeit, wie die Erfolgsaussichten des Einspruchs an sich, nicht abschließend beurteilen.

Leipzig, im März 2015

---

Lutz Thielemann  
(Geschäftsführer)

# THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH

## Beteiligungsübersicht

Industriestraße 4  
04603 Windischleuba

Tel. 03447 8503  
Fax 03447 850444  
Email [info@thuesac.de](mailto:info@thuesac.de)  
Internet <http://www.thuesac.de>

Gründungsdatum 17.01.1992

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 17.01.1992

Handelsregistereintrag am 29.04.1992 unter HRB 201791

## Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		260.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	5,0000 %	13.000,00

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Öffentlicher Personennahverkehr einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Soweit gesetzlich zulässig, ist die Gesellschaft zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck zu fördern. Die Gesellschaft darf auch andere Unternehmen gleicher oder ähnlicher Art beraten, sich an solchen Unternehmen beteiligen oder ganz übernehmen. Sie darf Zweigniederlassungen errichten.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	2.952.000,00
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Unterbeteiligungen

	Anteil (%)	Anteil
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	43,0000 %	111.800,00
Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH	3,0000 %	1.533,87
Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)	1,0200 %	750,00



## Lagebericht 2014

### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

#### **1. Grundlagen**

##### **1.1. Geschäftsmodell**

Gegenstand des Unternehmens ist gemäß § 2 des Gesellschaftsvertrags der Betrieb des öffentlichen Personennahverkehrs einschließlich des Gelegenheitsverkehrs und des freigestellten Verkehrs. Die Gesellschaft erbringt neben den Leistungen des ÖPNV weitere Leistungen zur Fahrzeuginstandsetzung auf der Grundlage eines Servicevertrags mit der MAN.

Das Stammkapital beträgt EUR 260.000,00. Gesellschafter sind der Landkreis Altenburger Land mit einer Stammeinlage von EUR 135.200,00 (52,0 %) und der Landkreis Leipzig mit einer Stammeinlage von EUR 13.000,00 (5,0 %). Weiterhin hält die Gesellschaft eigene Anteile von EUR 111.800,00 (43,0 %). Die Organe der Gesellschaft sind die Gesellschafterversammlung und die Geschäftsführung. Die Gesellschafterversammlung hat einen Beirat gebildet, der ausschließlich beratende Funktion hat und in dem jeder Gesellschafter mit Kreistagsmitgliedern vertreten ist.

##### **1.2. Ziele, Strategien**

Der Gesellschaft obliegt die öffentliche Verkehrsbedienung durch Kraftomnibusse im Linienverkehr (ÖPNV), freigestellten Schüler - sowie Gelegenheitsverkehr. Den Linienverkehr erbringt die Gesellschaft im MDV-Gebiet in den Städten Altenburg, Borna und Schmöln (Stadtverkehr) sowie in den Landkreisen Altenburger Land (Freistaat Thüringen) und dem Landkreis Leipzig (Freistaat Sachsen).

Die in den öffentlichen Dienstleistungsaufträgen (ÖDA) festgelegten Qualitätsvorgaben sind Grundlage der Verkehrsleistungserbringung. Sie werden sowohl intern als auch durch den Auftraggeber periodisch auf Einhaltung und Verbesserung kontrolliert.

Die finanziellen Vorgaben in den ÖDA sind differenziert und setzen somit den Rahmen der jährlichen Leistungserbringung.

##### **1.3. Steuerungssystem**

Im Unternehmen werden in Führungskreisrunden, Geschäftsführersitzungen, Meisterrunden und Rapportterminen sowie im Risikomanagement und monatlichen Gewinn- und Verlustrechnungen, Trennungsrechnungen und Linienerfolgsrechnungen Bewertungen des Unternehmens vorgenommen und bei Bedarf entsprechende Maßnahmen eingeleitet.

#### **2. Wirtschaftsbericht**

##### **2.1. Gesamtwirtschaftliche und branchenbezogene Rahmenbedingungen**

Die Genehmigungen für die Einrichtung und den Betrieb eines Linienverkehrs nach § 42 PBefG wurden für das **Bediengebiet Sachsen** durch die Landesdirektion Leipzig für den Stadtverkehr Borna für zwei Linien und den Überlandlinienverkehr für 13 Linien zeitgleich mit der Laufzeit des neuen ÖDA vom 1. Januar 2014 bis 31.12.2023 verlängert. Die Genehmigungen nach § 42 PBefG für das **Bediengebiet Thüringen** wurden durch das Thüringer Landesverwaltungsamt, Weimar, für den Überlandlinienverkehr für 28 Linien und den Stadtverkehr Altenburg und Schmöln für sieben Linien für den Zeitraum bis zum 31. Dezember 2020 und für eine Überlandlinie bis zum 14. Dezember 2020 erteilt.

Der Landkreis Altenburger Land hat die Verkehrsleistungen an die Gesellschaft im Wege der Direktvergabe gemäß Artikel 5 Abs. 2 Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Oktober 2007 über öffentliche Personenverkehrsdienste auf Schiene und Straße und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 1191/69 und (EWG) Nr. 1107/70 des Rates für die Zeit vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2020 vergeben. Diesbezüglich wurde die Gesellschaft im Rahmen eines öffentlichen Dienstleistungsauftrags mit der Durchführung der öffentlichen Personenverkehrsdienste mit Bussen im Zuständigkeitsgebiet des Landkreises Altenburger Land im Zeitraum vom 1. Januar 2011 bis zum 31. Dezember 2020 beauftragt. Der öffentliche Dienstleistungsauftrag wurde am 2. Dezember 2010 erteilt. Der Kreistag des Landkreises Altenburger Land beschloss bereits in seiner 35. Sitzung am 6. Mai 2009 die Direktvergabe an die Gesellschaft.

Die im ÖPNV entstehenden Verluste werden 2014 durch die bestehenden öffentlichen Dienstleistungsaufträge der Landkreise Altenburger Land bzw. Leipzig ausgeglichen.

Der öffentliche Dienstleistungsauftrag (Landkreis Altenburger Land) regelt für die Verwaltung und Erbringung der öffentlichen Personenverkehrsdienste im Landkreis Altenburger Land die Bestandteile und die maximale Höhe der Ausgleichsleistung an die THÜSAC. Die Ausgleichsleistung beinhaltet die Finanzhilfen des Landes Thüringen, die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA des Landkreises Altenburger Land und die über den MDV gewährten Durchtarifizierungsverluste bis zu einer vertraglich vereinbarten maximalen jährlichen Höhe der Ausgleichsleistung.

Die Gesellschaft erbringt weiterhin Verkehrsleistungen im ÖPNV in Teilen des Landkreises Leipzig auf der Grundlage des öffentlichen Dienstleistungsauftrages, der vom 1. Januar 2014 bis zum 31. Dezember 2023

gilt. Nach der Zweckvereinbarung zwischen dem Landkreis Altenburger Land und dem Landkreis Leipzig über die Verlagerung von Zuständigkeiten nach der Verordnung (EG) Nr. 1370/2007 ist der Landkreis Altenburger Land für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig zuständig. Der Landkreis Altenburger Land ist somit Aufgabenträger für den öffentlichen Personennahverkehr und hat die Aufgabe der Organisation und Ausgestaltung des ÖPNV für das Bediengebiet des Verkehrsunternehmens im Landkreis Leipzig übernommen. Die Ausgleichsleistung beinhaltet die die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA des Landkreises Leipzig, die Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr, welche nach der Richtlinie zur Verteilung der Ausgleichsmittel für den Ausbildungsverkehr nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im ÖPNV (ÖPNVFinAusG) im Landkreis Leipzig beschieden werden und die Durchtarifizierungsverluste. Die Ausgleichsleistung wird über den Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land ausgezahlt. Die Ausgleichsleistung wird jährlich auf der Grundlage festgelegter Parameter ermittelt und dem Aufgabenträger in Form einer Vorkalkulation übergeben.

## 2.2. Geschäftsverlauf

Die Basis für die Erbringung unserer Verkehrsleistungen bildet die Beauftragung durch die Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land (Öffentlicher Dienstleistungsauftrag, gültig bis 31. Dezember 2020) und Landkreis Leipzig (Öffentlicher Dienstleistungsauftrag, gültig bis zum 31. Dezember 2023). Im Geschäftsjahr 2014 wurde wiederum ein weitgehend stabiles Leistungsangebot angeboten und somit das Profil der THÜSAC als dienstleistungsorientiertes Verkehrsunternehmen beibehalten. Im Ergebnis weiterer intensiver Anstrengungen zur Verringerung des Defizits im ÖPNV schließen wir das Geschäftsjahr mit einem positiven Ergebnis ab. Dabei wirken bei gestiegenen Personalkosten auf Grund des Tarifabschlusses für 2014 und gesunkenen Umsatzerlösen in der Sparte Fahrzeuginstandsetzung und –vermietung insbesondere gesunkene Kraftstoffkosten, die Optimierung interner Prozesse und Sondereinflüsse aus Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr, aus Anlagenverkäufen, aus der Auflösung von Rückstellungen und aus anderen periodenfremden Erträgen als hauptsächliche Einflussfaktoren auf das Jahresergebnis.

Als Servicepartner der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH (MTBD) konnte der Profitbereich MAN im Geschäftsjahr 2014 die Reparatur Erlöse im Vergleich zum Vorjahr bei weitem nicht wieder erreichen. Die einzelnen Untersparten erreichten nicht die geplanten Ergebnisse. Dabei übten sowohl konjunkturelle Faktoren als auch der Wegfall von Umsatzerlösen bei Fremdkunden einen nicht unerheblichen Einfluss auf die Geschäftstätigkeit aus.

## 2.3. Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich zum 31. Dezember 2014 um 3,5 % auf EUR 19,3 Mio. erhöht. Das Anlagevermögen beträgt, leicht gestiegen im Vergleich zum Vorjahr, EUR 14,3 Mio. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 74,1 % (Vj. 76,2 %). Das Anlagevermögen ist damit nach wie vor für das Bilanzbild bestimmend. Es ist vollständig durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt.

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von dem Unternehmen erwirtschafteten und die ihm von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden.

	2014 (TEUR)	2013 (TEUR)
Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit	-2.914	-1.833
Cashflow aus der Investitionstätigkeit	- 687	-2.354
Cashflow aus der Finanzierungstätigkeit	4.284	3.176
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	683	-1.011

Die wesentlichen Veränderungen beim Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit und der Finanzierungstätigkeit resultieren mit dem neuen ÖDA Sachsen aus veränderten vertraglichen Regelungen, nach denen die Ausgleichsleistungen im Ausbildungsverkehr und die Durchtarifizierungsverluste Bestandteil des Betriebskostenzuschusses für den ÖPNV geworden sind.

Der Finanzmittelfonds entspricht dem Bestand an flüssigen Mitteln am betreffenden Bilanzstichtag (TEUR 3.424; Vj. TEUR 2.741).

Wesentlicher Bestandteil des Cashflows aus der Finanzierungstätigkeit sind die die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA für den ÖPNV der Aufgabenträger Landkreis Altenburger Land und Landkreis Leipzig. Sie gewährleisten die Zahlungsfähigkeit der Gesellschaft.

Im Geschäftsjahr 2014 haben wir TEUR 2.318 (Vj. TEUR 2.479) in Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände investiert. Die für die Zukunftssicherung der THÜSAC und die weitere Attraktivität unserer Angebote notwendigen Investitionen, insbesondere in Busse, lagen damit auf Vorjahresniveau. Die Finanzierung erfolgte mit TEUR 1.205 aus Fördermitteln, mit T€ 890 durch Kreditaufnahmen zu günstigen Konditionen und im Übrigen aus die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA der Aufgabenträger und durch Eigenmittel.

Die Eigenkapitalquote hat sich trotz des Jahresüberschusses durch den überproportionalen Anstieg der Bilanzsumme um 0,8 Prozentpunkte auf 38,6 % der Bilanzsumme am Bilanzstichtag verringert. Im Jahr 2014 entwickelten sich die Umsatzerlöse wie folgt:

	2014 (TEUR)	2013 (TEUR)
<b>Personennahverkehr</b>		
Erlöse aus Linien-, freigestelltem Schüler-, Gelegenheits- und Schienenersatzverkehr einschließlich der MDV-Einnahmezuscheidung	5.864	6.011
MDV-Einnahmezuscheidung (periodenfremd)	20	0
Erhöhte Beförderungsentgelte	8	9
	<u>5.892</u>	<u>6.020</u>
Ausgleichsleistungen		
§ 45a PBefG (davon periodenfremd TEUR 186; Vj. ./ TEUR 25)	2.197	2.738
§§ 146 ff. SGB IX	140	130
	<u>2.337</u>	<u>2.868</u>
Versicherungsleistungen/Garantie	190	195
	<u>8.419</u>	<u>9.083</u>
<b>Fahrzeuginstandsetzung und -vermietung</b>	<b>2.398</b>	<b>2.810</b>
<b>Reiseleistungen</b>	<b>1</b>	<b>445</b>
	<u>10.818</u>	<u>12.338</u>

Im Kerngeschäft unseres Unternehmens – dem ÖPNV – konnten bei leicht gesunkenen Fahrgastzahlen höhere Fahrgeldeinnahmen (aus eigenen Verkaufsvorgängen + TEUR 126) erzielt werden. Diese sind insbesondere auf die Wirkung der Einführung S-Bahn Mitteldeutschland und PlusBus-Netz sowie der Tarifanpassungen zum 1. August 2013 und 1. August 2014 zurückzuführen. Die Umsätze aus Schüler- und Mietwagenverkehr verzeichnen einen leichten Rückgang zum Vorjahr. Die Durchtarifierungsverluste Sachsen (Vorjahr TEUR 354) sind in Jahr 2014 Bestandteil des Betriebskostenzuschusses für den ÖPNV. Die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG in Thüringen (inclusive der periodenfremden Erträge aus 2013) sind gegenüber dem Vorjahr um TEUR 236 angestiegen. Die Ursache dafür liegt in einem Anstieg der betriebsindividuellen mittleren Reiseweite sowie der Erhöhung des Kostensatzes für den Ausgleich gemeinwirtschaftlicher Leistungen im Freistaat Thüringen. Für das Geschäftsjahr 2014 wurde der Ausgleichsbetrag vorsichtig eingeschätzt, da die tatsächliche Zuweisung der Stückzahlen und Erträge durch den MDV nicht abschließend bekannt ist. In Sachsen sind die Erträge aus Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG erstmals Bestandteil des öffentlichen Dienstleistungsauftrages und somit nicht mehr separat ausgewiesen. Die Bescheide für die Jahre 2011, 2012 und 2013 stehen unter Vorbehalt. Dieser Sachverhalt wurde in angemessener Höhe erlösschmälernd berücksichtigt.

Im Bereich Fahrzeuginstandsetzung einschließlich Reifendienst sanken die Erlöse im Vergleich zum Vorjahr drastisch (./ TEUR 412), wobei auf den Reifendienst ./ TEUR 53 und auf die Erträge aus Ersatzteilverkauf und Reparaturen MAN ./ TEUR 343 entfallen. Die Erträge aus der Fahrzeugvermietung (Bus) gingen um TEUR 16 zurück.

Die die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA entwickelten sich wie folgt:

	2014 (TEUR)	2013 (TEUR)
Öffentlicher Dienstleistungsauftrag - Landkreis Altenburger Land (Betriebskostenzuschüsse und Finanzhilfen)	1.330	1.330
Öffentlicher Dienstleistungsauftrag - Landkreis Leipzig		
Vorjahr Verkehrsfinanzierungsvertrag	2.952	1.281
Anpassungsverlangen - Landkreis Leipzig		356
	<u>4.282</u>	<u>2.967</u>

Die Ausgleichsleistungen aus dem öffentlichen Dienstleistungsauftrag (Landkreis Altenburger Land) bewegen sich auf dem Vorjahresniveau und sind damit schon das fünfte Jahr unverändert. Im Landkreis Leipzig wurden erstmals die die Ausgleichsleistungen gemäß ÖDA im Rahmen des öffentlichen Dienstleistungsauftrages bereitgestellt. Diese beinhalten auch die Ausgleichsleistungen nach § 45a PBefG und die Durchtarifierungsverluste.

Der Aufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe reduzierte sich um TEUR 248 insbesondere auf Grund rückläufiger Kraftstoffkosten (./ TEUR 81), rückläufiger Kosten für Ersatzteile und Reifen korrespondierend zum Ertrag (./ TEUR 230). Die Aufwendungen für bezogene Leistungen gingen um TEUR 47 zurück.

Dies zeigt sich unter anderem in den Aufwendungen für die Nachauftragnehmerleistungen (./ TEUR 15), sowie den Leasingkosten (./ TEUR 17) und den Fremdleistungen (./ TEUR 24). Gegenläufig wirken die Kosten für die Busreinigung mit einem Zuwachs von TEUR 12.

Der Personalaufwand stieg im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 241, hauptsächlich auf Grund der Wirkung der Tarifierhöhungen im Haustarifvertrag.

Die übrigen betrieblichen Aufwendungen stiegen um TEUR 80, insbesondere durch höhere Kosten aus der Instandhaltung betrieblicher Räume (+ TEUR 49) und höhere Kosten für Hard- und Software (+ TEUR 52), die allerdings teilweise durch Fördermittel gegenfinanziert sind. Gegenläufig wirkten geringere Betriebskosten für Grundstücke (./ TEUR 31) und Versicherungsaufwendungen (./ TEUR 17).

## Personalentwicklung

Personen am Bilanzstichtag

	31.12.2014	31.12.2013
Fahrer	113	108
Schlosser	26	27
Übriges Personal	51	58
Azubi	17	17
Gesamt	207	210

## 2.4. Finanzielle und nicht finanzielle Leistungsindikatoren

Finanzielle Leistungsindikatoren, die der Steuerung der Geschäftstätigkeit zu Grunde liegen, sind insbesondere die Erlöse aus Linieneinnahmen, die Investitionen und das Jahresergebnis.

Die Plan- und Istzahlen der finanziellen Leistungsindikatoren zeigt nachfolgende Tabelle:

	Plan 2014	Ist 2014	Plan 2015
	TEUR	TEUR	TEUR
Erlöse Linieneinnahmen	4.843	4.858	4.850
Investitionen	3.353	2.319	1.075
Jahresergebnis	0	94	-163

Abweichungen zum Investitionsplan begründen sich in der Lieferverzögerung eines Teils der Neufahrzeuge und der ÖPNV Maßnahmen. Diese werden erst 2015 realisiert.

Das negative Ergebnis im Plan 2015 ist insbesondere auf den Planansatz für das Thüringer Bedienegebiet zurückzuführen. Der im ÖDA verankerte Betriebskostenzuschuss ist für die Folgejahre nicht mehr auskömmlich.

Als nichtfinanziellen Leistungsindikator sehen wir insbesondere die Fahrgastzahlen. Die Fahrgastzahlen im ÖPNV sind im Vergleich fast konstant geblieben (2013: 7.997 T zu 2014 7.942 T). Dies entspricht nur einem Rückgang von 0,7 Prozent.

## 3. Nachtragsbericht

Es liegen keine berichtspflichtigen Vorgänge von besonderer Bedeutung nach Abschluss des Geschäftsjahres vor.

## 4. Prognose-, Chancen- und Risikobericht

Wie in den Vorjahren haben wir auch im Geschäftsjahr 2014 in allen Unternehmensbereichen regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen unserer quartalsweisen Aktualisierung bzw. Überprüfung wurden alle wesentlichen Risiken identifiziert, dokumentiert und bewertet, und zwar nach ihrer potenziellen Schadenshöhe und ihrer Eintrittswahrscheinlichkeit. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der registrierten Risiken eingeleitet.

Bezeichnend im ÖPNV ist die Tatsache, dass die Schere zwischen Einnahmen und Ausgaben immer mehr auseinander klafft. Steigende Personalkosten und gesetzlich notwendige Investitionen zehren zusätzliche Einnahmen meist rasch auf. Seitens der Politik bedarf es eines klaren Bekenntnisses zum ÖPNV auf jetzigem Niveau, wobei, wie zuvor bereits erwähnt, zu beachten ist, dass die gesetzlich bis zum Jahr 2022 geforderten Ausrüstungsstandards gemäß PBefG ohne kontinuierliche Investitionen in Fahrzeuge und Infrastruktur nicht erreicht werden können. In einer Studie zum Finanzierungsbedarf des ÖPNV im MDV bedarf es bei gleich bleibendem Leistungsangebot umfangreicher Investitionen, für die THÜSAC rechnen wir mit einer Höhe von mindestens EUR 9 Mio. in den nächsten sechs Jahren. Dies ist nur mit entsprechender Förderung und Kreditaufnahme realisierbar.

Durch die langfristigen öffentlichen Dienstleistungsaufträge besteht Finanzierungs- und Planungssicherheit für den ÖPNV der THÜSAC.

Seit 15. Dezember 2013 hat im Großraum Leipzig und Umgebung eine neue Ära im Öffentlichen Personennahverkehr Mitteldeutschlands begonnen. Mit dem Mitteldeutschen S-Bahnnetz kommen Reisende und Pendler in den Genuss kürzere Fahrzeiten mit moderneren Fahrzeugen. Dies gilt auch für die Fahrgäste im Altenburger Land. Damit auch der ländliche Raum an den Vorzügen der S-Bahn partizipiert, wurde das PlusBus-Netz entwickelt. Diese Linien sind konsequent vertaktet und auf die Fahrzeiten der S-Bahn abgestimmt. Nach dem ersten Jahr dieser neuen Angebote kann man durchaus von einer Erfolgsgeschichte sprechen, wobei vielen Menschen diese Vorzüge beim Reisen noch nicht bekannt sind. Mehr Fahrgäste, die das attraktive S-Bahn-Angebot nutzen, können auch mehr potenzielle Busfahrgäste bewirken und umgekehrt.

Im Rahmen des MDV hat man begonnen, sich mit der zukünftigen Gestaltung und Finanzierung des Nahverkehrs auseinander zusetzen. Die Entwicklung von Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Gesellschaft in der Region, die regionale demografische Entwicklung als auch das mögliche Nutzungsverhalten sowie die Verkehrsmittelwahl der Menschen stehen dabei an vordergründiger Stelle. Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland wird in verschiedenen strategischen Szenarien betrachtet. Ziel ist es, durch einen attraktiven ÖPNV die Mobilität für die gesamte Region in Mitteldeutschland zu sichern.

Der Servicevertrag mit der MAN Truck & Bus Deutschland GmbH (MTBD) ist die stabile Grundlage für die kontinuierliche wirtschaftliche Entwicklung der Sparte MAN. Ziel ist es, noch mehr Marktpotenzial zu erschließen. Alle Zusatzgeschäfte (Reifenservice, Vermietung von Fahrzeugen) sollen die Ertragskraft des Werkstattbetriebes steigern und den ÖPNV unterstützen. Konjunkturellen Einflüssen wirken wir mit der Umsetzung entsprechender Gegensteuerungsmaßnahmen entgegen.

Großes Augenmerk legen wir nach wie vor auf die Ausbildung des eigenen Fachkräftenachwuchses, der die Basis einer stabilen Personalentwicklung für das Unternehmen in den nächsten Jahren sein soll.

Risiken der künftigen Entwicklung bestehen insbesondere in Einschränkungen aus der Gewährung von Betriebskosten- und Investitionszuschüssen, beihilferechtlichen Änderungen sowie der Lohn- und Gehaltsentwicklung und der Entwicklung der Kraftstoffpreise.

Für das Geschäftsjahr 2015 rechnet die THÜSAC gemäß der Wirtschaftsplanung mit einem negativen Ergebnis, insbesondere im Bediengebiet Thüringen. Im Geschäftsjahr 2016 erwartet das Unternehmen unter Beachtung, dass eine Anpassung der Ausgleichsleistungen für den Landkreis Altenburger Land erfolgt, ein ausgeglichenes Ergebnis.

Altenburg, den 25. März 2015

Bog  
Geschäftsführer

# Lecos GmbH

## Beteiligungsübersicht

Prager Straße 8  
04103 Leipzig

Tel. 0341/25380  
Fax 0341/2538-111  
Email info@lecos-gmbh.de  
Internet

Gründungsdatum 16.08.2010  
Rechtsform GmbH

## Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		200.000,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)	10,0000 %	20.000,00

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Lecos GmbH ist ein Beratungs- und Dienstleistungsunternehmen für Informationstechnologien im kommunalen Umfeld. Sie unterstützt die Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen in Mitteldeutschland IT-seitig dabei, die gesetzlichen Aufgaben für die Bürger zu erfüllen und Verwaltungsprozesse noch bürgerfreundlicher und kostengünstiger zu gestalten.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Unterbeteiligungen

	Stimmen	Anteil
ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G.	1 von 31	5.000,00 €

Alle weiteren Angaben gemäß § 99 SächsGemO zur KDN GmbH sind im Beteiligungsbericht des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) dargestellt.

# Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

## Beteiligungsübersicht

Prager Straße 8  
04103 Leipzig

Tel. 0341 / 8 68 43-0  
Fax 0341 / 8 68 43 99  
Email [post@mdv-info.de](mailto:post@mdv-info.de)  
Internet <http://www.mdv.de>

Gründungsdatum 27.03.1998

Rechtsform GmbH

Gründung durch Beschluss am 13.05.2004

Handelsregistereintrag am 18.12.2006 unter HRB 11520

## Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		73.500,00
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
Landkreis Leipzig	3,5400 %	2.600,00

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Gesellschaft hat im Mitteldeutschen Verkehrsverbundgebiet Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und der Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebotes, zu erfüllen und die tarifliche Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif herbeizuführen und künftig sicherzustellen sowie die im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen zu erfassen und aufzuteilen.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	78.977,40

Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Lagebericht 2014

### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

#### **Organisationsstruktur**

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51 % halten die zehn Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49 % werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienegebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

#### **Entwicklungen und Aufgabenschwerpunkte in 2014**

Die überaus positive Entwicklung im Kalenderjahr war wesentlich durch die Einführung des Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes (MDSB) und des PlusBus-Angebotes im Dezember 2013 sowie die Integration der letzten wesentlichen Haustarife der LVB in den Verbundtarif im August 2014 beeinflusst. Einen besonde-

ren und weiterhin anhaltenden Beitrag leisteten die in 2012 eingeführten neuen Tarifprodukte im Bereich der ABO-Monatskarten Jedermann. So war die Zahl dieser ABO-Nutzer im Dezember 2014 gegenüber dem Juli 2012 – vor Einführung der neuen Produkte – um rd. 10.200 Kunden im gesamten Verbundraum gestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 11,7 %.

Insgesamt lagen die **Verbundeinnahmen** 2014 mit 14,0 Mio. € (rd. 8,1 %) über dem Vorjahr. Ca. 3,7 Mio. € resultierten davon aus der Integration der bisherigen LVB-Schülerprodukte Leipzig in den MDV-Tarif sowie aus der Erweiterung des Semestervolltickets in Leipzig seit September 2014. Ohne diese Einnahme ergab sich ein Zuwachs von 10,3 Mio. € (+ 5,9 %).

Im Jahr 2014 wurden weitgehende **tarifliche Verbesserungen** für Schüler, Auszubildende und Studenten umgesetzt. Dazu gehört die Einführung der SchülerRegioFlat, mit einer verbundweite MDV-Nutzungsmöglichkeit im Freizeitbereich, die Einführung des ABO Azubi Plus, die MDV-Anerkennung der Leipziger SchülerCard und SchülerMobilCard, die Einführung der MiniCard und der MaxiMobilCard, die im freien Verkauf allen Schüler in Halle zugänglich sind, sowie die Realisierung von MDV-Semestervolltickets an der Universität Leipzig, der Berufsakademie Sachsen und der Martin-Luther-Universität Halle.

Dennoch musste auch im Jahr 2014 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden.

Gleichzeitig wurde durch die ETC Transport Consultants GmbH die in 2013 begonnene **Finanzierungsstudie** fertiggestellt, die den künftigen Finanzbedarf ermitteln sowie Möglichkeiten alternativer Finanzierungsquellen zur Gegenfinanzierung der steigenden Kosten aufzeigen sollte. Die Ergebnisse der Studie wurden in den Gremien der Verbundgesellschaft und -soweit gewünscht- auch in den jeweiligen Ausschüssen der am MDV beteiligten kreisfreien Städte und Landkreise durch die Geschäftsstelle vorgestellt und ein Grundverständnis zu den Kernaussagen vermittelt.

Auf dieser Grundlage wird die Verbundgesellschaft beginnend ab 2015 unter Einbeziehung der MDV-Gesellschaftergruppen, der Verwaltung und der politischen Gremien aller interessierten Landkreise und Oberzentren, die konkrete Ausgestaltung von alternativen Finanzierungswegen innerhalb des MDV-Raums untersuchen lassen. Hierzu sollen zunächst geeignete Fachexperten ausgewählt werden, die dann auf Basis des ETC-Finanzierungspapiers umsetzungsreife Vorschläge erarbeiten. Diese Vorschläge sollen neben den monetären Wirkungen auch die rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen detailliert aufzeigen, die zur Umsetzung notwendig wären. Die operative Einbindung der Gesellschaftergruppen und die Berücksichtigung lokaler Belange erfolgt über die Teilnahme in einer zu gründenden Facharbeitsgruppe „Finanzierungspapier MDV 2025“.

Das Finanzierungsthema ist gleichzeitig Bestandteil des 2012 begonnenen **Strategieprozesses zum Thema „Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025“**. Mit Blick auf die signifikante Veränderung der Rahmenbedingungen des Nahverkehrs, wie die Finanzierung, die demografische Entwicklung, das Mobilitätsverhalten der Bevölkerungsgruppen, die technischen Möglichkeiten des Zugangs zum Nahverkehr und die rechtlichen Anforderungen, hatte die Verbundgesellschaft im Jahr 2013 mit allen Gesellschaftern eine Strategiekonzeption und entsprechende Handlungsbereiche erarbeitet. Seit 2014 werden diese Ergebnisse als gemeinsam getragene Empfehlung in der Diskussion gegenüber Dritten (politische Fraktionen, Vertreter der 3 beteiligten Länder am MDV) kommuniziert.

In einer 2. Stufe wurde 2014 ein „Masterplan zur Umsetzung der MDV-Strategie 2025“ erstellt. Hierfür wurden zunächst die 5 strategischen Handlungsbereiche mit ihren ca. 20 Teilzielen ausgearbeitet. Anschließend erfolgte im Rahmen mehrerer individueller Workshops mit fast allen MDV-Gesellschaftern das Zusammentragen von über 400 Ideen zur konkreten Umsetzung der MDV-Strategie. Diese Ideen wurden dann in ca. 70 sogenannte „Umsetzungs-Schubladen“ geclustert. Die Geschäftsstelle und das Kernteam des Strategieprozesses haben anschließend eine Bewertung der „Umsetzungs-Schubladen“ begonnen, um die Wirkung, die Ergebnisse, die Umsetzungszeit, das erforderliche Budget sowie die fachlichen Ressourcen und Widerstände zu erfassen. Hinsichtlich des Abschlusses der 2. Stufe zum Strategieprozess und der Überführung von ausgewählten Maßnahmen in die Umsetzung soll im 1. Halbjahr 2015 eine gesonderte gemeinsame Sitzung des Aufsichtsrates und der Gesellschafterversammlung stattfinden.

Die Arbeiten im Fachbereich Technische Systeme und IT konzentrierten sich im Jahr 2014 weiterhin auf die Umsetzung der Teilprojekte des EFRE-**Telematikvorhabens**, die als ein verknüpftes Gesamtsystem im mitteldeutschen Verbundraum wirksam werden sollen. Das Konzept sieht eine verbundweite Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlusssicherung und perspektivischer Anschlussgarantie vor und soll damit zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität sowie letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit beitragen. Zentrale Elemente sind die Beschaffung von leistungsfähigen Bordrechnern für Busse, Komponenten für das eTicketing (elektronisches Ticket) sowie entsprechende Systeme zur Echtzeitdatenerfassung und -weiterleitung.

Aufgrund der Verzögerungen im Projektablauf entschieden die Projektpartner sowie das Landesamts für Straßenbau und Verkehr (LASuV) 2014 das gesamte EFRE-Telematikvorhaben in das Landesinvestitionsprogramm (LIP) des Freistaates Sachsen zu überführen und den Förderzeitraum zu verlängern.



Alle Teilprojekte werden im Jahr 2015 weiter geführt, um das komplexe Vorhaben innerhalb der neuen Förderperiode abzuschließen.

Seit der Einführung des **handybasierten Auskunft- und Ticketingsystems easy.GO** für den gesamten Verbundraum im Sommer 2011 hat sich die App zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunft- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. Durch eine Vielzahl an technischen Weiterentwicklungen und gezielten Marketingmaßnahmen konnte sich easy.GO weiter etablieren und neue Nutzer hinzugewinnen. So wurden zusätzlich Verkehrsinformationen eingebunden, die zum einen langfristig über Baumaßnahmen und zum anderen auch ad hoc über Störungen informieren können. Im Herbst 2014 erfolgte das Release easy.GO 4.2, welches nun auch Sehbehinderten Menschen den Zugang zu easy.GO ermöglicht. Seit Dezember ist die App auch in der BlackBerry App World und im Amazon App Shop erhältlich. Mit dem Webaufttritt [myeasygo.de](http://myeasygo.de) wurde ein gemeinsamer Internetauftritt geschaffen, der alle Informationen rund um die App (in den verschiedenen Regionen) bereitstellt.

Im Ergebnis der erfolgreichen Kampagne und saisonaler Effekte wie Witterung und Weihnachtsmärkte haben sich die Ticketverkäufe und Umsätze abermals signifikant erhöht, so dass im Dezember 2014 erstmals ein Umsatz von über TEUR 180 erzielt werden konnte. Der Nutzen als zuverlässiger und etablierter Auskunftsdienst für Fahrgäste im MDV-Gebiet wird noch deutlicher, wenn man die über 2,5 Millionen Auskünfte via easy.GO im Dezember 2014 betrachtet.

Die Arbeiten im Rahmen der Kooperation Verkehrsmanagement konzentrierten sich 2014 weiterhin auf die Weiterentwicklung des **länderübergreifenden Mobilitätsportals** bzw. auf die Bearbeitung der abgestimmten Bausteine, wobei die NASA GmbH als Betreiber des Systems aktiv eingebunden war. Hierzu gehörte unter anderen die Erweiterung der Datenbasis und Funktionen des Mobilitätsportals um P+R / B+R-Daten, dynamische Parkrauminformation, Umweltzonen, Baustelleninformation und Sperrinfo des MIV sowie Auskunft für barrierefreies Reisen im ÖPNV. Das Kernstück der Informationsplattform bildet ein länderübergreifender, intermodaler Router, der den ÖPNV-, MIV- sowie Rad- und Fußgängerverkehr zu verkehrsträgerübergreifenden Reiseketten verknüpft und dabei dynamische Daten wie Verkehrslage (zunächst nur Sachsen-Anhalt, Ausweitung auf Stadt Leipzig nach der Aktualisierung der Verkehrslage Leipzig geplant) und Echtzeitdaten des ÖPNV verarbeitet.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Realisierung einer neuen **Datendrehscheibe zur Echtzeitdatenversorgung** der ÖPNV- Auskunft (INSA) und des darauf aufbauenden Mobilitätsportals Mitteldeutschland mit ÖPNV-Daten der MDV-Verkehrsunternehmen aus Sachsen und Thüringen und damit der Verknüpfung mit den ÖPNV-Daten aus Sachsen-Anhalt. Diese neue industrielle Lösung ersetzt die bisherige prototypische MOSAIQUE-Datendrehscheibe.

Alle genannten Arbeiten werden 2015 fortgeführt.

2014 wurde zudem ein Prozess zur Freigabe von ÖPNV-Daten an Drittabnehmer angestoßen, die eine Nutzung von ÖPNV-Daten in externen Apps und anderen datenbasierten Anwendungen erlaubt. Im Jahr 2015 werden die Nutzungsregelungen sowie die technische Bereitstellung der Daten konkretisiert.

Mit der Inbetriebnahme des Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes musste das neue Angebot in die **Einnahmeaufteilung** des Verbundes integriert werden. Dazu waren als Basis für die Verteilungsquoten vorläufige Fahrgastzahlen für alle Tarifzonen im Bediengebiet zu schätzen, mit den betroffenen Verkehrsunternehmen und den SPNV-Aufgabenträgern abzustimmen und unterjährig nach zu justieren. Im Rahmen der Jahresrechnung werden dann die tatsächlich gezählten Fahrgäste der Verteilung zu Grunde gelegt.

Eine weitere wichtige Aufgabe war der Beginn der technischen Überarbeitung der **Tarif- und Einnahmeaufteilungsdatenbank**, die infolge der zahlreichen neuen Produkte und Verteilungsregeln der letzten Jahre sowie der über die Jahre aufgelaufenen Datenmengen in die Lage versetzt werden muss, dauerhaft eine sichere Arbeitsgrundlage darzustellen, sowohl zur Tarifversorgung aller Verkaufsgeräte als auch zur fehlerfreien und schnellen Berechnung der Einnahmeaufteilung. Hierfür ist im ersten Schritt die Datenbankhardware und im zweiten Schritt die Software zu ersetzen. Anschließend werden nötige neue Funktionen implementiert. Hierzu gehören insbesondere Schnittstellen zu den verbundweit neu eingeführten Verkaufsgeräten sowie zum entstehenden Regionalen eTicketing System. Die Arbeiten werden 2015 fortgeführt.

Die **verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2014 wesentlich am Strategieprozess MDV 2025.

Das in 2013 begonnene **Projekt Muldentaldreieck** (neues Verkehrskonzept für das Verkehrsgebiet zwischen den Städten Grimma, Colditz, Bad Lausick und Brandis) wurde 2014 weiter vorangebracht. Dabei soll beispielgebend für den ländlichen MDV-Raum aufgezeigt werden, wie durch Neustrukturierung und Neuausrichtung des öffentlichen Verkehrsangebotes breitere Zielgruppen den ÖPNV nutzen können. In den Vorhaben sollen Taktknoten entwickelt und differenzierte Bedienungsformen herausgebildet werden. So wird nach erfolgter Einrichtung von hochwertigen PlusBus-Linien der Weg der Vertaktung und Produktdifferenzierung des ÖPNV-Angebotes konsequent weiter beschritten und um das Themenfeld Feiner-schließung ergänzt.

Im Frühjahr 2014 haben die Bürgermeister der oben genannten Städte ihre Zustimmung und Mitarbeit am Projekt bekundet, so dass ab Sommer 2014 die Detailausarbeitungen beginnen konnten. Nachdem bis Jahresende 2014 die prinzipiellen Taktknoten im Regionalverkehr festgelegt wurden, sind im nächsten Schritt die Bedienhäufigkeiten (Frühjahr 2015) zu definieren.

Für die vier Städte wurden im Dezember 2014 erste Diskussionsentwürfe zu den Liniennetzen im Stadtverkehr vorgestellt, die im Frühjahr 2015 detaillierter ausgearbeitet werden.

Als schwierig für das Projekt erweist sich aktuell das neue SPNV-Konzept ab Dezember 2015 auf der Achse Leipzig – Grimma – Döbeln, das im Gegensatz zum derzeitigen Angebot keinen Knoten zwischen SPNV und allen ÖPNV-Linien am Bahnhof Grimma mehr zulässt. Alternative Lösungen dazu werden ebenfalls im Frühjahr 2015 erarbeitet.

Analog zu den Themenstellungen im Projekt Muldentaldreieck hat der MDV in enger Zusammenarbeit mit dem Burgenlandkreis und den Gemeinden Hohenmölsen, Weißenfels, Lützen und Teuchern sowie der NASA mit Fördermitteln des Landes Sachsen-Anhalt das Projekt **„Rippach-/Saaletal mobil“** gestartet. Die Idee und der Handlungsbedarf für diesen Raum wurden aus der ÖPNV-Fachexkursion 2013 abgeleitet. Gleichzeitig ergibt sich ein Handlungsdruck auf den straßengebunden ÖPNV durch die Einführung des neuen SPNV-Konzepts (STS-Netz) insbesondere auf der Achse Halle – Weißenfels – Naumburg zum Dezember 2015. Die Bearbeitung wird von externen Büros übernommen. Die Ergebnisse sollen Ende 2015 vorliegen.

Im Rahmen des **Forschungsvorhabens zur Verbesserung der Verkehrssituation in den Gemeinden (FoPS)** hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) den MDV als Projektregion ausgewählt. Ziel ist es, eine „Regionalstrategie Mobilität“ für ausgewählte Regionen im MDV-Gebiet innerhalb von zwei Jahren mit Unterstützung durch externe Gutachter untersuchen zu lassen. Dabei sollen in einer Regionalstrategie die Infrastrukturen im ländlichen Raum (ÖPNV, Bildung, Versorgung, medizinische Versorgung) auf ihre Zukunftsfestigkeit mit Blickpunkt auf das Jahr 2025 bewertet werden und Ansätze entwickelt werden, wie auch zukünftig in den ländlichen Räumen die Daseinsvorsorge der untersuchten Infrastrukturen sicher gestellt werden kann. Nach einer intensiven Analysephase wurden in 2014 Indikatoren entwickelt, die frühzeitig aufzeigen können, ob die betrachteten Infrastrukturen in ihrem Bestand im Jahr 2025 gefährdet sein könnten. Spezielle Lösungen für den ÖPNV sollen beispielhaft für den MDV-Raum untersucht und weiter entwickelt werden. Das Projekt hat eine Laufzeit bis Oktober 2015 und ist als reines Forschungsprojekt angelegt.

Im Dezember 2013 startete das **„Integriertes Netz“** aus MDSB-I und des auf Initiative der Verbundgesellschaft in den zurückliegenden Jahren entwickelten **PlusBus-Netzes**. Eine Analyse der ersten neun Monate nach Betriebsstart des PlusBus-Netzes zeigte steigenden Fahrgastzahlen in einem Raum, bei dem die Bevölkerungszahl weiter schrumpft. Über alle Linien lag der Zuwachs bei rund 3 %, bei Linien mit verbessertem Angebot sogar etwas über 10 %. Eine konkrete Auswertung zur Wirkung des MDSB-I wird durch die SPNV-Aufgabenträger erstellt. Diese beinhaltet neben der Verbundtarifnutzung auch die Fahrgastentwicklung im Haustarif.

Im Jahr 2014 wurde mit der Bearbeitung für eine Neugestaltung des **Stadtverkehrs in Markkleeberg** gestartet. Der MDV wird dazu bis Frühjahr 2015 in Abstimmung mit Landkreis, Stadt und Verkehrsunternehmen eine Konzeption erarbeiten. Dazu fand neben einer umfangreichen Bestandsaufnahme eine der größten Bürgerbefragungen statt. Es gab über 1.000 Rückmeldungen zu den Wünschen, Zielen, Anregungen zum geplanten Verkehrskonzept. Viele der Anregungen konnten in der sich darauf anschließenden Variantenentwicklung Eingang finden. Bis Dezember 2014 wurden den Auftraggebern fünf Varianten und deren Auswirkungen vorgestellt. Aus diesen fünf Varianten wird Anfang 2015 die Vorzugsvariante entwickelt, die den politischen Gremien zur Entscheidungsvorlage dienen soll.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung zwischen dem MDV und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2014 u.a. die folgenden Themen bearbeitet:

- SEV-Kontrollen und Fahrplankonferenzen
- Analyse zu zukünftigen Flächenbedarf am Busbahnhof Leipzig Hbf Ostseite
- Variantenuntersuchung für den zukünftigen ÖPNV im Raum Leipzig/GVZ
- Bestandsaufnahme Wegeleitsystem aller SPNV-Stationen im ZVNL-Gebiet.

Im Fachbereich **Öffentlichkeitsarbeit** wurden für die im Sommer 2014 neu eingeführten Tarifprodukte SchülerRegioFlat und ABO Azubi Plus Vermarktungskonzeptionen erarbeitet und umgesetzt. Zudem wurden die Servicemitarbeiter der Verkehrsunternehmen und Landratsämter im Rahmen der MDV-Trainerschulung zu beiden Produkten geschult.

Gemeinsam mit allen Verkehrsunternehmen wurde im Frühjahr abgestimmt, wie künftig mit dem Thema „Fahrplaninformationen“ umgegangen werden soll. Hintergrund dafür ist, dass die zunehmende Akzeptanz von Online- und mobilen Auskunftsdiensten den Rückgang der Auflagenhöhen bei den gedruckten Fahrplanbüchern perspektivisch weiter beschleunigen wird. In den Städten Halle und Leipzig wurde deshalb bereits auf die Herausgabe von herkömmlichen Fahrplanbüchern verzichtet. Die regionalen Verkehrsunternehmen haben sich hingegen dafür ausgesprochen, in den kommenden Jahren weiterhin Fahrplanbü-

cher anzubieten. Während dieser Zeit soll jedoch ein Konzept erarbeitet und abgestimmt werden, das die weitere Strategie dafür festlegt.

In enger Zusammenarbeit mit der Hochschule für Technik, Wirtschaft und Kultur Leipzig (HTWK) wurde die bisherige Webpräsenz des MDV auf den Prüfstand gestellt und ein Konzept für einen völlig neuen Internetauftritt erarbeitet. Die Umsetzung erfolgte vornehmlich mit MDV-internen Ressourcen. Im Januar 2015 wurde die neue Seite online gestellt.

Im Herbst gab es neue Vermarktungskampagnen für easy.GO und das im Jahr zuvor eingeführte Plus-Bus-Netz. Die easy.GO-Kampagne zielte darauf ab, easy.GO in voller Funktionalität im MDV-Gebiet zur maximalen Bekanntheit zu führen. Mit drei unterschiedlichen Motiven und einer Reihe von Medien wurde auf unterschiedliche Zielgruppen fokussiert und sowohl Vielfahrer als auch Seltennutzer und Autofahrer angesprochen. Die Auffrischkampagne zu PlusBus verfolgte das Ziel, „PlusBus“ bei vorhandenen und potenziellen Nutzern weiter zu etablieren, neu hinzugekommene PlusBus-Linien zu kommunizieren und Nutzungshemmnisse insgesamt abzubauen.

#### **Realisierung des Wirtschaftsplans 2014**

Der Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2014 wurde auf der Gesellschafterversammlung am 5. Dezember 2013 beschlossen. Darin wurde der durch die Gesellschafter entsprechend § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages in 2014 **zu zahlende Zuschuss** erstmals seit 2006 um 2,5 % auf **2.231,0 T€** angehoben. Dies entsprach einem Anstieg der durch die Gesellschafter zu finanzierenden Zuschüsse von 54 T€ und damit 540 € je Prozent Gesellschafteranteil. Zusätzlich enthielt der Wirtschaftsplan mit TEUR 51 einen Übertrag von Betriebskostenzuschüssen der Vorjahre. In der Gesellschafterversammlung am 17. Juli 2014 wurde außerdem beschlossen, die übrigen nicht verbrauchten Mitteln des Jahres 2013 (TEUR 114) ins Jahr 2014 zu übertragen. Neben den Betriebskostenzuschüssen der Gesellschafter erfolgte die Finanzierung des Betriebsaufwandes der Gesellschaft durch Fördermittel des Freistaates Sachsen, des Landes Sachsen-Anhalt und des Bundes sowie des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL). Weitere Erträge wurden aus der Realisierung der Kooperationsvereinbarungen mit verschiedenen Verbundunternehmen, dem ZVNL und der Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement sowie aus dem Verkauf der Fahrplanhefte 2014/2015 entsprechend den mit den Verkehrsunternehmen des Verbundes geschlossenen Verträgen erzielt. Hinzu kommen Erlöse aus Beteiligungen der regionalen Partner am Strategieprojekt Muldentaldreieck und Erträge aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil der Verkehrsunternehmen.

Insgesamt betrachtet standen den Aufwendungen von TEUR 3.374 Erträge einschließlich ertragswirksam vereinnahmter Fördermittel von TEUR 1.146 gegenüber. Die von den Gesellschaftern gezahlten und aus den Vorjahren übertragenen Zuschüsse von TEUR 2.396 mussten daher nur in Höhe von TEUR 2.228 in Anspruch genommen werden, um ein ausgeglichenes Ergebnis zu erzielen. Der nicht verbrauchte Zuschussbetrag von TEUR 168 wurde passiviert.

Die Gesellschafterversammlung hat bereits am 4. Dezember 2014 beschlossen, 2014 nicht verbrauchte Mittel (TEUR 114) nach 2015 zu übertragen. Über die Verwendung der nicht verbrauchten, nicht übertragenen Zuschüsse in Höhe von TEUR 54 werden die Gesellschafter entscheiden. Die Geschäftsführung empfiehlt, diese für zusätzliche Maßnahmen im Rahmen des Strategieprozesses nach 2015 zu übertragen.

Von Mitteln aus dem projektbezogenen Erfolgsanteil von TEUR 271 wurden 2014 TEUR 237 verbraucht, da sich Maßnahmen nach 2015 verschoben haben. Der Restbetrag von TEUR 34 wurde passiviert. Er soll im Jahr 2015 zur Fertigstellung der begonnenen Vorhaben als Eigenmittel eingesetzt werden. Der Übertrag von TEUR 34 betrifft im Wesentlichen laufende easy.GO-Aufwendungen (TEUR 17) sowie die Kooperationsvereinbarung Verkehrsmanagement (TEUR 10), für die in den Projektleitungskreisen bereits die Übertragung der entsprechenden Mittel der Partner auf das Folgejahr beschlossen wurde.

Die Bilanzsumme von TEUR 1.760 ist gegenüber dem Vorjahr (TEUR 1.331) um 32 % gestiegen. Dies begründet sich im Wesentlichen aus dem Anstieg des Anlagevermögens auf der Aktivseite aufgrund der geleisteten Anzahlungen im EFRE-Projekt sowie entsprechender Erhöhung des Sonderpostens für Investitionszuschüsse auf der Passivseite.

Der MDV verfügt über eine mittelfristige Planung, die zurzeit bis 2019 reicht. Der darin eingebundene Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2015 wurde von der Gesellschafterversammlung am 4. Dezember 2014 beschlossen.

Die Planung ab 2015 enthält zusätzliche Mittel der Gesellschafter, um die in den vergangenen Jahren unterdurchschnittliche Gehaltsentwicklung der Mitarbeiter aufzuheben, die angesichts des eintretenden Fachkräftemangels ein Risiko für die Personalentwicklung des Unternehmens darstellte.

#### **Ausblick auf 2015 und 2016**

Die Aufgaben der nächsten Jahre werden wesentlich durch die Ergebnisse des **Strategieprozesses** bestimmt sein. Nach der Beschlussfassung der Gesellschafter zum konkreten Umsetzungsprogramm im 1.

Halbjahr 2015 werden diese Themen im Mittelpunkt der weiteren Arbeit der Verbundgesellschaft stehen. Gleichzeitig werden die Projekte fortgeführt, die bereits heute die Zielstellungen der Strategie MDV 2025 umsetzen.

Somit sind die **tariflichen Themen** für das Jahr 2015 vielfach aus dem Strategieprozess abgeleitet. Hierzu gehört die eine vertiefte empirische Arbeit zur Abbildung von Zielgruppen. Eine wesentliche Zielgruppe, die Gelegenheitskunden, soll ab 2015 verstärkt in den Focus gerückt werden. Ein erster Schritt dafür ist das pilothafte Testendes neuen ABO Flex in Leipzig.

Zum Abbau von Hemmnissen bei verbundübergreifenden Fahrten soll für die Sommerferien 2015 das Ferienticket Sachsen eingeführt werden, mit dem junge Leute in allen sächsischen Verbänden öffentliche Nahverkehrsmittel mit einem Ticket nutzen können.

Für die erste Jahreshälfte 2015 ist das Release **easy.GO 4.3** vorgesehen. Die Kommunikation wird über verschiedene social media-Kanäle, Newsletter und Pressemitteilungen erfolgen. Um den Bekanntheitsgrad von easy.GO weiter zu steigern, die App zu stärken und neue Nutzer hinzuzugewinnen sind im laufenden Jahr 2015 weitere Marketingmaßnahmen geplant, die an die erfolgreichen Maßnahmen 2014 anknüpfen sollen.

Auch im Bereich **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** werden 2015 mehrere zusätzliche Projekte unter dem Fokus der Umsetzung von Themen aus dem MDV-Strategieprozess stehen. Zu nennen ist hier beispielgebend die federführend durch den ZVNL realisierte Umsetzung der MDV-Haltestellenkonzeption im sächsischen Teil des Verbundgebietes im Rahmen des Gesamtprojekts „Nutzeroberfläche“. Außerdem wird eine Konzeption zur Bedienung von social-media-Kanälen erarbeitet und die gebündelte Kommunikation aller im Dezember eintretender Netz- und Fahrplanveränderungen (MDSB I und II, Betriebsaufnahme Abellio Rail Mitteldeutschland, Anpassungen im Busverkehr usw.) vorbereitet. Entsprechend des Arbeitsstandes im Projekt „Muldentaldreieck“ werden zu passender Zeit Kommunikationsthemen erarbeitet und umgesetzt.

Ebenfalls aus der Strategie und den Fachexkursionen abgeleitet hat der Fachbereich Verkehrsplanung in enger Abstimmung mit dem Landkreis Altenburger Land und der THÜSAC einen Projektantrag „**Schmölln macht mobil**“ an das Land Thüringen gestellt. Auch hier soll der Verkehr analog „Muldentaldreieck“ und „Rippach-/Saaletal mobil“ neu aufgestellt werden und dem ÖPNV neue Nutzergruppen zugeführt werden. Eine Projektbewilligung wird für Frühjahr 2015 erwartet.

Für das Wirtschaftsjahr 2015 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichenen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

### **Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung**

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung als gering eingestuft, da die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt wird. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Langfristig ist zu klären, wie der Ersatz des ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2019 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende liquide Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungskurschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch trat im Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung in Kraft.

Halle (Saale), den 13. Mai 2015

# Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH

## Beteiligungsübersicht

Flugplatz  
04603 Nobitz

Tel. 03447-5900  
Fax 03447-590199  
Email info@leipzig-altenburg-airport.de  
Internet

Gründungsdatum 27.01.1992  
Rechtsform GmbH

## Gesellschafter / Stammkapital

Stammkapital		51.129,19
Gesellschafter	Anteil (%)	Anteil
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH	3,0000 %	1.533,87

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Errichtung und der eigenverantwortliche Betrieb des Leipzig-Altenburg Airport zur Verbesserung der wirtschaftsnahen Infrastruktur.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	
Darlehen	in €
Unternehmen an den Landkreis	
Landkreis an das Unternehmen	

## Lagebericht 2014

### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

#### **1. Geschäftsverlauf**

Das Geschäftsjahr 2014 war geprägt von der Neuausrichtung der Gesellschaft ab 12.11.2014. Die Gesellschafter und der neu gewählte Aufsichtsrat der Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH vertreten gemeinsam die Auffassung, dass die Gesellschaft damit in die Lage versetzt werden kann, durch einen rigorosen Konsolidierungsprozess den Flugbetrieb sowie anhängige weitere Geschäftsfelder weiter betreiben zu können. Die registrierten Flugbewegungen zeigten, dass der Bedarf einer Kontrollzone D mit Fluglotsen für gewerbliche Luftfahrzeuge größer 14 Tonnen z.Z. viel zu gering ist, sodass ein Festhalten an der bestehenden Konstellation unter Beachtung des Kosten- Nutzen-Verhältnisses nicht sinnvoll ist und zunächst nicht weiter verfolgt werden soll.

Daneben ist die Gesellschaft gemeinsam mit dem Freistaat Thüringen aktiv bei der Vermarktung des Flugplatzes sowie der unmittelbar angrenzenden Industrie- und Gewerbeflächen.

## 2. Wirtschaftliche Lage

### 2.1. Vermögens- und Finanzlage

Das bilanzielle Gesamtvermögen hat sich im Geschäftsjahr 2014 um TEUR 786 auf TEUR 3.899 verringert. Der Anteil des Anlagevermögens am Gesamtvermögen lag bei 95,4 % (Vorjahr: 98,4 %), der Anteil des Umlaufvermögens am Gesamtvermögen bei 4,6 % (Vorjahr: 1,6 %).

Anhand der nachfolgenden Kapitalflussrechnung wird die finanzielle Entwicklung dargestellt. Aus ihr ist erkennbar, wie die von der Gesellschaft erwirtschafteten und die von außen zugeflossenen Finanzierungsmittel im Berichtszeitraum verwendet wurden:

	<u>2014</u> TEUR	<u>2013</u> TEUR
Mittelzufluss/-abfluss aus		
laufender Geschäftstätigkeit	-417	-481
Investitionstätigkeit	+95	+37
Finanzierungstätigkeit	+442	+407
Finanzmittelfonds am Ende der Periode	121	1

Die Gesellschaft erwirtschaftete im Geschäftsjahr 2014 einen Jahresfehlbetrag in Höhe von TEUR 416. Zuschüsse der Gesellschafter sind unter der Finanzierungstätigkeit erfasst. Diese betragen im Berichtsjahr TEUR 370 (Vj. TEUR 174).

Im Geschäftsjahr 2014 wurden keine Investitionen in das Anlagevermögen (+ TEUR 12) vorgenommen. Aus dem Verkauf von nicht mehr benötigten Gegenständen des Anlagevermögens sind TEUR 95 der Gesellschaft zugeflossen.

### 2.2. Ertragslage

Die Ertragslage stellt sich tabellarisch wie folgt dar:

	<u>2014</u> TEUR	<u>2013</u> TEUR	Ergebnis- ver- änderung TEUR
Betriebsleistung	1.455	1.345	+110
Aufwendungen für die Betriebsleistung	<u>-1.886</u>	<u>2.075</u>	<u>+189</u>
Betriebsergebnis	-431	-730	+299
Zinsergebnis	-29	-24	-5
Ordentliches Unternehmensergebnis	<u>-460</u>	<u>-754</u>	<u>+294</u>
Jahresfehlbetrag	<u>-416</u>	<u>-724</u>	<u>+308</u>

Die Betriebsleistung umfasst die Umsatzerlöse und die sonstigen betrieblichen Erträge, soweit nicht periodenfremd. Die Umsatzerlöse stiegen im Geschäftsjahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 21 auf TEUR 195.

Der Anstieg der Erlöse resultiert im Wesentlichen aus dem Anstieg der Flugplatzgebühren (+ TEUR 18) sowie der Mieterlöse.

Die sonstigen betrieblichen Erträge betrugen im Geschäftsjahr 2014 TEUR 1.402 und liegen damit über dem Vorjahr (+TEUR 178). Dies resultiert im Wesentlichen aus den höheren Ertragszuschüssen der Gesellschafter (+ TEUR 196), dem Verkauf von Anlagevermögen (+TEUR 56) und der Auflösung von Rückstellungen (+TEUR 42). Gegenläufig wirkten die Erstattung der Flugsicherungskosten (- TEUR 52) und der Wegfall der Auflösung des SWA Vertrages (- TEUR 50).

Der Materialaufwand sank im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 56 auf TEUR 360 wegen gesunkener Aufwendungen für Fremdleistungen (-TEUR 32) und gesunkener Aufwendungen für Roh- Hilfs- und Betriebsstoffe (-TEUR 24).

Der Personalaufwand sank um insgesamt TEUR 19 auf TEUR 366. Die Abschreibungen sanken um 15 TEUR auf TEUR 902.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen in Höhe von TEUR 326 sanken im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 40.

### 2.3. Nachtragsbericht

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag, die eine deutlich andere Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erforderlich machen würden, haben sich nicht ergeben.

### **3. Risikobericht**

Wir haben im Geschäftsjahr 2014 regelmäßig systematische und vollständige Risikoerhebungen vorgenommen. Im Rahmen der Berichterstattung wurden alle wesentlichen Risiken dokumentiert und nach Schadenshöhe und Eintrittswahrscheinlichkeit bewertet. Ergänzend wurden Gegensteuerungsmaßnahmen zur Vermeidung bzw. Verminderung der Risiken eingeleitet.

In die Prozesse unseres Risikomanagementsystems ist die Geschäftsleitung durch regelmäßige Berichterstattung eingebunden. Die monatliche Analyse der Gewinn- und Verlustrechnung ist dabei zu einem entscheidenden Instrument für Geschäftsleitung, Aufsichtsrat und Gesellschafter geworden. Auf der Grundlage des Wirtschaftsplanes wurden die Abweichungen ausgewertet.

Risiken für die zukünftige Entwicklung der Gesellschaft, die einen wesentlichen Einfluss auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage haben können, sehen wir insbesondere in der Bereitstellung von Gesellschafterzuschüssen, da die Gesellschaft derzeit noch nicht in der Lage ist, aus der operativen Tätigkeit positive Ergebnisse zu erwirtschaften. Der Fortbestand des Unternehmens ist insofern bis auf weiteres wesentlich von Zuschüssen der Gesellschafter zum Verlustausgleich der operativen Tätigkeit abhängig.

Die Europäische Kommission hatte ein Untersuchungsverfahren eingeleitet mit dem Ziel der Überprüfung, ob die zwischen den Behörden und dem Flughafen Altenburg-Nobitz getroffenen Finanzierungsvereinbarungen sowie die zwischen dem Flughafen und den sie anfliegenden Luftfahrtgesellschaften geschlossenen Preisnachlass- und Marketingvereinbarungen den EU-Beihilfavorschriften entsprechen.

Die EU-Kommission hat am 15. Oktober 2014 ihre Entscheidung zum Beihilfverfahren in einem Beschluss mitgeteilt. Wichtig in diesem Beschluss ist, dass gewährte Beihilfen an die FAN GmbH als zulässig angesehen werden und somit nicht zurückgezahlt werden müssen.

Weiterhin wird festgestellt, dass gezahlte Marketingzuschüsse in Höhe von 318.569,00 € nebst Zinsen an Ryanair/AMS mit dem Binnenmarkt unvereinbar sind und zurück gefordert werden müssen.

Dazu sind die entsprechenden Schritte zur Rückforderung eingeleitet. Das Rückforderungsverfahren wird von der Bundesrepublik Deutschland betrieben. Es ist aber davon auszugehen, dass Ryanair/AMS dagegen Rechtsmittel einlegen wird und somit der Zeitraum der Rückzahlung derzeit nicht bestimmt werden kann. Sollte Deutschland jedoch obsiegen, könnten 318.569,00 € nebst Zinsen, die mittlerweile auf einem Notar-Anderkonto lagern, an die FAN GmbH zurück fließen. Damit wäre die Gesellschaft in der Lage, einen wesentlichen Teil ihrer Verbindlichkeiten zu tilgen.

Der Freistaat Thüringen hat den Zuwendungsbescheid des Thüringer Landesverwaltungsamt über Fördermittel für Investitionen vom 17. Februar 2008 sowie vom 18. August 2009 widerrufen. Dagegen ist die Gesellschaft in Widerspruch gegangen. Der mündliche Verhandlungstermin vor dem Verwaltungsgericht Gera am 17. Juli 2014 führte zu einem Vergleich. Das Gericht bejaht wichtige Verstöße gegen das Vergaberecht und äußert Zweifel an der ordnungsgemäßen Ermessensausübung.

Die Rückforderungssummen werden auf 5 % des Auftragswertes, also auf TEUR 109 festgesetzt. Zusätzlich fallen Zinsen in Höhe von TEUR 31 an. Nach unserer Rechtsauffassung sind in voller Höhe werthaltige Ersatzansprüche Dritten gegenüber durchsetzbar, zu deren Realisierung sind Rechtsmittel eingelegt.

Zur Wahrung des Vorsichtsprinzips sind TEUR 34 ergebniswirksam in die Rückstellungen des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr 2013 eingestellt worden. Es gibt ein Einverständnis mit dem Freistaat Thüringen dahingehend, dass durch den o.g. Rechtsstreit die Flugplatz Altenburg-Nobitz GmbH liquiditätsmäßig nicht in Bedrängnis gebracht werden soll. Einem entsprechenden Stundungsantrag beim Thüringer Landesverwaltungsamt wurde zinsfrei bis 30.09.2015 stattgegeben.

### **4. Ausblick sowie Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung**

Mit Datum vom 27.10.2014 hat die Gesellschaft das so genannte RMZ Anflugverfahren (Radio Mandatory Zone) beantragt. Damit soll sichergestellt werden, dass nach Aufgabe der Kontrollzone D in Altenburg die Landung von Flugzeugen bis 14t weiterhin möglich ist. Flugzeuge größer 14t können mit einer Ausnahmegenehmigung der Luftfahrtbehörde auch weiterhin den Flugplatz anfliegen. Bundesweit ist seit 02.04.2015 die neue Luftraumstruktur in Kraft getreten. Dem Antrag auf Umwandlung in RMZ wurde statt gegeben. Damit kann ab diesem Zeitraum das An- und Abflugverfahren in der neuen Luftraumstruktur abwickelt werden. Die damit einhergehenden Kontrollverfahren werden von Mitarbeitern der FAN GmbH durchgeführt.

Für den Volkswagenkonzern und seine wichtigsten Zulieferer bleibt der Flugplatz somit weiterhin nutzbar. Sowohl die Volkswagen AG als auch die großen Zulieferer wickeln teilweise ihren Werksflugverkehr über den Flugplatz ab.

Für die Region stellt der Flugplatz Altenburg-Nobitz ein Infrastrukturobjekt zur Förderung der regionalen Wirtschaft dar. Die Gesellschafter arbeiten weiter an dem Verkauf der Geschäftsanteile der Flugplatz-GmbH, die diese selbst hält (32 % eigene Anteile).

Über den eigentlichen Geschäftszweck hinaus werden die energiepolitischen Ziele des Landkreises durch den Betrieb von zurzeit zwei Photovoltaik-Anlagen unterstützt. Damit verbunden sind wesentliche Einnahmen zur Eigenfinanzierung der Gesellschaft.

Mit der Neuausrichtung der Gesellschaft ab 12.11.2014 wurden umfangreiche Prüfungsmaßnahmen durchgeführt, die dazu dienen, unbekannte Risiken aufzudecken, aufzulisten, zu bewerten und geeignete Gegenmaßnahmen einzuleiten. Dieser Prozess war Mitte Dezember abgeschlossen.

Durch den Vertrag vom 12. Dezember 2013 über die Erstattung von Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Leistungen zur Durchführung von Flugplatzkontrolldiensten mit dem Freistaat Thüringen war die Übernahme dieser Kosten befristet für die Jahre 2014 und 2015 geregelt. Die Kostenübernahme für 2015 ist an die Erfüllung von Meilensteinen geknüpft, die spätestens am 31.12.2014 hätten erfüllt sein müssen. Durch die Nichterreichung dieser Meilensteine für das Jahr 2014 wurde der Vertrag mit The Tower Company (TTC) außerordentlich am 30. September 2014 zum 31. Dezember 2014 gekündigt.

In Zusammenarbeit mit dem Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur, dem Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr, Referat Luftverkehr als auch dem Anbieter der Flugplatzkontrolldienste (TTC) ist es gelungen, einen nahtlosen Übergang von der Kontrollzone D (mit Fluglotsen) in die RMZ-Kontrollzone (Radio Mandatory Zone) zu gewährleisten.

Der Wirtschaftsplan sieht für das Geschäftsjahr 2015 Nachschüsse im Sinne des § 24 des alten Gesellschaftsvertrags in Höhe von TEUR 370 vor.

Zur Sicherstellung der mittelfristigen Finanzplanung ist die Gesellschaft von weiteren Nachschüssen im Sinne des § 18 des neuen Gesellschaftsvertrags und weiteren nicht rückzahlbaren freiwilligen Zuschüssen der Gesellschafter, derzeit TEUR 370, abhängig. Diese Zuschüsse sind notwendig, die vorhandenen Verbindlichkeiten der Gesellschaft abzutragen.

Der Betrieb des Flugplatzes ist weiterhin stark abhängig von politischen Entscheidungen.

Die Gesellschaft rechnet unter Berücksichtigung der Gesellschafterzuschüsse mit ausreichenden Liquiditätszuflüssen für die Geschäftsjahre 2015 bis 2018, die nachhaltig zur Tilgung sämtlicher Verbindlichkeiten geeignet sind.

Zur Sicherstellung der Liquidität hat die FAN GmbH ein Gesellschafterdarlehen in Höhe von TEUR 200 tilgungsfrei für das Wirtschaftsjahr 2015 erhalten.

Durch Intensivierung der Gespräche mit der LEG Thüringen werden aktuell Abstimmungen zur besseren Vermarktung der am Flughafen befindlichen Gewerbeflächen geführt. Ziel ist die langfristige Verbesserung der Einnahmen der FAN GmbH.

Aufbauend auf die zwischenzeitlich erreichten Fortschritte bei der Neuausrichtung der FAN GmbH und weiterer politischer Unterstützung des Flughafens als wichtiges Infrastrukturobjekt kann die Gesellschaft in den Folgejahren wirtschaftlich erfolgreich am Markt agieren, wobei die finanzielle Unterstützung durch die Gesellschafter weiterhin erforderlich ist.

Sollten die Umstellung der Kontrollzone auf RMZ sowie die weiteren eingeleiteten Maßnahmen (Kostenreduzierung, Einnahmesteigerungen, flugafine Ansiedlungen) nicht die geplanten Ergebnisse erbringen und besteht über die zugesicherten Betriebskostenzuschüsse hinaus noch ein weiterer Finanzbedarf, welcher künftig nicht mehr gedeckt werden kann, ist zur Vermeidung einer Insolvenz die Umwandlung des Flughafens zu einer Immobilienverwaltung mit Landebahn vorgesehen. Das bedeutet, das RMZ- Anflugverfahren wird aufgegeben mit der Folge, dass nur noch Flugverkehr im Sichtflugverfahren möglich ist (Luftraum G).

Die Einnahmen aus eigenem Vermögen sowie in geringerem Umfang Einnahmen aus dem Flugbetrieb reichen aus, den Flugplatz im Sichtflugverfahren weiter zu betreiben. Hierbei bilden die luftfahrtunabhängigen Einnahmen aus Vermietung und Verpachtung die Haupteinnahmen und die Kostenseite wird den Einnahmen angepasst, so dass ein Fortbestand der Gesellschaft auch in diesem Modell gesichert ist.

Altenburg, den 7. April 2015

Dr. Frank Hartmann  
Geschäftsführer



## **Einzeldarstellung der Zweckverbände sowie deren Beteiligungsberichte**

- 1. Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)**
- 2. Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen  
Beteiligungsbericht für die Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH**
- 3. Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen**
- 4. Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig  
Beteiligungsbericht für die Mitteldeutsch Verkehrsverbund GmbH**
- 5. Kulturraum Leipziger Raum**
- 6. Regionaler Planungsverband Westsachsen**
- 7. Kommunaler Sozialverband Sachsen**
- 8. Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig**
- 9. Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)**
- 10. Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig**

# **Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (LK Mittelsachsen)**

## Beteiligungsübersicht

Heinrich-Zille-Straße 3  
04668 Grimma

Tel. 03437 / 933 0  
Fax 03437 / 933 111  
Email RZV\_DLLMLTL@t-online.de  
Internet

Gründungsdatum 08.12.1995

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband ist Träger des Rettungsdienstes in seinem Zweckverbandsgebiet. Er hat insbesondere die Aufgaben

- eine bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit der Leistung der Notfallrettung und des Krankentransportes sicherzustellen;
- auf der Grundlage des Landesrettungsdienstplanes einen Bereichsplan aufzustellen;
- den Bereichsrat für den Rettungsdienst zu bestellen und in grundsätzlichen Angelegenheiten anzuhören;
- die gemeinsame Leitstelle der Feuerwehr und des Rettungsdienstes nach § 3 Abs. 2 Buchstabe b) des Gesetzes über den Brandschutz und die Hilfeleistung der Feuerwehren bei Unglücksfällen und Notständen im Freistaat Sachsen und § 9 Abs. 1 des Gesetzes über Rettungsdienst, Notfallrettung und Krankentransport für den Freistaat Sachsen vom 04. Juli 1994 zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben;
- Gebühren für die Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport und die Inanspruchnahme der Dienste der Rettungsleitstelle auf Grund einer Satzung festzusetzen.

Weiterhin nimmt der Zweckverband für seine Verbandsmitglieder folgende Aufgaben wahr:

- er übt die Funkaufsicht gegenüber allen Teilnehmern im BOS-Funk aus und ist Antragsteller zur Erteilung von Funkgenehmigungen;
- er ist Kommunikationsstelle für Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben seiner Verbandsmitglieder;
- er übt die Aufsicht über die Vertragsdurchführung der Leistungserbringer im Rettungsdienst aus.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	609.125,85
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

## Lagebericht 2014

### **Wesentliche Sachverhalte aus dem Lagebericht zum Berichtsjahr und dem darauf folgenden Geschäftsjahr einschließlich Risiken der künftigen Entwicklung**

#### **I. Allgemeines**

Die ehemaligen Landkreise Döbeln, Leipziger Land und Muldentalkreis haben auf der Grundlage des Gesetzes über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) die Aufgaben nach dem Sächsischen Gesetz über den Brandschutz, Rettungsdienst und Katastrophenschutz (SächsBRKG) und auf der Grundlage der Verordnung über Rettungsdienstbereiche und gemeinsame Leitstellen der Feuerwehr und des Rettungsdienstes (LeitStVO) auf einen gemeinsamen Rettungszweckverband übertragen.

Der Rettungszweckverband wurde auf der Grundlage der Beschlüsse der Kreistage

- Leipziger Land vom 17. Mai 1995,
- Döbeln vom 29. Mai 1995,
- Muldentalkreis vom 8. Juni 1995

am 8. Dezember 1995 durch das Regierungspräsidium genehmigt und öffentlich bekannt gemacht. Die Geschäftstätigkeit des Rettungszweckverbandes begann durch Beschluss der Verbandsversammlung am 1. Januar 1996. Durch Kreisgebietsreform fusionierten die ehemaligen Landkreise Leipziger Land und Muldentalkreis ab 1. August 2008 zum Landkreis Leipzig. Der Landkreis Döbeln verband sich mit den Landkreisen Mittweida und Freiberg zum Landkreis Mittelsachsen. Infolgedessen wurde der Rettungszweckverband durch Beschluss der Verbandsversammlung am 3. November 2008 umbenannt in „Rettungszweckverband der Versorgungsbereiche Landkreis Leipzig und Region Döbeln (Landkreis Mittelsachsen)“.

Der Rettungszweckverband umfasst das Gebiet des ehemaligen Landkreises Döbeln und des Landkreises Leipzig mit einer Fläche von 2.041,35 km<sup>2</sup> mit 322.397 Einwohnern (Stand 31. Dezember 2013).

Der Rettungszweckverband als Träger des Rettungsdienstes und verantwortlicher Betreiber der integrierten Leitstelle für Rettungsdienst und Brandschutz hat als wesentliche Grundaufgaben die bedarfsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes sowie die Alarmierung in Brandfällen zu sichern und diese in der Satzung des Rettungszweckverbandes festgeschriebenen Aufgaben quantitativ und qualitativ hochwertig zu erfüllen.

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben im Bereich der Notfallrettung und des Krankentransportes schloss der Rettungszweckverband im Ergebnis eines Vergabeverfahrens nach § 31 SächsBRKG i. g. F. ab 1. Januar 2014 für die Dauer von zunächst 5 Jahren mit Verlängerungsoption für zwei weitere Jahre mit nachfolgenden Leistungserbringern des Rettungsdienstes und Krankentransportes öffentlich-rechtliche Verträge ab:

- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Döbeln–Hainichen e. V., Hainichen (Los 1)
- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst, Krankentransport und Hilfsdienste im Muldental GmbH, Grimma (Lose 2, 3)
- Deutsches Rotes Kreuz Kreisverband Geithain e. V., Geithain (Los 4)
- Deutsches Rotes Kreuz Rettungsdienst und Krankentransport Leipzig und Umland gGmbH, Zwenkau (Lose 5, 6)

#### **II. Grundlage der Wirtschaftsführung**

Auf den Zweckverband finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften gemäß § 58 Abs. 2 des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) unmittelbare Anwendung.

Grundlage der Wirtschaftsführung eines Wirtschaftsjahres ist die erlassene Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan.

Die Verbandsversammlung beschloss in ihrer am 2. September 2013 stattgefundenen 40. Beratung über die Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014. Der Bescheid zur Genehmigung der Haushaltssatzung mit Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2014 wurde am 29. Oktober 2013 durch die Landesdirektion Sachsen erteilt. Der in der Haushaltssatzung vorgesehene Gesamtbetrag der Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen in Höhe von EUR 500.000,00 sowie die

vorgesehenen Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von EUR 371.795,00 wurden gleichzeitig genehmigt.

Soweit die sonstigen Einnahmen des Zweckverbandes aus Entgelten und Gebühren zur Deckung seines Finanzbedarfes nicht ausreichen, ist gemäß § 13 der Verbandssatzung von den Zweckverbandsmitgliedern eine Umlage zu erheben. Diese wird mit der Haushaltssatzung - getrennt für die Ausgaben des Erfolgs- und Vermögensplanes – festgesetzt. Für das Wirtschaftsjahr 2014 wurden folgende Verbandsumlagen veranschlagt:

	EUR
Erfolgsplan	762.734,00
Liquiditätsplan	0,00
Gesamt:	762.734,00
davon entfielen auf den Landkreis	
Mittelsachsen, Region Döbeln	153.608,15
Leipzig	609.125,85

Die nach § 32 SächsBRKG geführten Entgeltverhandlungen des Rettungszweckverbandes mit den Sozialleistungsträgern legten für das Wirtschaftsjahr 2014 nachstehende Entgelte und Gebühren nach §§ 10 ff. SächsKAG fest:

	Entgelte/Gebühren – IST -
Gebühr Rettungstransportwagen	285,50 EUR/Einsatz
Gebühr Notarzteinsatzfahrzeug	106,10 EUR/Einsatz
Gebühr Krankentransportwagen	103,00 EUR/Einsatz
	zzgl. 2,90 EUR/km ab Besetzt - km 151

Der jeweilige Entgelt-/Gebührensatz enthält Erstattungsanteile für die Inanspruchnahme der Dienste der Leitstelle.

Im Wirtschaftsjahr 2014 wurden folgende Einsätze entgelt-/gebührenrelevant abgerechnet:

	Einsätze – Ist –
Krankentransporte	27.061 Einsätze = EUR 2.795.971,40
Rettungswageneinsätze	31.300 Einsätze = EUR 8.936.150,00
Notarzteinsätze	19.187 Einsätze = EUR 2.035.740,70

### III. Geschäftsverlauf

#### Grundstücke und grundstücksgleiche Rechte mit Bauten

Der Rettungszweckverband verfügt über bewegliches Anlagevermögen, welches seit Beginn der Geschäftstätigkeit am 1. Januar 1996 angeschafft wurde. Dieses wurde ergänzt um weiteres bewegliches Anlagevermögen aus Übertragungen von den am Rettungszweckverband beteiligten Landkreisen.

Der gesamte bewegliche Anlagenbestand ist in einem automatisierten Anlagenbuchhaltungsprogramm gemäß § 12 SächsEigBG erfasst und wird regelgerecht abgeschrieben.

Der Rettungszweckverband verfügt über festen Anlagenbestand.

Dazu gehören

- ein Grundstück mit einer Fläche von 11.112 m<sup>2</sup> in Deditz, welches mit einer MASTER-DAU-Anlage bebaut ist;
- Grund und Boden mit Gebäudebestand in 04668 Grimma, Heinrich-Zille-Straße 3, welcher mit dem Verwaltungsgebäude des Rettungszweckverbandes mit Leitstelle und Rettungswache Grimma bebaut ist im Rahmen von Erbpacht;
- ein Grundstück in 04808 Wurzen, Kleegasse 1, welches mit der Rettungswache Wurzen bebaut ist im Rahmen von Erbpacht sowie
- ein Gebäude in 04420 Markranstädt, Teichweg 14, welches als Rettungswache in Form eines Containerbaus betrieben wird.

#### Betriebs- und Geschäftsausstattungen / Investitionen

Investitionsschwerpunkt im Wirtschaftsjahr 2014 war die rettungsdienstliche Anteilsfinanzierung (Sonderposten für geleistete Investitionszuwendungen) an der Errichtung der Integrierten Regionalleitstelle Leipzig (IRLS Leipzig) im Wert von EUR 662.277,54 sowie notwendig gewordene Ersatzbeschaffungen medizinischer Ausrüstungen und Ausstattungen im Wert von EUR 37.163,59.

Darüber hinaus wurden im Wirtschaftsjahr 2014 umgesetzt:

- Immaterielle Vermögensgegenstände im Wert von EUR 8.317,64
- Ersatzbeschaffung Funkausstattungen im Wert von EUR 1.511,40
- Zusatzbeschaffung von Dokumentationsanlagen für die Leitstelle im Wert von EUR 3.253,70
- Vermögensgegenstände von geringem Wert in Höhe von EUR 28.692,42.

Bauvorhaben wurden nicht geplant und durchgeführt.

## Eigenkapital

Das Eigenkapital entwickelte sich wie folgt:

	Stand 31.12.2013 in EUR	Zugänge/ Einstellungen in EUR	Umbuchungen in EUR	Stand 31.12.2014 in EUR
Kapitalrücklagen	43.459,81	0,00	0,00	43.459,81
<i>Gewinnrücklagen</i>	1.548.166,90	0,00	0,00	1.548.166,90
<i>Verlustvortrag</i>	- 673.253,11	0,00	365.897,93	-307.355,18
Jahresüberschuss	365.897,93	541.095,30	-365.897,93	541.095,30
Summen	1.284.271,53	541.095,30	0,00	1.825.366,83

Das Wirtschaftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss von EUR 541.095,30.

Der Jahresüberschuss 2014 entfällt in Höhe von EUR 497.348,57 auf die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ und in Höhe von EUR 43.746,73 auf die Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“.

Der Jahresüberschuss resultiert insbesondere im Bereich der Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ aus Personalkosteneinsparungen (TEUR 12), geringeren Abschreibungen in Abhängigkeit zum im Jahr 2014 erreichten Bautenstand der IRLS Leipzig (TEUR 152) sowie geplanten Mehrerlösen zur Deckung der vorgetragenen Vorjahresverluste aus dem Jahr 2012 (TEUR 312).

Der Jahresüberschuss der Sparte „Rettungsdienst“ in Höhe von EUR 497.348,57 deckt einerseits planmäßig den Verlustvortrag des Jahres 2012 in Höhe von EUR 311.572,04 und fließt andererseits mit EUR 185.766,53 in die Entgeltnachkalkulationen der Jahre 2015 und 2016 ein.

In der Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ resultieren die Überschüsse aus Personalkosteneinsparungen (TEUR 30) und verringerten sonstigen betrieblichen Aufwendungen (TEUR 16). Der Jahresüberschuss 2014 der Sparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“ in Höhe von EUR 43.746,73 ist auf neue Rechnung vorzutragen, um in den Jahren 2015/2016 die Digitalfunkausstattung der Fahrzeuge „Schnell-Einsatzgruppen“ und „ORGL-Organisatorische Leiter Rettungsdienst“ realisieren zu können.

## Umsatzerlöse und Leistungsentgelte

Im Bereich Rettungsdienst wurden im Wirtschaftsjahr 2014 Umsatzerlöse in Höhe von EUR 13.786.600,54 (2013: EUR 13.290.762,00) erzielt. Umsatzerlöse aus sonstigen Dienstleistungen des Zweckverbandes wurden in Höhe von EUR 11.720,00 (2013: EUR 11.530,00) aus dem Betrieb der auf die Rettungsleitstelle aufgeschalteten Brandmeldeanlagen erzielt.

Leistungsentgelte an Leistungserbringer wurden in Höhe von EUR 10.020.332,99 (2013: EUR 9.814.206,86) gezahlt. In den Leistungsentgelten ist eine Nachzahlung an den Arbeiter-Samariter-Bund Regionalverband Leipzig e. V., Leipzig, in Höhe von EUR 51.538,48 für nachträglich durch die Sozialleistungsträger anerkannte rettungsdienstliche personelle Aufwendungen der Vorjahre im Ergebnis durchgeführter Verhandlungen zwischen Sozialleistungsträgern und Leistungserbringer nach § 32 Sächs-BRKG enthalten.

## Lage des Zweckverbandes

Das Wirtschaftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss von EUR 541.095,30.

Im Ergebnis der Kostenspartenrechnung entfällt der Jahresüberschuss mit EUR 497.348,57 auf die Kostenträgersparte Rettungsdienst und mit EUR 43.746,73 auf die Kostenträgersparte „Feuerwehr und sonstige Dienstleistungen“.

Als wesentlicher ergebnisbeeinflussender Faktor der Jahresrechnung 2014 stellen sich die planerisch kalkulierten und im Ergebnis realisierten Mehrerlöse aus Rettungsdienstleistungen zur Deckung des Verlustvortrages aus dem Wirtschaftsjahr 2012 dar. Darüber hinaus trugen Einsparungen im Bereich Personalkosten (TEUR 42); zum Planansatz verändert verlaufende Abschreibungen (TEUR 152); Zinseinsparungen (TEUR 37) sowie ungeplante betriebliche Erträge (TEUR 12) zum positiven Ergebnis bei.

Seit dem im Jahr 2010 geänderten Gebaren der Sozialleistungsträger zur Finanzierung von Anlagevermögen sind sämtliche Investitionen der Sparte „Rettungsdienst“ durch den Zweckverband durch Kredite vorzufinanzieren, welche im Rahmen der Regulärabschreibungen über die festgelegten Nutzungsdauern refinanziert werden.

Im Jahr 2014 sah die Haushaltssatzung Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen zur Errichtung der IRLS Leipzig in Höhe von EUR 500.000,00 sowie Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von EUR 371.795,00 vor.

Im Wirtschaftsjahr 2014 wurden weder der für das Wirtschaftsjahr genehmigte Kredit noch die Verpflichtungsermächtigungen in Anspruch genommen, da der diesbezügliche Bautenstand an der IRLS Leipzig nicht erreicht wurde. Kredit und Verpflichtungsermächtigungen wurden dem gemäß als Vormerkung in das Folgewirtschaftsjahr 2015 übertragen.

Die Finanzierung der Anteile Rettungsdienst an der Errichtung der IRLS Leipzig erfolgten im Jahr 2014 auf Grundlage der für das Wirtschaftsjahr 2013 genehmigten und als Vormerkung in das Jahr 2014 übertragenen Kreditanteile in Höhe von EUR 600.000,00.

Der Schuldenstand des Zweckverbandes beläuft sich unter Berücksichtigung der im Jahr 2014 getätigten Kreditaufnahme von EUR 600.000,00 und der getätigten Tilgungen zum 31. Dezember 2014 auf insgesamt EUR 1.706.300,42 gegenüber Kreditinstituten. Der Kassenkredit zur laufenden Finanzierung der Ausgaben der Verwaltung beträgt zum Bilanzstichtag EUR 872.779,73 (31.12.2013: EUR 1.327.976,62).

Die Verbindlichkeiten des Zweckverbandes gegenüber den Sozialleistungsträgern erhöhen sich um EUR 58.421,86 gegenüber dem Vorjahr auf EUR 161.286,75. Sie enthalten zweckgebundene Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 56.110,00 zur Finanzierung der Notfallsanitäterausbildung des Jahres 2014 unter Voraussetzung des Abschlusses rückwirkender Verträge zwischen Zweckverband und den Leistungserbringern des Rettungsdienstes als Ausbildungsmaßnahmeträger.

Im Ergebnis der Verhandlungen zwischen Zweckverband und Sozialleistungsträgern nach § 32 Sächs-BRKG sind weiterhin Verbindlichkeiten in Höhe von EUR 102.864,89 für laufende Geschäfte der Verwaltung zu bilanzieren.

#### **IV. Angaben zur Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Zweckverbandes**

##### **Kennzahlenentwicklung**

Wirtschaftsjahr		2014	2013
Umsatz	TEUR	14.175	13.689
Materialaufwand	TEUR	10.580	10.328
Materialaufwandsquote	%	74,6	75,4
Personalaufwand	TEUR	1.314	1.277
Personalaufwandsquote	%	9,3	9,3
Durchschnittliche Abschreibungsquote	%	9,1	9,0
Abschreibungen	TEUR	976	930
Investitionen	TEUR	741	372
Finanzergebnis	TEUR	-41	-61

Jahresergebnis	TEUR	541	366
Umsatzrentabilität	%	3,8	2,7
Eigenkapitalrentabilität	%	29,6	28,5
Bilanzstichtag		31.12.2014	31.12.2013
Bilanzsumme	TEUR	5.875	6.010
Anlagevermögen	TEUR	3.207	3.442
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	2.668	2.568
Eigenkapital	TEUR	1.825	1.284
Eigenkapitalquote I	%	31,1	21,4
Sonderposten	TEUR	1.089	1.466
Eigenkapitalquote II	%	49,6	45,8
Rückstellungen	TEUR	46	39
Verbindlichkeiten	TEUR	2.915	3.222
Fremdkapitalquote	%	50,4	54,2
Anlagendeckungsgrad I	%	90,9	79,9
Anlagendeckungsgrad II	%	127,8	112,5

### Ertragslage und ergebnisbeeinflussende Faktoren

Aus den Zahlen der Gewinn- und Verlustrechnung 2014 wurde die folgende wirtschaftliche Erfolgsrechnung entwickelt:

	2014		2013		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
Umsatzerlöse Rettungsdienste, Krankentransporte und sonstige Dienstleistungen	13.798	92,2	13.302	92,0	496	3,7
Erlöse aus Auflösung von Sonderposten	377	2,5	387	2,7	-10	-2,6
<b>Umsatzerlöse gesamt</b>	14.175		13.689			0,0
Sonstige betriebliche Erträge	784	5,3	768	5,3	16	2,1
<b>Betriebsleistung</b>	14.959	100,0	14.457	100,0	502	3,5
Materialaufwand	10.580	70,7	10.328	71,4	252	2,4
Personalaufwand	1.314	8,8	1.277	8,8	37	2,9
Planmäßige Abschreibungen auf Anlagen	976	6,5	930	6,4	46	4,9
Sonstige betriebliche Aufwendungen	1.507	10,1	1.495	10,3	12	0,8
<b>Betriebsergebnis</b>	582	3,9	427	3,0	155	36,3
Finanzergebnis	-41	-0,3	-61	-0,4	20	-32,8
<b>Jahresüberschuss</b>	541	3,6	366	2,6	175	47,8

Die Umsatzerlöse aus Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes stellen sich unter Einfluss zu beachtender ergebniswirksamer Posten dabei im Einzelnen und im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2014 TEUR	2013 TEUR
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - RTW	8.936	8.568
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - KTW	2.796	2.618
Erlöse aus Rettungsdienstleistungen - NEF	2.036	2.065
Periodenfremde Umsatzerlöse	77	43
Zweckgebundene Abgrenzung Mehrerlöse	-58	-3
	13.787	13.291
Erträge aus der Auflösung von Sonderposten	377	387
Erträge aus sonstigen Dienstleistungen	11	11
	14.175	13.689

Zum Jahresergebnis haben vor allem folgende ergebnisbeeinflussende Faktoren beigetragen:

- Die gegenüber dem Vorjahr gestiegenen Umsatzerlöse im Rettungsdienst um TEUR 496 und gegenüber dem Planansatz (TEUR 13.307) um TEUR 491 gestiegenen Umsatzerlöse resultieren aus der Erhöhung der Entgelte und Gebühren für die Leistungen des Rettungsdienstes auf der Grundlage der Entgeltbedarfsrechnung für das Jahr 2014 unter Berücksichtigung konstanter Einsatzzahlenentwicklung sowie der geplanten Deckung der vorgetragenen Verluste aus dem Wirtschaftsjahr 2012 (EUR 311.572,04).
- Die Auflösung von Ertragszuschüssen umfasst die Sonderpostenaufösungen aus Zuwendungen zur Finanzierung des Sachanlagevermögens in Höhe von TEUR 210 sowie Sonderpostenaufösungen aus der Nutzungsüberlassung von Anlagevermögen in Höhe von TEUR 147. Eine weitere Sonderpostenauflösung in Höhe von TEUR 19 entfällt auf Zuwendungen des Landes zur Finanzierung von Sachanlagen und betrifft die im Jahr 2012 durchgeführte Ersatzbeschaffung der digitalen Alarmumsetzer DAU ITC 600 mit Erneuerung des Funkalarmierungsnetzes mit Multimaster-technik im gesamten Verbandsgebiet. Die im Vergleich zum Vorjahr verminderte Auflösung von Sonderposten (TEUR 10) resultiert aus der Beendigung von Nutzungsdauern geförderter Anlagegüter.
- Die sonstigen betrieblichen Erträge stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 16. Ursache hierfür war insbesondere der höhere Planansatz gegenüber dem Vorjahr zur Verwaltungskostenumlage der am Zweckverband beteiligten Landkreise. Gegenüber dem Planwert (TEUR 772) wurden Mehrerträge in Höhe TEUR 12 erzielt, welche insbesondere aus Verkaufserlösen abgeschriebener Kraftfahrzeuge (TEUR 5), periodenfremden Erträgen und Erstattungen (TEUR 3) sowie Mehreinnahmen aus Säumniszuschlägen und Mahngebühren resultieren.
- Entsprechend des Grundsatzes der Vollständigkeit (§ 246 Abs. 1 HGB) weisen die Budgetzahlungen an Leistungserbringer die jahresbezogenen Aufwendungen des Zweckverbandes gegenüber den Leistungserbringern des Rettungsdienstes im Ergebnis durchgeführter und ab 1. Januar 2014 umgesetzter Vergabeverfahren nach § 31 SächsBRKG in Höhe von EUR 9.968.794,51 aus. Der bis zum 31. Dezember 2013 im Rettungsdienst des Zweckverbandes tätige Arbeiter-Samariter-Bund Regionalverband Leipzig e. V., Leipzig, machte im Ergebnis organisationsinterner Arbeitsrechtsstreitigkeiten Personalkostennachforderungen für die Jahre 2010 bis 2013 gegenüber den Sozialleistungsträgern geltend. Die Sozialleistungsträger folgten in nach § 32 SächsBRKG mit dem Leistungserbringer geführten Verhandlungen teilweise den Forderungen und gewährten dem Arbeiter-Samariter-Bund Regionalverband Leipzig e. V., Leipzig, eine Budgetnachzahlung in Höhe von EUR 51.536,48, die vom Zweckverband schlussabrechnend mit dem Wirtschaftsjahr 2014 zahlbar zu machen war. Das an Leistungserbringer damit insgesamt gezahlte Budget betrug hier nach EUR 10.020.332,99.



- Der Materialaufwand für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe erhöhte sich gegenüber dem Vorjahr um TEUR 32 und gegenüber dem Planansatz um TEUR 49. Ursache für die Erhöhung sind insbesondere höhere Aufwendungen für medizinische Verbrauchsmaterialien gegenüber dem Planansatz in Höhe von TEUR 38 infolge umzusetzender veränderter nationaler Qualitätsstandards sowie der Anstieg der Bewirtschaftungskosten (TEUR 11) für Rettungswachen, Notarztzimmer und Verbandsverwaltung infolge der Marktpreisentwicklungen im Energie- und Wärmesektor.
- Die Personalkosten stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 37. Im Ergebnis schlugen sich die Tarifierpassungen (TVöD) erhöhend nieder. Der Planansatz betrug TEUR 1.356 und wurde im Ergebnis mit TEUR 42 unterschritten. Ursache hierfür sind Einsparungen aus der Nichtbesetzung von Stellen erkrankter und in Elternzeit befindlicher Beschäftigter sowie zeitversetzte Wiederbesetzungen von Planstellen.
- Die Abschreibungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 46 und unterschritten den Planansatz im Ergebnis um TEUR 152. Dies begründet sich insbesondere im nicht getätigten anteiligen Investitionsmittelzufluss an die Stadt Leipzig für die Errichtung der IRLS Leipzig aufgrund mangelnden Bautenstandes sowie in nicht planungskonformen Beschaffungszeitpunkten für Investitionen.
- Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen stiegen gegenüber dem Vorjahr um TEUR 12 und weisen gegenüber dem Planansatz Mehraufwendungen in Höhe von TEUR 60 aus. Ursache hierfür sind insbesondere alters- und verschleißbedingte Mehraufwendungen für KFZ – Instandhaltungen (TEUR 65) und Medizintechnikinstandhaltungen.

## Finanzergebnis

Das Finanzergebnis setzt sich wie folgt zusammen:

	2014 TEUR	2013 TEUR
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	0	0
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-41	-61
	-41	-61

Das Finanzergebnis hat sich gegenüber dem Vorjahr verbessert (TEUR 20) und liegt mit TEUR 37 unter dem Planansatz. Ursächlich schlägt sich hier die nicht getätigte Aufnahme eines Investitionskredites zur Anteilsfinanzierung der IRLS Leipzig in Ermangelung entsprechend erreichten Bautenstandes und damit nicht gegebenen Mittelabrufes nieder.

Im Jahr 2010 wurde ein Investitionskredit aufgenommen, auf welchen im Jahr 2014 EUR 9.413,86 Zinsen zu zahlen waren. Für den im Folgejahr 2011 aufgenommenen Investitionskredit fielen im Wirtschaftsjahr 2014 EUR 12.041,67 Zinsen an. Der in 2013 zur Ersatzbeschaffung von zwei Fahrzeugen und Medizintechnik aufgenommene Investitionskredit war mit EUR 2.714,38 Zinsanteil zu bedienen. Der für die Anteilsfinanzierung der IRLS Leipzig im Jahr 2014 aufgenommene und aus der Genehmigung des Wirtschaftsjahres 2013 vorgemerkte Kredit schlug sich mit einem Zinsanteil von EUR 1.557,50 im Jahr 2014 nieder.

Zur rechtzeitigen Leistung der Budgetzahlungen an die Leistungserbringer mussten aufgrund der durchschnittlichen Laufzeiten in der Zahlungsfrist der kostenpflichtigen Sozialleistungsträger von durchschnittlich 4,5 (2013: 5,6) Wochen Kassenkredite mit entsprechender Verzinsung in Anspruch genommen werden. Darüber hinaus wirkten sich die Verlustvorträge (TEUR 311) aus dem Jahr 2012 negativ aus. Die Aufwendungen für die Inanspruchnahme von Kassenkrediten belief sich danach auf insgesamt EUR 15.243,62 (2013: EUR 31.075,03). Die Inanspruchnahme der Kassenkredite fiel insgesamt gegenüber dem Vorjahr deutlich niedriger aus, wobei im Verlauf des 1. Halbjahres 2014 ein Einsatzrückgang zu verzeichnen war, welcher höhere Kassenkreditinanspruchnahmen notwendig machte und so auch zum Zeitpunkt der Aufnahme des Investitionskredites zur anteiligen Finanzierung der Errichtung der IRLS Leipzig zum 1. September 2014 unter Beachtung des Subsidiaritätsprinzips führte. Erst Ende des III. Quartals 2014 führte ein deutlicher Einsatzanstieg im Bereich der Notfallrettung (RTW) zur Verbesserung der

Finanzsituation und schlussendlich zur positiven Jahresergebnisentwicklung.

## Vermögenslage

Der Vermögens- und Kapitalaufbau des Rettungszweckverbandes zum 31. Dezember 2014 wird anhand der nach Liquidationsgesichtspunkten zusammengefassten Bilanzzahlen dargestellt. Dabei wurden innerhalb von zwölf Monaten nach dem Bilanzstichtag fällige Teilbeträge der Forderungen und Verbindlichkeiten als kurzfristig behandelt, alle anderen – soweit nicht besonders vermerkt – als mittel- und langfristig.

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung	
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR	%
<b>VERMÖGEN</b>						
Anlagevermögen	3.207	67,0	3.442	75,7	-235	-6,8
abzüglich						
Sonderposten zum Anlagevermögen	-1.089	-22,8	-1.466	-32,3	377	-25,7
<b>Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen</b>	2.118	44,3	1.976	43,4	142	7,2
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.585	54,0	2.471	54,4	114	4,6
Sonstige kurzfristige Posten	80	1,7	89	2,0	-9	-10,1
Flüssige Mittel	3	0,0	9	0,2	-6	-66,7
<b>Kurzfristig gebundenes Vermögen</b>	2.668	55,7	2.569	56,6	99	3,9
<b>Vermögen insgesamt</b>	4.786	100,0	4.545	100,0	241	5,3
<b>KAPITAL</b>						
Kapitalrücklage	43	0,9	43	0,9	0	0,0
Gewinnrücklagen	1.548	32,3	1.548	34,1	0	0,0
Verlustvortrag	-307	-6,4	-673	-14,8	366	-54,4
Jahresüberschuss	541	11,3	366	8,0	175	47,8
<b>Eigenkapital</b>	1.825	38,1	1.284	28,2	541	42,1
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten =						
<b>Mittel- und langfristiges Fremdkapital</b>	1.183	24,7	1.122	24,7	61	5,4
Sonstige Rückstellungen	46	1,0	39	0,8	7	17,9
Kurzfristige Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	1.396	29,2	1.787	39,3	-391	-21,9
Lieferantenschulden	145	3,0	72	1,6	73	101,4
Sonstige kurzfristige Posten	191	4,0	241	5,4	-50	-20,7
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	1.778	37,2	2.139	47,1	-361	-16,9
<b>Kapital insgesamt</b>	4.786	100,0	4.545	100,0	241	5,3

Das Bruttovermögen besteht zum 31. Dezember 2014 zu 44,3 % (TEUR 2.118 - 2013: zu 43,4 %, d. h. TEUR 1.976) aus eigenmittelfinanziertem Anlagevermögen und zu 55,7 % (TEUR 2.668 - 2013: zu 56,6 %, d. h. TEUR 2.569) aus Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten. Die Veränderungen resultieren im Wesentlichen aus der Vermögensentwicklung im Jahr 2014 unter Berücksichtigung der Investitionen (TEUR 741) und Abschreibungen im Wirtschaftsjahr 2014.

Das Gesamtkapital besteht zum 31. Dezember 2014 zu 38,1 % (TEUR 1.825 - 2013: 28,2 %, d. h. TEUR 1.284) aus Eigenkapital sowie zu 24,7 % (TEUR 1.183 - 2013: 24,7 %, d. h. TEUR 1.122) aus mittel- und langfristigem Fremdkapital und zu 37,2 % (TEUR 1.778 - 2013: 47,1 %, d. h. TEUR 2.139) aus kurzfristigem Fremdkapital. Die Veränderungen im Eigenkapital resultieren aus dem positiven Jahresergebnis für das Wirtschaftsjahr 2014. Das kurzfristige Fremdkapital fiel insbesondere durch die Höhe der Inanspruchnahme von Kassenkrediten an.

Unter Betrachtung der Vermögens- und Kapitalstruktur ergibt sich folgendes Deckungsverhältnis:

	31.12.2014		31.12.2013		Veränderung TEUR
	TEUR	%	TEUR	%	
Mittel- und langfristiges Vermögen	2.118	100,0	1.976	100,0	142
Mittel- und langfristiges Kapital	3.008	142,0	2.406	121,8	602
Überdeckung	890	42,0	430	21,8	460

Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen ist durch mittel- und langfristiges Kapital gedeckt.

### Finanzlage

Nachfolgende Kapitalflussrechnung gibt einen Überblick zur Herkunft und Verwendung der Finanzmittel sowie zur Offenlegung der Finanzlage des Zweckverbandes:

	2014 TEUR	2013 TEUR
Jahresergebnis	541	366
Abschreibungen (+)/Zuschreibungen (-) auf Gegenstände des Anlagevermögens	976	930
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Rückstellungen	7	-6
Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen (+)/Erträge (-)	-377	-387
Gewinn (-)/Verlust (+) aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	0	0
Zunahme (-)/Abnahme (+) der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind	-105	-297
Zunahme (+)/Abnahme (-) der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva, die nicht der Investitions- oder Finanzierungstätigkeit zuzuordnen sind <sup>1)</sup>	-433	-114
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>609</b>	<b>492</b>
Erhaltene Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens (+)	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens (+)	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen (-)	-741	-372
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>-741</b>	<b>-372</b>
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von (Finanz-) Krediten (+)	600	300
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und (Finanz-) Krediten (-) <sup>2)</sup>	-474	-418
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>126</b>	<b>-118</b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	-6	2
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode (+)	9	7
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>3</b>	<b>9</b>

<sup>1)</sup> einschließlich Tilgung für Kassenkredit

<sup>2)</sup> ohne Tilgung für Kassenkredit

Die Sicherstellung der Liquidität des Zweckverbandes war insbesondere durch die zur Verfügung stehenden Kreditlinien im gesamten Wirtschaftsjahr gewährleistet.

### **Ereignisse nach dem Abschlussstichtag**

Der Lagebericht für das Wirtschaftsjahr 2014 wurde mit Erstellung der Jahresrechnung am 20. März 2015 gefasst. Unberücksichtigt blieben darin zunächst die Ergebnisse der IST – Kostenabrechnungen in der Sparte Rettungsdienst für das Jahr 2014, welche im Ergebnis der Verhandlungen mit den Sozialleistungsträgern vom 8. bis 9. April 2015 in die endgültige Jahresrechnung zum 16. April 2015 einfließen.

Weitere berichtspflichtige Ereignisse nach dem Abschlussstichtag sind nicht zu verzeichnen.

### **Ausblick und Prognose der künftigen Entwicklung**

Am 11. Februar 2011 trat die Dritte Verordnung des Staatsministeriums des Innern zur Änderung der Sächsischen Landesrettungsdienstplanverordnung in Kraft. Danach sind die Träger des Brandschutzes und bodengebundenen Rettungsdienstes verpflichtet, integrierte Regionalleitstellen an vorgegebenen Standorten zu errichten, zu unterhalten und zu betreiben. Die am Zweckverband beteiligten Landkreise Mittelsachsen und Leipzig bekannten sich mit ihren Kreistagsbeschlüssen zur gesetzeskonformen Umsetzung der Aufgabe an den Standorten kreisfreie Stadt Chemnitz (Landkreis Mittelsachsen) und kreisfreie Stadt Leipzig (Landkreis Leipzig) bei gleichzeitiger Übertragung der weiteren Aufgaben der materiellen Sicherstellung des Brandschutzes und Rettungsdienstes vom Rettungszweckverband in die Landkreisverwaltungen.

Der Bau der integrierten Regionalleitstellen Chemnitz und Leipzig wurde zwischenzeitlich gebäudeseitig an beiden Standorten abgeschlossen. Derzeit erfolgen die technischen Ausstattungen und Ausrüstungen. Mit einer Inbetriebnahme der integrierten Regionalleitstellen Chemnitz und Leipzig und Überleitung der Leitstelle Grimma zu den neuen Standorten wird vollzugsseitig im I. Quartal 2016 gerechnet.

Im Ergebnis der Abstimmung mit dem Landkreis Mittelsachsen erfolgt die Überleitung des Bereiches Altlandkreis Döbeln mit den Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes zum 1. Januar 2017 in die Verwaltung des Landkreises Mittelsachsen.

Für das Jahr 2016 besteht ein erhöhtes Finanzrisiko im Hinblick auf die praktische Realisierung der Einführung des Digitalfunks in den Landkreisen, da hier ein zeitliches Auseinanderlaufen der Fertigstellungen und Inbetriebnahmen der IRLS Chemnitz und Leipzig möglich ist. Zur Sicherung der Kommunikation im Digitalfunk müssten kostenintensive technische Zwischenlösungen am Standort der Leitstelle Grimma getätigt werden, welche Investitionen bis zu TEUR 300 erfordern können. Der Zweckverband ist mit den Projektleitungen der IRLS sowie dem BOS – Landesprojekt dazu in ständiger Abstimmung zur Risikominimierung.

Von der Überleitung der Leitstelle Grimma an die integrierten Regionalleitstellen Chemnitz und Leipzig sowie der Überleitung der Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes des Altlandkreises Döbeln in die Verwaltung des Landkreises Mittelsachsen ist der Bestand des Zweckverbandes abhängig. Mit Vollzug der Überleitungen ist von einem Übergang der auszuführenden Verwaltungsaufgaben des Zweckverbandes an die Landkreisverwaltungen auszugehen. Mithin endet die Geschäftstätigkeit und Existenz des Zweckverbandes voraussichtlich zum 31. Dezember 2016, da nach dem Gesetz über die kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) keine Rechtsgrundlage zum Fortbestand des Zweckverbandes mehr besteht. Ein erhöhtes Risiko besteht für den Zweckverband in etwaigen Folgen nicht zu realisierender Betriebsübergänge nach § 613 a BGB für Beschäftigte. Sowohl die Sächsische Landesrettungsdienstplanverordnung als auch die Beschlusslagen der Verbandsversammlung sichern mit dem Aufgabenübergang an die IRLS Chemnitz und IRLS Leipzig sowie die Landkreisverwaltungen Mittelsachsen und Landkreis Leipzig die Betriebsübergänge zu. Ein Risiko besteht in Form der Nichtannahme eines Betriebsübergangs durch Beschäftigte - insbesondere der Altersstruktur des Verbandes geschuldet - im Hinblick auf Fortbeschäftigungsfolgen mit Abfindungsansprüchen.

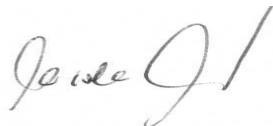
Nach § 31 Absatz 1 SächsBRKG wurden die Leistungen des Rettungsdienstes und Krankentransportes nach Durchführung eines formalen Auswahlverfahrens im Jahr 2013 ab dem 1. Januar 2014 über öffentlich rechtliche Verträge mit einer Laufzeit von fünf Jahren mit Verlängerungsoption für zwei weitere Jahre mit vier Leistungserbringern gebunden.

Im Hinblick auf die Leistungsangebote und deren Kostenkalkulationen bestehen mittelfristige Risiken für den Zweckverband und dessen Liquidität, da Tarif- und Marktpreientwicklungen sowie veränderte gesetzliche Grundlagen die abgegebenen Kalkulationen überschreiten könnten. Bereits im Verlauf des Jahres 2014 führten veränderte gesetzliche Grundlagen zu entsprechenden Problemstellungen. Bundesgesetzgeberisch trat das Notfallsanitätergesetz ((NotSanG) in Kraft, welches das bisherige Berufsbild „Rettungsassistent“ ersetzt. Die Gesetzgebung im Freistaat Sachsen berücksichtigte zunächst diese bundesgesetzliche Änderung nicht, so dass Ministerien des Freistaates Sachsen mit den gesetzlichen Krankenkassen im Freistaat Sachsen, den Kommunalen Spitzenverbänden, der Krankenhausgesellschaft Sachsen sowie den Landesverbänden der Leistungserbringer im Rettungsdienst Sachsens am 13. August 2014 ein Konsenspapier zur Finanzierung der Ausbildung zum Notfallsanitäter/-in im Freistaat Sachsen für das Ausbildungsjahr 2014/2015 schlossen. Der Zweckverband konnte neben weiteren Trägern des Rettungsdienstes dem Konsenspapier nicht beitreten, da vergaberechtliche Hinderungsgründe im Ergebnis der getätigten Leistungsvergaben ab 1. Januar 2014 bestehen. Die betroffenen Träger des Rettungsdienstes im Freistaat Sachsen streben aktuell eine Lösung über Vereinbarungen mit den Leistungserbringern des Rettungsdienstes zur Sicherung der Finanzierung der Ausbildungen nach Notfallsanitätergesetz an. Die fehlende Kalkulation der Finanzierung der Ausbildung der Notfallsanitäter/-innen in den seit 1. Januar 2014 vergebenen rettungsdienstlichen Leistungen im Zweckverband stellt damit sowohl ein finanzielles und rechtliches Risiko als auch eine perspektivisch entstehende Arbeitsmarktlücke im Berufsbild „Notfallsanitäter/-in“ mit Auswirkung auf die personelle Sicherstellung der Notfallrettung dar.

Die Auflösung des Zweckverbandes ab dem Jahr 2017 wird sich darüber hinaus negativ auf die Entgelt- und Gebührenhöhe für Leistungen des Rettungsdienstes im Landkreis Leipzig auswirken, da der Region Döbeln ein Drittel der Einsätze und Umsatzerlöse zuzuordnen sind und die Umsatzerlöse eine komplettfinanzierende Wirkung auf den Rettungsdienst des Landkreises Leipzig ausüben.

Gemäß Wirtschaftsplan für das Jahr 2015 werden sowohl Erträge als auch Aufwendungen in Höhe von TEUR 14.656 erwartet. Die Geschäftsführung rechnet für das folgende Wirtschaftsjahr mit einem ausgeglichenen Ergebnis.

Grimma, 20. März 2015/10. Juli 2015



Carola Schneider  
Geschäftsführerin

## Zuarbeit des Zweckverbandes zum Beteiligungsbericht 2014 des Landkreises Leipzig

**Anschrift:** Heinrich - Zille - Straße 3  
04668 Grimma

**Telefon:** 03437/933 100  
**Fax:** 03437/933 111  
**E-Mail:** [sekretariat@rzv-grimma.de](mailto:sekretariat@rzv-grimma.de)  
**Website:** [www.rzvgrimma.de](http://www.rzvgrimma.de)

**Gründung:** 08.12.1995  
**Rechtsform:** Körperschaft des öffentlichen Rechts

### Ziele und Aufgaben:

Der Zweckverband ist Träger des Rettungsdienstes im Zweckverbandsgebiet. Er hat insbesondere die Aufgabe:

- der Sicherstellung einer bedarfsgerechten Versorgung der Bevölkerung mit Leistungen der Notfallrettung und des Krankentransportes;
- der Aufstellung eines Bereichsplanes auf der Grundlage der Landesrettungsdienstplanverordnung;
- der Errichtung, Unterhaltung und Betreibung einer Leitstelle für Rettungsdienst, Brandschutz und sonstige Dienstleistungen der Verbandsmitglieder nach Maßgabe des SächsBRKG;
- der Erhebung und Festsetzung von Entgelten/Gebühren für die Durchführung von Notfallrettung und Krankentransport und die Inanspruchnahme der Dienste der Rettungsleitstelle aufgrund Entgeltvereinbarung/Gebührensatzung.

Weiterhin nimmt der Zweckverband für seine Verbandsmitglieder folgende Aufgaben wahr:

- Ausübung der Funkaufsicht gegenüber allen Teilnehmern im BOS - Funk;
- Kommunikationsstelle für Ordnungs- und Sicherheitsaufgaben seiner Verbandsmitglieder;
- Ausübung der Aufsicht über die Vertragsdurchführung der Leistungserbringer im Rettungsdienst.

**Verbandsmitglieder:** Landkreis Leipzig  
Landkreis Mittelsachsen für die Region des Altlandkreises Döbeln

**Organe des Verbandes:** Verbandsversammlung  
Verbandsvorsitzender

### Verbandsversammlung:

Verbandsvorsitzender	Herr Dr. Gerhard Gey	Landrat Landkreis Leipzig
Stellvertreter	Herr Volker Uhlig	Landrat Landkreis Mittelsachsen
	Herr Hartmut Harbig	Kreisrat Landkreis Leipzig
	Herr Manfred Heinz bis 22.07.2014	Kreisrat Landkreis Leipzig
	Herr Gottfried Schröpfer bis 22.07.2014	Kreisrat Landkreis Leipzig
	Herr Tim Barczynski	Kreisrat Landkreis Leipzig
	Herr Uwe Herrmann bis 22.07.2014	Kreisrat Landkreis Leipzig
	Herr Heiner Stephan	Kreisrat Landkreis Mittelsachsen
	Herr Ullrich Kuhn bis 05.08.2014	Kreisrat Landkreis Mittelsachsen
	Frau Elgine Tur de la Cruz	Kreisrätin Landkreis Mittelsachsen
	Herr Thomas Pöge ab 23.07.2014	Kreisrat Landkreis Leipzig
	Herr Winfried Busch ab 23.07.2014	Kreisrat Landkreis Leipzig
	Herr Matthias Kauerauf ab 23.07.2014	Kreisrat Landkreis Leipzig
	Frau Helga Busch ab 06.08.2014	Kreisrätin Landkreis Mittelsachsen

**Geschäftsführerin:** Frau Carola Schneider

**a) Finanzlage zur Herkunft und Verwendung der Finanzmittel (Liquiditätsrechnung)**

	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2014</b>
	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>	<b>TEUR</b>
<b>Jahresergebnis</b>	<b>- 312</b>	<b>+ 366</b>	<b>+ 541</b>
Abschreibungen/Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	+ 905	+ 930	+ 976
Zunahme/Abnahme der Rückstellungen	+ 12	- 6	7
Sonstige zahlungswirksame Aufwendungen/Erträge	- 398	- 387	- 377
Gewinn/Verlust aus Vermögensabgängen	+ 2	0	0
Zunahme/Abnahme der Vorräte, der Forderungen aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Aktiva (nicht aus Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	- 293	- 297	- 105
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen sowie anderer Passiva (nicht aus Investitions- oder Finanzierungstätigkeit)	+ 28	- 114	- 433
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>- 56</b>	<b>492</b>	<b>609</b>
Erhaltene Zuschüsse zur Finanzierung des Anlagevermögens	+ 190	0	0
Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Anlagevermögens	+ 6	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Anlagevermögen	- 572	- 372	- 741
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>- 376</b>	<b>- 372</b>	<b>- 741</b>
Einzahlungen aus der Begebung von Anleihen und aus der Aufnahme von Krediten	+ 836	+ 300	+ 600
Auszahlungen für die Tilgung von Anleihen und Krediten	- 403	- 418	- 474
<b>Mittelzufluss/-abfluss aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>+ 433</b>	<b>- 118</b>	<b>126</b>
Zahlungswirksame Veränderungen aus Finanzmittelfonds	+ 1	+ 2	- 6
Finanzmittelfonds am Anfang der Periode	+ 6	+ 7	+ 9
<b>Finanzmittelfonds am Ende der Periode</b>	<b>7</b>	<b>9</b>	<b>3</b>

**b) Ertragslage**

	<b>2014</b>	<b>2014</b>	<b>2013</b>	<b>2013</b>	<b>Veränderung</b>
	<b>TEUR</b>	<b>%</b>	<b>TEUR</b>	<b>%</b>	<b>TEUR</b>
Umsatzerlöse RD, BS, SDL	13.798	92,2	13.302	92,0	496
Erlöse aus Sonderpostenaufösungen	377	2,5	387	2,7	- 10
<b>Umsatzerlöse gesamt</b>	<b>14.175</b>		<b>13.689</b>		
Sonstige betriebliche Erträge	784	5,3	768	5,3	16
<b>Betriebsleistung</b>	<b>14.959</b>	<b>100,0</b>	<b>14.457</b>	<b>100,0</b>	<b>502</b>
Materialaufwand	10.580	70,7	10.328	71,4	252
Personalaufwand	1.314	8,8	1.277	8,8	37
Planmäßige Abschreibungen	976	6,5	930	6,4	46
Übrige Betriebsaufwendungen	1.507	10,1	1.495	10,3	12
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>582</b>	<b>3,9</b>	<b>427</b>	<b>3,0</b>	<b>155</b>
Finanzergebnis	- 41	- 0,3	- 61	- 0,4	20
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>541</b>	<b>3,6</b>	<b>366</b>	<b>2,6</b>	<b>175</b>

c) Erfolgsübersicht

	2014	2014	2014
	Rettungsdienst	Feuerwehr und Landkreisleistungen	Gesamt
	EUR	EUR	EUR
1. Umsatzerlöse	13.996.739,57	178.127,37	14.174.866,94
2. Sonstige betriebliche Erträge	18.902,22	764.930,13	783.832,35
3. Materialaufwand			
a) Roh-, Hilfs-, Betriebs-stoffe	393.707,33	12.083,29	405.790,62
b) Bezogene Leistungen	10.169.252,69	4.521,52	10.173.774,21
4. Personalaufwand	888.458,38	426.012,61	1.314.470,99
5. Abschreibungen	787.963,01	187.882,65	975.845,66
6. Sonstige betriebl. Aufwendungen	1.237.992,37	268.810,70	1.506.803,07
7. Zinsen und ähnliche Erträge	51,59	0	51,59
8. Zinsen und ähnl. Aufwendungen	40.971,03	0	40.071,03
9. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit (Jahresüberschuss/-fehlbetrag (-))	<b>497.348,57</b>	<b>43.746,73</b>	<b>541.095,30</b>

d) Vermögenslage

	2014	2014	2013	2013	Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
<b>Vermögen</b>	<b>3.207</b>	<b>67,0</b>	<b>3.442</b>	<b>75,7</b>	<b>- 235</b>
Abzgl. Sonderposten zum Anlagevermögen	- 1.089	- 22,8	- 1.466	- 32,3	377
<b>Mittel- und langfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>2.118</b>	<b>44,3</b>	<b>1.976</b>	<b>43,4</b>	<b>142</b>
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	2.585	54,0	2.471	54,4	114
Sonstige kurzfristige Posten	80	1,7	89	2,0	- 9
Flüssige Mittel	3	0,0	9	0,2	- 6
<b>Kurzfristig gebundenes Vermögen</b>	<b>2.668</b>	<b>55,7</b>	<b>2.569</b>	<b>56,6</b>	<b>99</b>
<b>Vermögen gesamt</b>	<b>4.786</b>	<b>100,0</b>	<b>4.545</b>	<b>100,0</b>	<b>241</b>
<b>Kapital</b>					
Kapitalrücklage	43	0,9	43	0,9	0
Gewinnrücklage	1.548	32,3	1.548	34,1	0
Verlust-/Gewinnvortrag	- 307	- 6,4	- 673	- 14,8	366
Jahresfehlbetrag	541	11,3	366	8,0	175
<b>Eigenkapital</b>	<b>1.825</b>	<b>38,1</b>	<b>1.284</b>	<b>28,2</b>	<b>541</b>
Verbindlichkeiten Kreditmarkt	1.183	24,7	1.122	24,7	61
<b>Mittel- und langfristiges Fremdkapital</b>	<b>1.183</b>	<b>24,7</b>	<b>1.122</b>	<b>24,7</b>	<b>61</b>
Sonstige Rückstellungen	46	1,0	39	0,8	7
Kurzfrist. Verbindlichkeiten Kreditmarkt	1.396	29,2	1.787	39,3	- 391
Lieferantenschulden	145	3,0	72	1,6	73
Sonstige kurzfristige Posten	191	4,0	241	5,4	- 50
<b>Kurzfristiges Fremdkapital</b>	<b>1.778</b>	<b>37,2</b>	<b>2.139</b>	<b>47,1</b>	<b>- 361</b>
<b>Kapital insgesamt</b>	<b>4.786</b>	<b>100,0</b>	<b>4.545</b>	<b>100,0</b>	<b>241</b>



Unter Betrachtung der Vermögens- und Kapitalstruktur ergibt sich folgendes Deckungsverhältnis:

	2014	2014	2013	2013	Veränderung
	TEUR	%	TEUR	%	TEUR
Mittel- und langfristiges Vermögen	2.118	100,0	1.976	100	142
Kapitalrücklage Mittel- und langfristiges Kapital	3.008	142,0	2.406	121,8	602
<b>Überdeckung</b>	<b>890</b>	<b>42,0</b>	<b>430</b>	<b>21,8</b>	<b>460</b>

Das mittel- und langfristig gebundene Vermögen ist durch mittel- und langfristiges Fremdkapital gedeckt.

**e) Kennzahlenentwicklung**

Wirtschaftsjahr		2012	2013	2014
Umsatz	TEUR	12.666	13.689	14.175
Materialaufwand	TEUR	9.972	10.328	10.580
Materialaufwandsquote	%	78,7	75,4	74,6
Personalaufwand	TEUR	1.268	1.277	1.314
Personalaufwandsquote	%	10,0	9,3	9,3
Durchschnittliche Abschreibungsquote	%	8,6	8,9	9,1
Abschreibungen	TEUR	905	930	976
Investitionen	TEUR	572	372	741
Finanzergebnis	TEUR	- 63	- 61	- 41
Jahresergebnis	TEUR	- 312	366	541
<b>Bilanzstichstag</b>		<b>31.12.2012</b>	<b>31.12.2013</b>	<b>31.12.2014</b>
Bilanzsumme	TEUR	6.270	6.010	5.875
Anlagevermögen	TEUR	4.000	3.442	3.207
Umlaufvermögen und Rechnungsabgrenzungsposten	TEUR	2.269	2.568	2.668
Eigenkapital	TEUR	918	1.285	1.825
Eigenkapitalquote I	%	14,6	21,4	31,1
Sonderposten	TEUR	1.852	1.466	1.089
Eigenkapitalquote II	%	44,2	45,8	49,6
Rückstellungen	TEUR	45	39	46
Verbindlichkeiten	TEUR	3.454	3.221	2.915
Fremdkapitalquote	%	55,8	54,2	50,4
Anlagendeckungsgrad I	%	69,3	79,9	90,9
Anlagendeckungsgrad II	%	101,6	112,5	127,8

Das Jahr 2014 schließt mit einem Jahresüberschuss in Höhe von 541.095,30 EURO, wovon 497.348,57 EURO auf die Kostenträgersparte „Rettungsdienst“ zum planmäßigen Ausgleich vorgetragener Verlustvorträge aus dem Jahr 2012 und 43.746,73 EURO auf die Kostenträgersparte „Brandschutz und sonstige Dienstleistungen“ mit Vortrag auf neue Rechnung entfallen.

# Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen

## Beteiligungsübersicht

Am Westufer 3  
04463 Großpösna/OT Störmthal

Tel. 034299/7050  
Fax 034299/705 22  
Email [info@zaw-wachau.de](mailto:info@zaw-wachau.de)  
Internet [www.zawsachsen.de](http://www.zawsachsen.de)

Gründungsdatum 14.05.1994

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen ist Träger der abfallwirtschaftlichen Belange und Betreiber der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet. Die Aufgaben des Zweckverbandes sind die Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes, die Erstellung der Abfallbilanzen und die Planung, Errichtung und Betreibung der Abfallentsorgungsanlagen im Verbandsgebiet des ZAW.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	0,00
Landkreis an den Zweckverband	0,00
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

## Lagebericht 2014

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen  
Am Westufer 3  
04463 Großpösna OT Störmthal

## **Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014**

### **1. Vorbemerkungen**

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) sowie seine Verbandsmitglieder, die Stadt Leipzig und der Landkreis Leipzig, sind gemäß § 3 (1) des Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetzes (SächsABG) öffentlich-rechtliche Entsorgungsträger jeweils im Rahmen ihrer Aufgaben.

Der ZAW hat folgende gesetzlich in §§ 2 und 4 SächsABG zugewiesenen Aufgaben:

- Erstellung und Fortschreibung des Abfallwirtschaftskonzeptes
- Entwicklung einer gesetzeskonformen Verbandsstrategie
- Erstellung der jährlichen Abfallbilanzen
- Planung, Errichtung und Betreibung von Entsorgungsanlagen
- Gewährleistung der Entsorgungssicherheit
- Öffentlichkeitsarbeit/Abfallberatung.

Aufgaben und Struktur des Verbandes sind in der Verbandssatzung festgelegt. Der ZAW ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts und auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) i. V. m. der Sächsischen Gemeindeordnung (SächsGemO) sowie auf der Grundlage des SächsABG zum Erlass von Satzungen berechtigt, die er auch vollzieht.

Das Finanz- und Rechnungswesen unterliegt dem Kommunalrecht. Seit 1999 wendet der ZAW die Vorschriften des Freistaates Sachsen über Eigenbetriebe an. Das Recht, Gebühren von den Anschlusspflichtigen nach Maßgabe der Abfallwirtschaftssatzungen der Verbandsmitglieder zu erheben, verbleibt gemäß § 3 (7) der Verbandssatzung bei den Mitgliedern. Der ZAW stellt den Mitgliedern seinen Aufwand auf der Grundlage eines Verrechnungssatzes pro Tonne übergebenen Abfall in Rechnung, der mit der Haushaltssatzung festgelegt wird.

Der Zweckverband betreibt die Anlagen zur Entsorgung von angefallenen Abfällen als öffentliche Einrichtungen und übt Anschlusszwang über alle im Verbandsgebiet anfallenden Abfälle aus Haushaltungen sowie Abfälle zur Beseitigung aus anderen Herkunftsbereichen an seine Anlagen aus.

Er bedient sich zur Erfüllung seiner Aufgabe – Planung, Errichtung und Betreibung der Entsorgungsanlagen – der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV), Großpösna/OT Störmthal, an der er unverändert 51 % der Geschäftsanteile hält. Die WEV erhält auf der Grundlage eines Dienstleistungsvertrages, an den eine Entgeltvereinbarung gekoppelt ist, ein Betreiberentgelt für ihre Leistungen.

Die Öffentlichkeitsarbeit für WEV und ZAW wird auf der Grundlage einer Vereinbarung und einer abgestimmten Jahresplanung maßgeblich durch den ZAW durchgeführt.

Für direkt an den Entsorgungsanlagen übergebene Abfälle aus dem Verbandsgebiet erhalten die Anlieferer auf der Grundlage der Gebührensatzung des ZAW einen Gebührenbescheid. Der ZAW führt das Mahnwesen und die Vollstreckung eigenständig durch. Der Gebührensatzung unterliegt auch der im Eingangsbereich betriebene Kleinanliefererbereich.

Derzeitig wird die Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet mit der Zentraldeponie Cröbern (ZDC) und der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage (MBA) Cröbern gewährleistet. Beide Anlagen befinden sich im Eigentum der WEV und werden durch diese betrieben. Die bereits geschlossenen Deponien Seehausen und Grotzsch-Wischstauden befinden sich in der Rekultivierungs- und Nachsorgephase unter Verantwortung der WEV.

Der ZAW ist Grundstückseigentümer der drei Deponiegrundstücke und hat der WEV jeweils ein Erbbaurecht bestellt. Im Zusammenhang mit der Umsetzung der Nachnutzungskonzeption für die Deponie Seehausen hat der ZAW mit der Golfpark Leipzig GmbH & Co. KG einen Vertrag über die Begründung eines Erbbaurechtes für Teilflächen abgeschlossen. Für diese Teilflächen wurde das bestehende Erbbaurecht zwischen dem ZAW und der WEV aufgehoben.

Bedingt durch Verzögerungen bei der Erarbeitung der für die Überprüfung der Werthaltigkeit des Beteiligungsansatzes der WEV erforderlichen Langfristplanung sowie den Abschluss der Vergleichsvereinbarung zum Bürgschaftsentgelt konnte die Aufstellung der Jahresabschlüsse 2009 bis 2011 und der Lageberichte erst im April 2013 abgeschlossen werden. Die Jahresabschlüsse 2009 und 2010 sowie die Lageberichte wurden in der 96. Sitzung der Verbandsversammlung am 14. Oktober 2013 festgestellt. Die Feststellung des Jahresabschlusses 2011 sowie des Lageberichtes erfolgte in der 97. Sitzung der Verbandsversammlung am 18. Dezember 2013. Der Jahresabschluss 2013 wurde ebenfalls im Wirtschaftsjahr 2014 aufgestellt. Beide Jahresabschlüsse (2012 und 2013) wurden in der 102. Sitzung der Verbandsversammlung am 8. Dezember 2014 mit einstimmigem Beschluss festgestellt. Dem Verbandsvorsitzenden und dem Geschäftsleiter wurde die Entlastung erteilt.

## 2. Rechtliche und strukturelle Rahmenbedingungen

Die Entwicklung in der Entsorgungsbranche wird von den abfallrechtlichen Rahmenbedingungen geprägt. Dabei unterliegt die deutsche Gesetzgebung den europäischen Vorgaben. Im Jahr 2009 wurde die Abfallrahmenrichtlinie novelliert, die in nationales Recht mit Inkrafttreten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes zum 1. Juni 2012 umgesetzt wurde. In diesem Zusammenhang wurde die sogenannte fünfstufige Abfallhierarchie in das Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG) aufgenommen.

Entscheidend für die öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ist die Tatsache, dass die Überlassungspflichten für Abfälle aus Haushaltungen weiterhin bestehen und demnach die Entsorgung eine hoheitliche Aufgabe bleibt.

Im KrWG ist ebenfalls eine Getrennsammlung von Wertstoffen festgelegt (Einführung der Wertstofftonne).

Allerdings können sich mit Einführung einer Wertstofftonne Veränderungen in der Qualität und Quantität der hoheitlichen Abfälle aus dem Landkreis Leipzig ergeben. Die Stadt Leipzig hat mit der Gelben Tonne plus bereits eine Wertstofftonne eingeführt.

Abschließend wird es im Hinblick auf die Wertstofftonne auf die Formulierungen im geplanten Wertstoffgesetz ankommen. Bisher hat der Gesetzgeber hierzu keine Regelungen erlassen.

Gemäß KrWG gilt ab 2015 die flächendeckende getrennte Sammlung von Bioabfällen als Pflicht soweit dies technisch möglich und wirtschaftlich zumutbar ist. Sofern der Landkreis Leipzig die flächendeckende Getrennsammlung der Bioabfälle künftig einführt, hätte dies Auswirkungen in Form einer Reduzierung von Inputstoffen auf die biologische Behandlungsstufe in der MBA. Die Stadt Leipzig hat die Biotonne bereits eingeführt.

Auf künftige Stoffströme wirken sich auch die geplante Novellierung der Gewerbeabfallverordnung sowie das Streichen der Heizwertklausel im Kreislaufwirtschaftsgesetz bis Ende 2016 aus.

Eine gesetzliche Änderung, die sich auch auf die Arbeit des ZAW bzw. seiner beauftragten Gesellschaft auswirkt, ist die Verordnung zur Vereinfachung des Deponierechts (DepRVV), die am 16. Juli 2009 in Kraft getreten ist. Die novellierte Deponieverordnung (DepV) löst alle bisher geltenden Rechtsgrundlagen zu Deponien ab.

Mit Inkrafttreten der DepV sind auch die Übergangsvorschriften für Deponien abgelaufen, sodass weitere Altdeponien geschlossen wurden. Im Freistaat Sachsen sind jetzt nur noch drei hoheitlich betriebene Deponien in Betrieb: ZDC, Deponie Gröbern (bei Meißen) und Deponie Kunnersdorf (bei Görlitz).

### 3. Geschäftsverlauf

#### Branchenentwicklung

Mit einer stringenten Umsetzung der fünfstufigen Abfallhierarchie und der Getrennthaltungspflichten des Kreislaufwirtschaftsgesetzes ist grundsätzlich mit rückläufigen Mengen an zu behandelnden Abfällen in Müllverbrennungsanlagen (MVA) oder Mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlagen (MBA) zu rechnen.

Weiterhin bleibt der Wettbewerbsdruck für gewerbliche Abfälle im Hinblick auf die im angrenzenden Bundesland Sachsen-Anhalt bestehenden thermischen Behandlungskapazitäten hoch. Der Preisverfall konnte zwar gestoppt werden, jedoch bleiben die vorhandenen strukturellen Probleme bestehen (Überkapazitäten, niedriges Preisniveau MVA).

#### Mengen- und Umsatzentwicklung

Die angedienten Abfallmengen bewegten sich oberhalb der vom Wirtschaftsplan vorgegebenen Größen. Im Jahr 2014 wurden dem ZAW von seinen Verbandsmitgliedern 115.489,06 t (Vorjahr: 113.839,53 t) hoheitliche Abfälle angedient. Weiterhin wurden 1.488,54 t (Vorjahr: 1.229,34 t) gewerbliche Abfälle angenommen. Der Zweckverband erzielte hieraus Umsatzerlöse in Höhe von EUR 18.879.207,23 (Vorjahr: EUR 18.592.591,08).

Die Gesamtumsatzerlöse des Wirtschaftsjahres 2014 setzen sich wie folgt zusammen.

2014	Preis EUR/t	Menge t Plan	Erlöse EUR Plan	Menge t Ist	Erlöse EUR Ist
<b>Umsatzerlöse Gesamt</b>			<b>18.090.299</b>		<b>18.882.702,91</b>
<b>Mengen/Umsätze aus d. And. v. Abf.</b>		<b>111.900</b>	<b>18.087.299</b>	<b>116.977,60</b>	<b>18.879.207,23</b>
<b>Restabfall Komm. Gesamt</b>	<b>162,41</b>	<b>103.900</b>	<b>16.874.399</b>	<b>107.548,43</b>	<b>17.466.940,52</b>
Restabfall SL	162,41	76.900	12.489.329	79.575,00	12.923.775,76
Restabfall LK Leipzig	162,41	27.000	4.385.070	27.973,43	4.543.164,76
<b>Sperrmüll Komm. Gesamt</b>	<b>162,41</b>	<b>6.500</b>	<b>1.055.665</b>	<b>7.940,63</b>	<b>1.289.637,73</b>
Sperrmüll SL	162,41	3.300	535.953	3.606,09	585.665,08
Sperrmüll LK Leipzig	162,41	3.200	519.712	4.334,54	703.972,65
<b>Gewerbeabfall Gesamt</b>		<b>1.500</b>	<b>157.235</b>	<b>1.488,54</b>	<b>122.628,98</b>
Gewerbeabfall MBA (inkl. Ämter SL)	162,41	500	81.205	109,42	17.770,94
Gewerbeabfall ZDC (inkl. Ämter SL)	76,03	1.000	76.030	1.379,12	104.858,04
<b>Sonstige Umsatzerlöse</b>		<b>0</b>	<b>3.000</b>	<b>0,00</b>	<b>3.495,68</b>
Verwaltungskosten + Mahngebühren	0,00	0	1.000	0,00	1.400,00
Verwaltungskostenumlage WEV	6,50	0	2.000	0,00	2.095,68

Das Wirtschaftsjahr 2014 schließt mit einem Jahresgewinn von TEUR 992 (Vorjahr: TEUR 124) ab.

Der deutliche Mengenzuwachs im Vergleich zum Plan 2014 ist begründbar mit der fortgesetzten positiven Entwicklung der Einwohnerzahlen der Stadt Leipzig und der etwas zu konservativen Mengenplanung des ZAW, welche ein leicht rückläufiges Mengenaufkommen vorsah.

Im Vorjahr entwickelten sich die Umsatzerlöse wie folgt:

2013	Preis EUR/t	Menge t Plan	Erlöse EUR Plan	Menge t Ist	Erlöse EUR Ist
<b>Umsatzerlöse Gesamt</b>			<b>18.203.986</b>		<b>18.596.040,31</b>
<b>Mengen/Umsätze aus d. And. v. Abf.</b>		<b>112.600</b>	<b>18.200.986</b>	<b>115.068,87</b>	<b>18.592.591,08</b>
<i>Restabfall Komm. Gesamt</i>	<i>162,41</i>	<i>104.500</i>	<i>16.971.845</i>	<i>106.851,75</i>	<i>17.353.792,71</i>
Restabfall SL	162,41	78.000	12.667.980	78.963,83	12.824.515,63
Restabfall LK Leipzig	162,41	26.500	4.303.865	27.887,92	4.529.277,08
<i>Sperrmüll Komm. Gesamt</i>	<i>162,41</i>	<i>6.600</i>	<i>1.071.906</i>	<i>6.987,78</i>	<i>1.134.885,32</i>
Sperrmüll SL	162,41	3.400	552.194	3.028,44	491.868,94
Sperrmüll LK Leipzig	162,41	3.200	519.712	3.959,34	673.036,38
<i>Gewerbeabfall Gesamt</i>		<i>1.500</i>	<i>157.235</i>	<i>1.229,34</i>	<i>103.913,05</i>
Gewerbeabfall MBA (inkl. Ämter SL)	162,41	500	81.205	121,74	19.727,04
Gewerbeabfall ZDC (inkl. Ämter SL)	76,03	1.000	76.030	1.107,60	84.186,01
<i>Sonstige Umsatzerlöse</i>		<i>0</i>	<i>3.000</i>	<i>0,00</i>	<i>3.449,23</i>
Verwaltungskosten + Mahngebühren	0,00	0	1.000	0,00	925,00
Verwaltungskostenumlage WEV	6,50	0	2.000	0,00	2.524,23

#### Ertragslage

Die Ergebnissituation des ZAW war im Jahr 2014 hauptsächlich von den Umsätzen aus der Abfallannahme (TEUR 18.879; Vorjahr: TEUR 18.593) geprägt. Der Verrechnungssatz gegenüber den Mitgliedern des Verbandes betrug unverändert EUR/t 162,41.

Die Restabfallmengen stiegen im Jahr 2014 gegenüber dem Vorjahr leicht an; die Sperrmüllmengen im Vergleich zum Vorjahr über 10 %. Dennoch werden größtenteils verwertbare Bestandteile des Sperrmülls, wie insbesondere Holz, bereits von den Verbandsmitgliedern aussortiert und einer preisgünstigen Verwertung zugeführt.

Im Bereich des Gewerbeabfalls ist das Gesamtaufkommen um 259 t gestiegen.

Für die von der WEV erbrachten Leistungen ist das vereinbarte Entgelt zu entrichten, das den Hauptaufwand des ZAW bildet (Betreiberentgelt TEUR 17.821; Vorjahr: TEUR 17.497). Die Differenz zwischen den Erlösen aus der Abfallannahme und dem Betreiberentgelt ist die Marge, die dem ZAW zur Deckung seiner Gesamtaufwendungen zur Verfügung steht.

Erlöse für Schrott aus der Verarbeitung der hoheitlichen Abfälle in Höhe von TEUR 295 mindern den Materialaufwand und beeinflussen somit das Jahresergebnis des Wirtschaftsjahres 2014 positiv.

Auf Grundlage der Vereinbarung zum Bürgschaftsentgelt zwischen ZAW und WEV vom 25./26. März 2013 wurde für das valutierte Bürgschaftsvolumen zum 31. Dezember 2013 (TEUR 25.477) im Geschäftsjahr 2014 ein Bürgschaftsentgelt in Höhe von TEUR 127 von der WEV vereinnahmt.

Erbbauzinsen wurden auf Grundlage der bestehenden Erbbaurechtsverträge unverändert in Höhe von TEUR 160 vereinnahmt.

Das Wirtschaftsjahr 2014 wird mit einem Gewinn in Höhe von TEUR 992 abgeschlossen und weicht damit vom geplanten Jahresergebnis um TEUR 411 ab. Hauptgrund für die sich ergebenden negativen Planabweichungen beim Jahresergebnis und Finanzmittelbestand ist die nicht erfolgte Realisierung der vorbehaltlich in Höhe von TEUR 800 geplanten Gewinnausschüttung der WEV. Positiv wirkten sich allerdings die Rückerstattung nicht verbrauchter Gerichtskosten von der Landesjustizkasse (TEUR 107) sowie die ergebniswirksame Auflösung von Rückstellungen für Prozesskosten (TEUR 135) aus.

#### **Personal**

Im Geschäftsjahr 2014 waren in der Geschäftsstelle des ZAW im Jahresdurchschnitt unverändert zum Vorjahr sechs Angestellte beschäftigt. Die Vergütung der Mitarbeiter erfolgt seit dem 1. Oktober 2005 nach TVöD.

Der Personalaufwand setzt sich wie folgt zusammen:

	2014	2013
	EUR	EUR
Gehälter	287.857,96	281.672,48
Soziale Aufwendungen	54.274,71	54.148,12

Die gebildete Rückstellung für Altersteilzeit beträgt zum 31. Dezember 2014 TEUR 115 (Vorjahr: TEUR 232).

#### **Vermögenslage**

Die Bilanzsumme hat sich zum 31. Dezember 2014 im Vergleich zum Vorjahr um TEUR 30 erhöht. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten werden auf der Passivseite nicht mehr ausgewiesen. Zudem sind die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen um TEUR 330 gesunken. Die Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern betragen TEUR 1.

Durch den Jahresgewinn 2014 (TEUR 992) hat sich das Eigenkapital des ZAW aus dem Vorjahr (TEUR 1.339) weiter positiv auf TEUR 2.331 entwickelt.



Im nachfolgenden Eigenkapitalspiegel ist die Entwicklung der einzelnen Posten dargestellt:

	Stand am 01.01.2014 EUR	Veränderung EUR	Stand am 31.12.2014 EUR
Allgemeine Rücklage	824.296,43	0,00	824.296,43
Andere Gewinnrücklage BilMoG	21.647,04	0,00	21.647,04
Gewinn	493.178,53	992.289,64	1.485.468,17
Summe Eigenkapital	1.339.122,00	992.289,64	2.331.411,64

Die Entwicklung der Rückstellungen stellt sich wie folgt dar:

	Stand am 01.01.2014 EUR	Verbrauch/ Auflösung EUR	Zuführung inkl. Zins EUR	Stand am 31.12.2014 EUR
Betreiberentgelt 2008	45.856,75	0,00	0,00	45.856,75
Altersteilzeit	231.582,00	123.040,92	6.546,92	115.088,00
Ausstehende Rechnungen	24.000,00	7.000,00	10.000,00	27.000,00
Jahresabschlussumwendungen	33.089,13	33.089,13	22.944,09	22.944,09
Archivierungskosten	19.515,33	0,00	0,00	19.515,33
Urlaub	3.582,27	3.582,27	6.110,35	6.110,35
Prozesskosten	595.081,69	590.081,09	0,00	5.000,60
Summe	952.707,17	756.793,41	45.601,36	241.515,12

Weiterhin prägten die Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen (TEUR 1.654; Vorjahr: TEUR 1.575), die Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen (TEUR 71; Vorjahr: TEUR 401) sowie die Verbindlichkeiten gegenüber Verbandsmitgliedern (TEUR 1; Vorjahr: TEUR 0) die Gesamtverbindlichkeiten.

Dem stehen das langfristige Anlagevermögen mit TEUR 1.935 (Vorjahr: TEUR 1.920) sowie im Wesentlichen die Forderungen gegen die Verbandsmitglieder aus Gebühren (TEUR 1.715; Vorjahr: TEUR 1.632) gegenüber.

Das langfristig verfügbare Vermögen ist zu 127,5 % (Vorjahr: 82,8 %) durch langfristig verfügbare Mittel gedeckt. Der ZAW hat TEUR 21 (Vorjahr: TEUR 12) in Software und Betriebs- und Geschäftsausstattung investiert. Hierbei wird auf eine notwendige Ersatzinvestition (Server) verwiesen.

#### Finanzlage

Die Finanzlage des ZAW ist in 2014 durchgängig positiv. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten bestehen nicht. Zum 31. Dezember 2014 betrug der Bestand an liquiden Mitteln TEUR 559 (Vorjahr: TEUR 627).

Die Geldanlagen des ZAW erfolgen ausschließlich in Form von Tagesgeldanlagen bei den Geschäftsbanken des ZAW.

Der Zweckverband verfügt im Wirtschaftsjahr 2014 über eine genehmigte Kassenkreditlinie von TEUR 2.000, die zum Bilanzstichtag nicht in Anspruch genommen war.

Der Cash Flow nach DVFA/SG beträgt im Wirtschaftsjahr 2014 TEUR 1.006 (Vorjahr: TEUR 1.035).

Der Finanzbedarf des Zweckverbandes kann nach § 11 der Verbandssatzung durch eine Kosten- bzw. Kapitalumlage seitens der Verbandsmitglieder gedeckt werden. Eine Umlage wurde bislang nicht erhoben.

Die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage hat sich zum Zeitpunkt der Lageberichterstattung gegenüber dem Berichtsjahr weiter verbessert.

Die Geschäftsleitung gibt sich mit der Entwicklung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage in 2014 zufrieden und sieht deren Entwicklung weiterhin positiv.

Durch ein geplantes und entsprechend konzipiertes Schulungsprogramm wird sichergestellt, dass alle Mitarbeiter, deren Tätigkeiten die Qualität der Dienstleistungen direkt oder indirekt beeinflussen, geeignet geschult, aus- und weitergebildet werden und somit über das Fachwissen verfügen, um die ihnen übertragenen Aufgaben qualitätsgerecht auszuführen.

#### **Qualitätsmanagement**

Im November 2014 wurde das 2. Überwachungsaudit nach dem Qualitätsmanagementsystem DIN EN ISO 9001:2008 erfolgreich durchgeführt. Das aktuelle Zertifikat ist bis Dezember 2015 gültig.

#### **Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres**

Der ZAW hat Ende 2012 eine Klage gegen den WEV-Mitgesellschafter SITA Ost GmbH & Co. KG beim Landgericht Leipzig eingereicht. Hintergrund ist die Verpflichtung der SITA gemäß Geschäftsanteilskauf- und Abtretungsvertrag vom 19. Juli 2001, der gemeinsamen Gesellschaft – der Westsächsischen Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV) – jährlich bis zu 150.000 Mg Abfälle an die Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA) anzuliefern. Dieser Verpflichtung ist die SITA trotz aller Initiativen des ZAW für eine vertragskonforme Lösung, insbesondere seit 2009, nicht nachgekommen. Aufgrund einer möglichen Verjährung ist daher fristwährend im Dezember 2012 die Klage für Ansprüche aus dem Geschäftsjahr 2009 eingereicht worden. Die SITA hat der Klage widersprochen. Die mündliche Verhandlung am Landgericht Leipzig fand im Oktober 2013 statt.

Im Dezember 2013 ist gleichfalls aus Gründen einer möglichen Verjährung Klage für Ansprüche aus dem Geschäftsjahr 2010 eingereicht worden. Die seitens des ZAW vorgeschlagene Verjährungsverzichtserklärung wurde von der SITA nicht abgegeben.

Mittels Beschluss der Gesellschafterversammlung der WEV mbH vom 13. Dezember 2012 wurde durch die Geschäftsführung der WEV der Vertrag über die Überlassung von Akquisitions- und Andienungsrechten sowie die Übernahme von Akquisitions- und Auslastungspflichten vom 16. Dezember 2005 mit dem Nachtrag Nr. 1 vom 28. Juni 2006 mit der SITA zum 31. Dezember 2012 gekündigt. Somit liegen bei der SITA wieder Mengenverpflichtungen für die MBA. Die SITA ist daraufhin mit separaten Schreiben des ZAW und der WEV zur Mengenerlieferung aufgefordert worden, welche die SITA ablehnte.

Mit Urteil vom 24. Januar 2014 wurde die Klage des ZAW durch das Landgericht abgewiesen.

In der 98. (außerordentlichen) Sitzung der Verbandsversammlung vom 19. Februar 2014 wurde das Urteil des Landgerichts Leipzig vom 24. Januar 2014 zum Klageverfahren gegen die SITA (Mengenverpflichtung für das Geschäftsjahr 2009) umfassend diskutiert. Die Klage des ZAW wurde abgewiesen. Nach Abwägung aller Aspekte einer Berufung wurde im Ergebnis einer Gesamtbewertung beschlossen, auf die Berufung zu verzichten und die Klage für das Geschäftsjahr 2010 zurückzunehmen. Die Verbandsversammlung hat zudem beschlossen, dass eine klageweise Geltendmachung der Forderung für das Geschäftsjahr 2013 (ab dem 1. Juli 2013) nach Würdigung des Urteils des Landgerichts Leipzig geboten sei, sofern bis Ende des III. Quartals 2014 keine andere, entscheidungserhebliche Sachlage eintritt.

Diese Frist (III. Quartal 2014) wurde mit Beschlüssen der Verbandsversammlung zunächst auf den 31. Januar 2015 und dann auf den 30. Juni 2015 verlängert.

Am 20. Oktober 2008 hat der ZAW die öffentlich-rechtliche Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Nordsachsen gekündigt. Die Kündigung liegt derzeit zur Genehmigung bei der Landesdirektion Sachsen. Am 29. Januar 2013 haben die Beteiligungsgesellschaften beider Körperschaften – WEV und Kreiswerke Delitzsch GmbH – eine Vergleichsvereinbarung unterzeichnet und die Zusammenarbeit bei der Verarbeitung der hoheitlichen Abfälle und Übernahme der heizwertreichen Fraktion bis 31. Dezember 2014 geregelt.

Die Verbandsversammlung hat in ihrer 102. Sitzung am 8. Dezember 2014 eine Neufassung der Verbandssatzung beschlossen. Die Genehmigung der Satzung durch die Landesdirektion Sachsen steht noch aus.

Die bis zur Genehmigung der neuen Satzung gültige Verbandssatzung des ZAW datiert vom 14. Juli 1993 in der Fassung von 12. April 1995, zuletzt geändert durch die 11. Änderungssatzung vom 8. Dezember 2008.

Um den im Laufe der Zeit geänderten abfallrechtlichen sowie kommunal- bzw. gemeinderechtlichen Bestimmungen umfänglich Rechnung zu tragen, war es sinnvoll, von weiteren „Satzungen zur Änderung der Verbandssatzung“ abzusehen und eine neue Satzung zu verabschieden.

Die neue Verbandssatzung berücksichtigt die aktuell gültigen Regelungen des Kreislaufwirtschaftsgesetzes vom 14. Februar 2012 sowie des Sächsischen Gesetzes über Kommunale Zusammenarbeit (SächsKomZG) in der Fassung vom 18. Dezember 2013.

Abschließend ist festzuhalten, dass das Geschäftsjahr 2014 innerhalb der vom Haushaltsplan vorgesehenen Parameter verlief. Die Erlöse lagen dabei zum Teil über den erwarteten Planzahlen. Die Geschäftsleitung ist mit dem Geschäftsverlauf zufrieden.

#### **4. Risikobericht**

##### **Risikomanagementsystem (RMS)**

Der ZAW hat im Rahmen des Qualitätsmanagementsystems in 2009 begonnen, ein eigenes Risikomanagementsystem zu erarbeiten. 2013 wurde das RMS des ZAW komplett überarbeitet. Es wird quartalsweise aktualisiert und über eine Änderungsmatrix fortgeschrieben. Es erfolgte die Inventarisierung der Risikofelder (Risikoidentifikation und -klassifikation) sowie zugehöriger Gegenmaßnahmen (Risikosteuerung und -bewältigung). Die erfassten Risiken wurden entsprechend festgelegter Skalierungen von Eintrittswahrscheinlichkeiten und Schadenhöhen bewertet (Risikobewertung).

Der ZAW muss externe und interne Risiken aus vielfältigen Bereichen identifizieren und bewältigen. Folgende Risikofelder wurden identifiziert:

- Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV
- Kredit- und Bürgschaftsrisiko
- Liquiditätsrisiko
- Risiken infolge Abfallmengenrückgang
- Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen.

Daneben stützt sich der ZAW weiterhin auf das Risikomanagement der WEV, da diese die Entsorgungsleistungen für den ZAW durch die mechanisch-biologische Behandlung bzw. Deponierung erbringt und die WEV im eigenen Namen und auf eigene Rechnung sowohl den Betrieb der mechanisch-biologischen Abfallbehandlungsanlage am Standort Cröbern als auch den Betrieb der Deponie durchführt. Die Überwachung des Risikomanagements der WEV erfolgt im Wesentlichen durch die Tätigkeiten von Vertretern der Organe des Zweckverbandes im Aufsichtsrat der WEV.

Im ZAW muss zwischen erheblichen Risiken, die aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV resultieren, und Risiken aus dem allgemeinen Geschäftsbetrieb unterschieden werden.

Zur wirtschaftlichen Lage des ZAW erfolgt jährlich durch die Landesdirektion Leipzig eine statistische Erhebung zum Frühwarnsystem kreisübergreifender Zweckverbände.

### **Risiken aus der wirtschaftlichen Beteiligung an der WEV**

Der ZAW hat die Werthaltigkeit der Beteiligung an der WEV auf der Grundlage einer für die WEV aufgestellten Langfristplanung gutachterlich überprüfen lassen. Infolgedessen war unter Berücksichtigung von in den Jahren 2010 bis 2012 durchgeführten Gewinnausschüttungen im Wirtschaftsjahr 2009 eine außerplanmäßige Abschreibung in Höhe von TEUR 3.925 auf den niedrigeren beizulegenden Wert von TEUR 499 vorzunehmen.

Die zugrunde gelegte Langfristplanung geht von einem Fortbestehen der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung mit dem Landkreis Nordsachsen aus.

Es besteht nach wie vor das latente Risiko, dass sich die veränderte Ertragsstruktur der WEV aufgrund von Unterauslastung der MBA bzw. Mindermengen bei der Direktablagerung bzw. signifikanten Marktpreisveränderungen verschlechtert und sich damit Auswirkungen auf den Beteiligungsansatz und damit auf einen wesentlichen Vermögensgegenstand des ZAW ergeben.

### **Kredit- und Bürgschaftsrisiko**

Der ZAW trägt gegenüber den Banken das Risiko für Kredite, die zwischen 1991 und 1998 für die Errichtung der Zentraldeponie Cröbern aufgenommen wurden. Das Risiko umfasst zum 31. Dezember 2014 einen Umfang von TEUR 22.850 (Vorjahr: TEUR 25.615).

Der ZAW hat im Zusammenhang mit der Finanzierung der MBA (Gesamt volumen Mio. EUR 52,5) Einredeverzicht nebst Mindestentgeltgarantie (quartalsmäßige Festbeträge in Höhe von Mio. EUR 1,7) erklärt.

Die WEV hat im Jahr 2005 und 2006 künftige Forderungen an den ZAW im Barwert von Mio. EUR 52,5 abgetreten.

### **Liquiditätsrisiko**

Zur Sicherstellung der Liquidität verfügt der ZAW über einen genehmigten Kassenkredit in Höhe von TEUR 2.000. Zudem profitiert der Zweckverband bei einer möglichen Inanspruchnahme der Kassenkreditlinie vom derzeit niedrigen Zinsniveau. Eine kurzfristige signifikante Erhöhung der Kontokorrentzinssätze wird nicht erwartet.

Zur Früherkennung von Liquiditätsrisiken stellt der ZAW einen Liquiditätsplan auf und schreibt diesen fort.

#### **Risiken infolge Abfallmengenrückgang**

Mit der Einführung der trockenen Wertstofftonne sowie der Biotonne könnte sich die Inputmenge in die MBA reduzieren.

Derzeit arbeitet der Gesetzgeber an einem untergesetzlichen Regelwerk zum KrWG, dieses ist noch nicht verabschiedet (Wertstoffgesetz, Novellierung Gewerbabfallverordnung).

#### **Risiken durch Änderungen der abfallrechtlichen Rahmenbedingungen**

Gemäß §17 KrWG besteht eine Überlassungspflicht für hoheitliche Abfälle. Eine Änderung der gesetzlichen Rahmenbedingungen könnte zu einem Mengenrückgang führen. Eine Änderung der Überlassungspflicht scheint momentan ausgeschlossen.

### **5. Chancenbericht**

Grundsätzlich ergeben sich für den Verband auch Chancen für seine weitere Entwicklung, unter anderem durch mögliche weitere Aufgabentransferenzen seiner Mitglieder. Dies wird im Rahmen eines Strategieprozesses zwischen dem Verband und seinen Mitgliedern erörtert.

Bei steigenden Entsorgungsmengen (weitere positive Bevölkerungsentwicklung insbesondere in der Stadt Leipzig) bzw. einem möglichen Abbau bestehender Überkapazitäten an Behandlungsanlagen (z. B. MVA) könnten sich die Entsorgungsmengen an hoheitlichen bzw. gewerblichen Abfällen erhöhen.

### **6. Prognosebericht**

Der ZAW hat im Jahr 2009 sein Abfallwirtschaftskonzept fortgeschrieben, das mit Beschluss der Maßnahmesatzung am 6. April 2009 in seinem Maßnahmeteil für verbindlich erklärt wurde. Das Abfallwirtschaftskonzept weist anhand von Trendeinschätzungen nach, dass während der Gültigkeit dieses Konzeptes bis 2014 kein weiterer Bedarf zur Errichtung von Entsorgungsanlagen besteht.

Die Entsorgungssicherheit im Verbandsgebiet ist langfristig mit den Entsorgungsanlagen ZDC und MBA Cröbern, die hochmodern nach Stand der Technik ausgeführt sind und allen geltenden gesetzlichen Anforderungen genügen, gewährleistet. Das entbindet den ZAW nicht von seiner Pflicht, die Organisation der Abfallwirtschaft laufend an die sich verändernden abfallrechtlichen Rahmenbedingungen anzupassen.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde das bisher gültige Abfallwirtschaftskonzept (2009 bis 2014) fortgeschrieben. Die Verbandsversammlung hat sich im Vorfeld dafür ausgesprochen, ein gemeinsames AWK mit der Stadt Leipzig zu erarbeiten und mit Auslaufen des derzeit gültigen AWK des Landkreises Leipzig (2013 bis 2018) das gemeinsame AWK auf den Landkreis Leipzig zu erweitern.

Nach der Vorstellung/Behandlung des AWK im Fachausschuss Umwelt und Ordnung und im Betriebsausschuss Stadtreinigung Leipzig erfolgt die Vorstellung in der Verbandsversammlung im II. Quartal 2015 mit anschließender Beschlussfassung des Maßnahmeteils des AWK (Maßnahmesatzung).

Der ZAW kann für das Verbandsgebiet künftig von einem relativ stabilen Abfallaufkommen ausgehen. Einflussfaktoren auf die Mengenentwicklung haben die Bevölkerungsentwicklung für die Stadt Leipzig und den Landkreis Leipzig insgesamt und mögliche Mengenrückgänge an Restabfällen für die MBA durch gesetzgeberische Maßnahmen (z. B. Wertstoffgesetz).

Die Geschäftsleitung hat für das Geschäftsjahr 2015 ein in Höhe von TEUR 406 positives Ergebnis geplant. In den Folgejahren ist weiterhin mit positiven Jahresergebnissen zu rechnen.

## **7. Nachtragsbericht**

Nach Schluss des Geschäftsjahres haben die Gespräche mit der SITA zu einem konkreten Sachstand und somit zu einer entscheidungserheblichen Sachlage geführt, der die Gremien des ZAW in die Lage versetzt, eine entsprechende Beschlussfassung herbeizuführen. Die Beschlussfassung wird unter Beachtung der Frist (30. Juni 2015) im II. Quartal 2015 erfolgen – siehe sonstige wichtige Vorgänge.

Großpösna, den 20. April 2015

Heiko Rosenthal  
Verbandsvorsitzender

André Albrecht  
Geschäftsleiter



# Beteiligungsbericht 2014

des

Zweckverbandes Abfallwirtschaft  
Westsachsen



Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen  
Am Westufer 3  
04463 Großpösna / OT Störmthal  
Tel./Fax: 034299 / 705-0, -22  
Email: [info@zaw-sachsen.de](mailto:info@zaw-sachsen.de)  
Homepage: [www.zaw-sachsen.de](http://www.zaw-sachsen.de)





## Vorwort

Auf der Grundlage von § 99 Sächsische Gemeindeordnung hat der ZAW der Verbandsversammlung einen Bericht über seine wirtschaftliche Beteiligung, insbesondere über die Entwicklung seiner Gesellschaft vorzulegen und diesen zu veröffentlichen. Der Beteiligungsbericht soll einen detaillierten Einblick in die wirtschaftlichen Daten der Gesellschaft gewähren und damit einen Beitrag zur Transparenz sowie zur Verbesserung von Steuerung und Kontrolle leisten.

Der Beteiligungsbericht wendet sich in erste Linie an die maßgeblichen Entscheidungsträger, für die er ein wichtiges Arbeitsinstrument im Rahmen der Beschlussfassung darstellt. Darüber hinaus soll er interessierten Einwohnern des Verbandsgebietes als Nachschlagewerk dienen.

Der Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen (ZAW) ist mehrheitlich an dem privatwirtschaftlichen Unternehmen Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH (WEV) beteiligt. Der ZAW ist gemäß dem Sächsischen Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz (SächsABG) öffentlich – rechtlicher Entsorgungsträger und für bestimmte Aufgaben auf dem Gebiet der Abfallwirtschaft per Gesetz zuständig.

Einen Teil dieser Aufgaben hat er vertraglich auf die WEV übertragen, hauptsächlich die Planung, Errichtung und Betreibung der Entsorgungsanlagen. Mit der Beauftragung einer privaten Gesellschaft ist der ZAW jedoch keinesfalls von der Pflicht und seiner Verantwortung für eine dauerhafte Erfüllung seiner Aufgaben entbunden. Die Verbandsversammlung soll sich anhand des Beteiligungsberichtes einen Überblick über die ordnungsgemäße und rechtskonforme Erfüllung der an die WEV übertragenen Aufgaben verschaffen.

Die WEV wirkt schwerpunktmäßig an der Umsetzung des Abfallwirtschaftskonzeptes des ZAW in die Praxis mit. Die Tätigkeit der WEV wird insbesondere von den geltenden abfallrechtlichen Rahmenbedingungen beeinflusst.

Grundlage des vorliegenden Beteiligungsberichtes 2014 bildet der geprüfte Jahresabschluss der WEV einschließlich des Lageberichts der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2014.

Großpösna, den 27.04.2015

A handwritten signature in green ink, appearing to read 'H. Rosenthal'.

**Heiko Rosenthal**  
Verbandsvorsitzender

A handwritten signature in blue ink, appearing to read 'André Albrecht'.

**André Albrecht**  
Geschäftsleiter



## Inhaltsverzeichnis

Vorwort.....	2
Inhaltsverzeichnis.....	3
1 Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur.....	4
2 Einzeldarstellung der WEV.....	5
2.1 Allgemeine Angaben zur WEV.....	5
2.2 Organe der Gesellschaft.....	6
2.2.1 Gesellschafterversammlung.....	6
2.2.2 Aufsichtsrat.....	6
2.2.3 Geschäftsführung.....	7
3 Allgemeines.....	7
3.1 Ertragslage.....	8
3.2 Vermögenslage.....	9
3.3 Finanzlage.....	11
3.3.1 Bürgschaften / Kredite.....	11
3.3.2 Erbbaurechtsverträge.....	11
3.3.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung.....	11
3.3.4 Investitionstätigkeit.....	12
4 Entwicklung der Unternehmensbereiche.....	12
4.1 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge.....	13
4.2 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres.....	14
4.3 Qualitätsmanagement.....	14
5 Risikobericht.....	15
5.1 Risikomanagementsystem.....	15
5.2 Risiken.....	15
5.3 Prognosebericht.....	16
Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen.....	17
Tabellenverzeichnis.....	18
Abkürzungsverzeichnis.....	18



# 1 Beteiligung des ZAW im Überblick / Externe Struktur



Die vorangestellte Abbildung zeigt die strukturelle Verflechtung zwischen ZAW und WEV. Der ZAW besteht aus den Verbandsmitgliedern Stadt und Landkreis Leipzig. Das Territorium des ZAW erstreckt sich auf 1.944 km<sup>2</sup> mit 794.937 Einwohnern (Stand: 31.08.2014, Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen).



## 2 Einzeldarstellung der WEV

### 2.1 Allgemeine Angaben zur WEV

**Adresse:** Am Westufer 3  
04463 Großpösna / OT Störmthal

**E-Mail:** info@wev-sachsen.de  
**Homepage:** www.wev-sachsen.de

**Gründungsjahr:** 1991

#### **Unternehmensgegenstand / -zweck:**

Gegenstand des Unternehmens sind die Planung, der Bau und der Betrieb von Verwertungs- und Beseitigungsanlagen, vorrangig in der Region Westsachsen im Verbandsgebiet des ZAW. Hierzu gehört auch die Erfüllung aller sonstigen Aufgaben im Bereich der Abfallwirtschaft, sofern sie der Erfüllung des Unternehmensgegenstandes dienen.

**Rechtsform:** GmbH

#### **Stammkapital und Gesellschafter:**

Das Stammkapital beträgt € 1.000.000,00 und ist eingeteilt in Geschäftsanteile in Höhe von € 170.000,00, € 340.000,00 und € 490.000,00.

Die Geschäftsanteile verteilen sich wie folgt:

Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen	510.000,00 €	51,0 %
SITA Ost GmbH & Co. KG	490.000,00 €	49,0 %



## 2.2 Organe der Gesellschaft

### 2.2.1 Gesellschafterversammlung

Bis April 2014 bestand die Gesellschafterversammlung aus Herrn Burkhard Jung, dem Oberbürgermeister der Stadt Leipzig und Verbandsvorsitzenden des ZAW, sowie Frau Beate Ibiß, Geschäftsführerin der SITA Ost GmbH & Co. KG.

Seit Mai 2014 setzt sich die Gesellschafterversammlung aus Herrn Heiko Rosenthal, dem Bürgermeister für Umwelt, Ordnung und Sport der Stadt Leipzig und Verbandsvorsitzenden des ZAW, sowie Herrn Peter Pester, Geschäftsführer der SITA Mitte GmbH & Co. KG, zusammen.

### 2.2.2 Aufsichtsrat

Die Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2014 waren:

Name	ausgeübte Tätigkeit
Herr Dr. Gey, Gerhard Vorsitzender	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Groß, Oliver 1. stellv. Vorsitzender	Geschäftsführer SITA Deutschland GmbH
Herr Rosenthal, Heiko 2. stellv. Vorsitzender	Beigeordneter / Bürgermeister Stadt Leipzig, Dez. III Umwelt, Ordnung, Sport
Herr Albrecht, André	Geschäftsleiter ZAW
Frau Ibiß, Beate (bis 17.03.2014)	Geschäftsführerin SITA Ost GmbH & Co. KG
Frau Dr. Berkner, Ingrid (ab 18.03.2014)	Manager Tender Office SITA Service GmbH
Herr Engelmann, Reiner	Lehrer Verbandsrat ZAW
Herr Georgi, Peter (bis 30.06.2014)	Kreisrat Verbandsrat ZAW
Herr Meissner, Jens (ab 01.07.2014)	Amtsleiter des Amts für Abfallwirtschaft Landkreis Leipzig
Herr Müller, Nicolas	Leiter Rechtsabteilung SITA Deutschland GmbH
Herr Grimm, Oliver (bis 26.03.2014)	Geschäftsführer SITA Süd GmbH
Herr Pester, Peter (ab 27.03.2014)	Geschäftsführer SITA Mitte GmbH & Co. KG
Herr Fiedler, Jörg	Angestellter / Arbeitnehmervertreter WEV mbH

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2014





### 2.2.3 Geschäftsführung

Geschäftsführer der WEV im Berichtsjahr war Herr Dipl.-Ing. Bernd Beyer.

## 3 Allgemeines

Der Jahresabschluss zum 31. Dezember 2014 wurde von der

Roser GmbH  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft  
Steuerberatungsgesellschaft  
Niederlassung Leipzig  
Petersstr. 39/41  
04109 Leipzig

geprüft. Die Abschlussprüfung führte zu keinen Einwendungen.

Risiken, die die Entwicklung der Gesellschaft wesentlich beeinträchtigen können, wurden bei der Abschlussprüfung festgestellt und im Prüfbericht angeführt:

- Auslastungs- und Preisrisiken in Bezug auf die MBA (langfristig),
- Mengenrisiken in Bezug auf die ZDC,
- Zinsrisiken und langfristige Prognoseunsicherheit.



### 3.1 Ertragslage

Die WEV kann ergebnisseitig auf ein erfolgreiches Geschäftsjahr 2014 zurückblicken. Sie verbucht ein Jahresergebnis in Höhe von 1.175 T€ und schließt damit das Geschäftsjahr etwas niedriger ab als geplant.

Im Geschäftsjahr 2014 wurde ein Umsatz in Höhe von 36,1 Mio. € erwirtschaftet (im Vorjahr: 33,0 Mio. €). Die Umsatzsteigerung basiert im Wesentlichen auf höheren Abfallmengen der Deponie im Vorjahresvergleich.

Die wichtigsten GuV-Daten, einschließlich der zwei vorangegangenen Jahre, sind nachfolgend überblicksmäßig aufgezeigt, die Darstellung folgt der handelsrechtlichen Gewinn- und Verlustrechnung.

(in T€)	2014 Ist	2014 Plan	2013	2012
Umsatzerlöse	36.064	30.410	33.019	29.998
Sonstige betriebliche Erträge	2.154	1.222	4.286	2.104
<b>Gesamtleistung</b>	<b>38.218</b>	<b>31.632</b>	<b>37.305</b>	<b>32.102</b>
Materialaufwand	-11.213	-9.502	-12.261	-10.386
Personalaufwand	-3.914	-4.067	-3.929	-4.081
Abschreibungen	-11.106	-9.909	-10.331	-10.309
Sonstige betriebliche Aufwendungen einschl. Zinsergebnis	-10.128	-6.653	-7.682	-6.923
<b>Betriebliches Ergebnis</b>	<b>1.857</b>	<b>1.501</b>	<b>3.102</b>	<b>403</b>
Steuern	-682	-219	-739	-219
<b>Jahresergebnis</b>	<b>1.175</b>	<b>1.282</b>	<b>2.363</b>	<b>184</b>
Vortrag aus Vorjahr	2.363	2.363	699	515
Gewinnausschüttung			-699	
<b>Bilanzgewinn/-verlust</b>	<b>3.538</b>	<b>3.645</b>	<b>2.363</b>	<b>699</b>

Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2014

Die erzielten **Gesamtumsatzerlöse** belaufen sich auf 36.064 T€ und sind damit 18,6% höher als geplant. Der deutliche Umsatzanstieg wird von den mengenbedingten Mehrerlösen im Bereich der Direktanlagerung getragen.

Der Anstieg beim **Materialaufwand** ist u.a. auf höhere Aufwendungen für Reparaturen und Instandhaltungen, Behandlung von Schwergut, Entsorgung von Sickerwasser und für die geotechnische Überwachung und Vermessung zurückzuführen.

Die **Abschreibungen** auf das Anlagevermögen liegen über den Planwerten. Hauptursache sind gestiegene Leistungsabschreibungen auf den Deponiekörper Cröbern.

Der **Personalaufwand** liegt leicht unter dem Vorjahr und weist eine gesunkene Personalkostenquote von 10,7% aus.



Die durchschnittliche Zahl der beschäftigten Arbeitnehmer des Geschäftsjahres 2014 beträgt 95 (im Vorjahr: 100). Davon sind 37 Angestellte (im Vorjahr: 40) und 58 Arbeitnehmer (im Vorjahr: 60).

### 3.2 Vermögenslage

Die nachfolgende Tabelle zeigt die Bilanzdaten der WEV zum Stichtag 31. Dezember 2014.

#### AKTIVA (in T€)

	2014 Ist	2014 Plan	2013	2012
<b>Anlagevermögen</b>	<b>73.037</b>	<b>77.114</b>	<b>83.636</b>	<b>93.225</b>
Immaterielles Vermögen	213		211	25
Sachanlagen	72.811		83.419	93.194
Finanzanlagen	12		7	7
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>43.367</b>	<b>28.909</b>	<b>34.289</b>	<b>29.103</b>
Vorräte, Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	4.173	4.049	5.699	4.135
Wertpapiere / liquide Mittel	39.194	24.860	28.591	24.968
<b>Aktive RAP</b>	<b>367</b>	<b>613</b>	<b>403</b>	<b>445</b>
<b>Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensrechnung</b>	<b>34</b>	<b>58</b>	<b>51</b>	<b>58</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>116.805</b>	<b>106.694</b>	<b>118.379</b>	<b>122.831</b>

#### PASSIVA (in T€)

	2014 Ist	2014 Plan	2013	2012
<b>Eigenkapital</b>	<b>23.434</b>	<b>21.361</b>	<b>22.259</b>	<b>20.594</b>
Gezeichnetes Kapital	1.000	1.000	1.000	1.000
Rücklagen	18.896	18.895	18.896	18.896
Bilanzgewinn / -verlust	3.538	1.466	2.363	699
<b>Sonderposten m. RL-anteil</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>48.712</b>	<b>42.039</b>	<b>45.223</b>	<b>45.029</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>25.242</b>	<b>24.027</b>	<b>27.733</b>	<b>30.240</b>
<b>Passive RAP</b>	<b>17.207</b>	<b>17.207</b>	<b>20.485</b>	<b>24.667</b>
<b>Passive latente Steuern</b>	<b>2.210</b>	<b>2.060</b>	<b>2.679</b>	<b>2.300</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>116.805</b>	<b>106.694</b>	<b>118.379</b>	<b>122.831</b>

Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2014





Die **Bilanzsumme** verminderte sich im Vergleich zum Vorjahr um 1,3% auf 116.805 T€. Das Anlagevermögen verminderte sich abschreibungsbedingt.

Die WEV verfügt am 31. Dezember 2014 über bilanzielles **Eigenkapital** in Höhe von 23.434 T€.

Die Veränderung zu 2013 ergibt sich aus dem Jahresüberschuss 2014 (1.175 T€).

Die nachfolgende Tabelle zeigt die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen.

	2014	2013	2012	Maßeinheit
<b>Vermögenssituation</b>				
Anlagenintensität	62,5	70,7	75,9	%
Änderung des Anlagevermögens	87,3	89,7	90,9	%
<b>Kapitalstruktur</b>				
Eigenkapitalquote	20,1	18,8	16,8	%
Fremdkapitalquote	79,9	81,2	83,2	%
<b>Liquiditätskennzahlen</b>				
Liquidität 1.Grades	337,6	211,2	174,2	%
Liquidität 2.Grades	377,0	256,6	206,5	%
working capital	29.225	17.926	11.086	T€
<b>Rentabilität</b>				
Eigenkapitalrendite	5,0	10,6	0,9	%
Gesamtkapitalrendite	7,3	6,0	3,7	%
<b>Geschäftserfolg</b>				
Umsatzrentabilität	9,8	7,2	0,6	%
Pro-Kopf- Umsatz	379,6	330,2	294,1	T€
<b>Kennzahlen der Personalwirtschaft</b>				
Beschäftigte	95	100	102	MA
Personalaufwandsquote	10,7	11,7	13,6	%

Tabelle 4: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2012– 2014



### 3.3 Finanzlage

Die Finanzlage stellt sich gegenüber dem Vorjahr verbessert da.

Der Bestand an liquiden Mitteln hat sich im Verlauf des Wirtschaftsjahres von 28,6 Mio. € auf 39,2 Mio. € erhöht. Die vorhandenen Finanzmittel wurden zur planmäßigen Tilgung von Altkrediten in Höhe von 2,8 Mio. € (Vorjahr: 3,1 Mio. €) und zur Finanzierung der Investitionen verwendet.

In 2014 wurden entsprechend der abgeschlossenen Forfaitierungsverträge 3,3 Mio. € (im Vorjahr: 4,2 Mio. €) des passiven Rechnungsabgrenzungsposten getilgt.

Im Geschäftsjahr 2014 erfolgte keine Ausschüttung an die Gesellschafter.

#### 3.3.1 Bürgschaften / Kredite

Der ZAW hat zur Besicherung von Verbindlichkeiten der WEV Ausfallbürgschaften und Schuldbeiträge übernommen, die sich wie in der unten dargestellten Tabelle entwickeln. Außerdem hat der ZAW Kredite für die MBA Cröbern in einer Gesamthöhe von 52,5 Mio. € über Forfaitierung mit Einredeverzichtserklärung abgesichert.

Übersicht zum 31.12.	2011	2012	2013	2014	2015	2016
Bestand in T€ (alle Kreditinstitute)	32.744	28.580	25.477	<b>22.727</b>	19.977	17.227

Tabelle 5: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten

#### 3.3.2 Erbbaurechtsverträge

Die WEV entrichtete 2014 Erbbauzinsen in Höhe von 155 T€ an den ZAW.

Zentraldeponie Cröbern	140 T€
Deponie Seehausen	8 T€
Deponie Groitzsch-Wischstauden	7 T€

#### 3.3.3 Dienstleistungsvertrag / Entgeltvereinbarung

Gemäß § 1 Dienstleistungsvertrag betreibt bzw. unterhält die WEV im Auftrag des ZAW die MBA und Zentraldeponie Cröbern sowie die Deponien Seehausen und Groitzsch-Wischstauden nach Maßgabe der behördlichen Zulassungen und der einschlägigen abfall- und umweltrechtlichen Vorschriften. Abfälle, die dem öffentlich-rechtlichen Entsorgungsträger ZAW überlassen werden, sind der WEV zur Behandlung, Verwertung und Ablagerung als beauftragter Dritter im Sinne von § 17 KrWG zu übergeben.

Gemäß § 10 Dienstleistungsvertrag erhält die WEV vom ZAW für die Entsorgung der Abfälle und alle dafür erforderlichen Leistungen ein Entgelt entsprechend Entgeltvereinba-



rung. Das Entgelt zur Abfallbehandlung in der MBA in 2014 betrug 130,99 €/t zzgl. Mehrwertsteuer.

### **3.3.4 Investitionstätigkeit**

Im Wirtschaftsjahr 2014 wurden Investitionen in Höhe von 1,8 Mio. € (Vorjahr: 1,0 Mio. €) getätigt.

Die wesentlichen Investitionen betreffen den Bau einer Photovoltaikanlage, Bau- und Lieferleistungen einer zusätzlichen Ausgangswaage, der Ersatz bzw. die Erweiterung vorhandener Software und Lizenzen, den Ersatz von EDV-Technik, die Erweiterung des Gasfassungssystems, Planungsleistungen im Zusammenhang mit dem geplanten Weiterbau der Deponie und den Austausch von Fahrzeugtechnik. Darüber hinaus wurden diverse Geräte und Ausrüstungen angeschafft.

## **4 Entwicklung der Unternehmensbereiche**

### **Zentraldeponie Cröbern (ZDC)**

In Jahr 2014 betrug die abgelagerte Gesamtabfallmenge 556,2 Tt (im Vorjahr: 437,9 Tt). Die Gesamtablagerungsmenge teilt sich auf in 69,6 Tt Rottegut aus der MBA, abgelagerte DK-II Abfälle 176,6 Tt, abgelagerte DK III – Abfälle 99,3 Tt und 210,7 Tt Technologisches Baumaterial (TBM). Seit Beginn des Abfalleinbaubetriebes sind somit 10.029,0 Tt (im Vorjahr: 9.472,8 Tt) abgelagert worden. Als besonderes Jubiläum wurde im Dezember 2014 die 10 Millionste Tonne Abfall auf der ZDC abgelagert. Der Verfüllungsgrad zum 31. Dezember 2014 betrug 59,32 % (Gesamtkapazität ZDC 12,06 Mio. m<sup>3</sup>).

### **Mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage (MBA)**

Im Jahr 2014 wurden 181,0 Tt (im Vorjahr: 168,6 Tt) durch die Anlage im 1-Schicht-Betrieb verarbeitet.

### **Altdeponien Seehausen (DSH) und Groitzsch-Wischstauden (DGW)**

Die Bautätigkeit für die Errichtung eines endgültigen Oberflächenabdichtungssystems wurde bei der Altdeponie DSH im Jahr 2014 abgeschlossen. Derzeitig wird die Abnahme der Bauleistung durch die WEV und Genehmigungsbehörde vorbereitet.

Die Ausschreibung für die Altdeponie DGW, zum Bau der endgültigen Oberflächenabdichtung, ist für das Jahr 2015 geplant. Ab 2014 wurden hierzu Massen zur Realisierung der Ausgleichs- und Tragschicht in geringen Umfang angenommen.

Die gemäß Nachsorgeplan für die Stilllegungsphase durchzuführenden Arbeiten (Sickerwasserfassung und -ableitung einschließlich Monitoring, Grundwassermonitoring, Oberflächenwasserableitung, Wirkkontrollen des Gasfassungssystems usw.) für die beiden Altdeponiestandorte DSH und DGW wurden planmäßig durchgeführt und verliefen ohne besondere Vorkommnisse.



#### 4.1 Rückstellungen für Rekultivierung und Nachsorge

##### Zentraldeponie Cröbern

Die Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge wurden bis zum Ende des Nachsorgezeitraums im Jahr 2060 unter Berücksichtigung der Kapazität und der vorliegenden Erkenntnisse zu den Nachsorgekosten gebildet. Zum Stichtag 31. Dezember 2014 beträgt die Rückstellung für Rekultivierung und Nachsorge für die ZDC 33.677 T€ (im Vorjahr: 29.124 T€).

##### Deponie Seehausen

Die Deponie Seehausen wurde am 30. Juni 2004 stillgelegt. Der Bilanzansatz für Rekultivierung und Nachsorge der Deponie Seehausen für den Zeitraum bis zum Jahr 2037 unter Berücksichtigung der Prognose für die Deponiegasverstromung sowie der alternativen Oberflächenabdichtung beträgt 5.484 T€ (im Vorjahr: 6.954 T€).

##### Deponie Groitzsch-Wischstauden

Für die Rekultivierung und Nachsorge der bereits im Oktober 2000 vollständig verfüllten Deponie sind bis zum 31. Dezember 2014 Rückstellungen für den Zeitraum bis zum Jahr 2032 für das Altfeld in Höhe von 1.318 T€ (im Vorjahr: 1.276 T€) und für das Neufeld in Höhe von 3.746 T€ (im Vorjahr: 3.806 T€) unter Berücksichtigung der alternativen Oberflächenabdichtung ausgewiesen.

	2012	2013	2014
Zentraldeponie Cröbern	25.927	29.124	33.677
Deponie Seehausen	8.739	6.954	5.484
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Neufeld	3.583	3.806	3.746
Deponie Groitzsch- Wischstauden - Altfeld	1.244	1.276	1.318
<b>Gesamt</b>	<b>39.493</b>	<b>41.160</b>	<b>44.225</b>

Tabelle 6: Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2012-2014





#### **4.2 Sonstige wichtige Vorgänge des Jahres**

Die Betriebsprüfung durch das Finanzamt für die Jahre 2008 bis 2010 wurde im Jahr 2014 fortgeführt und hat zur Konkretisierung der vorläufigen Prüfungsfeststellungen bzw. weiteren Anfragen der Finanzverwaltung geführt.

Die WEV hat ihre Rechtsauffassungen umfassend vorgetragen. Eine Abschlussbesprechung fand bislang nicht statt. In Abstimmung mit dem beauftragten Steuerberater wurden aufgrund der jeweiligen Sachverhaltseinschätzung im Jahresabschluss keine Risikovorsorgen getroffen.

Wie bereits im Vorjahr hat die WEV nach Aufforderung durch den ZAW die SITA zur Leistung aus einer Bring-or-pay Verpflichtung, diesmal für die Jahre 2014 und 2015, aufgefordert. Entsprechende Ansprüche wurden durch die SITA bestritten. Gegen Ende des Jahres 2014 wurde mit einem Mediationsprozess begonnen.

Im Jahr 2014 wurde mit der Kreiswerke Delitzsch GmbH (KWD) eine Vergleichsvereinbarung zum laufenden Vertrag über die Restabfallentsorgung abgeschlossen. Die Auslegung der vereinbarten Entgeltanpassung war aufgrund verschiedener Interpretationen der Vertragsparteien strittig und wurde durch den Vergleich geregelt.

Im Jahr 2014 wurde durch Optionsausübung der Vertrag über die Verwertung der heizwertreichen Fraktion aus vorbehandelten Abfällen durch die Kreiswerke Delitzsch GmbH um fünf Jahre verlängert.

#### **4.3 Qualitätsmanagement**

Die WEV wurde auch 2014 als Entsorgungsfachbetrieb nach § 56 KrWG und nach DIN EN ISO 9001:2008 zertifiziert.



## **5 Risikobericht**

### **5.1 Risikomanagementsystem**

Die WEV hat ein Risikofrüherkennungssystem implementiert und dokumentiert, welches unter Einbeziehung aller Fachbereiche die Geschäftsleitung über wesentliche Veränderungen der Risiken unterrichtet und bei der Bewertung der Risiken unterstützt. Es wird mindestens einmal jährlich eine Risikoinventur durchgeführt.

### **5.2 Risiken**

#### **Marktrisiken**

Wie bereits im Vorjahr festgestellt, hat sich die wirtschaftliche Situation auf Grund stagnierender Abfallmengen auf niedrigem Niveau konsolidiert. In der Branche wird weiterhin davon ausgegangen, dass sich die Abfallmengen auf dem bestehenden Niveau stabilisieren. Für das Jahr 2015 werden keine steigenden Abfallmengen erwartet.

#### **Vertragsrisiken**

Bei der Landesdirektion liegt weiterhin eine zur Genehmigungserteilung vorgelegte Kündigung der öffentlich-rechtlichen Zweckvereinbarung vor. Es besteht das Risiko, dass die Landesdirektion Leipzig über eine Zustimmung oder Ablehnung entscheidet. Da die öffentlich-rechtliche Zweckvereinbarung Grundlage für mehrerer langfristige Verträge der WEV ist, können Auswirkungen auf den Fortbestand dieser Verträge nicht ausgeschlossen werden, so dass sich daraus beispielsweise ein Wegfall von MBA-input ergeben könnte. Bei Eintritt dieses Risikos ist von einer wesentlichen Beeinträchtigung der Ertragslage auszugehen.

#### **Zins- und Derivatrisiken**

Aufgrund der Ansparung von liquiden Mitteln zur Erfüllung der künftigen Rekultivierungs- und Nachsorgeverpflichtung besteht eine Abhängigkeit von den am Kapitalmarkt zu erzielenden Renditen für sichere Geldanlagen.

Ein weiteres Risiko ist die Abweichung von der angenommenen Preissteigerungsrate bei der Rückstellungsbildung. Sollten sich jeweils höhere Teuerungsraten ergeben, müssen die Unterschiedsbeträge aus dem laufenden Ergebnis zugeführt werden.

#### **Liquiditäts- und Bonitätsrisiko**

Die Geldanlagen erfolgen ausschließlich in festverzinslichen Termingeldern bei deutschen Geschäftsbanken.

Das Bonitätsrisiko von Kunden wird durch ein präventives Risikomanagement, die Absicherung des Ausfallrisikos von Forderungen durch einen Warenkreditversicherer bzw. durch Bankbürgschaften sowie ein Mahnwesen begrenzt.

Die Anforderung von Sicherheitsdienstleistungen durch die Landesdirektion Sachsen kann zur Reduzierung der frei verfügbaren Finanzmittel führen und für künftige Investitionen, abhängig vom Investitionszeitpunkt, die bisher nicht geplante Aufnahme von Fremdmitteln erforderlich machen.



### **Steuerrisiko**

Die Prüfung der Einsprüche der WEV zu den Prüfungsfeststellungen der Betriebsprüfung der Jahre 2004 bis 2007 wurden auch im Jahr 2014 nur teilweise abgeschlossen. Bezüglich einer Prüfungsfeststellung ist eine Klage weiterhin anhängig. Zu einer weiteren Prüfungsfeststellung wurde zwischen dem Finanzamt und der WEV das Ruhelassen der Einspruchsentscheidung vereinbart.

Zu den vorläufigen Prüfungsfeststellungen der Betriebsprüfungen der Jahre 2008 bis 2010 wurde die Sachverhaltseinschätzung der WEV bzw. deren steuerlicher Berater dem Finanzamt mitgeteilt. Eine Würdigung dieser Sachverhaltseinschätzung durch das Finanzamt fand bis zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresabschlusses 2014 nicht statt.

Aufgrund der komplexen Sachverhalte ist es auch künftig nicht auszuschließen, dass im Rahmen von Betriebsprüfungen unterschiedliche Auffassungen bestehen.

### **Produkt- und Umweltschutzrisiken**

Durch einen externen Berater wurde eine umfassende Bewertung von Umweltrisiken nach Umweltschadensgesetz für Anlagen und Standorte der WEV mbH durchgeführt. Es wurden potentielle Schadensereignisse hinsichtlich Schadensausmaß und Eintrittswahrscheinlichkeit analysiert.

Die Risiken der Altdeponien wurden durch Übertragung durch die WEV übernommen und sind nicht weiter beeinflussbar. Das Risiko am Deponiestandort Groitzsch-Wischstauden wird nach Abschluss der Oberflächenabdichtung zurückgehen.

Bei den übrigen Risiken wurde eingeschätzt, dass die WEV ihnen ein ausreichendes Sicherungskonzept entgegensetzt.

Für Haftungsrisiken und Schadensfälle wurden Versicherungen fortgeführt, um die möglichen Folgen von im Unternehmen bleibenden Risiken in Grenzen zu halten bzw. sie ganz auszuschließen.

## **5.3 Prognosebericht**

Im Lagebericht zum 31. Dezember 2013 wurde für das Geschäftsjahr 2014 ein niedriger Jahresüberschuss gegenüber dem Geschäftsjahr 2013 prognostiziert. Das Jahresergebnis 2014 entsprach der Vorjahresprognose, wobei unterschiedliche Entwicklungen zu dem erzielten Jahresüberschuss beigetragen haben.

Der seit längerem bestehende Preisdruck auf Entsorgungsunternehmen wird auch im Jahr 2015 anhalten. Diese Entwicklungstrends werden in der Wirtschaftsplanung berücksichtigt. Weiterhin bestehen auf mittelfristige und langfristige Sicht erhebliche Prognoseunsicherheiten in Bezug auf die Mengen- und Preisentwicklung der ZDC, bedingt auch durch mögliche Änderungen bei den gesetzlichen und politischen Rahmenbedingungen. Zinsen und Teuerungsraten sind ebenfalls Faktoren mit Prognoseunsicherheit.

Die Geschäftsführung der WEV erwartet auf Basis der bekannten Rahmenbedingungen, die dem Wirtschaftsplan für das Geschäftsjahr 2015 zugrunde gelegt wurden, einen Jahresüberschuss, welcher niedriger ist als im Geschäftsjahr 2014, aber ein positives Ergebnis ausweist.



### Erläuterung der Bilanz- und Leistungskennzahlen

Anlagenintensität	=	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} \times 100 \%$	
Änderung des Anlagevermögens	=	$\frac{\text{Anlagevermögens des Geschäftsjahres} - \text{Anlagevermögen des Vorjahres}}{\text{Anlagevermögen des Vorjahres}} \times 100 \%$	
Eigenkapitalquote	=	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Fremdkapitalquote	=	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Liquidität 1. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$	
Liquidität 2. Grades	=	$\frac{\text{liquide Mittel} + \text{kurzfristige Forderungen} + \text{Vorräte}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} \times 100 \%$	
Working capital	=	Umlaufvermögen – kurzfristige Verbindlichkeiten	
Personalaufwandsquote	=	$\frac{\text{Personalaufwand}}{\text{Gesamtleistung}} \times 100 \%$	
Eigenkapitalrendite	=	$\frac{\text{Jahresergebnis (Gewinn/Verlust)}}{\text{Eigenkapital}} \times 100 \%$	
Gesamtkapitalrentabilität	=	$\frac{\text{Jahresüberschuss} + \text{Fremdkapitalzinsen}}{\text{Gesamtkapital}} \times 100 \%$	
Umsatzrentabilität	=	$\frac{\text{Gewinn} + \text{Zinsen für Fremdkapital}}{\text{Umsatz}} \times 100 \%$	
Pro-Kopf-Umsatz	=	$\frac{\text{Umsatzerlöse}}{\text{Mitarbeiteranzahl}}$	





## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Mitglieder des Aufsichtsrates im Geschäftsjahr 2014.....	6
Tabelle 2: Gewinn- und Verlustrechnung (T€) per 31.12.2014 .....	8
Tabelle 3: Bilanzdaten (T€) WEV per 31.12.2014 .....	9
Tabelle 4: Bilanz- und Leistungskennzahlen WEV per Bilanzstichtag 2012– 2014.....	10
Tabelle 5: Verpflichtungen gegenüber Kreditinstituten.....	11
Tabelle 6: Rückstellungen für die Rekultivierung und Nachsorge (T€) 2012 - 2014.....	13

## Abkürzungsverzeichnis

DGW	-	Deponie Groitzsch-Wischstauden
DK	-	Deponieklasse
DSH	-	Deponie Seehausen
GuV	-	Gewinn- und Verlustrechnung
KrWG	-	Kreislaufwirtschaftsgesetz
KWD	-	Kreiswerke Delitzsch GmbH, Delitzsch
MBA	-	mechanisch-biologische Abfallbehandlungsanlage
SächsABG	-	Sächsisches Abfallwirtschafts- und Bodenschutzgesetz
TBM	-	Technologisches Baumaterial
T€	-	1.000 Euro
Tt	-	1.000 Tonnen
WEV	-	Westsächsische Entsorgungs- und Verwertungsgesellschaft mbH
ZAW	-	Zweckverband Abfallwirtschaft Westsachsen
ZDC	-	Zentraldeponie Cröbern

# Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen

## Beteiligungsübersicht

Staudaer Weg 1  
01561 Priestewitz, OT Lenz

Tel. 035 249 / 7350  
Fax 035 249 / 735 25  
Email [info@tba-sachsen.de](mailto:info@tba-sachsen.de)  
Internet <http://www.tba-sachsen.de>

Gründungsdatum 21.02.1991

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband für Tierkörperbeseitigung Sachsen beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet (Direktionsbezirke Dresden, Leipzig und Chemnitz) anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierische Nebenprodukte, für die eine gesetzliche Beseitigungspflicht besteht.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	81.884,00
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

## Zuarbeit des Zweckverbandes für Tierkörperbeseitigung Sachsen

### Allgemeine Angaben

#### Adresse

Staudaer Weg 1, 01561 Priestewitz/OT Lenz

#### E-Mail

[info@tba-sachsen.de](mailto:info@tba-sachsen.de)

#### Homepage

[www.tba-sachsen.de](http://www.tba-sachsen.de)

#### Gründungsjahr

1991

#### Rechtsform

Zweckverband

**Mitglieder**

Landeshauptstadt Dresden	1 von 13 Stimmen
Landkreis Bautzen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Erzgebirgskreis	1 von 13 Stimmen
Landkreis Görlitz	1 von 13 Stimmen
Landkreis Leipzig	1 von 13 Stimmen
Landkreis Meißen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Mittelsachsen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Nordsachsen	1 von 13 Stimmen
Landkreis Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	1 von 13 Stimmen
Landkreis Vogtlandkreis	1 von 13 Stimmen
Landkreis Zwickau	1 von 13 Stimmen
Stadt Chemnitz	1 von 13 Stimmen
Stadt Leipzig	1 von 13 Stimmen

**Organe**

Verbandsversammlung

Verwaltungsrat

Verbandsvorsitzender

**Geschäftsführung**

Sylvia Schäfer

**Verbandsvorsitz**

Michael Geisler

**Mitglieder Verbandsversammlung**

Oberbürgermeisterin Helma Orosz / Oberbürgermeister Dirk Hilbert

Landrat Michael Harig

Landrat Frank Vogel

Landrat Bernd Lange

Landrat Dr. Gerhard Gey / Landrat Henry Graichen

Landrat Arndt Steinbach

Landrat Volker Uhlig / Landrat Matthias Damm

Landrat Michael Czupalla / Landrat Kai Emanuel

Landrat Michael Geisler

Landrat Dr. Tassilo Lenk / Landrat Rolf Keil

Landrat Dr. Christoph Scheurer

Oberbürgermeisterin Barbara Ludwig

Oberbürgermeister Burkhard Jung / Frau Dr. Gabriela Leupold

**Beteiligungen**

keine

**Abschlussprüfer**

ST Treuhand Lincke & Leonhardt KG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Dresden

**Unternehmensgegenstand/-zweck**

Gemäß § 3 der Satzung hat der Zweckverband folgende Aufgaben:

- "(1) Der Verband führt die seinen Verbandsmitgliedern nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften der Europäischen Union, des Bundes und des Freistaates Sachsen obliegenden Aufgaben an deren Stelle durch.
- (2) Er verarbeitet und beseitigt unschädlich die im Verbandsgebiet anfallenden Tierkörper, Tierkörperteile, Erzeugnisse und tierischen Nebenprodukte, deren Beseitigung nach den geltenden tierkörperbeseitigungsrechtlichen Vorschriften in einer Tierkörperbeseitigungsanstalt zu erfolgen hat.
- (3) Der Verband errichtet oder erwirbt und betreibt die hierfür erforderlichen Anlagen entweder selbst oder betreibt sie durch Dritte. Auch im Übrigen kann sich der Verband zur Erfüllung seiner Aufgaben Dritter bedienen.
- (4) Der Verband kann weitere Aufgaben übernehmen, die mit seiner Zweckbestimmung im Zusammenhang stehen."

**Lagebericht**

Der Verarbeitungsbetrieb lief im Wirtschaftsjahr 2014 stabil und ohne nennenswerte Einschränkungen. Die Verarbeitungsmenge sank auf 28.898 t (2013: 29.996 t) auf Grund anhaltender Kategorisierung der Rohware und vermehrter Anstrengungen der Tierhalter zur Vermeidung von Tierverlusten. Fallende Verkaufspreise der Produkte Tierfett, Tiermehl und Häute konnten durch rückläufige Energiepreise (Gas, Diesel) teilweise kompensiert werden.

**Ausblick**

Zur Aufrechterhaltung der Verarbeitung tierischer Nebenprodukte erfolgt eine bedarfs-gerechte Instandhaltung und Beschaffung von Ersatzinvestitionen. Zur Identifikation von Energieeinsparpotentialen ist die Einführung eines Energiemanagementsystems nach der DIN EN ISO 50001 geplant. Eine QM-Zertifizierung nach der DIN EN ISO 9001 besteht bereits. In den letzten Monaten war wieder eine leichte Steigerung der Rohwaremengen festzustellen.

# Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig

## Beteiligungsübersicht

Emilienstraße 15  
04107 Leipzig

Tel. 0341 / 22 586 0  
Fax 0341 / 22 586 29  
Email [info@zvnl.de](mailto:info@zvnl.de)  
Internet

Gründungsdatum 30.01.1998

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband ist Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr im Nahverkehrsraum Leipzig gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen ÖPNV im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt bei den einzelnen Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

## **Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)**

**Anschrift:** Emilienstraße 15  
04107 Leipzig

**E-Mail:** [info@zvnl.de](mailto:info@zvnl.de)  
**Internet:** [www.zvnl.de](http://www.zvnl.de)

## **Gründung**

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL) wurde zum 30.01.1998 gegründet. Seine Satzung wurde am 09.12.1997 aufgestellt und im Sächsischen Amtsblatt Nr. 5 vom 29.01.1998 bekannt gemacht.

## **Letzte Änderung der Verbandssatzung**

Am 25.11.2013 beschloss die Verbandsversammlung die vierte Änderung zur Satzung des Zweckverbandes für den Nahverkehrsraum Leipzig. Diese wurde im Sächsischen Amtsblatt Nr. 3 vom 16.01.2014 veröffentlicht.

## **Verbandsmitglieder/Stimmrecht**

Die Stimmverteilung der Verbandsmitglieder war im Jahr 2013 wie folgt:

Landkreis Nordsachsen	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Landkreis Leipzig	3 Stimmen	30 % Stimmanteile
Stadt Leipzig	4 Stimmen	40 % Stimmanteile

## **Organe des Verbandes**

### **Verbandsvorsitzender**

Herr Dr. Gerhard Gey

Landrat Landkreis Leipzig

### **Verbandsversammlung**

Herr Dr. Gerhard Gey	Landrat Landkreis Leipzig
Herr Maik Kunze	Landkreis Leipzig
Herr Karsten Schütze (bis 23.07.2014) Herr Enrico Stange (ab 23.07.2014)	Landkreis Leipzig
Frau Dorothee Dubrau	Bürgermeisterin und Beigeordnete Stadt Leipzig
Herr Dietmar Kern	Stadt Leipzig
Herr Mathias Weber	Stadt Leipzig
Herr Michael Czupalla	Landrat Landkreis Nordsachsen
Herr Albert Pfeilsticker	Landkreis Nordsachsen
Herr Volkmar Winkler	Landkreis Nordsachsen

### **Verwaltungsrat**

Herr Dr. Gerhard Gey	Landrat Landkreis Leipzig
Frau Dorothee Dubrau (seit 21.11.2013)	Bürgermeisterin und Beigeordnete Stadt Leipzig Bür-
Herr Michael Czupalla	Landrat Landkreis Nordsachsen

### **Geschäftsführung**

Herr Oliver Mietzsch (seit 01.11.2011)

### **Aufgaben des Zweckverbandes**

- (1) Der Zweckverband übernimmt die ihm gemäß § 4 in Verbindung mit § 3 Abs. 2 ÖPNV-Gesetz vom 14. Dezember 1995 in der jeweils gültigen Fassung von den Verbandsmitgliedern übertragene Aufgabe des Schienenpersonennahverkehrs im Nahverkehrsraum Leipzig. Die Aufgabenträgerschaft für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr im Sinne des § 3 Abs. 1 ÖPNV-Gesetz verbleibt, soweit in der Verbandssatzung keine anderweitigen Regelungen getroffen werden, bei den jeweiligen

Verbandsmitgliedern des Zweckverbandes, vorbehaltlich der Entscheidung eines Verbandsmitgliedes zur Übertragung einzelner Aufgaben nach § 3 Abs. 1 Satz 2 ÖPNV-Gesetz.

- (2) Der Zweckverband wird in Abstimmung und im Einvernehmen mit den Verbandsmitgliedern in ihrer Eigenschaft als Aufgabenträger für den straßengebundenen Öffentlichen Personennahverkehr einen regionalen Nahverkehrsplan erstellen, koordinieren und diesen fortschreiben.
- (3) Zur Aufgabenträgerschaft des Zweckverbandes für den Schienenpersonennahverkehr gehört insbesondere die Wahrnehmung folgender Aufgaben:
  - Der Zweckverband ist als der zuständige Aufgabenträger für den Schienenpersonennahverkehr gemäß § 3 Abs. 1 des ÖPNV-Gesetzes für die Planung, Organisation und Ausgestaltung des Schienenpersonennahverkehrs in seinem Verbandsgebiet verantwortlich.
  - Der Zweckverband entscheidet über die zu bestellenden Leistungen im Schienenpersonennahverkehr im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel.
  - Der Zweckverband wirkt bei der Aufstellung des jährlich fortzuschreibenden Landesinvestitionsprogramms des Freistaates Sachsen für Maßnahmen des öffentlichen Personennahverkehrs mit.
  - Der Zweckverband unterstützt im Rahmen seiner finanziellen Möglichkeiten ein gemeinsames Marketing mit seinen ÖPNV-Vertragspartnern.
- (4) Der Zweckverband wird mit den angrenzenden sächsischen Zweckverbänden und den Aufgabenträgern für den Schienenpersonennahverkehr in Brandenburg, Sachsen-Anhalt und Thüringen das erforderliche Angebot des verbandsgrenzüberschreitenden SPNV abstimmen.
- (5) Zu den Aufgaben des ZVNL für den ÖSPV gehören die Ermittlung und Verteilung der Ausgleichsleistungen für den Ausbildungsverkehr an die Verkehrsunternehmen nach dem Gesetz zur Finanzierung des Ausbildungsverkehrs im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNVFinAusG) einschließlich der Vorauszahlungen an die Verkehrsunternehmen. Der ZVNL ist berechtigt, die Anträge der Verkehrsunternehmen auf Ausgleichsleistungen gemäß ÖPNVFinAusG im eigenen Namen zu bescheiden und die Ausgleichsleistungen auf dieser Grundlage auszus zahlen.
- (6) Der ZVNL kann weitergehende Finanzierungen innerhalb des Verbandsgebietes und der ihm zur Verfügung stehenden Mittel ausschließlich im Rahmen der Verordnung des Sächsischen Staatsministeriums für Wirtschaft und Arbeit zur Finanzierung des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNVFinVO) in der jeweils gültigen Fassung übernehmen.

## Organigramm



## Wirtschaftsdaten

Der ZVNL wendet aufgrund des Beschlusses der Verbandsversammlung vom 26.03.2007 gemäß § 131 Abs. 2 SächsGemO ab dem Haushaltsjahr 2009 die Regelungen zum neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen an.

Bilanz 2014

Aktivseite			Passivseite		
	Stand 31.12.2014 - T € -	Stand 31.12.2013 - T € -		Stand 31.12.2014 - T € -	Stand 31.12.2013 - T € -
<b>Anlagevermögen</b>	<b>85,08</b>	<b>45,46</b>	<b>Kapitalposition</b>	<b>11.657,52</b>	<b>9.835,34</b>
Immaterielle Vermögensgegenstände	54,32	10,53	Baiskapital	3.532,93	3.532,93
Sachanlagevermögen	14,44	18,60	Rücklagen	8.124,59	6.302,41
Finanzanlagevermögen	16,32	16,32	Ergebnis	0,00	0,00
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>12.137,51</b>	<b>10.927,54</b>	<b>Sonderposten</b>	<b>68,76</b>	<b>29,14</b>
Öffentlich-rechtliche	6,39	126,25	<b>Rückstellungen</b>	<b>393,42</b>	<b>247,84</b>
			für Entgelt-	34,17	18,15



Forderungen			zahlungen		
Privatrechtliche Forderungen	8.017,13	6.552,95	für drohende Verpflichtungen	123,88	193,41
Liquide Mittel	4.113,99	4.248,34	für vertragliche Verpflichtungen	235,37	36,28
<b>Aktiver RAP</b>	<b>3,06</b>	<b>3,11</b>	<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>105,95</b>	<b>863,79</b>
			<b>Passiver RAP</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>12.225,65</b>	<b>10.976,11</b>	<b>Bilanzsumme</b>	<b>12.225,65</b>	<b>10.976,11</b>

Ergebnisrechnung (Gewinn- und Verlustrechnung)

			Ergebnis 2014 - T€ -	Ergebnis 2013 - T€ -
1		Zuwendungen	120.450,16	112.475,36
2		öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	0,00	0,00
3		Privatrechtliche Leistungsentgelte	6.091,81	4.882,49
4		Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0,00	0,00
5		Finanzerträge	65,31	118,67
6		sonstige ordentliche Erträge	70,24	903,44
<b>7</b>		<b>ordentliche Erträge</b>	<b>126.677,52</b>	<b>118.369,95</b>
8		Personalaufwendungen	551,28	544,72
9		Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.988,05	11.608,54
10		planmäßige Abschreibungen	32,84	25,26
11		Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0,00	0,00
12		Transferaufwendungen	115.528,57	104.710,54
13		sonstige ordentliche Aufwendungen	754,60	719,99
<b>14</b>		<b>ordentliche Aufwendungen</b>	<b>124.855,34</b>	<b>117.609,05</b>
<b>15</b>		<b>ordentliches Ergebnis</b>	<b>1.822,18</b>	<b>760,90</b>
<b>16</b>		<b>Sonderergebnis</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>
<b>17</b>		<b>Gesamtergebnis</b>	<b>805,36</b>	<b>4.527,34</b>
18		Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,00	0,00
<b>19</b>		<b>Verbleibendes Gesamtergebnis</b>	<b>805,36</b>	<b>4.527,34</b>

## Ausgewählte Kennzahlen

### Personalkosten

	2012 - T€ -	2013 - T€ -	2014 - T€ -
Löhne und Gehälter	421,88	457,16	463,03
Soziale Abgaben	77,41	87,56	88,25
Zuführung zu Rückstellungen	7,87	0,00	0,00
<b>Personalaufwand gesamt</b>	<b>507,16</b>	<b>544,72</b>	<b>551,28</b>

### Anzahl der Beschäftigten

	2012 - VbÄ -	2013 - VbÄ -	2014 - VbÄ -
Angestellte, gesamt	8	9	9
Personalaufwand / VbÄ in TEUR	63,40	60,52	61,25
Entw. Personalaufwand gesamt z. Vj.	15,9%	7,41%	1,20%
Entw. Personalaufwand je VbÄ z. Vj.	15,9%	-4,54%	1,21%

### Umlagen

Der ZVNL kann gemäß § 15 Abs. 1 seiner Satzung eine Verbandsumlage zur Deckung seines Finanzbedarfs von den Verbandsmitgliedern erheben. Von dieser Möglichkeit wurde im Haushaltsjahr 2014 nicht Gebrauch gemacht.

### Situationsbericht

Der Schwerpunkt der Tätigkeit des ZVNL lag im vergangenen Jahr auf der Durchführung verschiedener Ausschreibungen im Nahverkehrsraum Leipzig und der Vorbereitung von Inbetriebnahmen.

Seit Dezember 2013 fahren die Züge der S-Bahn Mitteldeutschland im neuen Mitteldeutschen S-Bahn-Netz mit seinem Herzstück, dem City-Tunnel Leipzig (CTL). Es wurden umfangreiche Abstimmungen im Zusammenhang mit der Betriebsdurchführung und Nachjustierung einzelner Systeme geführt. Qualitätsprobleme im Zusammenhang mit der Nichtverfügbarkeit eines Teils der Fahrzeugflotte stellen hohe Anforderungen an das Controlling.

Die Vorbereitung der Leistung des MDSB II-Netzes mit der Linie 118 Halle Hbf–Delitzsch oberer Bahnhof–Eilenburg, der Linie 13 Leipzig Hbf–Magdeburg Hbf und der Linie S2 Gaschwitz–CTL–Leipzig Hbf–Delitzsch unterer Bahnhof–Bitterfeld–Dessau/Wittenberg wurde nach erfolgtem Zuschlag vom 02.10.2013 unter Federführung der NASA GmbH zur Inbetriebnahme dieses Netzes zum großen Fahrplanwechsel im Dezember 2015 weiter vorangetrieben.

Die Inbetriebnahme des Saale-Thüringen-Südharz-Netzes (STS) erfolgt ebenfalls zum großen Fahrplanwechsel im Dezember 2015. Die entsprechenden Arbeiten zur Inbetriebnahme dieses Netzes laufen ebenfalls unter Federführung der NASA GmbH.

Des Weiteren wurde im Jahr 2014 die Ausschreibung des „Dieselnetzes Nordwestsachsen“ mit den Leistungen Leipzig Hbf–Bad Lausick–Geithain, Leipzig Hbf–Chemnitz sowie Leipzig Hbf–Döbeln–Meißen weiter vorbereitet. Aufgrund eines unbefriedigenden Ausschreibungsergebnisses wurde die Ausschreibung rechtskräftig aufgehoben und die Leistungsanteile neu angepasst.

Das Fahrplanangebot wurde Jahr 2014 im Wesentlichen unverändert belassen.

Für den RE 50 Leipzig-Dresden wurden an Sonn- und Feiertagen zusätzliche Leistungen zur Taktlückenschließung bei gleichzeitiger Einkürzung der S-Bahn für ein Jahr vereinbart. Nach Evaluierung der Ergebnisse dieses Versuchs wird über die Beibehaltung entschieden.

Das PlusBus-Programm im MDV wird weiter durch den ZVNL finanziell unterstützt.

Der ZVNL engagierte sich weiterhin im Rahmen seines Aktionsprogramms für die Verbesserung der Zugangsbedingungen zu den Verkehrsstationen. Insbesondere die Verknüpfung der einzelnen Verkehrsträger und die Schaffung barrierefreier Anlagen stehen dabei im Mittelpunkt. Im Rahmen des Aktionsprogramms 2014 wurden 2,5 Mio. € hierfür bereitgestellt. Es konnten außerdem nach Genehmigung durch das SMWA 1,817 Mio. € aus dem Jahr 2013 in das Jahr 2014 übertragen werden.

Aufgrund anfallender Überschüsse wegen Nicht- bzw. Schlechtleistungen aus den Verkehrsverträgen, konnten 2,35 Mio. € zusätzlich für Aufgaben des allg. ÖPNV bereitgestellt werden. Außerdem wurden Maßnahmen des Aktionsprogramms der 2. Priorität in Höhe von 1.746.768 € zusätzlich finanziert.

Fertiggestellt wurden die Bike&Ride-Maßnahmen in Markkleeberg. Die Planungen zur Verknüpfungsstelle Eilenburg wurden abgeschlossen. Fortgeführt bzw. abgeschlossen wurden die Maßnahmen am Bayerischen Bahnhof in Leipzig, am Haltepunkt Leipzig Anger-Crottendorf sowie an der Buswendeschleife Schönbacher Schlüssel. Das RBL-Projekt (Rechnergestütztes Betriebsleitsystem) der PVM und der THÜSAC wurde fortgesetzt.

Das EFRE-Telematik-Programm des MDV und einer Vielzahl Verkehrsunternehmen im Verbandsgebiet wurde mit Unterstützung des ZVNL weiter geführt.

Das Programm zur Erneuerung aller Haltestellenschilder im sächsischen Teil des MDV auf ein einheitliches Layout des MDV wurde unter Federführung des ZVNL in die Realisierung überführt und mit der Produktion der Schilder begonnen.

Im Stadtgebiet Leipzig sowie im Landkreis Nordsachsen konnte die Erneuerung von Haltestellen sowie die Planungen und der Bau an diversen Verkehrsanlagen zur Unterstützung der Busnetzreform gefördert werden. Das P&R-System der Stadt Leipzig wurde weiter ausgebaut.

Das Anti-Vandalismusprogramm wurde fortgesetzt.

Der ZVNL klagt z.Z. vor dem Landgericht Frankfurt Main gegen die DB Netz AG. Anlass sind die aus seiner Sicht von der DB Netz AG unberechtigt erlangten Einnahmen aus den sogenannten Regionalfaktoren bei den Infrastrukturkosten, hier die Trassenentgelte sowie bei den sogenannten Remanenzkosten für nicht genutzte Leistungen. Die Verfahren sind noch nicht abgeschlossen.

### **Ausblick**

Das oberste Ziel des Zweckverbandes wird auch weiterhin die Schaffung eines transparenten und diskriminierungsfreien Wettbewerbs sein. Nur so können die hohen Anforderungen der SPNV-Nutzer des ZVNL realisiert sowie die Qualität und Attraktivität der SPNV-Leistungen im Verbandsgebiet gesteigert werden.

Gleichzeitig setzt sich der ZVNL für eine Optimierung der Qualität der Nahverkehrsleistung durch Ausschöpfung aller verkehrsvertraglichen Regelungen ein und wird auch zukünftig die Verbesserung und Harmonisierung der aktuellen Regelungen bestehender Vertragsverhältnisse verfolgen.

Nur durch die Hebung von Einsparpotenzialen im Rahmen laufender Wettbewerbsverfahren und durch optimierte Vertragsverhältnisse kann der ZVNL unter Beachtung finanzpolitischer Rahmenbedingungen das SPNV-Angebot weiterentwickeln und verbessern. Bei der Ausschreibung des MDSB-Netzes I und II sowie STS hat sich die vertrauensvolle und konstruktive Zusammenarbeit mit den benachbarten Aufgabenträgern in Sachsen-Anhalt, Thüringen und Brandenburg sowie mit den sächsischen Partnerverbänden bewährt. Diese soll insbesondere bei zukünftigen Vergabeverfahren weiter intensiviert werden.

Einer besonderen Betrachtung wird zukünftig die Entwicklung der Infrastruktur- und Energiekosten bedürfen, deren Anteil am Gesamtfinanzierungsvolumen stetig überproportional steigt. Auch ist die Entwicklung der Zuweisung der Regionalisierungsmittel sowie deren gesetzlichen Regelungen zu berücksichtigen, da hier in den nächsten Jahren deutliche Veränderungen mit geringeren Zuschüssen zu erwarten sind.

### **Beteiligungen**

Der Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig ist seit dem 01.01.2001 an der Mitteldeutschen Verkehrsverbund GmbH beteiligt. Der ZVNL hat im Jahr 2014 einen Anteil von 3,53% an der MDV GmbH gehalten. Dies entspricht einem Wert von 2.600 EUR.



# ***Beteiligungsbericht***

**des**

**ZVNL**

***2015***

# Mitteldeutscher Verkehrsverbund GmbH (MDV)

## 1. Allgemeine Angaben zum Unternehmen

<b>Adresse</b>	Prager Straße 8 04103 Leipzig																																														
<b>E-Mail</b>	post@mdv.de																																														
<b>Homepage</b>	www.mdv.de																																														
<b>Gründungsjahr</b>	1998																																														
<b>Unternehmens-gegenstand/ Unternehmenszweck</b>	Erfüllung von Aufgaben des öffentlichen Personennahverkehrs im Mitteldeutschen Verkehrsverbund, insbesondere auf dem Gebiet der konzeptionellen Planung und Koordinierung des betrieblichen Leistungsangebots. Herbeiführung und Sicherstellung der tariflichen Integration dieses Verkehrs durch einen Gemeinschaftstarif. Erfassen und Verteilen der im Rahmen des Verbundverkehrs von den Verbundunternehmen erzielten Einnahmen.																																														
<b>Rechtsform</b>	GmbH																																														
<b>Stammkapital</b>	73,5 T€																																														
<b>Geschäftsführung</b>	Steffen Lehmann																																														
<b>Gesellschafter</b>	<table> <tr><td>Burgenlandkreis</td><td>3,54%</td></tr> <tr><td>DB Regio AG, Frankfurt am Main</td><td>6,60%</td></tr> <tr><td>Erfurter Bahn GmbH, Erfurt</td><td>0,41%</td></tr> <tr><td>GbR der Verkehrsunternehmen Sax-Bus Eilenburger Busverkehr GmbH, Eilenburg; Auto-Webel GmbH, Delitzsch; Omnibusverkehr Leupold OHG, Krostitz; Busverkehr Geißler GbR, Eilenburg</td><td>1,70%</td></tr> <tr><td>Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben (bis 11. Dezember 2014: Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH, Deuben)</td><td>1,70%</td></tr> <tr><td>GbR der Verkehrsunternehmen Omnibusverkehrsgesellschaft mbH „Heide-land“ (OVH), Oschatz; Reiseverkehr Schulze OHG, Torgau; Döllnitzbahn GmbH, Mügeln</td><td>1,70%</td></tr> <tr><td>Hallesche Verkehrs-AG, Halle (Saale)</td><td>10,95%</td></tr> <tr><td>Landkreis Altenburger Land</td><td>1,02%</td></tr> <tr><td>Landkreis Leipzig</td><td>3,54%</td></tr> <tr><td>Landkreis Nordsachsen</td><td>3,54%</td></tr> <tr><td>Landkreis Saalekreis</td><td>3,54%</td></tr> <tr><td>Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig</td><td>15,92%</td></tr> <tr><td>LeoBus GmbH, Zwenkau</td><td>1,70%</td></tr> <tr><td>Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg</td><td>2,99%</td></tr> <tr><td>Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH, Erfurt</td><td>1,02%</td></tr> <tr><td>OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale)</td><td>1,70%</td></tr> <tr><td>PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH, Merseburg</td><td>1,70%</td></tr> <tr><td>Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH, Weißenfels</td><td>3,40%</td></tr> <tr><td>Stadt Halle (Saale)</td><td>12,45%</td></tr> <tr><td>Stadt Leipzig</td><td>15,92%</td></tr> <tr><td>THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH, Windischleuba</td><td>1,02%</td></tr> <tr><td>Transdev GmbH, Berlin (bis 15. März 2015: Veolia Verkehr GmbH, Berlin)</td><td>0,41%</td></tr> <tr><td><b>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig, Leipzig</b></td><td><b>3,54%</b></td></tr> </table>	Burgenlandkreis	3,54%	DB Regio AG, Frankfurt am Main	6,60%	Erfurter Bahn GmbH, Erfurt	0,41%	GbR der Verkehrsunternehmen Sax-Bus Eilenburger Busverkehr GmbH, Eilenburg; Auto-Webel GmbH, Delitzsch; Omnibusverkehr Leupold OHG, Krostitz; Busverkehr Geißler GbR, Eilenburg	1,70%	Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben (bis 11. Dezember 2014: Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH, Deuben)	1,70%	GbR der Verkehrsunternehmen Omnibusverkehrsgesellschaft mbH „Heide-land“ (OVH), Oschatz; Reiseverkehr Schulze OHG, Torgau; Döllnitzbahn GmbH, Mügeln	1,70%	Hallesche Verkehrs-AG, Halle (Saale)	10,95%	Landkreis Altenburger Land	1,02%	Landkreis Leipzig	3,54%	Landkreis Nordsachsen	3,54%	Landkreis Saalekreis	3,54%	Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	15,92%	LeoBus GmbH, Zwenkau	1,70%	Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg	2,99%	Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	1,02%	OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale)	1,70%	PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH, Merseburg	1,70%	Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH, Weißenfels	3,40%	Stadt Halle (Saale)	12,45%	Stadt Leipzig	15,92%	THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH, Windischleuba	1,02%	Transdev GmbH, Berlin (bis 15. März 2015: Veolia Verkehr GmbH, Berlin)	0,41%	<b>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig, Leipzig</b>	<b>3,54%</b>
Burgenlandkreis	3,54%																																														
DB Regio AG, Frankfurt am Main	6,60%																																														
Erfurter Bahn GmbH, Erfurt	0,41%																																														
GbR der Verkehrsunternehmen Sax-Bus Eilenburger Busverkehr GmbH, Eilenburg; Auto-Webel GmbH, Delitzsch; Omnibusverkehr Leupold OHG, Krostitz; Busverkehr Geißler GbR, Eilenburg	1,70%																																														
Regionalbus Leipzig GmbH, Deuben (bis 11. Dezember 2014: Personenverkehrsgesellschaft Muldental mbH, Deuben)	1,70%																																														
GbR der Verkehrsunternehmen Omnibusverkehrsgesellschaft mbH „Heide-land“ (OVH), Oschatz; Reiseverkehr Schulze OHG, Torgau; Döllnitzbahn GmbH, Mügeln	1,70%																																														
Hallesche Verkehrs-AG, Halle (Saale)	10,95%																																														
Landkreis Altenburger Land	1,02%																																														
Landkreis Leipzig	3,54%																																														
Landkreis Nordsachsen	3,54%																																														
Landkreis Saalekreis	3,54%																																														
Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Leipzig	15,92%																																														
LeoBus GmbH, Zwenkau	1,70%																																														
Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH, Magdeburg	2,99%																																														
Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH, Erfurt	1,02%																																														
OBS Omnibusbetrieb Saalekreis GmbH, Halle (Saale)	1,70%																																														
PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH, Merseburg	1,70%																																														
Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH, Weißenfels	3,40%																																														
Stadt Halle (Saale)	12,45%																																														
Stadt Leipzig	15,92%																																														
THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH, Windischleuba	1,02%																																														
Transdev GmbH, Berlin (bis 15. März 2015: Veolia Verkehr GmbH, Berlin)	0,41%																																														
<b>Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig, Leipzig</b>	<b>3,54%</b>																																														

<b>Beteiligungen</b>	Keine
<b>Gremien</b>	<p>Gesellschafterversammlung</p> <p>Aufsichtsrat</p> <p>Finanz- und Rechtsausschuss</p> <p>Personalausschuss</p> <p>Verkehrsausschuss</p>
<b>Mitglieder Aufsichtsrat</b>	<p>Dorothee Dubrau, Vorsitzende, Bürgermeisterin und Beigeordnete für Stadtentwicklung und Bau der Stadt Leipzig</p> <p>Vinzenz Schwarz, 1. Stellvertreter, Vorstand Hallesche Verkehrs-AG</p> <p>Ronny Thieme, 2. Stellvertreter, Fachbereichsleiter Sicherheit und Ordnung, Landratsamt LK Altenburger Land</p> <p>Arne Behrens, Mitglied,</p> <p>Geschäftsführer Nahverkehrsservicegesellschaft Thüringen mbH</p> <p>Stephan Bog, Mitglied,</p> <p>Geschäftsführer THÜSAC Personennahverkehrsgesellschaft mbH</p> <p>Lutz Däumler, Mitglied (ab 01. September 2014),</p> <p>Geschäftsführer Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH</p> <p>Erich Engel, Mitglied (bis 31. August 2014),</p> <p>Geschäftsführer Personenverkehrsgesellschaft Burgenlandkreis mbH</p> <p>Hartmut Handschak, Mitglied,</p> <p>Dezernent für Kreisentwicklung, LK Saalekreis</p> <p>Michael Hecht, Mitglied (ab 01. Januar 2014),</p> <p>Geschäftsführer Erfurter Bahn GmbH</p> <p>Uwe Heft, Mitglied (bis 16. Juli 2014),</p> <p>Stadtrat Halle (Saale)</p> <p>Jens Herrmann-Kambach, Mitglied,</p> <p>Kommunikationsmanager Qualität und Betreuungsmanager Fahrdienst der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH, Stadtrat Leipzig</p> <p>Joachim Hoffmann, Mitglied,</p> <p>Geschäftsführer Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“ (OVH)</p> <p>Ronald Juhrs, Mitglied,</p> <p>Geschäftsführer für Technik und Betrieb der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH</p> <p>Holger Klemens, Mitglied,</p> <p>Bereichsleiter Marketing, Vertrieb und Kundenservice, Hallesche Verkehrs-AG</p> <p>Dietmar Kern, Mitglied,</p> <p>Bezirksschornsteinfegermeister, Stadtrat Leipzig</p> <p>Dr. Linda Kisabaka, Mitglied (bis 16. Juli 2014),</p> <p>Regionalleiterin Marketing Region Südost und Geschäftsleiterin Marketing Verkehrsbetrieb Elbe-Saale, DB Regio AG, Region Südost</p> <p>Frank Klinghöfer, Mitglied,</p> <p>Vorsitzender der Regionalleitung Südost, DB Regio AG, Region Südost und Sprecher Verkehrsbetrieb Mitteldeutschland</p> <p>Ute Kniesche, Mitglied,</p> <p>selbständige Werbekauffrau, Kreisrätin LK Leipzig</p> <p>Andreas Kultscher, Mitglied (ab 01. Januar 2014),</p> <p>Geschäftsführer Personenverkehrsgesellschaft Muldentale mbH (PVM)</p> <p>Klaus Rüdiger Malter, Mitglied,</p> <p>Geschäftsführer Nahverkehrsservice Sachsen-Anhalt GmbH</p> <p>Ulf Middelberg, Mitglied,</p> <p>Geschäftsführer für Marketing/Vertrieb/Finanzen und Sprecher der Geschäftsführung der Leipziger Verkehrsbetriebe (LVB) GmbH</p> <p>Oliver Mietzsch, Mitglied,</p> <p>Geschäftsführer für den Zweckverband Nahverkehrsraum Leipzig</p> <p>Ulrich Peinhardt, Mitglied (ab 16. Juli 2014),</p> <p>Selbständiger IT-Berater, Stadtrat Halle (Saale)</p> <p>Harri Reiche, Mitglied (bis 16. Juli 2014),</p>

Landrat Burgenlandkreis  
 Lothar Riese, Mitglied,  
 Geschäftsführer PNVG Personennahverkehrsgesellschaft Merseburg-Querfurt mbH  
 Uwe Stäglin, Mitglied,  
 Beigeordneter für den Geschäftsbereich II, Stadtentwicklung und Umwelt der Stadt  
 Halle (Saale)  
 Angelika Stoye, Mitglied,  
 Ordnungsdezernentin, Landratsamt Nordsachsen  
 Götz Ulrich, Mitglied (ab 11. August 2014),  
 Landrat Burgenlandkreis  
 Andreas Völker, Mitglied (ab 17. Juli 2014),  
 Leiter Verbund- und Tarifmanagement, DB Regio AG, Region Südost  
 Hans-Jürgen Hummel, beratendes Mitglied,  
 Referatsleiter im Thüringer Ministerium für Bau, Landesentwicklung und Verkehr  
 Bernd Sablotny, beratendes Mitglied,  
 Abteilungsleiter im Sächsischen Staatsministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr

---

<b>Abschlussprüfer</b>	KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Leipzig
------------------------	--

---

### Kurzvorstellung des Unternehmens

Der Mitteldeutsche Verkehrsverbund erstreckt sich über die drei Ländergrenzen von Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen und umfasst ein Gebiet von fünf Landkreisen und zwei kreisfreien Städten. Mit einem Anteil von 51% halten die 10 Aufgabenträger die Mehrheit der Gesellschafteranteile. Die verbleibenden 49% werden von den im Verbundraum tätigen 13 Verkehrsunternehmen des straßen- und schienengebundenen öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) bzw. deren Zusammenschlüssen gehalten.

### Finanzbeziehungen zwischen dem ZVNL und der MDV GmbH

Im Jahr 2014 wurden durch den ZVNL Betriebskostenzuschüsse in Höhe von insgesamt 78.754,30 € sowie im Rahmen der Kooperationsvereinbarung 120.967,07 € (Netto 101.652,96 €) an den MDV ausbezahlt.

Weiterhin finanzierte der ZVNL anteilig die gemeinsamen Marketing-Maßnahmen mit insgesamt 55.000,00 €.

Außerdem erfolgte eine anteilige Förderung des „EFRE-Projektes“ in Höhe von 88.866,95 €.

### Situationsbericht

Die Überaus positive Entwicklung Kalenderjahr war wesentlich durch die Einführung des Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes (MDSB) und des PlusBus-Angebotes im Dezember 2013 sowie die Integration der letzten wesentlichen Haustarife der LVB in den Verbundtarif im August 2014 beeinflusst. Einen besonderen und weiterhin anhaltenden Beitrag leisteten die in 2012 eingeführten neuen Tarifprodukte im Bereich der ABO-Monatskarten Jedermann. So war die Zahl dieser ABO-Nutzer im Dezember 2014 gegenüber dem Juli 2012 -vor Einführung der neuen Produkte- um rd. 10.200 Kunden im gesamten Verbundraum gestiegen. Dies entspricht einem Zuwachs von 11,7 %.

Insgesamt lagen die **Verbundeinnahmen** 2014 mit EUR 14,1 Mio (rd. 8,1 %) über dem Vorjahr. Ca. EUR 3,7 Mio resultierten davon aus der Integration der bisherigen LVB-Schülerprodukte Leipzig in den MDV-Tarif sowie aus der Erweiterung des Semestervolltickets in Leipzig seit September 2014. Ohne diese Einnahme ergab sich ein Zuwachs von EUR 10,4 Mio (+ 5,9 %).

Im Jahr 2014 wurden weitgehende **tarifliche Verbesserungen** für Schüler, Auszubildende und Studenten umgesetzt. Dazu gehört die Einführung der SchülerRegioFlat, mit einer verbundweiten MDV-Nutzungsmöglichkeit im Freizeitbereich, die Einführung des ABO Azubi Plus, die MDV-Anerkennung der Leipziger SchülerCard und SchülerMobilCard, die Einführung der MiniCard und der MaxiMobilCard, die im freien Verkauf allen Schülern in Halle zugänglich sind, sowie die Realisierung von MDV-Semestervolltickets an der Universität Leipzig, der Berufsakademie Sachsen und der Martin-Luther-Universität Halle.

Dennoch musste auch im Jahr 2014 der **Verbundtarif** aufgrund der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen der Verkehrsunternehmen zusätzlich preislich fortgeschrieben werden.

Gleichzeitig wurde durch die ETC Transport Consultants GmbH die in 2013 begonnene **Finanzierungsstudie** fertiggestellt, die den künftigen Finanzbedarf ermitteln sowie Möglichkeiten alternativer bzw. ergänzender Finanzierungsquellen zur Gegenfinanzierung der steigenden Kosten aufzeigen sollte.

Das Finanzierungsthema ist gleichzeitig Bestandteil des 2012 begonnenen **Strategieprozesses zum Thema "Die Zukunft der Mobilität in Mitteldeutschland 2025"**. Mit Blick auf die signifikante Veränderung der Rahmenbedingungen des Nahverkehrs, wie die Finanzierung, die demografische Entwicklung, das Mobilitätsverhalten der Bevölkerungsgruppen, die technischen Möglichkeiten des Zugangs zum Nahverkehr und die rechtlichen Anforderungen, hatte die Verbundgesellschaft im Jahr 2013 mit allen Gesellschaftern eine Strategiekonzeption und entsprechende Handlungsbereiche erarbeitet.

Die Arbeiten im Fachbereich Technische Systeme und IT konzentrierten sich im Jahr 2014 weiterhin auf die Umsetzung der Teilprojekte des **EFRE-Telematikvorhabens**, die als ein verknüpftes Gesamtsystem im mitteldeutschen Verbundraum wirksam werden sollen. Das Konzept sieht eine verbundweite Fahrgastinformation mit Echtzeitdaten, Anschlusssicherung und perspektivischer Anschlussgarantie vor und soll damit zu einer Verbesserung der Service- und Angebotsqualität sowie letztlich zu einer Attraktivitätssteigerung und erhöhten Kundenzufriedenheit beitragen. Zentrale Elemente sind die Beschaffung von leistungsfähigen Bordrechnern für Busse, Komponenten für das eTicketing (elektronisches Ticket) sowie entsprechende Systeme zur Echtzeitdatenerfassung und -weiterleitung.

Seit der Einführung des **handybasiereten Auskunfts- und Ticketingsystems easy.GO** für den gesamten Verbundraum im Sommer 2011 hat sich die App zu einem stabilen Fahrplan- und Tarifauskunfts- sowie Ticketingdienst für die Kunden im Mitteldeutschen Verkehrsverbund entwickelt. Durch eine Vielzahl an technischen Weiterentwicklungen und gezielten Marketingmaßnahmen konnte sich easy.GO weiter etablieren und neue Nutzer hinzugewinnen.

Die Arbeiten im Rahmen der Kooperation Verkehrsmanagement konzentrierten sich 2014 weiterhin auf die Weiterentwicklung des **länderübergreifenden Mobilitätsportals** bzw. auf die Bearbeitung der abgestimmten Bausteine, wobei die NASA GmbH als Betreiber des Systems aktiv eingebunden war.

Einen weiteren Schwerpunkt bildete die Realisierung einer neuen **Datendrehscheibe zur Echtzeitdatenversorgung** der ÖPNV-Auskunft (INSA) und des darauf aufbauenden Mobilitätsportals Mitteldeutschland mit ÖPNV-Daten der MDV-Verkehrsunternehmen aus Sachsen und Thüringen und damit der Verknüpfung mit den ÖPNV-Daten aus Sachsen-Anhalt. Diese neue industrielle Lösung ersetzt die bisherige prototypische MOSAIQUE-Datendrehscheibe.

Alle genannten Arbeiten werden 2015 fortgeführt.

Mit der Inbetriebnahme des Mitteldeutschen S-Bahn-Netzes musste das neue Angebot in die **Einnahmeaufteilung** des Verbundes integriert werden. Dazu waren als Basis für die Verteilungsquoten vorläufige Fahrgastzahlen für alle Tarifzonen im Bediengebiet zu schätzen, mit den betroffenen Verkehrsunternehmen und den SPNV-Aufgabenträgern abzustimmen und unterjährig nach zu justieren. Im Rahmen der Jahresrechnung werden dann die tatsächlich gezählten Fahrgäste der Verteilung zu Grunde gelegt.

Eine weitere wichtige Aufgabe war der Beginn der technischen Überarbeitung der **Tarif- und Einnahmeaufteilungsdatenbank**, die infolge der zahlreichen neuen Produkte und Verteilungsregeln der letzten Jahre sowie der über die Jahre aufgelaufenen Datenmengen in die Lage versetzt werden muss, dauerhaft eine sichere Arbeitsgrundlage darzustellen, sowohl zur Tarifversorgung aller Verkaufsgeräte als auch zur fehlerfreien und schnellen Berechnung der Einnahmeaufteilung. Hierfür ist im ersten Schritt die Datenbankhardware und im zweiten Schritt die Software zu ersetzen. Anschließend werden nötige neue Funktionen implementiert. Hierzu gehören insbesondere Schnittstellen zu den verbundweit neu eingeführten Verkaufsgeräten sowie zum entstehenden Regionalen eTicketing System. Die Arbeiten werden 2015 fortgeführt.

Die **Verkehrsplanerischen Schwerpunkte** orientierten sich 2014 wesentlich an den Themen aus dem Strategieprozess MDV 2025.



Dazu wurde das in 2013 begonnene **Projekt Muldentaldreieck** (neues Verkehrskonzept für das Verkehrsgebiet zwischen den Städten Grimma, Colditz, Bad Lausick und Brandis) in 2014 weiter vorangebracht.

Analog zu den Themenstellungen im Projekt Muldentaldreieck hat der MDV in enger Zusammenarbeit mit dem Burgenlandkreis und den Gemeinden Hohenmölsen, Weißenfels, Lützen und Teuchern sowie der NASA mit Fördermitteln des Landes Sachsen-Anhalt das Projekt „**Rippach-/Saaletal mobil**“ gestartet.

Im Rahmen des **Forschungsvorhabens zur Verbesserung der Verkehrssituation in den Gemeinden (FoPS)** hat das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur (BMVI) den MDV als Projektregion ausgewählt. Ziel ist es, eine "Regionalstrategie Mobilität" für ausgewählte Regionen im MDV-Gebiet innerhalb von zwei Jahren mit Unterstützung durch externe Gutachter untersuchen zu lassen. Dabei sollen in einer Regionalstrategie die Infrastrukturen im ländlichen Raum (ÖPNV, Bildung, Versorgung, medizinische Versorgung) auf ihre Zukunftsfestigkeit mit Blickpunkt auf das Jahr 2025 bewertet werden und Ansätze entwickelt werden, wie auch zukünftig in den ländlichen Räumen die Daseinsvorsorge der untersuchten Infrastrukturen sicher gestellt werden kann. Nach einer intensiven Analysephase wurden in 2014 Indikatoren entwickelt, die frühzeitig aufzeigen können, ob die betrachteten Infrastrukturen in ihrem Bestand im Jahr 2025 gefährdet sein könnten. Spezielle Lösungen für den ÖPNV sollen beispielhaft für den MDV-Raum untersucht und weiter entwickelt werden. Das Projekt hat eine Laufzeit bis Oktober 2015 und ist als reines Forschungsprojekt angelegt.

Im Rahmen der **Kooperationsvereinbarung zwischen dem MDV und dem Zweckverband für den Nahverkehrsraum Leipzig (ZVNL)** wurden 2014 u. a. die folgenden Themen bearbeitet:

- SEV-Kontrollen und Fahrplankonferenzen
- Analyse zu zukünftigen Flächenbedarf am Busbahnhof Leipzig Hbf Ostseite
- Variantenuntersuchung für den zukünftigen ÖPNV im Raum Leipzig/GVZ
- Bestandsaufnahme Wegeleitsystem aller SPNV-Stationen im ZVNL-Gebiet.

Im Fachbereich **Öffentlichkeitsarbeit** wurden für die im Sommer 2014 neu eingeführten Tarifprodukte SchülerRegioFlat und ABO Azubi Plus Vermarktungskonzeptionen erarbeitet und umgesetzt.

### **Mittelfristige Unternehmensplanung**

Die Aufgaben der nächsten Jahre werden wesentlich durch die Ergebnisse des **Strategieprozesses** bestimmt sein. Nach der Beschlussfassung der Gesellschafter zum konkreten Umsetzungsprogramm im 1. Halbjahr 2015 werden diese Themen im Mittelpunkt der weiteren Arbeit der Verbundgesellschaft stehen. Gleichzeitig werden die Projekte fortgeführt, die bereits heute die Zielstellungen der Strategie MDV 2025 umsetzen.

Somit sind die **tariflichen Themen** für das Jahr 2015 vielfach aus dem Strategieprozess abgeleitet. Hierzu gehört eine vertiefte empirische Arbeit zur Abbildung von Zielgruppen. Eine wesentliche Zielgruppe, die Gelegenheitskunden, soll ab 2015 verstärkt in den Focus gerückt werden. Ein erster Schritt dafür ist das pilothafte Testen des neuen ABO Flex in Leipzig.

Zum Abbau von Hemmnissen bei verbundübergreifenden Fahrten soll für die Sommerferien 2015 das Ferienticket Sachsen eingeführt werden, mit dem junge Leute in allen sächsischen Verbünden öffentliche Nahverkehrsmittel mit einem Ticket nutzen können.

Für die erste Jahreshälfte 2015 ist das Release **easy.GO 4.3** vorgesehen. Die Kommunikation wird über verschiedene social-media-Kanäle, Newsletter und Pressemitteilungen erfolgen. Um den Bekanntheitsgrad von easy.GO weiter zu steigern, die App zu stärken und neue Nutzer hinzuzugewinnen, sind im laufenden Jahr 2015 weitere Marketingmaßnahmen geplant, die an die erfolgreichen Maßnahmen 2014 anknüpfen sollen.

Auch im Bereich **Öffentlichkeitsarbeit und Kommunikation** werden 2015 mehrere zusätzliche Projekte unter dem Fokus der Umsetzung von Themen aus dem MDV-Strategieprozess stehen. Zu nen-

nen ist hier beispielgebend die federführend durch den ZVNL realisierte Umsetzung der MDV-Haltestellenkonzeption im sächsischen Teil des Verbundgebietes im Rahmen des Gesamtprojekts "Nutzeroberfläche". Außerdem wird eine Konzeption zur Bedienung von social-media-Kanälen erarbeitet und die gebündelte Kommunikation aller im Dezember eintretender Netz- und Fahrplanveränderungen (MDSB I und II, Betriebsaufnahme Abellio Rail Mitteldeutschland, Anpassungen im Busverkehr usw.) vorbereitet. Entsprechend des Arbeitsstandes im Projekt "Muldentaldreieck" werden zu passender Zeit Kommunikationsthemen erarbeitet und umgesetzt.

Ebenfalls aus der Strategie und den Fachexkursionen abgeleitet hat der Fachbereich Verkehrsplanung in enger Abstimmung mit dem Landkreis Altenburger Land und der THÜSAC einen Projektantrag **"Schmölln macht mobil"** an das Land Thüringen gestellt. Auch hier soll der Verkehr analog "Muldentaldreieck" und "Rippach-/Saaletal mobil" neu aufgestellt werden und dem ÖPNV neue Nutzergruppen zugeführt werden. Eine Projektbewilligung wird für Frühjahr 2015 erwartet.

Für das Wirtschaftsjahr 2015 wird wiederum ein ausgeglichenes Ergebnis erwartet, da die geplanten Aufwendungen durch eigene Erträge und Betriebskostenzuschüsse der Gesellschafter gedeckt sind. Auf Grundlage der mittelfristigen Finanzplanung geht die Geschäftsführung auch für die Folgejahre von einem ausgeglichen Ergebnis aus. Die Fortführung der Gesellschaft ist daher nicht gefährdet.

### Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung

Die Risiken der künftigen Entwicklung der Verbundgesellschaft werden durch die Geschäftsführung als gering eingestuft, da die Finanzierung wesentlich von der vollständigen und termingerechten Bereitstellung von beantragten Fördermitteln und der gemäß § 5 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrags von den Gesellschaftern zu leistenden Abschlagszahlungen bestimmt wird. Darüber hinaus wird seit 2009 ein flexibler projektbezogener Finanzierungsbaustein angewendet, der aus realisierten Mehrerlösen bei den Tarifeinnahmen gespeist wird.

Langfristig ist zu klären, wie der Ersatz des ursprünglich mit Fördermitteln angeschafften Anlagevermögens finanziert werden kann, da über die laufenden Zuschüsse der Gesellschafter dafür keine Mittel amortisiert werden. In der mittelfristigen Finanzplanung bis 2019 sind für diese Ersatzbeschaffungen ausreichende liquide Mittel der Kapitalrücklage vorgesehen.

Die Gesellschaft ist keinen wesentlichen Ausfall- und Liquiditätsrisiken sowie Risiken aus Zahlungsschwankungen in Bezug auf die verwendeten Finanzinstrumente (insbesondere Forderungen und Verbindlichkeiten) ausgesetzt.

Das Unternehmen verfügt über ein Risikomanagementsystem. Das aktuell gültige Risikohandbuch trat im Januar 2015 in seiner überarbeiteten Fassung in Kraft.

### Bilanzdaten (in T€)

Aktiva								
	2014 Plan		2014 Ist		2013 Ist		2012 Ist	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>834</b>	<b>62 %</b>	<b>511</b>	<b>29 %</b>	<b>149</b>	<b>11 %</b>	<b>229</b>	<b>17 %</b>
Immaterielles Vermögen	713		451		94		175	
Sachanlagen	121		60		55		54	
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>493</b>	<b>37 %</b>	<b>1.240</b>	<b>70 %</b>	<b>1.172</b>	<b>88 %</b>	<b>1.109</b>	<b>82 %</b>
Forderungen und sonst. Verm.	278		333		180		292	

Wertpapiere/Liquide Mittel	215		907		992		817	
<b>Aktiver RAP</b>	<b>10</b>	<b>1 %</b>	<b>9</b>	<b>1 %</b>	<b>10</b>	<b>1 %</b>	<b>11</b>	<b>1 %</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.337</b>	<b>100 %</b>	<b>1.760</b>	<b>100 %</b>	<b>1.331</b>	<b>100 %</b>	<b>1.349</b>	<b>100 %</b>

## Passiva

	2014 Plan		2014 Ist		2013 Ist		2012 Ist	
<b>Eigenkapital</b>	<b>423</b>	<b>32 %</b>	<b>461</b>	<b>26 %</b>	<b>461</b>	<b>35 %</b>	<b>461</b>	<b>34 %</b>
Gezeichnetes Kapital	73		73		73		73	
Rücklagen	348		388		388		388	
Bilanzgewinn/-verlust	2		0		0		0	
<b>Sonderposten</b>	<b>582</b>	<b>43 %</b>	<b>368</b>	<b>21 %</b>	<b>39</b>	<b>3 %</b>	<b>110</b>	<b>8 %</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>122</b>	<b>9 %</b>	<b>120</b>	<b>7 %</b>	<b>122</b>	<b>9 %</b>	<b>142</b>	<b>11 %</b>
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>210</b>	<b>16 %</b>	<b>681</b>	<b>39 %</b>	<b>581</b>	<b>44 %</b>	<b>501</b>	<b>37 %</b>
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	210		681		581		501	
<b>Passiver RAP</b>	<b>0</b>	<b>0 %</b>	<b>130</b>	<b>7 %</b>	<b>128</b>	<b>9 %</b>	<b>135</b>	<b>10 %</b>
<b>Bilanzsumme</b>	<b>1.337</b>	<b>100 %</b>	<b>1.760</b>	<b>100 %</b>	<b>1.331</b>	<b>100 %</b>	<b>1.349</b>	<b>100 %</b>

## 2. G & V – Daten

	2014 Plan	2014 Ist	2013 Ist	2012 Ist
<b>Umsatz</b>	<b>647</b>	<b>609</b>	<b>623</b>	<b>512</b>
Zuschüsse der Gesellschafter	2.282	2.228	2.233	2.138
Andere aktivierte Eigenleistungen	0	16	0	0
Sonstige betr. Erträge	469	520	328	454
<b>Gesamtleistung</b>	<b>3.398</b>	<b>3.373</b>	<b>3.184</b>	<b>3.104</b>
Materialaufwand	1.461	1.400	1.277	1.288

Personalaufwand	1.501	1.514	1.449	1.334
Abschreibungen	104	99	119	129
Sonstige betr. Aufwendungen	375	360	338	359
<b>Betriebliches Ergebnis</b>	<b>-43</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-6</b>
Finanzergebnis	5	0	0	6
Steuern	0	0	0	0
<b>Jahresergebnis</b>	<b>-38</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Entnahme aus Kapitalrücklage</b>	<b>40</b>	<b>0</b>		
<b>Bilanzgewinn/-verlust</b>	<b>2</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

### 3. Bilanz- und Leistungskennzahlen

	2014 Plan	2014 Ist	2013 Ist	2012 Ist
<b>Vermögenssituation</b>				
Vermögensstruktur	62,4 %	29,0 %	11,2 %	17,0 %
Investitionsdeckung	14,3 %	21,4 %	305,9 %	204,0 %
Fremdfinanzierung	46,6 %	55,9 %	54,3 %	51,8 %
<b>Kapitalstruktur</b>				
Eigenkapitalquote	31,6 %	26,2 %	34,7 %	34,2 %
<b>Liquidität</b>				
Effektivverschuldung	keine	keine	Keine	keine
Liquiditätsgrad I	102,4 %	133,1 %	170,8 %	163,1 %
<b>Rentabilität</b>				
Eigenkapitalrendite		0 %	0 %	0 %
Gesamtkapitalrendite		0 %	0 %	0 %

<b>Geschäftserfolg</b>				
Pro-Kopf-Umsatz (T€)	22	20	21	19
Personalaufwandsquote	232,0 %	248,6 %	232,7 %	260,6 %
<b>Beschäftigte</b>				
Im Jahresdurchschnitt (ohne Azubis)	29	30	29	26
Standardbeschäftigte				

# Kulturraum Leipziger Raum

## Beteiligungsübersicht

Stauffenbergstraße 4  
04552 Borna

Tel. 03433 / 241 162  
Fax 03433 / 241 805  
Email Kulturraum.LeipzigerRaum@t-online.de  
Internet

Gründungsdatum 01.08.1994

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Kulturraum fördert im Rahmen der im Haushaltsplan zur Verfügung gestellten Mittel und nach näherer Maßgabe der Förderrichtlinien die jährlich festzulegenden kulturellen Einrichtungen und Maßnahmen von regionaler Bedeutung - unabhängig von ihrer Trägerschaft oder Rechtsform.

Er koordiniert die Tätigkeit seiner Mitglieder, der übrigen Städte und Gemeinden seines Gebietes sowie der anderen Träger der kommunalen Kulturarbeit auf dem Gebiet der Kulturpflege, soweit dieser regionale Bedeutung zukommt.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	2.139.333,05
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Für den Zweckverband Kulturraum Leipziger Raum lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2013 und 31.12.2014 sowie die Beteiligungsberichte bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

# Regionaler Planungsverband Leipzig-West Sachsen

## Beteiligungsübersicht

Bautzner Straße 67  
04347 Leipzig

Tel. 0341 / 33 74 16 - 0  
Fax 0341 / 33 74 16 - 33

Gründungsdatum 06.11.1992

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die Regionalplanung als ein Teil der Landesplanung ist eine zusammenfassende, überörtliche und überfachliche Planung, die durch das Landesplanungsgesetz kommunal verfassten Regionalen Planungsverbänden übertragen wird.

Somit obliegt dem Regionalen Planungsverband Westsachsen die Regionalplanung für die Planungsregion Westsachsen, die mit dem Regierungsbezirk Leipzig deckungsgleich ist. Die regionalen Planungsverbände sind Körperschaften des öffentlichen Rechts und haben die Aufgabe, für das Gebiet ihrer Planungsregion den Regionalplan aufzustellen und fortzuschreiben sowie auf seine Umsetzung hinzuwirken. Regionalpläne enthalten Grundsätze und Ziele für die räumliche Ordnung und Entwicklung der jeweiligen Planungsregion, insbesondere in den Bereichen der Ökologie, der Wirtschaft, der Siedlung und der Infrastruktur. In den Regionalplan ist zugleich der Landesrahmenplan einbezogen.

In den Braunkohlenplangebiet der Planungsregion Westsachsen sind darüber hinaus für jeden Braunkohlentagebau Braunkohlenpläne bzw. für stillgelegte oder stillzulegende Tagebaue Sanierungsrahmenpläne aufzustellen.

Hauptaufgaben des Verbandes sind:

- Erstellung und Fortführung des Regionalplanes
- Erstellung von Braunkohlen- und Sanierungsrahmenplänen für die zehn Tagebaue der Planungsregion
- Erarbeitung des Landschaftsrahmenplanes
- Regionalmanagement
- Raumbewachung und Politikberatung
- Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Vorhaben und im Rahmen der Bauleitplanung

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	10.300,00
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Für den Regionalen Planungsverband Westsachsen lagen die festgestellten Jahresabschlüsse zum 31.12.2013 und 31.12.2014 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

# Kommunaler Sozialverband Sachsen

## Beteiligungsübersicht

Thomasiusstraße 1  
04109 Leipzig

Tel. 0341 / 1266-0  
Fax 0341 / 1266 700/ 1266800  
Email post@ksv-sachsen.de  
Internet http://www.ksv-sachsen.de

Gründungsdatum 22.01.1993

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Dem LWV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungsfunktion übertragen. Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung behinderter Menschen. Nach dem BSHG sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des LWV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe, und damit der Kostenträger für stationäre und teilstationäre Maßnahmen, ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach dem BSHG.

Die Aufgaben und Ziele des LWV Sachsen sind:

- Kostenträger von stationären und teilstationären Hilfsangeboten für körperlich, geistig oder seelisch behinderte Personen nach dem BSHG und dem SGB IX;
- Verhandlungsführung über Entgelte für Einrichtungen nach dem BSHG und dem Pflegeversicherungsgesetz (SGB XI);
- Wahrnehmung der Aufgaben der überörtlichen Betreuungsbehörde und Prüfungsbehörde;
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen öffentlicher und freier Wohlfahrtspflege und Beteiligung an der Planung und Förderung von Einrichtungen im Freistaat Sachsen;

Der LWV als höherer Kommunalverband erhebt seine Umlage nach der Umlagekraft seiner Mitglieder. Damit wird gesichert, dass allen Hilfeempfängern, unabhängig von ihrem gewöhnlichen Aufenthalt und dem Ort ihrer Betreuung und Unterbringung in gleicher Weise und nach einheitlichen Standards die erforderliche Hilfe gewährt werden kann.

Durch das Gesetz zur Umsetzung des Gesetzes zur Einordnung des Sozialhilferechts in das Sozialgesetzbuch (AGSGB vom 14. Juli 2005) wurde am 30. Juli 2005 der Landeswohlfahrtsverband (LWV) als Kommunaler Sozialverband Sachsen (KSV) gegründet.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	21.647.008,44
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	





Im Gesetz über den KSV Sachsen (SächsKomSozVG) werden im § 3 die durch den Verband zu erfüllenden Aufgaben definiert. Im Absatz 1 wird der KSV Sachsen zum überörtlichen Träger der Sozialhilfe bestimmt.

### **Haushaltssatzung**

Nach § 21 SächsKomSozVG finden auf die Wirtschaftsführung des KSV Sachsen die für die Landkreise geltenden Vorschriften über die Gemeindegewirtschaft mit Ausnahme der Vorschriften über die Auslegung des Entwurfs der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes sowie der Jahresabschluss entsprechend Anwendung, soweit gesetzlich nichts anderes bestimmt ist.

Die Haushaltssatzung und der Haushaltsplan 2014 sind von der Verbandsversammlung in der Sitzung vom 09.12.2013 beschlossen worden.

Das Sächsische Staatsministerium des Innern (SMI) hat als Rechtsaufsichtsbehörde mit Bescheid vom 24. März 2014 die Gesetzmäßigkeit der Haushaltssatzung bestätigt und die in § 5 festgesetzte Sozialumlage in Höhe von 8,04526061845 v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte genehmigt. Die öffentliche Bekanntmachung der Haushaltssatzung erfolgte im Sächsischen Amtsblatt, Amtlicher Anzeiger Nr. 16 vom 17.04.2014. Gleichzeitig war der Haushaltsplan an sieben Tagen im Dienstgebäude des KSV Sachsen öffentlich ausgelegt.

In der Haushaltssatzung des KSV Sachsen waren für das Haushaltsjahr 2014 festgesetzt:

> im Ergebnishaushalt		
Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge auf		506.043.644 EUR
Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen auf		511.043.644 EUR
Entnahmen aus Rücklagen auf		5.000.000 EUR
> im Finanzhaushalt		
Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushaltes als Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit		-5.798.560 EUR
Gesamtbetrag der Auszahlungen für Investitionstätigkeit		310.000 EUR
Finanzierungsfehlbetrag als Saldo aus Zahlungsmittelüberschuss und dem Saldo der Gesamtbeträge der Einzahlungen und Auszahlungen aus Investitionstätigkeit		-6.108.560 EUR
Saldo aus Finanzierungsmittelüberschuss und Saldo der Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit als Änderung des Finanzierungsmittelbestandes		-6.108.560 EUR
> Höchstbetrag der Kassenkredite		102.200.000 EUR
> Höhe der Sozialumlage v. H. der Umlagegrundlagen der Landkreise und kreisfreien Städte		8,04526061845

Stand: 08.10.2015

Im Rahmen der per Gesetz zum 01.08.2008 vollzogenen Verwaltungs- und Funktionalreform der öffentlichen Verwaltung im Freistaat Sachsen wurden dem KSV Sachsen zusätzliche Verwaltungsaufgaben im Sozialbereich übertragen.

Die durch die Aufgabenwahrnehmung entstandenen Ausgaben im Bereich der Personal- und Sachkosten werden vollständig aus dem Kommunalhaushalt finanziert.

Mit der Verwaltungsreform wurde der KSV Sachsen außerdem ermächtigt, Titel des Bundes- und Landeshaushaltes zu bewirtschaften sowie die Ausgleichsabgabe nach § 77 SGB IX zu verwalten. Diese Ausgabemittel sind nicht Bestandteil des Haushaltsplanes des KSV Sachsen und haben keinen Einfluss auf den Jahresabschluss bzw. die Höhe der Sozialumlage.

#### **Zusammengefasste Ergebnisse des Jahresabschlusses**

Die Jahresrechnung 2014 schließt im Ergebnishaushalt mit einem veranschlagten Gesamtergebnis in Höhe von 1.165.353,33 EUR ab.

Die Jahresrechnung 2014 schließt im Finanzhaushalt mit einem Endbestand an Zahlungsmitteln in Höhe von 24.351.610,90 EUR ab.

Gegenüber dem Ergebnis 2013 ergaben sich folgende Veränderungen:

##### **im Ergebnishaushalt**

beim Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge ein Anstieg um 19.830.080,18 EUR

beim Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen ein Anstieg um 18.476.866,35 EUR

##### **im Finanzhaushalt**

beim Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit  
als Zahlungsmittelbedarf ein Rückgang um 10.161.261,98 EUR

bei den Investitionen wurden 124.964,56 EUR weniger verausgabt.

beim Endbestand an liquiden Mitteln eine Verringerung um 3.252.806,45 EUR

##### **Im Vermögenshaushalt**

erhöhte sich die Bilanzsumme gegenüber dem Vorjahr von 64.064.658,30 EUR  
auf 66.706.324,98 EUR.

## 5. Erläuterungen zur Ergebnisrechnung

### 5.1. Ordentliche Erträge der Ergebnisrechnung

#### 5.1.1. Zuwendungen und Umlagen nach Arten und aufgelösten Sonderposten

Diese Position enthält die mit rd. 74 % gemessen an den Gesamterträgen stärkste Ertragsposition im Haushalt, die Sozialumlage. Im abgelaufenen Haushaltsjahr wurden 63,5 TEUR weniger Umlage als geplant eingenommen. Grund dafür war die Bekanntgabe der endgültigen Umlagegrundlagen für den KSV Sachsen durch das Sächsische Staatsministerium für Finanzen nach der Bestätigung des Umlagesatzes für die Sozialumlage in der Haushaltssatzung durch die Verbandsversammlung. Der Umlagesatz wurde auf der Basis der vorläufigen Orientierungsdaten ermittelt. Durch die veränderten endgültigen Umlagegrundlagen gegenüber den vorläufigen verringerte sich der Absolutbetrag um o. g. Minderertrag. Die Änderungen waren jedoch geringer als 5 Mio. EUR, so dass keine Nachtragshaushaltssatzung beschlossen wurde.

Weiterhin werden unter dieser Position Erträge aus der Auflösung von Sonderposten i.H.v. 32,2 TEUR erfasst.

#### 5.1.2. Sonstige Transfererträge

Position 3 beinhaltet den Ersatz sozialer Leistungen durch vorrangige Sozialleistungsträger und Dritte an den KSV Sachsen und ist nach der Sozialumlage die Hauptertragsquelle im Kommunalhaushalt. Dem Plan von 81.831.000 EUR stehen im Ergebnis 77.790.754 EUR gegenüber, was einer Planerfüllung von 95 % entspricht.

Die größten Abweichungen gegenüber dem Plan finden sich bei den Konten:

322310.....Ersatz von Rentenversicherungsträgern	- 1.397.399 EUR
322315.....Ersatz von Wohngeldstellen	- 2.596.587 EUR

Wesentliche Gründe für den Rückgang von Renteneinnahmen sind einerseits die verringerte Anzahl der auf den KSV übergeleiteten Renten und andererseits der Umstand, dass die Neuzugänge in der stationären Eingliederungshilfe (Wohnheime für behinderte Menschen) tendenziell noch keine oder niedrigere Rentenansprüche haben, als die Personen, die wegen Erreichens der Altersgrenze in die Zuständigkeit des örtlichen Sozialhilfeträgers wechseln. Da im Wohnheimbereich die meisten Renten übergeleitet werden, hat o.g. Umstand entsprechende Auswirkungen.

Vergleicht man das Ist- Ergebnis zum Vorjahr (+ 0,9 Mio. EUR), so ist andererseits die Auswirkung der Rentenerhöhungen zu erkennen.

Die 48%ige Ist-Abweichung vom Plan bei den Erträgen von Wohngeldstellen hat hauptsächlich folgende Ursache. Durch stetige Erhöhungen der Regelbedarfe und des Wertes der stationären Kosten der Unterkunft stieg die Anzahl der Personen, die mit ihrem Einkommen den HLU-/GruSi-Bedarf nicht mehr decken können, so dass diese vom Wohngeldanspruch ausgeschlossen werden. Verstärkend wirkt sich dabei aus, dass die Wohngeldbeträge seit 2009 nicht mehr erhöht wurden. Das heißt, auch die Ansprüche der noch laufenden Wohngeldbezieher sind in Folge der jährlichen Rentenerhöhungen gesunken. Diese Entwicklung war im Voraus schwer abzuschätzen.

#### 5.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte

Im Haushaltsjahr 2014 konnten 107,0 TEUR mehr Verwaltungsgebühren als geplant und 14,6 TEUR mehr als im Vorjahr eingenommen werden. Diese Mehreinnahme gegenüber

Stand: 08.10.2015



dem Plan entstand hauptsächlich bei der Erhebung von Gebühren im Ergebnis der Tätigkeit der Heimaufsicht. Diese wurde im Rahmen der Funktionalreform am 01.01.2013 vom KSV Sachsen übernommen. Zum Zeitpunkt der Planerstellung 2014 lagen keine ganzjährigen Erfahrungen über die Höhe der Erträge aus diesen Gebühren vor, so dass hier eine deutliche Plan-Ist-Abweichung in Höhe von 110,3 TEUR zu verzeichnen ist. Weiterhin konnten Mehrerträge in Höhe von 8,5 TEUR Verwaltungsgebühren im Rahmen des Sozialen Entschädigungsrechts erzielt werden. Der Planwert der Gebühren für die Anerkennung der Gesundheitsfachberufe wurde mit 94 % erfüllt. Ursache hierfür sind geringere Fallzahlen bei inländischen Antragstellern

#### **5.1.4. Privatrechtliche Leistungsentgelte**

Das Ergebnis 2014 liegt mit 6,7 TEUR über dem Planansatz. Diese Mehrerträge resultieren zu gleichen Teilen aus Mieten und Pachten für die Büroräume der Stiftung „Mutter und Kind“ in der Außenstelle Chemnitz sowie aus sonstigen Verwaltungs- und Betriebseinnahmen. Das um 232 TEUR niedrigere Ertragsergebnis gegenüber dem Vorjahr liegt begründet in der Änderung der Buchungsstellenzuordnung für die Abschlagszahlung für den Ersatz der Kostenaufwendungen für Sach- und Personalkosten für die Anlauf- und Beratungsstelle Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 bis 1990“. Wegen der Bildung eines Fonds wurden die Erträge 2013 bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten veranschlagt, ab dem Jahr 2014 erfolgte der Ansatz bei den Kostenerstattungen vom Land, weil dies dem Charakter der Zahlungen besser gerecht wird.

#### **5.1.5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen**

Der Ansatz dieser Position wurde mit 15,6 Mio. EUR überschritten. Die Mehrerträge resultieren im Wesentlichen zum Ersten aus der Erstattung von Übrigen nach §§ 102ff. SGB X sowie aus der Erstattung von Grundsicherungsleistungen nach dem 4. Kapitel SGB XII in Höhe von 100% der Nettoausgaben.

Bei der Erstattung von Übrigen wurde der Plan zu niedrig angesetzt, da zum Planungszeitpunkt die gestiegenen Ist-Erträge insbesondere im 2. Halbjahr 2013 noch keine Berücksichtigung bei der Planung des Folgejahres finden konnten.

87 % der Mehrerträge der Position Kostenerstattungen sind der Erstattung der Grundsicherungsleistungen zuzuordnen. Nach Beratungen des KSV Sachsen mit dem Sächsischen Staatsministerium für Soziales konnten Grundsicherungsleistungen zur Erstattung durch den Freistaat nachberechnet werden, welche Fälligkeiten 2012 und 2013 für die Abrechnungsjahre 2013 (zu 75 %) und 2014 (zu 100%) betrafen. Dadurch konnten rd. 8 Mio. EUR Mehrerträge erzielt werden. Außerdem war der Plan für die Erstattung von Grundsicherungsleistungen auf Grund der 2014 gestiegenen Aufwendungen für diese Leistungen zu niedrig angesetzt (siehe dazu auch Punkt 5.2.5.).

#### **5.1.6. Finanzerträge (Zinsen, Erträge aus Beteiligungen u. ä. Erträge)**

Aus kurzfristigen Geldanlagen für zeitweilig nicht benötigte Finanzmittel konnten 2014 Zinserträge von Kreditinstituten in Höhe von 17,9 TEUR und damit 32,1 TEUR weniger als geplant erwirtschaftet werden, verursacht durch die Niedrigzinssituation.

#### 5.1.7. Sonstige ordentliche Erträge

Im Rahmen von Säumniszuschlägen und sonstigen Nebeneinnahmen aus öffentlich rechtlichen Forderungen sowie aus der Auflösung oder Herabsetzung von Wertberichtigungen auf Forderungen und Rückstellungen für Gerichtsverfahren wurden 4,0 Mio.EUR Mehrerträge erzielt, da für die Auflösung von Wertberichtigungen auf Forderungen (EWB) und von Rückstellungen für Gerichtsverfahren 2014 noch kein Planansatz erfolgte. Zum Planungszeitpunkt war die Größenordnung der zu erwartenden Beträge bei erstmalig 2013 durchgeführten Wertberichtigungen noch unbekannt.

#### 5.2. Ordentliche Aufwendungen der Ergebnisrechnung

##### 5.2.1. Personalaufwendungen

Bei den Personalaufwendungen wurden weniger als ein Prozent der Plansumme (217,7 TEUR) aus folgenden Gründen nicht in Anspruch genommen:

- vorübergehend freie Stellen bzw. deren zeitlich versetzte Nachbesetzung bei Arbeitnehmerkündigungen/Auflösungsverträgen/Mutterschutz und Elternzeiten
- Einstellung der Entgeltfortzahlung bei Langzeiterkrankungen, Erkrankung des Kindes bzw. auf Grund Freistellung nach dem PflegeZG

##### 5.2.2. Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Diese Position beinhaltet alle Leistungen, welche sich auf die Unterhaltung und Bewirtschaftung von beweglichem und unbeweglichem Vermögen, den Erwerb von Ausrüstungsgegenständen bis zu einem Wert von 410 EUR und deren Unterhaltung beziehen. Weiterhin sind Mieten und Pachten, Fortbildungskosten, Dienstreisen und Aufwendungen für Ausbildung erfasst. Der Planwert für diesen Teil der Sachaufwendungen wurde mit 84,0 TEUR unterschritten.

Der zweite Teil der Sachaufwendungen des KSV Sachsen ist unter Position 17 - sonstige ordentliche Aufwendungen - zu finden. Es handelt sich um alle Aufwendungen, die dem Ergebnis aus laufender Verwaltungstätigkeit zugerechnet werden. U. a. sind dies Aufwendungen für Bücher und Zeitschriften, Steuern, Versicherung, Schadensfälle, Gerichts- und Vollstreckungskosten, Post- und Fernmeldegebühren, Büromaterial, Mitgliedsbeiträge, Datenverarbeitung, ehrenamtliche Tätigkeit und sonstige Personal- und Versorgungsaufwendungen. Bei diesem zweiten Teil wurde der Planansatz mit 212,4 TEUR unterschritten, so dass bei einem Plan-Ist-Vergleich aller Sachaufwendungen des KSV Sachsen 296,4 TEUR im Haushaltsjahr 2014 nicht in Anspruch genommen worden.

Bei folgenden Positionen konnten wesentliche Einsparungen mit folgenden Gründen erzielt werden:

- Elektroenergie 23,5 TEUR

Zum einen konnten Einsparungen erzielt werden, weil die Mitarbeiter zum bewussten Umgang mit der Technik angehalten wurden. Des Weiteren kam die angenommene Energiekostenerhöhung von 5 % nicht zum tragen. Außerdem wurden für die Büroräume Ranstädter Steinweg für 2014 geringere Abschläge im Vergleich zum Vorjahr festgesetzt.

- Heizung 13,8 TEUR  
Durch einen neuen Vertragsabschluss konnten hier Einsparungen erzielt werden. Desweiteren kommen der milde Winter und der bereits unter Elektroenergieeinsparungen genannte Grund –ausbleibende Kostensteigerung auch hier zum tragen.
  - Post- und Fernmeldegebühren 45,8 TEUR  
Der geplante Anstieg an Ausgangspostvolumen und damit an Portokosten blieb unter den Erwartungen. Des Weiteren wurde die Installation einer größeren Datenleitung zwischen Leipzig und Chemnitz nicht realisiert. Außerdem fielen die Verbindungskosten geringer aus, als geplant.
  - EDV 178,3 TEUR  
Auf Grund der Behebung häufig aufgetretener Störungen im EDV-Betrieb 2014 und den damit verbundenen Personalbindungen konnten einige geplante Projekte auf Grund fehlender Kapazitäten nicht durchgeführt werden (siehe auch Punkt 6.2.7.)
- Bei folgenden Positionen sind wesentliche Planüberschreitungen aus folgenden Gründen zu verzeichnen:
- Unterhaltung d. Grundstücke und bauliche Anlagen 27,6 TEUR  
Auf Grund eines statischen Gutachtens zur Beschaffenheit der Zwischendecken im Dienstgebäude Leipzig im Vorfeld der Rekonstruktion dieser wurden zusätzliche Baumaßnahmen zur Verstärkung notwendig, welche außerplanmäßige Kosten verursachten.
  - Kosten im Gerichtsverfahren 19,1 TEUR  
Ursache dafür ist zum einen die Zunahme der Verfahrensfälle, insbesondere in der Sozialhilfe, was zum Zeitpunkt der Planung nicht absehbar ist. Weitere Ursache ist eine generell wachsende Bereitschaft der Leistungsberechtigten, gegen ablehnende Bescheide Rechtsbehelfe einzulegen. Die Planwerte können für das Folgejahr anhand von Ist-Zahlen nur gewissenshaft geschätzt werden.

#### 5.2.3. Planmäßige Abschreibungen

In dieser Position wurden 2,69 Mio. EUR mehr als geplant aufgewendet. Dabei stehen 132,1 TEUR Minderaufwendungen für Abschreibungen 2,81 Mio. EUR Mehraufwendungen für Einzelwertberichtigungen (EWB) von Forderungen entgegen. Bei letzterer Position wurde aufgrund fehlender Erfahrungswerte 2014 kein Planwert angesetzt. Im Vergleich zum Vorjahr stiegen die Aufwendungen für EWB für Forderungen um 0,19 Mio. EUR.

#### 5.2.4. Zinsen und ähnliche Aufwendungen

Der Planwert der Zinsaufwendungen für Kassenkredite wurde nur zu 28,7 % (71,9 TEUR) in Anspruch genommen. Dabei profitierte der KSV Sachsen vom niedrigen Zinsniveau am Kreditmarkt. Zum Zeitpunkt der Planung lag der Leitzins der Europäischen Zentralbank bei 0,5 % und wurde im November 2013 auf 0,25 % gesenkt.

#### 5.2.5. Transferaufwendungen

Die sozialen Transferaufwendungen (Aufwendungen der Sozialhilfe) bilden mit 477,9 Mio. EUR Jahresergebnis die mit Abstand größte Aufwandsposition im Ergebnishaufwand.

Stand: 08.10.2015



halt. Der Planwert wurde mit 8,2 Mio. EUR überschritten. Zum Ist-Wert des Vorjahres ist hier ein Zuwachs von 17,3 Mio. EUR zu verzeichnen.

In den Produktuntergruppen stellt sich das Rechnungsergebnis wie folgt dar:

Produktuntergruppe	Hilfeart	Plan Aufwendungen (TEUR)	IST Aufwendungen (TEUR)	Vergleich Plan – IST (TEUR)
31.11	Hilfe zum Lebensunterhalt	9.865,0	9.483,7	-381,3
31.12	Hilfe zur Pflege	19.821,5	21.210,1	1.388,6
31.13	Eingliederungshilfe für beh. Menschen	400.578,0	393.961,2	-6.616,8
31.14	Hilfen zur Gesundheit	1.812,0	2.041,7	229,7
31.15	Hilfe z. Überwindung bes. soz. Schwierigkeiten	2.411,0	2.814,4	403,4
31.16	Hilfe in anderen Lebenslagen	335,0	322,2	12,8
31.17	Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung	35.680,0	48.961,5	13.281,5
31.18	Hilfe f. Deutsche im Ausland	140,0	164,2	24,2
32.11-32.18	Kriegsopferfürsorge	509,2	363,1	-146,1

Die in der Tabelle ausgewiesenen Aufwendungen beinhalten auch den Teil der Sozialhilfe zuzuordnenden Erstattungen der Sozialhilfe, welche Inhalt der Position „sonstige ordentliche Aufwendungen“ sind, um damit einen Gesamtüberblick der Sozialhilfearaufwendungen pro Produktuntergruppe darstellen zu können (siehe auch Erläuterungen Punkt 5.2.6.)

Folgende Hauptgründe für o.g. Mehraufwendungen sind ursächlich: Die im Haushaltsplan 2014 im Vergleich zum Vorjahr prognostizierten Kostensteigerungen für Transferaufwendungen insgesamt in Höhe von 19,4 Mio. EUR haben sich als zu niedrig herausgestellt. Obwohl die Fallzahlen in den kostenintensiven Wohnheimen nahezu konstant gehalten werden konnten, haben insbesondere Entgelterhöhungen in Wohnheimen, Fallzahlzuwächse im ambulant betreuten Wohnen, höhere Aufwendungen für die WfbM sowie in der Hilfe zur Pflege zu diesem Kostenaufwuchs geführt.

Die planungstechnische Trennung der Leistungen Hilfe zum Lebensunterhalt und Grundsicherung von der Eingliederungshilfe wurde bei der Planerstellung 2014 im zweiten Jahr in Folge so genau wie möglich berücksichtigt. Dabei wurde der Plan in der Produktgruppe 3111 – Hilfe zum Lebensunterhalt – korrekt aufgestellt. Verschiebungen gab es auch 2014 noch zwischen der Produktgruppe 3113 – Eingliederungshilfe – und der Produktgruppe 3117 – Grundsicherung – auf Grund der fehlenden Erfahrungen bei den Aufwandsgrößen des Grundsicherungsanteils an den Heimkosten. Bei der Planung 2014 konnte lediglich auf das erste doppische Ergebnis 2012 zurückgegriffen werden. Zum einen ist im Ergebnis 2014 der Anteil der Grundsicherung an den Heimkosten höher als geplant, zum anderen stiegen die Ausgaben für Grundsicherung absolut.

Stand: 08.10.2015

#### **5.2.6. Sonstige ordentliche Aufwendungen**

Die in dieser Position u. a. enthaltenen Sachaufwendungen wurden bereits unter dem Punkt 5.2.2. interpretiert. Weitere Bestandteile der sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind die Erstattungen an den Bund, das Land u. a. Gebietskörperschaften sowie Sozialleistungsträger. Insgesamt wurde der Planwert für Erstattungen mit 1,0 Mio. EUR unterschritten. Hauptursache dafür sind die Minderaufwendungen für den zu zahlenden Anteil am Landesblindengeld. Hier wurden 739 TEUR weniger als geplant in Anspruch genommen. Der Planwert kann nur auf Grund der Entwicklung der vergangenen Jahre sorgfältig geschätzt werden, weil der zu zahlende Anteil für den KSV für das zu planende Haushaltsjahr, welcher auf dem Ist des Vorjahres basiert, zum Planungszeitpunkt noch nicht fest steht. Die Bekanntgabe des konkreten Zahlungsbetrages erfolgt erst zu Beginn des zu planenden Haushaltsjahres durch das SMS.

#### **5.3 Außerordentliche Erträge und Aufwendungen**

Den außerordentlichen Erträgen aus dem Abgang bzw. der Veräußerung von Vermögen in Höhe von 16 EUR stehen außerordentliche Aufwendungen aus Abschreibung wegen der Aussonderung von beweglichen Vermögensgegenständen in Höhe von 4,5 TEUR gegenüber. Das daraus resultierende Sonderergebnis in Höhe von – 4,5 TEUR wird gemäß § 25 Abs. 5 SächsKomHVO-Doppik mit dem Basiskapital verrechnet.

### **6. Erläuterungen zur Finanzrechnung**

#### **6.1. Einzahlungen**

##### **6.1.1. Zuwendungen und Umlagen für laufende Verwaltungstätigkeit**

In der Finanzrechnung sind unter der Position 2 die Einzahlungen für die Sozialumlage erfasst. An dieser Stelle wird auf Punkt 5.1.1. der Ergebnisrechnung verwiesen.

##### **6.1.2. Sonstige Transfereinzahlungen**

Im Haushaltsjahr 2014 wurden gegenüber dem Plan 1,1 Mio. EUR weniger Einzahlungen für Sozialhilfeerträge getätigt. Dazu wird auf die Ausführungen im Punkt 5.1.2. verwiesen. Die Ist-Abweichung zum Vorjahr in Höhe von -19,1 Mio. EUR hat folgende Ursache. Wegen verspäteter Übergabe debitorischer Sollstellungen aus dem Sozialhilfeprogramm Prosoz aus dem Jahr 2012 musste die Zuordnung der Geldeingänge im Jahr 2013 aufgearbeitet werden. Dadurch wurde 2013 ein doppelt so hohes Ist-Ergebnis als 2012 ausgewiesen. Dies betraf insbesondere den Ersatz von Rentenversicherungsträgern und den Ersatz von Ämtern für Ausbildungsförderung.

##### **6.1.3. Öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte**

Den Sollstellungen in Höhe von 319,4 TEUR für die Gebührenerhebung für die Anerkennung von Gesundheitsfachberufen und der Heimaufsicht (siehe Gliederungspunkt 5.1.3.) stehen im Haushaltsjahr 2014 Geldeingänge in Höhe von 322,0 TEUR gegenüber.

Stand: 08.10.2015



#### **6.1.4. Privatrechtliche Leistungsentgelte**

Diese Position steht im direkten Zusammenhang mit Position 5 der Ergebnisrechnung. Deshalb wird auf Gliederungspunkt 5.1.4. verwiesen.

#### **6.1.5. Kostenerstattungen und Kostenumlagen**

Gegenüber dem Planwert von 37,4 Mio. EUR wurden im Ist Geldeingänge in Höhe von 53,0 Mio. EUR verzeichnet. Die Mehreinzahlungen in Höhe von 15,6 Mio. EUR setzen sich im Wesentlichen aus Mehreinzahlungen von Grundsicherungsleistungen, aus Erstattungen von Sozialleistungsträgern und aus Erstattungen von Übrigen zusammen, deren Planwerte zu niedrig angesetzt waren (siehe auch Gliederungspunkt 5.1.5.).

Wenigereinzahlungen im Vergleich zum Vorjahr gab es bei Erstattungen von kommunalen Gebietskörperschaften und vom überörtlichen Sozialhilfeträger in Höhe von 76 % bzw. 336 TEUR.

#### **6.1.6. Zinsen u. ä. Einzahlungen**

Hier wird verwiesen auf den Gliederungspunkt 5.1.6.

#### **6.1.7. Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit**

Neben Geldeingängen von Säumniszuschlägen in Höhe von 5,1 TEUR sind in Position 8 die Geldeingänge abgebildet, welche erst im Jahr 2014 offenen Sollstellungen aus 2013 bzw. 2012 zugeordnet werden konnten (siehe auch 6.1.2).

#### **6.1.8. Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**

Insgesamt betrachtet liegt die Abweichung gegenüber dem Planansatz bei 1,1% bzw. 5,8 Mio. EUR, hauptsächlich verursacht durch die nicht geplanten Zahlungseingänge der Erstattung von Grundsicherungsleistungen.

### **6.2. Auszahlungen**

#### **6.2.1. Personalauszahlungen**

Der Planansatz wurde mit 815,3 TEUR bzw. 3,2 % geringfügig unterschritten. Für die Gründe wird auf Punkt 5.2.1 verwiesen.

Die höheren Auszahlungen im Vergleich zu den Aufwendungen resultieren insbesondere aus der Auflösung von Rückstellungen für Altersteilzeit.

#### **6.2.2. Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Position 12) sowie sonstige haushaltswirksame Auszahlungen (Position 15)**

In Bezug auf Gliederungspunkt 5.2.2. findet auch für den Finanzhaushalt entsprechend eine Gesamtbetrachtung beider Positionen statt. Da die Ergebnisse der Auszahlungen im Finanzhaushalt im Wesentlichen den Ergebnissen des Ergebnishaushaltes entsprechen, wird inhaltlich auf o. g. Gliederungspunkt verwiesen. Die Abweichungen zwischen Finanz- und Ergebnisrechnung sind gering und resultieren vorrangig aus Periodenabweichungen zwischen Aufwand und Auszahlung am Jahresanfang bzw. Jahresende.

Stand: 08.10.2015

### **6.2.3. Zinsen und ähnliche Auszahlungen**

Bei der Position 13 wird auf die Ausführungen im Gliederungspunkt 5.2.4. verwiesen. Die Zinsauszahlungen entsprechen zu 100 % den Aufwendungen im Ergebnishaushalt.

### **6.2.4. Transferauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**

Bei den Sozialhilfeaufwendungen wurden 6,0 Mio. EUR mehr als geplant ausgezahlt. Zur Begründung wird auf Punkt 5.2.5 verwiesen.

Im Vergleich zu den Aufwendungen lagen die Auszahlungen um 2,2 Mio. EUR niedriger. Grund dafür ist die periodengerechte Zuordnung der Aufwandsbuchungen, welche insbesondere am Jahresanfang und am Jahresende zu Unterschieden bei der Periodenzuordnung zwischen Aufwand und Auszahlung führen sowie die Bildung von Rückstellungen im Bereich der Fahrtkosten WfbM (siehe auch 7.2.3).

### **6.2.5. Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit**

Der Ist-Wert für die Summe der Auszahlungen liegt um 4,1 Mio. EUR höher als geplant. Er setzt sich zusammen aus den Mehrauszahlungen für Sozialhilfe in Position 14 einerseits und den Minderpersonalauszahlungen (Position 10), den Minderauszahlungen für Sach- und Dienstleistungen (Position 12), den Minderauszahlungen für Zinsen (Position 13) sowie den sonstigen haushaltswirksamen Minderauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Position 15) andererseits.

### **6.2.6. Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelbedarf**

Der Saldo aus Einzahlungen (Position 9 – Gliederungspunkt 6.1.8) und Auszahlungen (Position 16 - Gliederungspunkt 6.2.5.) aus laufender Verwaltungstätigkeit ergibt als Zwischenergebnis einen Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von 1,8 Mio. EUR.

### **6.2.7. Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen und übrigen Sachanlagevermögen**

Dem Plan für Investitionen in Höhe von 310,0 TEUR stehen Auszahlungen in Höhe von 189,5 TEUR gegenüber.

Der bereits unter Punkt 5.2.2. – EDV – genannte Grund hatte auch Auswirkungen auf die Investitionen, bei denen der Plan mit 209,2 TEUR bzw. 67 % erfüllt wurde. Folgende Projekte wurden nicht umgesetzt:

- Austausch alter Server und Neustrukturierung mit Übernahmen in die Virtualisierungsplattform (WSUS, XenAPP, Fileserver)
- Vorbereitung Storageausbau/-wechsel in Verbindung mit Erstellung Storagekonzept, Vorbereitung Ausschreibung
- Austausch ISA-Server gegen eine aktuelle Firewall auf Basis Citrix Netscaler
- Umstrukturierung Domäne
- KDN Zertifizierung

### **6.2.8. Finanzierungsmittelbedarf**

Der Zahlungsmittelsaldo aus laufender Verwaltungstätigkeit als Zahlungsmittelüberschuss (Gliederungspunkt 6.2.6., Pos. 17) erhöht sich durch die Nichtinanspruchnahme von Investi-

Stand: 08.10.2015

tionsplanmittel im Saldo um 120,5 TEUR auf 1.873,2 TEUR Finanzierungsmittelüberschuss (Position 35).

#### **6.2.9. Änderung des Finanzmittelbestandes**

Der Finanzmittelbestand verringert sich um 0,4 Mio. EUR durch die Ausreichung von Abschlägen zur dauerhaften Liquiditätssicherung an Werkstätten für behinderte Menschen (Fahrkosten) sowie von Heimabschlägen aus Nachberechnungen.

#### **6.2.10. Einzahlungen aus durchlaufenden Geldern (Position 44) und Auszahlungen aus durchlaufenden Geldern (Position 45)**

Position 44 beinhaltet im Wesentlichen die Einzahlungen der vom Bund getragenen Sozialversicherungsbeiträge für in Werkstätten beschäftigte Leistungsberechtigte sowie Renteneinzahlungen.

Position 45 beinhaltet im Wesentlichen die Auszahlungen der in Position 44 beinhalteten Einzahlungen sowie die Auszahlung von Abschlägen zur Liquiditätssicherung der Behinderten- und Pflegeeinrichtungen.

Die Differenz zwischen Einzahlungen und Auszahlungen der durchlaufenden Gelder bildet ein Zahlungsmittelüberschuss als Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen in Höhe von 1,4 Mio. EUR (Position 46).

#### **6.2.11. Liquidität am Ende des Haushaltsjahres**

Die Liquidität (Pos. 50) hat sich auf Grund des negativen Zahlungsmittelbestandes, welcher dem Zahlungsmittelbedarf im abgelaufenen Haushaltsjahr entspricht, um 3,3 Mio. EUR auf 24,3 Mio. EUR verringert.

### **7. Erläuterungen zur Vermögensrechnung**

Mit dem Jahresabschluss 2014 wird die Vermögenssituation des KSV Sachsen zum Abschluss des Haushaltsjahres 2014 dargestellt.

Die Bilanzsumme des KSV Sachsen am 31.12.2014 beträgt 66.398.328,21 EUR und ist damit 2,3 Mio. EUR höher als am 31.12.2013.

Im Einzelnen stellt sich die Bilanz folgendermaßen dar:

#### **7.1. Aktiva**

##### **7.1.1. Anlagevermögen**

Das Anlagevermögen hat sich im Vergleich zur Vorjahresbilanz von 19,4 Mio. EUR auf 19,7 Mio. EUR erhöht. Die Erhöhung resultiert aus dem Zuwachs des Finanzanlagevermögens, speziell durch die Erhöhung der Summe der Ausleihungen an Werkstätten für behinderte Menschen (90 % der Fahrkosten) mit einer Laufzeit über einem Jahr zu deren Liquiditätssicherung.

Während sich der Wert der immateriellen Vermögensgegenstände um 4,7 TEUR im Jahr 2014 erhöhte, waren die Abschreibungen beim Sachanlagevermögen höher als die Investitionen, so dass diese Positionen sich gegenüber dem Vorjahr um 64 TEUR verringert hat.

Stand: 08.10.2015



Durch wertsteigernde Maßnahmen am Dienstgebäude hat sich der Bilanzwert unter Berücksichtigung der Abschreibung geringfügig erhöht.

#### **7.1.2. Umlaufvermögen**

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber der Vorjahresbilanz von 42,9 Mio. EUR auf 44,9 Mio. EUR erhöht.

Durch die Anpassung der Bilanzkonten ab dem Haushaltsjahr 2014 werden die bis 2013 unter den privatrechtlichen Forderungen gebuchten nicht zugeordneten Geldeingänge auf einem eigenständigen Konto unter den öffentlich-rechtlichen Forderungen erfasst. Damit sind ab 2014 auf dem Konto „sonstige privatrechtlichen Forderungen“ ausschließlich „echte“ privatrechtliche Forderungen (Unterhaltsforderungen) enthalten. Die Zuordnung von Geldeingängen aus den Jahren vor 2014 wurde weitestgehend zum Abschluss gebracht, was im Rückgang der Forderungen aus Transferleistungen um 4,5 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr zu erkennen ist. Die dennoch gegenüber dem Vorjahr fast konstante Summe aller öffentlich-rechtlichen Forderungen (leichte Erhöhung um 0,4 Mio. EUR) findet seine Ursache in der Erhöhung der sonstigen rechtlichen Forderungen um 5,5 Mio. EUR auf Grund der Nachberechnungen von Grundsicherungsleistungen im Jahr 2015 mit Aufwandszuordnung in 2014 und Zahlungseingang 2015 (siehe auch Erläuterungen unter Punkt 5.1.5.).

Die liquiden Mittel lagen zum Bilanzstichtag mit 3,3 Mio. EUR unter Vorjahresniveau.

#### **7.1.3. Aktive Rechnungsabgrenzungsposten**

Hier wurden die Sozialhilfeaufwendungen mit Fälligkeit 01.01.2015 sowie die Beamtenbesoldung für den Monat Januar 2015 ausgewiesen, bei denen die Auszahlung wegen der Fälligkeit bereits Ende Dezember 2014 erfolgte, die Aufwendungen aber erst im Jahr 2015 gebucht wurden.

### **7.2. Passiva**

#### **7.2.1. Kapitalpositionen**

Das Basiskapital verringert sich gegenüber dem Vorjahr um 4,5 TEUR auf Grund des negativen Sonderergebnisses, welches gemäß § 25 Abs. 5 SächsKomHVO-Doppik mit dem Basiskapital verrechnet wird.

#### **7.2.2. Sonderposten**

Die Sonderposten wurden im gleichen Maße reduziert wie die sonderpostenrelevanten Anlagegüter durch Abschreibungen. Da der KSV Sachsen keine Investitionszuwendungen erhält, sind keine weiteren Sonderposten zu passivieren.

#### **7.2.3. Rückstellungen**

Unter Nr. 3 a) sind die Rückstellungen für Mitarbeiter in Altersteilzeit (Blockmodell) ausgewiesen. Durch die Auflösung von Rückstellungsbeträgen für Mitarbeiter in der Freiphase verringert sich der Rückstellungsbetrag gegenüber dem Vorjahr um 1,2 Mio. EUR.

Weiterhin wurden Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus anhängigen Gerichtsverfahren gebildet. Hier wurden die Rückstellungen für Verfahren, welche sich in 2014 erledigt haben, aufgelöst. In Abhängigkeit davon, ob aus den Gerichtsverfahren Zahlungsverpflichtungen für den KSV Sachsen entstanden sind oder nicht, erfolgte eine aufwands- bzw. ertragswirksame Auflösung. Für neue Gerichtsverfahren, die im Jahr 2014 begonnen haben und zum Bilanzstichtag noch anhängig waren, wurden Rückstellungen gebildet. Insgesamt verringert sich diese Bilanzposition gegenüber dem Vorjahr um 823,7 TEUR.

Stand: 08.10.2015

Auf Grund der Abrechnungszyklen für die WfbM-Fahrtkosten sind Rückstellungen zu bilden und entsprechend der Abrechnung aufzulösen. Im Haushaltsjahr 2014 wurden 0,4 Mio. EUR mehr Rückstellungen gebildet als aufgelöst. Damit erhöhte sich der Wert für Rückstellungen für sonstige vertragliche Verpflichtungen auf 4,4 Mio. EUR gegenüber dem Vorjahr.

#### **7.2.4. Verbindlichkeiten**

Der KSV Sachsen war zum Bilanzstichtag schuldenfrei. Deshalb sind unter den Punkten 4a) bis c) keine Verbindlichkeiten ausgewiesen.

Unter 4d) wurden die Beträge aus fiskalischem Behördenhandeln veranschlagt, bei denen die Leistungserbringung im Jahr 2014 erfolgte, die Rechnungslegung aber erst im Jahr 2015. Es werden 230,3 TEUR mehr als in der Vorjahresbilanz ausgewiesen. Grund dafür war das gegenüber 2013 höhere erbrachte Leistungsvolumen am Ende des Haushaltsjahres 2014. Helmkostenabrechnungen, insbesondere Nachberechnungen und -zahlungen, welche in die Abrechnungsperioden des Jahres 2014 gehören und vor dem Schließen der Bücher des Jahres 2014 am 28.02.2015 zur Auszahlung gebracht wurden, fallen unter die Position Verbindlichkeiten aus Transferleistungen (Punkt 4e)). Auf Grund der planmäßigen nachträglichen Abrechnung der Helmkosten in Behinderteneinrichtungen, wird bei dieser Position ein Betrag von 34,3 Mio. EUR ausgewiesen, 1,8 Mio. EUR mehr als 2013. In dieser Erhöhung widerspiegelt sich die für den Monat Dezember anteilige Kostensteigerung in der Sozialhilfe gegenüber dem Vorjahr (siehe dazu auch Punkt 5.2.5.)

Unter den sonstigen Verbindlichkeiten, (Punkt 4f)) werden die Verbindlichkeiten ausgewiesen, welche nicht aus Lieferungen und Leistungen bzw. Transferleistungen resultieren. Sie haben sich gegenüber dem Vorjahr um 1,0 Mio. EUR auf 1,17 Mio. EUR erhöht. Darunter sind 0,9 Mio. EUR Verbindlichkeiten aus debitorischen Kreditoren.

#### **7.2.5. Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

Hier wurden die Einzahlungen ausgewiesen, die im Jahr 2014 eingegangen sind, ertragswirksam aber erst im Monat Januar 2015 verbucht wurden. Hierbei handelt es sich im Wesentlichen um Sozialleistungen, insbesondere Rente, Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz und Wohngeld für den Leistungsmonat Januar 2015. Die Summe dieser Zahlungseingänge bewegt sich annähernd auf Vorjahresniveau.

### **8. Betrachtungen gemäß § 53 Abs.2 SächsKommHVO-Doppik**

Mit dem Jahresabschluss 2014 stellt der Kommunale Sozialverband Sachsen das dritte Mal in Folge einen Haushaltsabschluss nach dem Neuen Kommunalen Haushalts- und Rechnungswesen auf. Die gewonnenen Erfahrungen von zwei doppischen Haushaltsjahren konnten weitestgehend bereits bei der Planung des abgelaufenen Haushaltsjahres 2014 genutzt werden. Beim Plan-Ist-Vergleich der Erträge und Aufwendungen 2014 zeigt sich eine deutliche Glättung der Werte gegenüber dem Vorjahr.

Weiterhin wurden das zweite Jahr in Folge Einzelwertberichtigungen von Forderungen vorgenommen, welche nun eine solide Basis für die Planung der Folgejahre bilden.

Abweichend von den Aufgaben einer Kommune leistet der KSV als überörtlicher Träger der Sozialhilfe zu fast 100 % gesetzlich unterlegte Pflichtaufgaben. Ziel der Haushaltsführung des KSV Sachsen ist dabei, bereits die Haushaltsplanung unter Einbeziehung aller Wirkfaktoren so genau wie möglich zu gestalten, um einerseits Fehlbeträge im Jahresabschluss zu vermeiden, andererseits die kommunalen Haushaltsmittel in Form der Sozialumlage nur in der unbedingt benötigten Größenordnung gemäß der Finanzierung der Pflichtaufgaben zu beanspruchen.

Ohne Berücksichtigung des Sondereffektes der GruSi-Erstattung für die zurückliegenden Haushaltsjahre (vgl. Punkt 5.1.5) entspricht das erzielte Gesamtergebnis nahezu den Planvorgaben.

## **9. Schlüsselprodukte**

### **9.1 Leistungen in anerkannten Werkstätten für behinderte Menschen**

Wenn wegen der Art und Schwere der Behinderung die Beschäftigung auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt oder Berufsvorbereitung, berufliche Anpassung und Weiterbildung bzw. berufliche Ausbildung nicht, noch nicht oder noch nicht wieder in Betracht kommen, werden die Kosten für den Arbeitsbereich in der Werkstatt für behinderte Menschen übernommen.

Die Kosten beinhalten vier Bestandteile:

1. Maßnahmekosten
2. Fahrtkosten
3. Arbeitsförderungsgeld
4. Erstattung von Sozialversicherungsbeiträgen

Für alle 4 Kostenbestandteile wurden für das Haushaltsjahr 2014 156,0 Mio. EUR geplant. Im Ergebnis wurden Leistungen in Höhe von 157,8 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 101,2 % für diesen Leistungsbereich.

Folgende Entwicklung dokumentiert sich im abgelaufenen Haushaltsjahr 2014 gegenüber 2013 beim mit Abstand größten Kostenbestandteil, den Maßnahmekosten für den Arbeitsbereich:

Fallzahlen 31.12.2013: 15.192 Leistungsberechtigte, 110,1 Mio. EUR Aufwendungen  
Fallzahlen 31.12.2014: 15.394 Leistungsberechtigte, 114,6 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlsteigerung: 1,4 % (Vorjahr 1,8 %)

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2013: 7.248 EUR  
Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2014: 7.445 EUR

Aufwandssteigerung pro Leistungsberechtigter: 2,7 % (Vorjahr 2,4 %)

Hier zeigt sich der generelle Trend eines geringeren Fallzahlzuwachses bei höheren Entgeltsteigerungsraten. Der überwiegende Teil der Kostensteigerungen resultiert aus gestiegenen Kosten je Fall, Fallzahlsteigerungen haben darauf nur einen geringen Einfluss.

### **9.2 Leistungen zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft, hier Hilfen zu selbstbestimmten Leben in betreuten Wohnmöglichkeiten**

Die Kosten, die in stationären Wohnformen die Befähigung vermitteln sollen, ein selbstständiges Leben zu führen, werden übernommen.

Im Bereich der **vollstationären Eingliederungshilfe** als Hauptbestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2014 197,5 Mio. EUR geplant und Leistungen in Höhe von 189,4 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 95,9 %. An dieser Stelle wird auf die Ausführungen im Punkt 5.2.5. verwiesen.



Im Wohnheimbereich für behinderte Menschen stellt sich folgende Entwicklung des Haushaltsjahres 2014 im Vergleich zu 2013 dar:

Fallzahl per 31.12.2013: 8.719 Leistungsberechtigte, 189,6 Mio. EUR Aufwendungen  
Fallzahl per 31.12.2014: 8.696 Leistungsberechtigte, 189,4 Mio. EUR Aufwendungen

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2013: 21.746 EUR  
Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2014: 21.780 EUR

Die dargestellte Aufwandssteigerung von 0,2 % ist nur bedingt aussagefähig, da im Schlüsselprodukt die Leistungen der Grundsicherung nicht enthalten sind. Unter Einbeziehung des Leistungsbestandteils Grundsicherung ist eine Aufwandssteigerung pro Leistungsberechtigter von knapp 3 % zu verzeichnen, welche ausschließlich aus den gestiegenen Kosten pro Fall bei stagnierender Fallzahlentwicklung resultiert.

Im Bereich des **ambulant betreuten Wohnens** als weiteren wesentlichen Bestandteil des Schlüsselproduktes wurden für das Haushaltsjahr 2014 21,0 Mio. EUR geplant und Leistungen in Höhe von 21,6 Mio. EUR erbracht. Das entspricht einer Planerfüllung von 102,7 %.

Hier stellt sich folgende Entwicklung des Haushaltsjahres 2014 im Vergleich zu 2013 dar:

Fallzahl per 31.12.2013: 4.705 Leistungsberechtigte, 19,0 Mio. EUR Aufwendungen  
Fallzahl per 31.12.2014: 5.082 Leistungsberechtigte, 21,6 Mio. EUR Aufwendungen

Fallzahlentwicklung: 8,0 % (Vorjahr 8,9 %)

Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2013: 4.044 EUR  
Durchschnittliche Aufwendungen pro Leistungsberechtigter 2014: 4.242 EUR

Aufwandssteigerung pro Leistungsberechtigter: 4,9 % (Vorjahr 1,0 %)

Im Bereich ambulant betreutes Wohnen zeigt sich im Gegensatz zu den anderen Leistungsbereichen ein höherer Fallzahlzuwachs. Auch die Entgeltsteigerungen sind höher als in anderen Bereichen. Für die Gesamtbetrachtung der Aufwandssteigerungen haben sie aber gegenüber den Fallzahlen eine untergeordnete Bedeutung. In der Gesamtbetrachtung ist festzustellen, dass sich das ambulant betreute Wohnen entgegengesetzt zum Trend der anderen Leistungsbereiche entwickelt.

Stand: 08.10.2015

**10. Aufstellung nach § 88 Abs. 3 SächsGemO**

Verbandsdirektor

Werner, Andreas

Fachbediensteter für das Finanzwesen

Schlegel, Olaf

Verbandsräte der Versammlung des KSV Sachsen

- |                            |   |
|----------------------------|---|
| - Albrecht, Karsten        | AR SWL<br>BA Soziales Leipzig   |
| - Bartholomäus, Hans-Jörg  | Verbandsrat im Abfallwirtschafts-Verband Chemnitz (AWVC)  |
| - Dr. Brunzlaff, Roswitha  |   |
| - Büchner, Ralph           | Aufsichtsrat Wohnungsgesellschaft Hoyerswerda   |
| - Darmstadt, Peter         | -   |
| - Drews, Vincent           |   |
| - Eisenmann, Josef         | -   |
| - Emanuel, Kai             | Beiratsvorsitzender OVH (Omnibus-Verkehrsgesellschaft mbH „Heideland“)<br>Verwaltungsratsmitglied SAKD (Sächsische Anstalt für kommunale Datenverarbeitung) |
| - Prof. Dr. Fabian, Thomas |   |
| - Fritsch, Christina       | -   |
| - Frommelt, Bernd          |   |
| - Gampe, Thomas            | MGLG mbH<br>TRIXI Park GmbH<br>BGG mbH<br>GHT mbH<br>EGLZ mbH<br>EWK GmbH<br>GF der Beteiligungsgesellschaft des LK Görlitz mbH                             |
| - Harig, Michael           |   |

Stand: 08.10.2015



- Hänsel, Ralf Elbe-	stellv. Verbandsvorsitzender Abwasserzweckverband Röder Floßkanal Geschäftsführer EVGZ mbH
- Hellfritzscht, Albrecht	stellv. Mitglied Verbandsvers. Zweckverband Tierkörperbeseitigung Sachsen Stellv. Mitglied Verbandsvers. Zweckverband KISA Mitglied ASR Meisop gGmbH Ersatzmitglied Grundstückentw.-gesell. des LK MEI mbH i. L. Ersatzmitglied Elblandkliniken Stiftung & Co. KG
- Hillinger, Antje	Kreisrätin LK Mittelsachsen
- Hölzel, Angelika	Aufsichtsratsmitglied Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg Rudolf Virchow Klinikum Glauchau, Pleißen-Klinik GmbH
- Jordan, Günter	Aufsichtsrat Verkehrsgesellschaft Meißen mbH Geschäftsführer der Armierungsbau Coswig GmbH
- Kador-Probst, Martina	-
- Kragl, Herbert	-
- Lemm, Gerhard	
- Muskulus, Hans-Jürgen	Cultus gGmbH Dresden QaD gGmbH i. L. Dresden
- Pritsch, Katrin	-
- Rausch, David	
- Reusch, Ingrid	Mitglied im Aufsichtsrat der gemeinnützigen Heimbe- triebsgesellschaft mbH Kirschberg Vorstandsmitglied DRK Schwesternschaft Sachsen e. V.
- Ring, Anneliese kreis	Gesellschafterversammlung d. SBW gGmbH Vogtland-
- Rochold, Philipp	
- Rudler, Joachim	
- Salzwedel, Marina	
- Dr. Scheurer, Christoph	Kommunale Datennetz GmbH

Stand: 08.10.2015

- |                           |  |
|---------------------------|--|
|                           | Verwaltungsrat der Sparkasse Chemnitz<br>Verwaltungsrat der Sparkasse Zwickau<br>Gemeinnützige Heimbetriebsgesellschaft mbH Kirchberg<br>Management- und Beteiligungsgesellschaft Zwickauer<br>Land mbG<br>Entsorgungsgesellschaft Zwickauer Land mbH<br>Kommunale Entsorgungsgesellschaft Chemnitzer Land<br>mbH<br>Tourismus- und Sport GmbH<br>Kreiskrankenhaus Glauchau gGmbH<br>Verkehrssicherheitszentrum Verwaltungs GmbH<br>Verkehrssicherheitszentrum am Sachsenring GmbH &<br>Co. KG |
| - Schmelich, Michael      |  |
| - Schulze, Christian      | Verwaltungsrat Sparkasse Leipzig<br>AR SAH (Städtische Altenhilfe Leipzig)<br>Mitglied BaJSG Leipzig (Betriebsausschuss Jugend,<br>Soziales Gesundheit)<br>AR St. Georg – Krankenhaus<br>VKKJ/SEB/St. Georg  |
| - Schumann, Klaus         | Aufsichtsrat Stadtwerke Oelsnitz GmbH  |
| - Schwab, Nicole          | -  |
| - Seidel, Martin          | Vorsitzender des Aufsichtsrates der Cultus gGmbH<br>Vorsitzender des Aufsichtsrates d. Qualifizierungs- u.<br>Arbeitsförderungsgesellschaft Dresden i. L.<br>Mitglied im Beirat der BBW Berufsbildungswerk Sachsen<br>GmbH   |
| - Sirrenberg, Hans-Günter | Aufsichtsrat Collm-Klinik Oschatz  |
| - Steinert, Dieter        | -  |
| - Tirpitz, Michael        | LESG – Gesellschaft der Stadt Leipzig zur Erschließung,<br>Entwicklung und Sanierung von Baugebieten mbH   |
| - Utech, Cornelia         | -  |
| - Vogel, Frank            | Erzgebirgssparkasse<br>Tourismus- und Marketinggesellschaft Sachsen mbH<br>FC Erzgebirge Aue e. V.<br>Gesellschaftervertreter des Erzgebirgskreises in der Ge-<br>sellschafterversammlung in folgenden Unternehmen:<br>• Krankenhaus-Gesundheitsholding Erzgebirge GmbH<br>• Wirtschaftsförderung Erzgebirge GmbH<br>• Naturschutzzentrum Erzgebirge gemeinnützige GmbH<br>• Regionalverkehr Erzgebirge GmbH   |

Stand: 08.10.2015

- Erzgebirgische Theater- und Orchester GmbH
  - CAP Oelsnitz GmbH – Technologieorientiertes Gründerzentrum des Erzgebirgskreises
  - Verkehrslandeplatz Chemnitz/Jahnsdorf GmbH
  - Freizeitzentrum An der Silberstraße GmbH
  - Sozialpädiatrisches Zentrum am HELIOS Klinikum Augustenburgerstraße GmbH
  - EKA Erzgebirgsklinikum Annaberg-Buchholz gemeinnützige GmbH
  - Kreiskrankenhaus Stollberg gemeinnützige GmbH
  - Wirtschaftsregion Chemnitz-Zwickau GmbH Wirtschaftsförderungsgesellschaft i. L.
  - Tourismusverband Erzgebirge e. V.
  - Landestourismusverband Sachsen e. V.
- 
- Dr. Voigt, Thomas      Aufsichtsrat Regionalverkehr Leipzig GmbH  
Aufsichtsrat Altenheimgesellschaft Muldentale GmbH
  
  - Vorjohann, Hartmut      Energieverbund Dresden GmbH, Vorsitzender im Aufsichtsrat  
Wasserversorgung Brockwitz-Röderland GmbH – Mitglied ENSO Energie Sachsen Ost AG – Vorsitzender im Aufsichtsrat  
STESAD GmbH – Vorsitzender im Aufsichtsrat  
Kommunale Immobilien Dresden GmbH & Co.KG – Vorsitzender im Aufsichtsrat  
Stiftungsrat Frauenkirche Dresden  
Stiftungsrat Deutsches Hygienemuseum Dresden  
Sozialstiftung der Stadt Dresden  
Kreuzchorstiftung der Stadt Dresden
  
  - Walter, Daniela      Mitglied im Aufsichtsrat der Dresdner Bäder GmbH
  
  - Weber, Martina      Aufsichtsrat – Krankenhäuser – KH Weißwasser – KH KOB der Gesundheitszentren im LK GR
  
  - Witte, Naomi-Pia      Aufsichtsrat Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB)
  
  - Wünschmann, Martina      Kreisrätin LK Sächsische Schweiz-Osterzgebirge  
Gemeinderätin Gemeinde Bannewitz
  
  - Zettwitz, Wolfgang      -
  
  - Zschommler, Gunther      Aufsichtsrat EKM (Entsorgung LK Mittelsachsen)

Stand: 08.10.2015

#### 11. Abschlussbeurkundung

Die Vollständigkeit und Richtigkeit des Jahresabschlusses 2014 wird hiermit bestätigt.

Leipzig, den 09.10.2015



Andreas Werner  
Verbandsdirektor



Markus Hüther  
Fachdienstleiter Finanzen

---

Stand: 08.10.2015

**KSV**  
SACHSEN



Kommunaler Sozialverband Sachsen

## Beteiligungsbericht 2014

**Solidarisch – Sozial – Stark**



### **Impressum**

Herausgeber  
Kommunaler Sozialverband Sachsen  
Büro des Verbandsdirektors  
Thomasiusstraße 1  
04109 Leipzig

Telefon: 0341 1266-306  
Telefax: 0341 1266-9306  
E-Mail: [post@ksv-sachsen.de](mailto:post@ksv-sachsen.de)  
Internet: [www.ksv-sachsen.de](http://www.ksv-sachsen.de)



## Allgemeine Angaben

### Dienstsitz des KSV Sachsen

**Adresse:** Thomasiusstraße 1  
04109 Leipzig  
**Telefon:** 0341 1266-0  
**Fax:** 0341 1266-700

**Adresse:** Reichsstraße 3  
09112 Chemnitz  
**Telefon:** 0371 577-0  
**Fax:** 0371 577-282

**E-Mail:** [post@ksv-sachsen.de](mailto:post@ksv-sachsen.de)  
**Internet:** [www.ksv-sachsen.de](http://www.ksv-sachsen.de)

**Gründungsjahr:** 1993 (SächsLWVG vom 22.01.1993)

**Rechtsform:** Körperschaft des öffentlichen Rechts

**Aufgaben:**

1. Überörtlicher Sozialhilfeträger  
Leistungen an Menschen mit Behinderungen zwischen 18 und 65 Jahren
- 1.1 Hilfe zur Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft:  
Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt  
teilstationäres und stationäres Wohnen
- 1.2 Hilfe zur Teilhabe am Arbeitsleben:  
Beschäftigung in Werkstätten für behinderte Menschen (WfbM) einschl. Förder- und Betreuungsbereich
- 1.3 Leistungen der Hilfe zur Pflege
- 1.4 Leistungen an Personen mit besonderen sozialen Schwierigkeiten:  
Ambulant betreutes Wohnen einschl. Leistungen der Grundsicherung und Hilfe zum Lebensunterhalt  
teilstationäres und stationäres Wohnen
- 1.5 Krankenhilfe ab dem 61. Tag
- 1.6 Leistungen zum Besuch einer Hochschule und zur Beschaffung eines Kfz
- 1.7 Abschluss von Vereinbarungen nach SGB XI und SGB XII
- 1.8 Sozialplanung einschl. Beratung und Unterstützung der Landkreise und Kreisfreien Städte
2. Überörtliche Betreuungsbehörde

3. Zuständige Behörde für nicht geförderte Investitionskosten in Pflegeeinrichtungen
4. Vollzug Förderrichtlinien SGB VIII/Landesjugendhilfegesetz
5. Anerkennung/Förderung niedrigschwelliger Betreuungsangebote
6. Erteilung einer Erlaubnis zum Führen der Berufsbezeichnung für die Gesundheitsfachberufe/Anerkennung von ausländischen Berufsqualifikationen in nichtakademischen Gesundheitsfachberufen
7. Integrationsamt einschl. Fahrgelderstattungen und Erhebung/Einnahme/Verwendung der Ausgleichsabgabe
8. Zuständige Stelle nach Aufwendungserstattungsverordnung
9. Soziales Entschädigungsrecht für Anspruchsberechtigte nach dem BVG, OEG, SVG, ZDG, IfSG, StrRehaG, VwRehaG, HHG, AntiDHG
- 9.1 Landesversorgungsamt:  
Heil- und Krankenbehandlung, orthopädische Versorgung, Rentenleistungen, einkommensabhängige Leistungen, Pflegeleistungen
- 9.2 Hauptfürsorgestelle  
Leistungen der Kriegsopferfürsorge, einschl. beruflicher Rehabilitation
- 9.3 Landesblindengeld und Feststellungsverfahren nach dem SGB IX  
Grundsatzfragen, Rechtsaufsicht LBlindG und SGB IX  
Widerspruchsbehörde für LBlindG und SGB IX
- 9.4 SächsLerzGG, BEEG, BErzG, Betreuungsgeldgesetz (BG)  
Grundsatzfragen, Fachaufsicht, EDV-Verfahrensgestaltung und -betreuung, Widerspruchsbehörde
10. Anlauf- und Beratungsstelle des Freistaates Sachsen zum Fonds „Heimerziehung in der DDR in den Jahren 1949 – 1990“
11. Aufgaben der Heimaufsicht

#### **Zusammensetzung der Sechsten Verbandsversammlung (01.01.2014 – 31.12.2014)**

**Vorsitzender der Verbandsversammlung:** Michael Harig, Landrat des Landkreises Bautzen

<b>Mitglieder des KSV Sachsen:</b> (49)	<b>Vertreter in der Sechsten Verbandsversammlung</b>
<u>Landkreis</u>	
Nordsachsen	3
Leipzig	3
Mittelsachsen	4
Zwickau	4
Erzgebirgskreis	4
Vogtlandkreis	3
Meißen	3
Sächsische Schweiz-Osterzgebirge	3
Bautzen	4
Görlitz	3



Kreisfreie Stadt

Chemnitz	3
Dresden	6
Leipzig	6

**Verbandsdirektor:** Andreas Werner

**Beteiligungen:** Der Kommunale Sozialverband Sachsen ist an der Kommunalen Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) unmittelbar beteiligt.

**Organe:** Verbandsversammlung  
Verbandsausschuss  
Verbandsdirektor

**Kurzvorstellung  
des Verbandes:**

Der am 30. Juli 2005 durch das Sächsische Gesetz zur Ausführung des Sozialgesetzbuches (Sächs. AGSGB) in Kommunalen Sozialverband Sachsen (KSV Sachsen) umbenannte Landeswohlfahrtsverband Sachsen (LWV Sachsen) wurde als Höherer Kommunalverband aller Landkreise und kreisfreien Städte des Freistaates Sachsen am 22.01.1993 durch die Verabschiedung des Gesetzes über den LWV Sachsen im Landtag des Freistaates Sachsen gegründet. Der nunmehrige KSV Sachsen war zu diesem Zeitpunkt der einzige kommunal organisierte überörtliche Träger der Sozialhilfe in den neuen Bundesländern. Die Landkreise und kreisfreien Städte gehören als juristische Personen des öffentlichen Rechts dem Verband an, der Körperschaft des öffentlichen Rechts ist.

Dem KSV Sachsen wurde per Gesetz eine Ausgleichs- und Bündelungs-/Dienstleistungsfunktion übertragen.

Er koordiniert und erfüllt als überörtlicher Träger der Sozialhilfe eine Vielzahl von Aufgaben der Sozialhilfe und gewährleistet eine überregionale, bedarfsgerechte Versorgung für Menschen mit Behinderung. Nach dem SGB XII sind örtliche und überörtliche Träger der Sozialhilfe für Leistungen zuständig, die unter Beachtung der Nachrangigkeit der Sozialhilfe berechtigten Personen als Hilfe in besonderen Lebenslagen oder Hilfe zum Lebensunterhalt gewährt werden.

Das Hauptaufgabengebiet des KSV Sachsen als überörtlicher Träger der Sozialhilfe ist die Hilfe in besonderen Lebenslagen mit dem Schwerpunkt der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderung nach dem SGB IX und SGB XII.

Mit dem oben genannten Sächs. AGSGB traten zum 01.01.2006 Veränderungen in der sachlichen Zuständigkeit des KSV Sachsen ein.

Mit dem In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Neuordnung der Sächsischen Verwaltung (Sächs.VwNG) wurden dem KSV Sachsen zum 01.08.2008 weitere Aufgaben übertragen.

**Anzahl der Mitarbeiter** ca. 500

**Kommunalhaushalt**  
(vorläufiges Rechnungsergebnis 2014  
in EUR)

**1. Ergebnisrechnung**

Erträge:	521.728.629,31
Aufwendungen:	519.783.083,19
<b>Jahresergebnis:</b>	<b>1.941.023,17</b>

**2. Finanzrechnung**

Einzahlungen:	511.864.664,94
Auszahlungen:	515.910.472,44
<b>Zahlungsmittelfehlbetrag :</b>	<b>-4.045.807,50</b>

**3. Vermögensrechnung (Bilanz)**

**Aktiva:**

Anlagevermögen:	19.710.607,42
Umlaufvermögen:	44.667.024,52
Aktive Rechnungsabgrenzungsposten:	2.019.768,42

**Passiva:**

Kapitalposition:	18.365.940,24
Sonderposten:	7.864,15
Rückstellungen:	9.144.105,92
Verbindlichkeiten:	34.809.340,01
Passive Rechnungsabgrenzungsposten:	4.070.150,04

<b>Bilanzsumme:</b>	<b>66.397.400,36</b>
---------------------	----------------------

# Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig

## Beteiligungsübersicht

Humboldtstraße 25  
04105 Leipzig

Tel. 0341 9860  
Fax 0341 9861109  
Email [info@sparkasse-leipzig.de](mailto:info@sparkasse-leipzig.de)  
Internet

Gründungsdatum 01.01.1990

Rechtsform

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Zweckverbandsgebiet. Der Zweckverband ist Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig; die kommunale Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig haben der Zweckverband und der Landkreis Nordsachsen gemeinsam inne. Die Sparkassenträgerschaft, die Ausübung der Trägerbefugnisse und sonstige trägerschaftliche Beziehungen bestimmen sich nach dem ÖRKSF-G und /oder gesondert zwischen den Trägern getroffenen Vereinbarungen. Die Zweckverbandsmitglieder dürfen keine weitere Sparkasse oder ähnliche Unternehmen errichten oder sich an solchen beteiligen. Bestehende Trägerschaften gemäß § 1 Abs. 1 ÖRKSF-G bleiben unberührt.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

## **Zuarbeit des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig**

### **Allgemeine Angaben Adresse**

c/o Stadt- und Kreissparkasse Leipzig, Humboldtstraße 25, 04105 Leipzig

### **E-Mail**

[info@sparkasse-leipzig.de](mailto:info@sparkasse-leipzig.de)

### **Gründungsjahr**

1990 (Sicherheitsneugründung 2003)

### **Rechtsform**

Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts

### **Verbandsvorsitzender**

Burkhard Jung

## **Mitglieder/Stimmenanteile**

Stadt Leipzig	15 von 25 Stimmen
Landkreis Leipzig	10 von 25 Stimmen

## **Organe**

Verbandsversammlung

Verbandsvorsitzender

## **Mitglieder/Vertreter der Mitglieder in der Verbandsversammlung**

*(satzungsgemäß insgesamt 25 Vertreter, davon 15 Stadt Leipzig und 10 Landkreis Leipzig)*

*Vertreter Stadt Leipzig (im Berichtsjahr 2014):*

Burkhard Jung *Verbandsvorsitzender*

*Weitere Vertreter Stadt Leipzig (im Berichtsjahr 2014):*

Heiko Bär, Dr. Arnd Besser, Ursula Grimm, Ines Hantschick, Gerd Heinrich, Margitta Hollick, Annette Körner, Jens Lehmann, Wolfram Leuze, Juliane Nagel, Wolf-Dietrich Rost, Christian Schulze, René Wiesner, Christopher Zenker

*Vertreter Landkreis Leipzig (im Berichtsjahr 2014):*

Dr. Gerhard Gey *Stellvertretender Verbandsvorsitzender*

*Weitere Vertreter Landkreis Leipzig (im Berichtsjahr 2014):*

Henry Graichen, Dieter Hager (bis 23.07.2014<sup>1</sup>), Maik Kunze, Dr. Gabriela Lantzsch, Simone Luedtke, Hartmut Harbich (seit 23.07.2014<sup>1</sup>), Eberhard Kupfer (seit 23.07.2014<sup>1</sup>), Frank Rudolph, Eberhard Schneidenbach (bis 23.07.2014<sup>1</sup>), Karsten Schütze (bis 23.07.2014<sup>1</sup>), Klaus Sommer, Heike Werner (seit 23.07.2014<sup>1</sup>)

## **Beteiligungen/Trägerschaften**

Stadt- und Kreissparkasse Leipzig (*kommunale Trägerschaft gemeinsam mit dem Landkreis Nordsachsen*) anteilig (gerundet) 85,85 %

## **Aufgabe**

Gemäß § 2 der Satzung hat der Zweckverband folgende Aufgabe:

*"(1) Der Zweckverband fördert das Sparkassenwesen im Zweckverbandsgebiet.*

*(2) Der Zweckverband ist Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig; die kommunale Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig haben gemäß § 1 Abs. 1 und Abs. 3 des Gesetzes über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe (im Nachfolgenden „ÖRKSF-G“) der Zweckverband und der Landkreis Nordsachsen gemeinsam inne. Die Sparkassenträgerschaft, die Ausübung der Trägerbefugnisse und sonstige trägerschaftliche Beziehungen bestimmen sich nach dem ÖRKSF-G und/oder gesondert zwischen den Trägern getroffenen Vereinbarungen.*

*(3) Die Zweckverbandsmitglieder dürfen keine weitere Sparkasse oder ähnliche Unternehmen errichten oder sich an solchen beteiligen. Bestehende Trägerschaften gemäß § 1 Abs. 1 ÖRKSF-G bleiben unberührt."*

---

<sup>1</sup> Beschlussdatum Kreistag des Landkreises Leipzig

## **Lagebericht**

### **Neue Trägerstruktur seit dem Jahr 2013**

Mit Wirkung zum Ablauf des Jahres 2012 waren der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und der Landkreis Nordsachsen gemeinsam als Anteilseigner aus der Sachsen-Finanzgruppe (SFG) ausgeschieden. Zugleich wurde die (Rück-)Übertragung der Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig auf den Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse und auf den Landkreis Nordsachsen (Kommunale Träger) vollzogen. Die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig befindet sich seitdem wieder in kommunaler Trägerschaft. Die Übernahme der Sparkassenträgerschaft erfolgte durch den Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig zu (gerundet) 85,85 % und durch den Landkreis Nordsachsen zu (gerundet) 14,15 %. Dieses – aktuell unverändert geltende - Verhältnis entspricht den vormaligen Beteiligungen der übernehmenden Träger an der SFG.

Im Nachgang des Austritts aus der SFG hatten die unmittelbaren und mittelbaren Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig eine notwendige und sinnvolle Neuordnung sowie Regelung der Trägerstruktur für die (kommunale) Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und der trägerschaftlichen Beziehungen vorgenommen.

So wurde im Jahr 2013 u. a. zunächst der aufgabenlos gewordene Zweckverband für die vereinigte Verbundsparkasse Leipzig aufgelöst.

Des Weiteren wurden die Verbandssatzung des Sparkassenzweckverbandes sowie die Satzung der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig neu gefasst.

Ein wesentliches Element der neuen Konstellation sowie Regelungsgegenstand der zwischen den betroffenen Körperschaften abgeschlossenen, am 24.06.2013 in Kraft getretenen

"Trägervereinbarung" ist die durch den Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und den Landkreis Nordsachsen gebildete "Trägerversammlung". Der Trägerversammlung als Beratungs- und Beschlussgremium obliegen hiernach insbesondere die Angelegenheiten, die das Gesetz über die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute im Freistaat Sachsen und die Sachsen-Finanzgruppe (nachfolgend „ÖRKSF-G“) den Vertretungen von kommunalen Sparkassen zuweist. In der Trägerversammlung stehen dem Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig 6 Stimmen und dem Landkreis Nordsachsen 4 Stimmen zu. In die im Jahr 2013 und Berichtsjahr (bzw. bis zur Neuwahl von Vertretern nach der im Jahr 2014 stattgefundenen Kommunalwahl) zunächst aus insgesamt 29 Vertretern bestandene Trägerversammlung entsandten für den Träger Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig die Stadt Leipzig 13 und der Landkreis Leipzig 6 Vertreter; der Träger Landkreis Nordsachsen entsandte 10 Vertreter. Mit der regulären Neuwahl von Vertretern nach der Kommunalwahl verkleinerte sich die Trägerversammlung. Die Trägerversammlung besteht nunmehr aus den Leitern der Verwaltungen der beteiligten Kommunen (Stadt Leipzig, Landkreis Leipzig, Landkreis Nordsachsen) als geborene Vertreter sowie weiteren Vertretern der Träger, deren Anzahl sich nach der jeweiligen Einwohnerzahl der beteiligten Kommunen im Geschäftsgebiet der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig richtet (jede

Kommune entsendet 4 weitere Vertreter für die ersten 200.000 Einwohner und 1 zusätzlichen weiteren Vertreter je angefangene weitere 100.000 Einwohner).<sup>2</sup>

Hinsichtlich der Beteiligung der beiden Kommunalen Träger der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig an Ausschüttungen der Sparkasse und etwaigen Haftung im Innenverhältnis gilt gemäß der in der Trägervereinbarung getroffenen Regelung jeweils das oben dargestellte Verhältnis, nach dem der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig und der Landkreis Nordsachsen die Trägerschaft an der Sparkasse übernommen haben.

### **Aufgabenwahrnehmung durch den Sparkassenzweckverband im Berichtsjahr**

Der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig nahm im Berichtsjahr die ihm gemäß Verbandssatzung obliegenden Aufgaben wahr.

Die Trägerbefugnisse in Bezug auf die Stadt- und Kreissparkasse – im Jahr 2014 konkret die Beschlussfassungen über die Entlastung des Verwaltungsrates der Sparkasse und die Abführung aus dem Jahresüberschuss an die Träger gemäß § 27 ÖRKSF-G im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss 2013 der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig - übt(e) unmittelbar die Trägerversammlung aus. Der Sparkassenzweckverband wirkte über die für ihn entsandten Vertreter bzw. die ihm zustehenden Stimmen entsprechend an der Sitzung und Befassungen/Beschlüssen der Trägerversammlung im Berichtsjahr 2014 mit.

Zur Behandlung von unmittelbar den Sparkassenzweckverband selbst betreffenden Angelegenheiten trat die Verbandsversammlung im Jahr 2014 zu einer Sitzung zusammen. Den Schwerpunkt dieser Sitzung am 28. November 2014 bildeten Haushalts-Themen.

### **Beteiligungs-, Ausschüttungs- und Haftungsverhältnis**

Das satzungsmäßige Beteiligungs- sowie zugleich Ausschüttungs- und Haftungsverhältnis der Verbandsmitglieder des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig untereinander auf Basis des Verhältnisses der Einwohnerzahlen der Verbandsmitglieder – Stadt Leipzig und ehemaliger Landkreis Leipziger Land – wurde zuletzt im November 2014 zum Stichtag 31. Dezember 2013 von der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig berechnet. Die Berechnung auf Basis der Einwohnerdaten des Statistischen Landesamtes des Freistaates Sachsen zum 31. Dezember 2013 im Geschäftsgebiet der Sparkasse Leipzig ergab ein quotales Verhältnis von rund 79,62 % für die Stadt Leipzig und rund 20,38 % für den Landkreis Leipzig.

Die Neuberechnung zum Stichtag 31. Dezember 2014 wird durch die Sparkasse Leipzig im Laufe des Jahres 2015 vorgenommen werden.

---

<sup>2</sup> Die Wahlen/Entsendungen von neuen weiteren Vertretern in der Trägerversammlung für den Träger Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig erfolgten durch die Ratsversammlung der Stadt Leipzig mit Beschluss vom 21.01.2015 (8 weitere Vertreter) und durch den Kreistag des Landkreises Leipzig am 23.07.2014 (4 weitere Vertreter) aus der Mitte der von diesen Vertretungen in den Sparkassenzweckverband entsandten Vertretern.

## **Haushaltswirtschaft des Zweckverbandes im Jahr 2014**

Die Haushaltssatzung des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig für das Haushaltsjahr 2014 einschließlich Haushaltsplan wurde von der Verbandsversammlung in ihrer Sitzung am 8. November 2013 beschlossen. Sie enthielt keine genehmigungspflichtigen Teile.

Die Haushaltswirtschaft des Zweckverbandes im Jahr 2014 wurde sowohl nach der Planung als auch in der Durchführung im Wesentlichen durch die Folgen der finanziellen Abwicklung des SFG-Austritts und den Erhalt einer Ausschüttung der Sparkasse Leipzig geprägt.

Am 27. Mai 2014 beschloss die Trägerversammlung für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig die vollständige Abführung des Bilanzgewinns 2013 der Sparkasse in Höhe von insgesamt Mio. € 3 an die Träger. Unter Zugrundelegung des festgelegten Ausschüttungsverhältnisses der beiden Kommunalen Träger untereinander ergab sich für den Sparkassenzweckverband eine anteilige Bruttoausschüttung in Höhe von € 2.575.510,60. Die im Juni 2014 vereinnahmte anteilige Nettoausschüttung an den Zweckverband belief sich auf € 2.167.936,05 und war auch im Haushaltsplan 2014 des Zweckverbandes ertrags- und zahlungswirksam angesetzt.

Vertrags- und satzungsgemäß setzte der Zweckverband die erhaltene anteilige Nettoausschüttung der Sparkasse im Juli 2014 vollständig zur Sondertilgung für die Darlehensschuld seines im Jahr 2013 im Zusammenhang mit der Finanzierung der Rückübertragung der Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig bei der Sparkasse aufgenommenen Darlehens in Höhe von rund T€ 13.368 ein. Mit der damit begonnenen Rückführung reduzierte sich die Darlehensschuld/Kreditverbindlichkeit des Sparkassenzweckverbandes zum 31. Dezember 2014 auf rund T€ 11.200.

Weitere haushaltsrelevante Vorgänge im Ergebnis- und Finanzhaushalt im Haushaltsjahr 2014 waren der Anfall bzw. die Guthchrift von Guthabenzinsen für die Sichteinlage auf dem Girokonto des Zweckverbandes (Ertrag bzw. Einzahlung) und die auf das Jahr 2014 entfallenen (Aufwand) bzw. im Berichtsjahr geleisteten (Auszahlung) Zinsen für das aufgenommene Darlehen. Hierbei gab es zwar Abweichungen gegenüber den veranschlagten Planansätzen (Gründe: unterjährig niedriger als nach der Planung unterstellte Guthabenverzinsung, Vornahme der Sondertilgung zeitlich etwas später als geplant). Insgesamt sind darin aber keine kritischen Entwicklungen zu sehen. Vorbehaltlich der noch nicht erstellten Ergebnis- und Finanzrechnung für 2014 werden das ordentliche Ergebnis (zugleich Gesamtergebnis) und der Zahlungsmittelsaldo aus Verwaltungstätigkeit/Finanzierungsmittelüberschuss leicht unter dem Planansatz liegen und die von vornherein negativ geplante Veränderung des Zahlungsmittelbestandes geringfügig höher als geplant ausfallen. Korrespondierend liegt der Bestand an liquiden Mitteln am Ende des Haushaltsjahres etwas unter dem ursprünglichen Planansatz. Das Guthaben des Zweckverbandes, generiert aus der im Jahr 2013 vereinnahmten Ausschüttung der Sparkasse (soweit nicht für Zahlungen an die SFG oder für zu entrichtende Darlehenszinsen verwendet) und der laufenden Guthabenverzinsung, betrug per 31. Dezember 2014 ca. T€ 3.199,5.

Abgesehen von der im Haushaltsjahr 2014 fortsetzend vorgelegenen besonderen Finanzierungs- und Refinanzierungskonstellation infolge des SFG-Austritts ist in Bezug auf die Haushaltswirtschaft des Zweckverbandes ansonsten festzuhalten, dass – wie schon in der Vergangenheit – auch im Berichtsjahr eine „typische“ Wirtschaftsführung des Zweckverbandes nicht stattgefunden hat. Der Sparkassenzweckverband unterhält keine Geschäftsstelle und beschäftigte im Berichtsjahr weder



hauptamtliche Bedienstete noch ehren- oder nebenamtliches Personal. Der Verwaltungsaufwand und die sonstigen Kosten des Zweckverbandes wurden gemäß dessen Satzung von der Stadt- und Kreissparkasse getragen.

### **Ausblick**

Der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse und dessen Organe werden zunächst weiterhin im Rahmen der satzungsgemäßen Aufgaben bzw. der Bestimmungen der Verbandssatzung tätig sein.

Ein wichtiger perspektivischer Punkt für den Sparkassenzweckverband und die beteiligten Gebietskörperschaften ist jedoch der im Rahmen der im Jahr 2013 geschaffenen neuen Trägerstruktur für die Sparkasse Leipzig ausdrücklich befürwortete und in der Trägervereinbarung bereits angelegte „Schritt 2“ hinsichtlich einer künftigen Neuordnung der Trägerstruktur und trägerschaftlicher Beziehungen. So sollen auf mittlere Sicht, d. h. nach erfolgter Rückführung sämtlicher Verbindlichkeiten im Zusammenhang mit dem SFG-Austritt durch die Träger, die Stadt Leipzig, der Landkreis Leipzig und der Landkreis Nordsachsen direkte Träger der Sparkasse werden. Der Sparkassenzweckverband für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig soll dann aufgelöst werden. In der Trägerkonstellation einer „Gemeinschaftssparkasse“ Leipzig fände sich dann kein Zweckverband mehr, was strukturell eine weitere Erleichterung bedeutet. Der angestrebte „Schritt 2“ bleibt aber ausdrücklich neuerlichen Entscheidungen der betroffenen Körperschaften vorbehalten.

Hinsichtlich seiner Haushaltswirtschaft wird der Zweckverband den nötigen Anforderungen angemessen entsprechen und Haushaltssatzungen sowie Jahresabschlüsse aufstellen. Die am 28. November 2014 beschlossene, aktuelle geltende Haushaltssatzung/-planung für 2015 bildet im Übrigen die grundlegenden Entwicklungen in den beiden vorhergehenden Haushaltsjahren 2013 und 2014 als auch die erwarteten künftigen Entwicklungen entsprechend ab. Gleiches wird für die künftig aufzustellenden Haushalte gelten. Wesentliche Sachverhalte in den jährlichen Haushalten stellen die weitere Rückführung des für die Finanzierung des SFG-Austritts in Höhe der für die anteilig vom Sparkassenzweckverband übernommenen Anzahlung an die SFG aufgenommenen Darlehens und die Refinanzierung über erwartete künftige anteilige Ausschüttungen der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig an die kommunalen Träger dar. Daneben sind die Zinsen für das Darlehen und bestehende Guthaben jeweils haushalterisch abzubilden.

Neben den jährlichen Haushaltssatzungen und -planungen sowie der noch erforderlichen Prüfungen/Feststellungen der Eröffnungsbilanz und des ersten, derzeit noch vorläufigen, Jahresabschlusses für 2013 steht auch künftig das Erfordernis von aufzustellenden Jahresabschlüssen an.

Bezogen auf das Haushaltsjahr 2015 ist aktuell festzuhalten, dass die bedeutendsten Sachverhalte im Ergebnis- und Finanzhaushalt, die anteilige Ausschüttung von der Sparkasse Leipzig und deren Verwendung zur Sondertilgung des Darlehens in der Höhe der Ansätze der Haushaltssatzung/-planung bereits realisiert worden sind.

## **Bewertung der Kennzahlen**

Unbeschadet der noch nicht erfolgten Aufstellung eines Jahresabschlusses des Sparkassenzweckverbandes zum 31. Dezember 2014 kann die grundsätzliche Aussage getroffen werden, dass im Haushaltsjahr 2014 insgesamt keine negativen bzw. kritischen Entwicklungen in Bezug auf die Vermögens- und Finanzlage sowie die Ergebnissituation gegenüber der Vermögensrechnung zum Eröffnungsbilanzstichtag und dem vorläufigen Jahresabschluss 2013 bzw. im Vergleich zu dem geplanten Ergebnis- und Finanzhaushalt 2014 eingetreten sind. Gleiches gilt erwartungsgemäß für das laufende Haushaltsjahr 2015 und die gegenwärtige mittelfristige Haushaltsprognose.

In seiner noch (nicht festgestellten) Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2013 stellte sich der Zweckverband quasi „vermögenslos“ dar. Unbeschadet der für die Rückübertragung der Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig durch die Träger erbrachten „angemessenen Gegenleistung“ bzw. durch sie ausgeglichenen Ansprüche der SFG darf der Sparkassenzweckverband seine anteilige Sparkassenträgerschaft gemäß den einschlägigen rechtlichen Bestimmungen nicht aktivieren. Sein wesentlicher Vermögensgegenstand wird in der Eröffnungsbilanz und in künftigen Vermögensrechnungen daher mit € 0 ausgewiesen. Gegenwärtig bzw. absehbar in künftigen Vermögensrechnungen ist ein bilanzielles Vermögen des Zweckverbandes mithin allein in Form des jeweils bestehenden Guthabens, generiert aus dem im Jahr 2013 vereinnahmten Ausschüttungsanteil, bezogen auf den Gewinnvortrag 2011 der Sparkasse Leipzig, zu verzeichnen (Bilanzausweis unter "Liquide Mittel" im Umlaufvermögen). Die stichtagsbezogene Guthabenhöhe wird beeinflusst durch Abflüsse für die regelmäßig an die Sparkasse zu entrichtenden Darlehenszinsen und Zuflüsse aus Guthabenzinsen. (Vereinnahmte Ausschüttungen der Sparkasse tangieren die Guthabenentwicklung b. a. W. nicht, da sie unmittelbar für Sondertilgungen des Darlehens einzusetzen sind.)

Demgegenüber stehen auf der Passivseite der Bilanz die begründeten Verbindlichkeiten infolge des SFG-Austritts (Eröffnungsbilanz: "Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen"; Vermögensrechnungen ab 2013 ff.: "Verbindlichkeiten aus Kreditaufnahmen", die sich entsprechend möglicher Sondertilgungen reduzieren).

In geringem Umfang enthalten die vorläufige Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2013 und voraussichtlich auch künftige Bilanzen des Zweckverbandes antizipative Periodenabgrenzungen von Zinserträgen und –aufwendungen.

Da im Haushaltsjahr 2014 und nach den aktuellen Planungen (zuletzt Haushaltsplan 2015) im Ergebnishaushalt des Zweckverbandes die ordentlichen Erträge die ordentlichen Aufwendungen übersteigen, liegen verrechenbare Überschüsse des ordentlichen Ergebnisses vor.

Der Sparkassenzweckverband war bereits nach der vorläufigen Eröffnungsbilanz zum 1. Januar 2013 wegen des zwingenden Aktivierungsverbots für seine Sparkassenträgerschaft „systembedingt“ bilanziell überschuldet (ausgewiesene Überschuldung ca. Mio. € 17,1). Diese auch in folgenden Jahren, wenn auch in geringerem Umfang, bestehende Überschuldung resultiert allein aus den infolge der Rückübertragung der Trägerschaft an der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig begründeten Verpflichtungen gegenüber der SFG. Wie aufgezeigt steht den entsprechend passivierten Verbindlichkeiten auf der Aktivseite der Bilanz kein diese Schulden deckendes Vermögen gegenüber.

Laut vorgenommener Erörterung und einem diesbezüglichen Schreiben des SMI wird eine solche systembedingte bilanzielle Überschuldung des Sparkassenzweckverbandes für die Stadt- und Kreissparkasse Leipzig jedoch nicht zu rechtsaufsichtlichen Konsequenzen führen.

Gemäß der vorläufigen Vermögensrechnung zum 31. Dezember 2013 reduzierte sich die Überschuldung des Zweckverbandes - im Wesentlichen durch den Verbindlichkeitenabbau in Höhe der abschließenden Begleichung der Ansprüche der SFG sowie die Aktivierung verbliebener vorhandener „Liquidier Mittel“ (Guthaben des Zweckverbandes) aus der erhaltenen Ausschüttung der Sparkasse - auf ca. Mio. € 10. Vor allem mit der in den Haushaltsjahren 2014 und 2015 begonnenen sowie weiter geplanten Rückführung der jeweiligen (Rest-)Darlehensverbindlichkeit durch Sondertilgungen aus erhaltenen Abführungen der Sparkasse wird sich das Bilanzbild in Bezug auf die Kapitalsituation/Überschuldung des Zweckverbandes weiter verbessern.

Die konkrete Entwicklung von Bilanzposten und der Kapital- bzw. Überschuldungssituation in den künftigen Vermögensrechnungen des Zweckverbandes hängt im Besonderen von der Frage der Ausschüttungen der Stadt- und Kreissparkasse Leipzig ab. Die künftigen Ausschüttungen der Sparkasse sind als Risiko der Entwicklung der Ertrags- und Vermögenslage des Zweckverbandes daher besonders hervorzuheben. Die Abführungen von verbleibenden Teilen künftiger Jahresüberschüsse können durch die Sparkasse nicht garantiert werden. Es wird ausdrücklich auf die zu beachtenden sparkassenrechtlichen Regelungen, die zu berücksichtigende Eigenmittelausstattung der Sparkasse, bankaufsichtliche Erfordernisse sowie sonstige ausschüttungsrelevante Rahmenbedingungen und Abhängigkeiten hingewiesen. Entwickeln sich die tatsächlichen Abführungen von der Sparkasse Leipzig an die Träger der Höhe nach oder im Zeitverlauf anders als geplant, hat dies Auswirkungen auf die Darlehensabwicklung – sowohl in Bezug auf die vorgesehenen (Sonder-)Tilgungen durch den Zweckverband als auch die Höhe der Zinsaufwendungen/-auszahlungen.

Nach dem Stand der letzten Haushaltsplanung für 2015 rechnete der Zweckverband bei Vereinnahmung der unterstellten anteiligen Netto-Ausschüttungen und einer Fortschreibung von Ausschüttungserwartungen mit einer möglichen vollständigen Rückführung des für die Anzahlung an die SFG aufgenommenen Darlehens spätestens bis zum Haushaltsjahr 2019. Unter Verwendung eines im Jahr 2018 vorhandenen Guthabens (voraussichtlich verbleibendes Restguthaben der verpfändeten Sichteinlage/nicht für laufende Darlehenszinszahlungen eingesetztes Giroguthaben) kam aus Sicht des Zweckverbandes zum Zeitpunkt der Haushaltsaufstellung für 2015 wahrscheinlich eine abschließende Abwicklung des Darlehens durch Tilgung der verbleibenden Restschuld bereits im Haushaltsjahr 2018 in Betracht. Die vollständige Refinanzierung der SFG-Austrittsfolgen wäre hiernach schon vor der vertraglichen Fälligkeit des Darlehens in einer Summe zur Rückzahlung im Januar 2023 erledigt.

Eine Darstellung von Kennzahlen, wie sie im Rahmen des neuen kommunalen Haushalts- und Rechnungswesens gefordert werden und von Gemeinden, Landkreisen oder Zweckverbänden in ihren Haushalten und Rechenschaftsberichten vorzunehmen ist, ist für den Sparkassenzweckverband im Übrigen vor dem Hintergrund seiner Besonderheiten zu sehen.

# Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)

## Beteiligungsübersicht

Eilenburger Straße 1 a  
04317 Leipzig

Tel. 0341 52010120  
Fax 0341 52010122  
Email post@kisa.it  
Internet http://www.kisa.it

Gründungsdatum 01.01.2004

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Die KISA stellt ihren Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörigen Service zur Erledigung und Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche die Mitglieder ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Diese Leistungen kann die KISA auch für Nichtmitglieder erbringen.

Insbesondere sorgt die KISA für Wartung, Pflege und Weiterentwicklung beziehungsweise für Ersatz/Ablösung der bereitgestellten Verfahren sowie für einen möglichst integrierten Einsatz durch Bereitstellung entsprechender Schnittstellen. Sie unterstützt in allen Anwendungsverfahren und in allen Fragen, die mit ihrer Leistung im Zusammenhang stehen und führt Schulungen durch, wobei rechtliche Beratungen jedoch ausgeschlossen sind. Die KISA berät und unterstützt bei der Auswahl, Beschaffung und der Nutzung von Hard- und Software. Sie erwirbt Gebietslizenzen und schließt Rahmenverträge mit Dritten für Lieferungen und Leistungen. Auf dem Gebiet der technikunterstützten Informationsverarbeitung vertritt sie die Interessen der Verbandsmitglieder und achtet auf die Einhaltung der Datenschutz- und Datensicherheitsbestimmungen.

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	
Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

### **Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014**

#### **I. Darstellung des Geschäftsverlaufs einschl. des Geschäftsergebnisses**

##### Allgemeines

Der Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) ist der kommunale IT-Dienstleister in Sachsen und stellt seinen Mitgliedern und Kunden Softwareanwendungen, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung, welche sie ganz oder teilweise in freier Entscheidung nutzen können. Darüber hinaus unterstützt KISA sowohl im kommunalen als auch im privaten Bereich die Auftragsverarbeitung und sind für integrierte IT-Lösungen im öffentlichen Sektor zuständig.

KISA ist ein Zweckverband mit 285 Mitgliedern und arbeitet auf der Grundlage des Sächsischen Gesetzes über kommunale Zusammenarbeit. Zum 31.12.2014 waren im Verband 95 Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen beschäftigt, im Jahresdurchschnitt 104. Neben 285 Verbandsmitgliedern betreut KISA ca. 600 weitere Kunden, insbesondere Kreis-, Stadt- und Gemeindeverwaltungen, kommunale Einrichtungen und sonstige Körperschaften des öffentlichen und privaten Rechts in Sachsen.

Zur Vereinfachung und Erledigung von Verwaltungsaufgaben der öffentlichen Hand bietet KISA Softwareanwendungen, IT-Dienstleistungen und IT-Komplettlösungen an. Zentrale Datenhaltung und -sicherung sowie IT-Outsourcing ergänzen den Leistungsumfang. Ein weiteres großes Aufgabengebiet besteht in der umfassenden IT-technischen und fachlichen Betreuung der Kunden. Dazu gehören unter anderem die fachliche Beratung und Unterstützung der Kunden in der Anwendung der Softwareanwendungen sowie ein Hotline-Service. KISA sorgt für Wartung, Pflege und Weiterentwicklung der Software. Die Softwareanwendungen werden installiert und administriert. Die Entwicklung von Softwareanwendungen erfolgt in einigen Bereichen gemeinsam mit der SASKIA GmbH.

Die Kunden der KISA können die Vorteile des Rechenzentrums der Lecos GmbH nutzen, welches eine effiziente und schnelle Bearbeitung der Daten bietet. KISA ist mit 10 Prozent als Gesellschafter an der Lecos GmbH beteiligt.

Darüber hinaus bietet KISA umfangreiche Beratungsleistungen zu Hard- und Software sowie der Informationssicherheit und dem Datenschutz an. Durch Workshops und Schulungen unterstützt KISA die Kunden und Mitglieder in ihrem Bestreben, stets auf dem neuesten Stand der EDV-Anwendung zu bleiben.

Die Dienstleistungen erbrachten wir im Berichtsjahr in folgenden Geschäftsstellen:

<u>Ort</u>	<u>Mitarbeiter</u>
Leipzig, Eilenburger Straße 1 A	30
Dresden, Semperstraße 2	31
Limbach-Oberfrohna, Markt 11-13	34

Die Geschäftsstelle Dresden, Käthe-Kollwitz-Ufer 88 wurde im Laufe des Jahres 2014 aufgelöst. Die Mitarbeiter gingen auf die Geschäftsstelle Dresden, Semperstraße 2 über. Zusätzliche Anmietung von Räumen war nicht erforderlich.

#### Grundlagen der Wirtschaftsführung

Gemäß § 58 Abs. 2 SächsKomZG i. V. m. § 17 Abs. 2 der Verbandssatzung finden die für Eigenbetriebe geltenden Vorschriften für die Wirtschaftsführung und das Rechnungswesen unseres Zweckverbands unmittelbare Anwendung. Gemäß § 3 Abs. 1 SächsEigBG gelten darüber hinaus auch die Vorschriften der Gemeindeordnung sowie die sonstigen für Gemeinden maßgebenden Vorschriften.

Gemäß Abschnitt 4 der SächsEigBVO vom 16.12.2013 sind für den Schluss eines jeden Wirtschaftsjahres ein aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung und Anhang bestehender Jahresabschluss sowie ein Lagebericht aufzustellen. Dabei sind die Vorschriften des HGB sowie der SächsEigBVO zu beachten.

Der Wirtschaftsplan und die dazugehörige Haushaltssatzung der KISA für das Wirtschaftsjahr 2014 wurden am 24.11.2014 durch die Verbandsversammlung beschlossen. Die Genehmigung durch das Sächsische Staatsministerium des Innern (Rechtsaufsichtsbehörde) wurde am 01.12.2014 erteilt. Die Haushaltssatzung zum Wirtschaftsplan 2014 wurde am 18.12.2014 im Sächsischen Amtsblatt Nr. 51/2014 veröffentlicht.

#### Entwicklung von Branche und Gesamtwirtschaft

Der gesellschaftliche, technologische und demografische Wandel, die schwierige Haushaltelage der Kommunen und die Internationalisierung bzw. Europäisierung stellen die Verwaltungen vor große Herausforderungen. Staatliche Aufgaben sollen effizient, bürgerfreundlich und in hoher Qualität erfüllt werden. Die Abläufe (Prozesse) müssen optimiert werden, die elektronische Verwaltungsarbeit (E-Akte, Langzeitspeicherung) muss eingeführt werden.

Mit der Einführung des Gesetzes zur Förderung der elektronischen Verwaltung im Freistaat Sachsen (SächsEGovG) vom 09.07.2014 wird die elektronisch öffentlich-rechtliche Verwaltungstätigkeit der Behörden des Freistaates Sachsen sowie der seiner Aufsicht unterliegenden Körperschaften geregelt.

Diesen Anforderungen haben sich IT-Unternehmen zu stellen; dazu wurden weitere Eckpunkte und Aufgaben für die Zukunft auf dem IT-Gipfel 2014 festgelegt. Insgesamt ist hervorzuheben, dass die kommunale IT-Branche seit ca. 5 Jahren einem großen Kostendruck aufgrund der privatwirtschaftlichen Konkurrenz ausgesetzt ist.

#### Geschäftsverlauf

Das Geschäftsjahr 2014 war für KISA ein Jahr voller Herausforderungen.

Um das Fortbestehen und die Konsolidierung des Zweckverbandes zu gewährleisten, mussten umfangreiche Reformen auf den Weg gebracht werden.

Die Genehmigung des Wirtschaftsplanes durch das Sächsische Staatsministerium des Inneren (SMI) wurde erst am 01.12.2014 erteilt, was für KISA ein Jahr in vorläufiger Haushaltsführung entsprechend § 78 der SächsGemO bedeutete.

In 2014 wurde wöchentlich ein Liquiditätsplan aufgestellt. Erst nach Freigabe durch das SMI konnten die Auszahlungen erfolgen. Ausgaben wurden erst nach Freigabe der Mittelanträge ausgelöst.

Ein weiterer wichtiger Meilenstein war die Aufstellung eines Haushaltsstrukturkonzeptes gemäß § 26 der SächsKomHVO-Doppik, worin die Maßnahmen zur Sicherung des Bestehens von KISA festgelegt wurden.

Neben der Prüfung und des Beginns des Neuaufbaus der Aufbau- und Ablauforganisation, wurden die Kunden der KISA in allen Bereichen zuverlässig und engagiert betreut. Im Bereich eGovernment wurden zwei große Wahlen (Landtagswahlen, Europawahlen) begleitet. Es konnten neue Kunden für die Programme Sitzungsdienst und Bauhof gewonnen werden. Die Kunden erhielten auf einem Infotag „Digitale Gremienarbeit“ die aktuellen Informationen zur Verfügung gestellt. Im Jahr 2014 fanden zahlreiche Schulungen zu aktuellen Themen, insbesondere zu Veränderungen aufgrund gesetzlicher Vorgaben bzw. vor dem Hintergrund der Entwicklung im eGovernment-Bereich statt.

Der Bereich Doppik konnte weitere 3 Verwaltungen von der Kameralistik auf die Doppik umstellen. Im 1. Halbjahr 2014 wurde die Umstellung des Zahlungsverkehrs auf SEPA erfolgreich abgeschlossen. Die Bankenfusion der Leipziger Volksbank erfolgte zeitnah.

Weiterhin konnten 3 neue IFR Anwender im Wirtschaftsjahr 2014 gewonnen werden.

Im Oktober erfolgte die Einführung einer Hotline mit Ticketsystem (OTRS) im Finanzwesen, um eine bessere Erreichbarkeit der Kundenbetreuer für die Kunden zu gewährleisten.

Der Bereich Veranlagung konnte weitere Nach- und Restarbeiten zum Projekt NKF Stadt Leipzig fertigstellen. Mit dem Jahresabschluss 2014 erfolgte der buchungstechnische Abschluss des Projektes. Im Jahr 2015 ist noch die Klärung der Performance-Probleme voranzutreiben und zu lösen.

Der Vertrag mit der Stadt Limbach-Oberfrohna für den Kommunalmaster Doppik wurde seitens der Stadt zum Jahresende gekündigt.

Im Bereich Personalwesen werden 2014 monatlich ca. 33.500 Personalfälle abgerechnet, die Fallzahlen bei den Zusatzmodulen sind relativ konstant bei den Modul HCM (Arbeitszeiterfassung) wurden 1.000 Fälle mehr abgerechnet. Der Datenaustausch mit den Finanzbehörden über ELStAM läuft zuverlässig. Es erfolgten mehrere Schulungen zu neuen gesetzlichen Regelungen, welche von unseren Kunden sehr gut angenommen wurden.

Der Bereich Projekte hat 2014 die Förderprojekte die Einführung eines Dokumentenmanagementsystems beim Vogtlandkreis, Landkreis Görlitz und der Gemeinde Borsdorf begleitet.

Im Arbeitsbereich IT-Service konnte ein neuer Kunde gewonnen werden. 2014 hat die Stadt Böhlen ihre Grund- und Oberschulen mit neuer Arbeitsplatztechnik ausgestattet. Es wurden Computer und weitere Technik (Server) u.a. an die Stadt Chemnitz verkauft. Neben anderen Anwendern, nahm auch der Landkreis Leipzig, einen umfangreichen Wechsel seiner Arbeitsplatztechnik vor.

Mit dem Jahr 2014 hat KISA begonnen, auch vor dem Hintergrund der wirtschaftlichen Konsolidierung, bestehende Leasingverträge nicht zu verlängern, bzw. zu kündigen. Die Technik wurde mittels Investitionskredit beschafft und wird über die vorgeschriebene Nutzungsdauer abgeschrieben.

Der Bereich IT-Sicherheit wird künftig mit dem Bereich Systembetrieb mehr verzahnt werden. Die bestehenden Kundenbeziehungen werden fortgeführt und Ende 2014 wurde mit Marketing- und Akquisemaßnahmen zur Neukunden-Gewinnung begonnen.

#### Investitionen 2014

	Plan 2014	Ist 2014	Abweichung
	T€	T€	T€
Outsourcing LK Leipzig	220,00	215,30	4,70
Outsourcing Dahlen	7,50	1,20	6,30
Outsourcing Groitzsch	23,60	14,50	9,10
Outsourcing Niesky	-	8,10	- 8,10
Outsourcing Reichenbach	13,00	12,20	0,80
Outsourcing Limbach-Oberfrohna	176,85	159,30	17,55
Outsourcing Zwenkau	33,00	30,90	2,10
Outsourcing Leisnig	25,00	26,30	- 1,30
Outsourcing Borsdorf	-	4,20	- 4,20
Outsourcing Radeburg	-	-	-
Outsourcing Großpösna	-	-	-
Outsourcing Böhlen	12,00	92,10	- 80,10
Outsourcing Kabelsketal	15,00	19,00	- 4,00
Reserve	24,05		24,05
Zwischensumme Outsourcing	550,00	583,10	- 33,10
OWI	-		
KISA intern	200,00	150,00	50,00
E-Poststelle	-		
KIN-S	-		
Zwischensumme Sonstiges	200,00	150,00	50,00
Gesamt	750,00	733,10	16,90

Beim Vergleich der geplanten Investitionen zum Ist 2014 kann festgestellt werden, dass die geplanten Investitionen im Wesentlichen erfüllt wurden. Die Finanzierung der Investitionen erfolgte aus Restmitteln des Investitionskredites 2013 (462T€) und aus Verkäufen von Anlagevermögen.



Umsätze der einzelnen Betriebszweige

Bereiche	Erlöse 2014 T€	Erlöse 2013 T€	Abweichungen T€	
Verwaltung/Kurier	245	262	-	17 -6%
eGovernment	4.509	4.650	-	141 -3%
Doppik	3.018	3.391	-	373 -11%
Systemtechnik	2.086	1.879		207 11%
Veranlagung	12.146	3.306		8.840 267%
Personalwesen	1.872	1.857		15 1%
Projekte/Prozesse	844	928	-	84 -9%
Summe	<b>24.720</b>	<b>16.273</b>	<b>8.447</b>	<b>51,9%</b>

Der Umsatz 2014 stieg um 51,9 % gegenüber dem Umsatz im Jahr 2013. Die Steigerung ist im Wesentlichen auf die Auflösung der Position erhaltene Anzahlungen (8,5 Mio €) für das NKF Projekt (Veranlagung) für die Jahre 2009-2013 zurückzuführen ist.

Im Fachbereich eGovernment hat sich der Umsatz leicht vermindert. Im Jahr 2013 wurde die MESO-Umstellung erfolgreich abgeschlossen, sodass im Jahr 2014 das laufende Geschäft nur durch Neukundengewinnung bzw. dem zusätzlichen Angebot der Zusatzmodule verändert wurde. Im Bereich Doppik hat sich der Umsatz ebenso vermindert. Die Umstellung von Kameralistik auf Doppik wurde mit dem Jahr 2013 fast vollständig abgeschlossen.

Der Bereich Systemtechnik konnte seinen Umsatz durch zahlreiche Technikverkäufe, u. a. auch an die Stadt Chemnitz, erhöhen.

Die Inanspruchnahme von Fördermitteln zu Projekten im LK Görlitz und dem Vogtlandkreis beeinflussen den Umsatz im Bereich Projekte.

Im Wirtschaftsplan 2014 wurde ein Umsatz von 16.108 T€ geplant, das Ziel wurde erreicht.

Personalentwicklung

	<b>Stand 31.12.2013</b>	<b>Zugang 2014</b>	<b>Abgang 2014</b>	<b>Stand 31.12.2014</b>
Vollzeit-Mitarbeiter	90	3	13	80
Teilzeit-Mitarbeiter	11	1	1	11
Geringfügig Beschäftigte	4	0	2	2
Altersteilzeit Arbeitsphase	0	0	0	0
Altersteilzeit Freizeitphase	2	0	2	0
Auszubildende	4	0	2	2
BA-Studenten	1	0	1	0
<b>Gesamt</b>	<b>112</b>	<b>4</b>	<b>21</b>	<b>95</b>

Der Personalzugang 2014 ergibt sich aus der Übernahme einer BA-Studentin und zwei Auszubildenden. Der hohe Abgang von Personal war der wirtschaftlichen Situation der KISA als auch der zeitweisen ungewissen Zukunft des Zweckverbands geschuldet.

Personalaufwendungen

	<b>2014 T€</b>	<b>2013 T€</b>	<b>Abweichung T€</b>	
Gehälter / Brutto	4.273	4.571	- 298	-7%
Aufstockungszulage ATZ	2	7	- 5	-71%
Beitrag Unfallversicherung (BG)	16	14	2	14%
Gesetzliche Sozialaufwand	762	837	- 75	-9%
Zusatzversorgung	144	153	- 9	-6%
Umlage KVS	42	40	2	5%
Aufw.für .Altersvorsorge	297	77	220	286%
<b>Summe</b>	<b>5.536</b>	<b>5.699</b>	<b>- 163</b>	<b>-3%</b>

Die Personalaufwandsquote lag im Berichtsjahr bei 33 % der Gesamtleistung (Vorjahr 35 %).

2014 wurde erneut eine sehr hohe Rückstellung der Pensionsverpflichtungen vorgenommen. Die Summe basiert auf der Grundlage eines versicherungsmathematischen Gutachtens aus dem Mai 2015.

### Geschäftsergebnis

Aufgrund der wirtschaftlichen Gesamtsituation entstand zum Jahresende ein Fehlbetrag von 1.214 T€.

Ursachen für diesen hohen Verlust waren insbesondere:

-	unzureichende, nicht kalkulierte Preise für Produkte und Dienstleistungen
-	hohe Zinsen für die Inanspruchnahme der Kassenkredite
-	hohe Rechts- und Beratungskosten
-	Bildung Pensionsrückstellung
-	Einstellung für Drohverluste

Zur Verbesserung der Ertragssituation wird KISA beginnend im Jahr 2014, die Produkt- und Dienstleistungspreise kontinuierlich und orientiert an der Kostenentwicklung der kommunalen IT-Branche auf ein kostendeckendes Niveau anheben und künftige Steigerungen bei den Material- und Personalaufwendungen bei der Kalkulation berücksichtigen.

Das durch die Verbandsversammlung am 24.11.2014 beschlossene Haushaltsstrukturkonzept zeigt in der Gesamtheit die notwendigen strukturellen Änderungen und strategischen Maßnahmen auf, welche zukünftig zu beachten sind, um die Stabilisierung der KISA umzusetzen.

## II. Darstellung der Lage

### Ertrags-, Kapital- und Vermögenslage

#### Ertragslage

	2014	2013	Veränderung		Plan 2014	
	T€	T€	T€		T€	Abweichg. T€
Umsatzerlöse	24.720	16.273	8.447	52%	16.108	8.612
Bestandsveränderungen	- 8.404	- 268	- 8.136	3036%	-	- 8.404
Aktiv.Eigenleistungen	4	37	33	-89%	-	4
Sonst.betriebl.Erträge	317	162	155	96%	205	112
<b>Gesamtleistungen</b>	<b>16.637</b>	<b>16.204</b>	<b>433</b>	<b>3%</b>	<b>16.313</b>	<b>324</b>
Materialaufwand	9.275	9.630	355	-4%	9.150	125
Personalaufwand	5.536	5.699	163	-3%	5.477	59
Abschreibungen	1.095	823	272	33%	1.091	4
Sonst.betriebl.Aufwand	1.800	1.451	349	24%	1.836	- 36
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>- 1.069</b>	<b>- 1.399</b>	<b>330</b>	<b>-24%</b>	<b>- 1.241</b>	<b>172</b>
Zinserträge	-	-	-	-	-	-
Erträge a.Beteiligungen	27	22	5	23%	27	-
Zinsaufwand	163	277	114	-41%	151	12
<b>Finanzergebnis</b>	<b>- 136</b>	<b>- 255</b>	<b>119</b>	<b>-47%</b>	<b>- 124</b>	<b>12</b>
Außerord.Ergebnis	-	-	-	-	-	-
Steuern	9	9	0	0%	7	2
<b>Jahresfehlbetrag</b>	<b>- 1.214</b>	<b>- 1.663</b>	<b>449</b>	<b>-27%</b>	<b>- 1.372</b>	<b>158</b>

Durch die Steigerung der Gesamtleistung gegenüber dem Vorjahr um 3 % auf 16.637 T€ ist es gelungen, den Planansatz zu erreichen. Aufgrund des fast vollständigen Verzichts auf die weitere Aktivierung von Eigenleistungen lag die realisierte Gesamtleistung 324 T€ über dem Planwert. Eigenleistungen wurden für 2014 nur für das vom Freistaat geförderte Projekt „mobiler Bürgerservices“ gebildet.

2014 wurde die Position unfertige Leistung für das NKF Projekt SV Leipzig vollständig aufgelöst.

Der Materialaufwand liegt mit 125 T€ über dem Planansatz. Die Überschreitung findet ihre Hauptursache im erhöhten Aufwand der Wahlen, welcher durch erhöhte Umsätze im Bereich ausgeglichen werden konnte.

Nach der 2012 erstmals gebildeten Pensionsrückstellung, sind die Personalkosten 2014 trotz der Tarifsteigerungen des TVÖD insgesamt zurückgegangen. Dies ist auf den hohen Personalabgang 2014 zurückzuführen. Dieser Abgang von Fachpersonal wirkt sich dabei eher negativ aus und ist keine Lösung zur Beseitigung der wirtschaftlichen Fehlbeträge. Im Gegenzug wurde 2014 eine Anpassung der Pensionsverpflichtungen eingestellt.

*Vermögensstruktur*

	2014 T€	2013 T€	Veränderungen T€	
Immaterielle Vermögensgegenstände	1.475	2.109	- 634	-30%
Sachanlagen	1.098	861	237	28%
Finanzanlagen	227	578	- 351	-61%
Anzahlungen imm.VMG	-	-	-	
<b>Anlagevermögen</b>	<b>2.800</b>	<b>3.548</b>	<b>- 748</b>	<b>-21%</b>
Vorräte	65	8.498	- 8.433	-99%
Forderungen	429	464	- 35	-8%
liquide Mittel	78	466	- 388	-83%
<b>Umlaufvermögen</b>	<b>572</b>	<b>9.428</b>	<b>- 8.856</b>	<b>-94%</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	56	112	- 56	-50%
Nicht d.Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	6.907	5.693	1.214	21%
<b>Bilanzsumme</b>	<b>10.335</b>	<b>18.781</b>	<b>- 8.446</b>	<b>-45%</b>

Das Anlagevermögen ist durch Investitionen in Sachanlagen leicht gestiegen, während die immateriellen Vermögensgegenstände durch planmäßige Abschreibungen vermindert wurden. Die Finanzanteile wurden durch den Verkauf der Saskia Anteile gemindert.

Das Umlaufvermögen hat sich gegenüber dem Vorjahr durch den Abfluss liquider Mittel vermindert. Es handelte sich hierbei um Restmittel aus dem 2013 aufgenommenen Investitionskredit.

Die starke Minderung der Vorräte ggü. dem Vorjahr begründet sich aus der vollständigen Auflösung der unfertigen Leistungen.

*Kapitalstruktur*

	2014 T€	2013 T€	Veränderungen T€	
Eigenkapital	-	-	-	0,0
SOPZ Zuschüsse	-	165	- 165	-100%
Rückstellungen	2.294	1.624	670	41%
kurzfristige Verbindlichkeiten	6.336	6.486	- 150	-2%
langfristige Verbindlichkeiten	1.520	1.962	- 442	-23%
erhaltene Anzahlungen	141	8.464	- 8.323	-98%
<b>Verbindlichkeiten</b>	<b>7.997</b>	<b>16.912</b>	<b>- 8.915</b>	<b>-53%</b>
Rechnungsabgrenzungsposten	44	80	- 36	-45%
<b>Bilanzsumme</b>	<b>10.335</b>	<b>18.781</b>	<b>- 8.446</b>	<b>-45%</b>

Die Kapitalstruktur ist weiterhin sehr schlecht. Durch die in den Jahren 2012, 2013 und 2014 entstandenen Verluste belief sich am Jahresende 2014 der nicht durch Eigenkapital gedeck- te Fehlbetrag auf rund 6,9 Mio. €.

Die Finanzierung dieses negativen Eigenkapitals erfolgte durch Kassenkredite. Die erhalte- nen Anzahlungen für das Projekt NKF wurden vollständig aufgelöst. In der Position erhaltene Anzahlungen wurden Rechnungen verbucht, welche an unsere Kunden auf Nachfrage be- reits erstellt wurden, aber noch keine Leistung von KISA erbracht wurde.

Der im Jahr 2013 aufgenommene Investitionskredit wurde 2014 mit 380 T€ getilgt.

Die kurzfristigen Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen konnten 2014 durch eine gezielte Liquiditätsüberwachung abgebaut werden.

Die Rückstellungen wurden 2014 durch die Einstellung weiterer Drohverluste (550 T€) und die Erhöhung der Pensionsrückstellung verändert.

Cash-Flow-Rechnung

	Kapitalflussrechnung in T€	Ist 2014	Ist 2013	Veränderung
+ /	Periodenergebnis vor außerord. Posten	- 1.214	- 1.663	449
+	Abschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	1.095	823	272
-	Zuschreibungen auf Gegenstände des Anlagevermögens	-	-	-
+ /	Zunahme/Abnahme Rückstellungen	670	- 536	1.206
+ /	Sonstige zahlungsunwirksame Aufwendungen / Erträge z.Bsp. Auflös. Sonderposten	- 165	65	- 230
- /	Gewinn / Verlust aus dem Abgang von Gegenständen des Anlagevermögens	- 76	-	- 76
- /	Zunahme / Abnahme der Vorräte, Forderungen aus L.u.L. sowie anderer Aktiva (sonst. Vermögensgegenst., A-RAP)	8.525	954	7.571
+ /	Zunahme / Abnahme Verbindl. aus L.u.L., sowie anderer Passiva (z.Bsp. Anzahlungen auf Bestellungen, sonst. Verbindl., P-RAP)	- 10.957	- 225	- 10.732
+ /	Ein-/ Auszahlungen aus a.o. Posten	-	-	-
=	<b>Mittelzu-/Mittelabfluss aus der lauf. Geschäftstätigkeit</b>	<b>- 2.122</b>	<b>- 582</b>	<b>- 1.540</b>

	Kapitalflussrechnung in T€	Ist 2014	Ist 2013	Veränderung
+	Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagenvermö.	71	-	71
-	Auszahl. für Investitionen in das Sachanlagenvermögen	- 596	-	- 596
+	Einzahlungen aus Abgängen des immaterielle AV	-	-	-
-	Auszahl. für Investitionen in das immaterielle AV	- 137	- 957	820
+	Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	391	-	391
-	Auszahl. für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-	-	-
+	Einz.aus dem Verkauf von konsolidierten Unternehmen und sonst.Geschäftseinheiten	-	-	-
-	Ausz.aus dem Erwerb von konsolidierten Unternehmen und sonst.Geschäftseinheiten	-	-	-
+	Einz.aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-	-	-
-	Ausz.aufgrund von Finanzmittelanlagen im Rahmen der kurzfristigen Finanzdisposition	-	-	-
=	<b>Cashflow Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Investitionstätigkeit</b>	<b>- 271</b>	<b>- 957</b>	<b>686</b>



	Kapitalflussrechnung in T€	Ist 2014	Ist 2013	Veränderung
+	Einz.aus Eigenkapitalzuführungen	-		-
-	Ausz. an Unternehmenseigner und Minderheitsgesellschafter			
+	Einz.aus der Begebung von Anleihen und der Aufnahme von Investitionskrediten	-	1.900	- 1.900
-	Ausz.aus der Tilgung von Investitionskrediten	- 380		- 380
=	<b>Cashflow Mittelzu-/Mittelabfluss aus der Finanzierungstätigkeit</b>	<b>- 380</b>	<b>1.900</b>	<b>- 2.280</b>
=	Zahlungswirksame Veränderung des Finanzmittelbestandes (Summe aus 10.+21.+26.)	- 2.773	361	- 3.134
+	Finanzmittelbestand am Anfang der Periode	- 2.086	- 2.447	361
=	<b>Finanzmittelbestand am Ende der Periode</b>	<b>- 4.859</b>	<b>- 2.086</b>	<b>- 2.773</b>

Die Liquidität war über das gesamte Geschäftsjahr stark angespannt. Um die Zahlungsfähigkeit zu erhalten, wurde der durch die Nachtragssatzung 2013 beschlossene Kassenkredit das komplette Jahr 2014 über in Anspruch genommen.

#### Sonstige Bilanz-und Leistungskennzahlen

	31.12.2014	31.12.2013	31.12.2012	31.12.2011
Anlagenintensität	14,8%	18,9%	19,5%	33,5%
Fremdkapitalquote	100,0%	99,1%	99,4%	95,4%
<b>Personalaufwandsquote</b>	<b>30,9%</b>	<b>35,0%</b>	<b>40,9%</b>	<b>37,8%</b>

#### Beteiligungen

	KDN GmbH	Lecos GmbH
Stammkapital	60.000 €	200.000 €
Anteil KISA	100%	10%
Bilanzsumme 2014	712.212,92 €	10.629.681,73 €
Ergebnis 2014	- €	218.398,43 €
Ausschüttung 2014	- €	- €

Die Beteiligungen entwickelten sich im Rahmen der Erwartungen.

### III. Voraussichtliche Entwicklung mit Hinweisen auf wesentliche Chancen und Risiken der künftigen Entwicklung

Die Entwicklung der letzten Jahre hat gezeigt, dass das vorhandene Risikomanagementsystem unzureichend war.

Um den Verband zu konsolidieren wurde im Jahr 2013 eine Unternehmensberatungsgesellschaft beauftragt, gemeinsam mit der Geschäftsleitung ein Sanierungskonzept zu erstellen. Gleichzeitig wurde die Stelle Rechnungsprüfungsamt/Controlling neu besetzt, um zukünftig eine schnellere und bessere Übersicht über die laufende Geschäftsentwicklung zu erhalten. Weiterhin wurde zum Jahresanfang 2014 ein externer Berater mit der Neuorganisation der Verwaltung beauftragt.

Am 24.11.2014 wurde von der Verbandsversammlung das Haushaltsstrukturkonzept beschlossen, welches die wesentlichen notwendigen wirtschaftlichen Eckpunkte und Handlungsanforderungen an den Zweckverband untersetzt. Die Erarbeitung und begonnene Umsetzung der Konsolidierungsmaßnahmen erfolgte in enger Abstimmung mit der Rechtsaufsichtsbehörde, dem Sächsischen Staatsministerium des Inneren. ( )

Mit der Umsetzung der im Konzept genannten Maßnahmen, wird sich die Liquiditäts- und Ertragslage in den nächsten Jahren verbessern.

Der inzwischen aufgelaufene sehr hohe und nicht durch Eigenkapital gedeckte Fehlbetrag, lässt sich ausschließlich durch die Erhebung von Umlagen in 2015 - 2017 abbauen. Dabei sind Umlagen in der Höhe von 3 Mio € für 2015, 2 Mio € für 2016 sowie 1 Mio € für 2017 vorgesehen, was nach § 12 Abs. 3 der am 1. Januar 2014 in Kraft getretenen neuen „Verordnung des Sächsischen Staatsministerium des Innern über kommunale Eigenbetriebe im Freistaat Sachsen (SächsEigBVO) entspricht. Die Umlage ist als umzusetzende Maßnahme im Haushaltsstrukturkonzept benannt.

Diese Frist kann nur mit Zustimmung der Rechtsaufsichtsbehörde verlängert werden, wenn ein Ausgleich absehbar ist. Andernfalls ist nach § 12 Abs. 4 der SächsEigBVO ein Ausgleich durch Haushaltsmittel der Gemeinde vorzunehmen.

Aufbauend auf dem Haushaltsstrukturkonzept und der in 2015 erarbeiteten IT- und Unternehmensstrategie ergeben sich für den Verband folgende Eckpunkte zur wirtschaftlichen und strategischen Konsolidierung: ( )

1. KISA steht zukünftig für eine breite Leistungspalette als Service Provider im Verbund mit den öffentlichen IT-Dienstleistern im Freistaat.
2. Der Zweckverband wird zukünftig seine finanzielle Stabilität durch marktgerechte Preise und die regelmäßige Teilnahme an Benchmarks nachweisen.
3. KISA wird transparente Verträge für konsolidierte und vergleichbare Kundengruppen anbieten.
4. KISA steht in den Folgejahren für einen wirtschaftlichen und effektiven Aufbau der inneren Organisation.
5. Der Verband wird für Transparenz in der Weiterentwicklung von Produkten und Leistungen sorgen und damit für eine für die Kunden nachvollziehbare Leistungssteigerung.

Im Einzelnen bedeutet das:

Die KISA steht zukünftig für eine breite Leistungspalette im Verbund mit den öffentlichen IT-Dienstleistern im Freistaat.

Leitlinie für die Leistungspalette sind Full-Service Angebote von IT-Leistungen zur Unterstützung der Pflichtaufgaben einer Kommune.

Um dieses Ziel zu erreichen, ist eine Prüfung und wirtschaftliche Bewertung dahingehend erforderlich, welche aktuellen Leistungen der KISA besser gemeinsam mit oder auch für andere öffentlichen IT-Dienstleister in Sachsen erbracht werden können. KISA kann auf dieser Basis die Leistungspalette gezielt erweitern und abrunden, ohne dabei die wirtschaftliche Stabilität erneut zu gefährden.

Im Rahmen dieser Vorgehensweise werden auch die „Kernleistungen“ von KISA neu festgelegt. Zur Wahrung der preislichen Attraktivität der KISA wird ein Rechtskonstrukt erarbeitet, das einen ausschreibungsfreien Austausch von Leistungen zwischen KISA und den kooperierenden IT-Dienstleistern (eBit, Lecos, SAKD, SID) ermöglicht.

Mit der Ausarbeitung der Kernverfahren, welche KISA mit eigenem Personal betreut, ist bereits begonnen worden. Es zeichnen sich bisher folgende Kernverfahren ab:

das Finanzwesen (aktuell IFR, KMV, KAI)  
das Einwohnerwesen (aktuell MESO)  
das Wohngeldverfahren (aktuell DiWo)  
das Ordnungswidrigkeitenverfahren (aktuell OWI)  
das Personenstandswesen (aktuell Autista)  
das Personalwesen (aktuell Loga)

Die KISA steht zukünftig für eine finanzielle Stabilität und gerechte Preise.

Innerhalb der Kundengruppen der KISA, sind die Preise pro Einwohner jeweils gleich zu halten.

Dabei werden die nachstehenden Prämissen angewandt:

- Alle Kernleistungen oder zugekaufte Leistungen müssen in der Preisgestaltung kostendeckend sein.
- Bei einem Konflikt zwischen Qualität und Preis wird wegen des vorhandenen Qualitätsbewusstseins der Kunden der Qualität Vorrang eingeräumt.
- Die Preise werden in den Gremien des Verbandes festgelegt.

Die KISA steht zukünftig für transparente Verträge.

Die Vertragsgestaltung und -steuerung muss von den Kunden jederzeit transparent nachvollziehbar sein. Gleichzeitig müssen die Verträge mit einem vertretbaren Aufwand auf seiten der Kunden und der KISA zu administrieren sein. Um dies zu ermöglichen, müssen innerhalb der Strategieumsetzung nachstehende Punkte realisiert werden:

- Bildung von Preispaketen mit einer Beschreibung der darin enthaltenen Leistungen.
- Für Kernleistungen werden Standardverträge entwickelt und verwendet, die sich auf die Preislise beziehen.

Die KISA steht zukünftig für Kundennähe und Kundenservice.

KISA will stark in ihren Kundenbeziehungen sein und diese zu einer echten Partnerschaft ausbauen. Um dies zu erreichen, muss ein Mix von Maßnahmen in den unterschiedlichsten Bereichen umgesetzt werden.

*Kommunikative und kundenorientierte Maßnahmen*

Informationsveranstaltungen werden in Zukunft stärker auf Kundengruppen zugeschnitten und mit einem stärkeren regionalen Bezug durchgeführt werden. Begleitet wird dies durch den Aufbau einer professionellen Pressearbeit/ Marketing. Zu diesem Kontext gehört auch, dass in der KISA eine Kundenbetreuung nach gängigen Standards aufgebaut werden wird.

*Strukturelle Maßnahmen*

Erarbeitung eines Standortkonzeptes für eine Ausgewogenheit zwischen Zentralisierung und regionaler Präsenz unter Beibehaltung von drei Standorten (in den drei kreisfreien Städten).

Für die Vielzahl der KISA-Kunden ist eine regionale Präsenz wichtig. Auch die notwendige kommunikative Ausrichtung in den drei Direktionsbezirken machen Standorte in den drei kreisfreien Städten sinnvoll. Techniken wie Videokonferenzen reduzieren Fahrtzeiten. Die Ausarbeitung des oben genannten Standortkonzeptes wird in 2016 erfolgen, da die derzeit laufenden Mietverträge an den einzelnen Standorten der KISA bis 2018 befristet sind.

*Infrastrukturmaßnahmen*

KISA steht zukünftig für Transparenz in der Weiterentwicklung von Produkten und Leistungen.

Die Weiterentwicklung von Produkten und Leistungen erfolgt in einem transparenten abgestimmten Prozess mit den Kunden und den zuständigen Gremien. Ziele und Prämissen dabei sind:

- Bereinigung der eigenen Leistungserstellung der KISA ohne eigene Betriebsleistungen mit festgelegten Kernleistungen! Reduktion der Produktpalette, die mit KISA-Mitarbeitern betreut werden.

Eine erste Betrachtung ergab eine Anzahl von potenziellen Themen für die Entwicklung neuer Produkte:

- IT-Sicherheit
- Netze
- Auswahl und Betreuung von Telefonanlagen
- Betreiben von Bürgertelefone
- Adresskataster
- Formularmanagement
- Prozessberatung
- Elektronisches Archiv
- Langzeitspeicher
- Elektronische Poststelle
- Posteingangsscan
- Verfahrensintegration
- Anforderungsmanagement
- Querschnittleistungen für Kommunen

Die Entwicklung des Verbandes wird in der Zukunft ganz wesentlich davon abhängen, ob die Mitglieder und Kunden bereit sind, kostendeckende Preise für die von KISA angebotenen Dienstleistungen zu zahlen

#### IV. Sonstige Angaben

##### Nachtragsbericht

Im ersten Quartal 2015 wurde die Aufbauorganisation der KISA überarbeitet und in fünf neue Bereiche gegliedert. Die Ausschreibung der Führungskräfte zur Leitung dieser fünf Bereiche ist mittlerweile erfolgt. In der Verbandsversammlung am 20. Mai 2015 wurde die Fachbedienstete für das Finanzwesen bestellt.

Mit Stand 30. Juni 2015 wird der Rechtsaufsichtsbehörde das aktuelle Personalkonzept, die Fortschreibung und der Sachstandsbericht zum Haushaltsstrukturkonzept sowie der Maßnahmen- und Zeitplan der IT-Strategie vorgelegt werden.

Weiterhin wurde der geplante Investitionskredit in Höhe von 700.000 € für das Jahr 2015 aufgenommen.

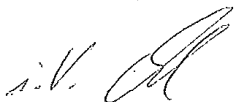
##### Prognosebericht

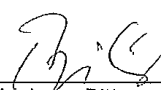
Für die Zukunft muss die Ertragskraft der KISA deutlich verbessert werden, um zu einer nachhaltigen und stabilen Geschäftsentwicklung zu kommen. Die dafür notwendigen Maßnahmen sind in dem erstellten und beschlossenen Haushaltsstrukturkonzept aufgezeigt. Die Umsetzung / Realisierung dieser Vorschläge wird voraussichtlich mehrere Jahre in Anspruch nehmen.

Außerdem muss der Verband mit einem angemessenen Eigenkapital ausgestattet werden, um damit die in den letzten Jahren aufgetretenen Liquiditätsprobleme zu vermeiden.

Wesentlichen Anteil an der erfolgreichen Konsolidierung und Neuausrichtung unseres Verbandes haben auch unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in engem Kontakt mit unseren Mitgliedern und Kunden stehen. Hier ist es unser Anspruch, die Kundenzufriedenheit vom bereits erreichten Niveau aus weiter zu erhöhen und durch qualifizierte Weiterbildung zu verbessern.

Leipzig, am 30. Juni 2015

  
Ralf Rother  
Verbandsvorsitzender

  
Andreas Bitter  
Geschäftsführer

**Rechtliche, steuerliche und wirtschaftliche Verhältnisse**

<u>Firma:</u>	„Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen“ KISA
<u>Rechtsform:</u>	Zweckverband, Körperschaft des öffentlichen Rechts
<u>Sitz:</u>	04317 Leipzig, Eilenburger Str. 1a
<u>Organe:</u>	Organe des Zweckverbandes sind die Verbandsversammlung, der Verwaltungsrat und der Verbandsvorsitzende.
<u>Satzung:</u>	Verbandssatzung vom 03. Dezember 2003, in der Fassung von 11. Dezember 2013
<u>Rechtsaufsichts- behörde:</u>	Sächsisches Staatsministerium des Inneren (SMI)
<u>Gegenstand des Unternehmens:</u>	Der Zweckverband stellt seinen Mitgliedern Datenverarbeitungsverfahren, Datenübertragungsnetze, Datenverarbeitungsleistungen und zugehörige Serviceleistungen zur Erledigung oder Vereinfachung von Verwaltungsaufgaben mit technikunterstützter Informationsverarbeitung zur Verfügung. Der Zweckverband arbeitet kostendeckend ohne Gewinnerzielungsabsicht. Der vollumfängliche Aufgabenbereich ist in § 3 der Satzung niedergeschrieben.
<u>Wirtschaftsjahr:</u>	01. Januar bis 31. Dezember
<u>Dauer des Zweckverbandes:</u>	Der Zweckverband ist auf unbestimmte Zeit errichtet.
<u>Verbandsvorsitzender:</u>	Herr Dr. Hans-Christian Rickauer, Oberbürgermeister der Stadt Limbach-Oberfronau (bis 24. November 2014) Herr Ralf Rother, Bürgermeister der Stadt Wilsdruff (ab 24. November 2014)
<u>Geschäftsführung:</u>	Herr Martin Schmeling (bis 31. Dezember 2014) Herr Andreas Bitter (ab 24. November 2014 als Interimsgeschäftsführer, ab 20. Mai 2015 als Geschäftsführer bestätigt)
<u>Verbands- versammlungen:</u>	Im Jahr 2014 fanden drei ordentliche und eine außerordentliche Verbandsversammlungen statt.
<u>Buchführung:</u>	Der Zweckverband ist gemäß § 24 SächsEigBVO buchführungs- und bilanzierungspflichtig.  Der Zweckverband ist gemäß § 32 SächsEigBVO prüfungspflichtig.

KISA



Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen

# Beteiligungsbericht

der Kommunalen Informationsverarbeitung  
Sachsen  
(KISA)

für das Berichtsjahr 2014

Seite 1 von 36

### Abkürzungsverzeichnis

EK Eigenkapital

FB Fehlbetrag

RAP Rechnungsabgrenzungsposten



## Inhaltsverzeichnis

Vorwort	4
1. Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA	5
2. Die Unternehmen im Einzelnen	6
2.1 KDN GmbH (Kommunale Datennetz GmbH)	6
2.1.1 Beteiligungsübersicht	6
2.1.2 Finanzbeziehungen	6
2.1.3 Organe	7
2.1.4 Sonstige Angaben	7
2.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen	8
2.1.6 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014	9
2.2 Lecos GmbH	17
2.2.1 Beteiligungsübersicht	17
2.2.2 Finanzbeziehungen	17
2.2.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014	18
2.3 ProVitako eG	27
2.3.1 Beteiligungsübersicht	27
2.3.2 Finanzbeziehungen	28
2.2.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014	28
Anlage 1 - Mitglieder von KISA und ihre Anteile	30

## Vorwort

Der Beteiligungsbericht ist am Ende eines Geschäftsjahres entsprechend den Anforderungen aus § 99 der Sächsischen Gemeindeordnung aufzustellen.

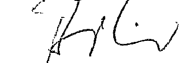
Dabei werden im Wesentlichen folgende Inhalte dargestellt:

- die Beteiligungsübersicht zum 31. Dezember 2014 unter Angabe der Rechtsform, des Unternehmensgegenstandes, des Unternehmenszwecks und des Stamm- oder Grundkapitals, sowie des prozentualen Anteils,
- die Finanzbeziehungen, insbesondere die Summe der Gewinnabführungen und der Verlustabdeckungen, die Summe sonstiger Zuschüsse, gewährten Vergünstigungen sowie die Summe der übernommenen Bürgschaften und sonstigen Gewährleistungen,
- den Lagebericht der Beteiligungen,
- die Organe der Beteiligungen und
- die wichtigsten Bilanz- und Leistungskennzahlen für das Berichtsjahr und der beiden vorangegangenen Jahre

Der Beteiligungsbericht wird der Rechtsaufsichtsbehörde zugeleitet. Den Mitgliedern des Zweckverbandes Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) wird der Beteiligungsbericht im Zusammenhang mit der Einladung zur Verbandsversammlung zur Verfügung gestellt. In der Verbandsversammlung wird über den Bericht mündlich informiert.

Ziel des Beteiligungsberichtes ist, die Darstellung der Finanzbeziehungen des Zweckverbandes zu beteiligten Unternehmen sowie der Ausweisung der Anteile der Mitglieder am Zweckverband. Zusammenfassend soll der Bericht für Außenstehende ein Bild über die Lage im Unternehmensverbund ergeben.

Leipzig, den 07.09.2015

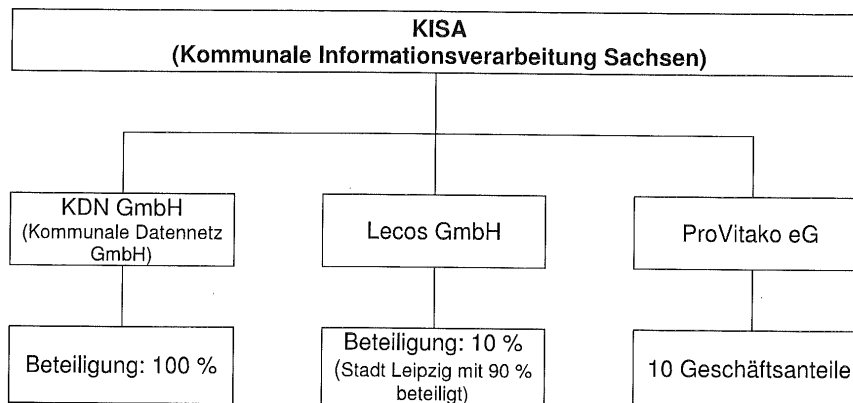


Andreas Bitter

Geschäftsführer

## 1. Gesamtüberblick über die Beteiligungen der KISA

Die Struktur der Beteiligungen inkl. der prozentualen Anteile stellt sich wie folgt dar:



Im Jahr 2014 erfolgte die Veräußerung der Anteile an der SASKIA GmbH. Zum Stichtag 31. Dezember 2014 hielt KISA keine Anteile mehr. Eine Darstellung im Beteiligungsbericht erfolgt daher nicht.

## 2. Die Unternehmen im Einzelnen

### 2.1 KDN GmbH (Kommunale Datennetz GmbH)

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Kommunalen Datennetz GmbH (KDN GmbH) mit Sitz in Dresden (HRB 20074). KISA ist an der KDN GmbH mit 100 % beteiligt.

#### 2.1.1 Beteiligungsübersicht

Name: KDN - Kommunale DatenNetz GmbH  
Anschrift: Wiener Straße 128  
01219 Dresden  
Telefon: 0351 3156952  
Telefax: 0351 3156966  
Internet: www.kdn-gmbh.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung  
Gesellschafter: Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA)  
Stammkapital: 60.000,00 EUR  
Anteil KISA: 60.000,00 EUR (100,00 %)

#### Unternehmensgegenstand:

Die Geschäftstätigkeit der Gesellschaft umfasst die Bereitstellung und den Betrieb eines Datennetzes für den kommunalen Bedarf sowie die Entwicklung, die Bereitstellung und den Vertrieb von über dieses Datennetz abzurufenden Netzdiensten und den Betrieb der diesen Zwecken dienenden Anlagen.

#### 2.1.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der KDN GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- |                             |      |
|-----------------------------|------|
| - Gewinnabführungen:        | 0 €  |
| - Verlustabdeckungen:       | 0 €  |
| - Sonstige Zuschüsse:       | 0 €  |
| - Übernommene Bürgschaften: | 0 €  |
| - Sonstige Vergünstigungen: | 0 €. |

Zwischen KISA und der KDN GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die KDN GmbH nutzt zum Beispiel das Verfahren zur Perso-

Seite 6 von 36

nalabrechnung, während KISA über die KDN GmbH an das Kommunale Datennetz angebunden wird. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der Preislisten, welche in beiden Häusern vorliegen.

#### 2.1.3 Organe

Die KDN GmbH setzt sich auf folgenden Organen zusammen:

Geschäftsführer der Gesellschaft: Herr Frank Schlosser.

Dem Aufsichtsrat gehörten im Berichtsjahr an:

Herr Dr. Hans-Christian Rickauer, Vorsitzender bis 24.11.2014

Herr Franz-Heinrich Kohl, Vorsitzender ab 11.12.2014

Herr Dr. Christoph Scheurer, 1. Stellvertreter

Herr Mischa Woitscheck, 2. Stellvertreter

Herr Martin Schmeling bis 07.04.2014

Herr André Jacob, ab 07.04.2014

Herr Wolfgang Klinger

Herr Ralf Rother

#### 2.1.4 Sonstige Angaben

Zur KDN GmbH liegen folgende Sonstige Angaben vor:

Abschlussprüfer im Berichtsjahr:	WSR Cintinus Werblow & Gassen WP / StB / RA
Anzahl Mitarbeiter:	3 Mitarbeiter
Beteiligungen:	keine Beteiligungen

### 2.1.5 Bilanz- und Leistungskennzahlen

Folgende Werte der Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung für das Berichtsjahr und der beiden Vorjahre liegen vor:

KDN GmbH	Ist 2012 in T€	Ist 2013 in T€	Ist 2014 in T€	Plan 2014 in T€
Bilanz:				
Anlagevermögen	211	5	4	keine Planbilanz vorhanden.
Umlaufvermögen	633	1.051	708	
aktiver RAP	-	-	-	
nicht durch EK gedeckter FB				
Summe Aktiva	844	1.056	712	
Eigenkapital+ Sonderposten	271	65	64	
Rückstellungen	7	7	19	
Verbindlichkeiten	566	984	629	
passiver RAP	-	-	-	
Summe Passiva	844	1.056	712	
Gewinn-und Verlustrech.:				
Umsatz	914	782	719	715
Sonstige Erträge	2.349	2.293	2.181	3.255
Materialaufwand	2.801	2.657	2.665	3.149
Personalaufwand	128	161	163	174
Abschreibungen	274	207	2	5
Sonst.Aufwand	61	50	70	142
Zinsen / Steuern	- 2	1	-	500
Ergebnis	0	0	0	0
Sonstige:				
Zugang Investitionen	1	2	1	4
Mitarbeiter	3	3	3	3

Aufgrund der vorliegenden Zahlen ergeben sich folgende Kennzahlen:

KDN GmbH	Ist 2012	Ist 2013	Ist 2014	Plan 2014
Vermögenssituation				Berechnung aufgrund fehlender Planbilanz nicht möglich.
Vermögensstruktur	25%	0%	1%	
Kapitalstruktur				
Eigenkapitalquote	7%	6%	8%	
Fremdkapitalquote	68%	94%	91%	
Liquidität				
Liquidität	112%	107%	113%	
Effektivverschuldung	keine	keine	keine	
Geschäftserfolg	in T€			
Pro-Kopf-Umsatz	305	261	240	238
Arbeitsproduktivität	7	5	4	4

#### 2.1.6 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2014 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

#### **Die KDN Kommunale DatenNetz GmbH (KDN GmbH) im Rahmen der allgemeinen Konjunkturlage**

Der Sächsische Städte- und Gemeindetag (SSG) äußerte sich zu dem nach Medienberichten vom Freistaat Sachsen für das Jahr 2014 voraussichtlich erzielten Rekordüberschuss von 1,2 Mrd. Euro positiv, mahnte aber an, dass dies eine Chance sei, um dringende Infrastrukturdefizite in den Kommunen anzugehen.

Zu den Eckpunkten des Entwurfes des Staatshaushaltes für die Jahre 2015 und 2016 führt der SSG aus, dass die Kommunalzuweisungen trotz Rekordhaushalts in den beiden Jahren jeweils um rund 250 Mio. Euro gegenüber 2014 zurückgehen. Zwar erwarten die sächsischen Kommunen ebenfalls Steuermehreinnahmen, aber

diese betreffen insbesondere einige größere Kommunen, während das Steuermehraufkommen an vielen kleineren Kommunen vorbeigehen wird.

Jedoch sind zur Aufgabenerfüllung für die Kommunen sichere und leistungsfähige IT-Infrastrukturen und Vernetzung wichtiger denn je. Im Rahmen des Projektes SVN 2.0/KDN III werden entsprechende Anforderungen zu berücksichtigen sein. Auf Grund der spezifischen Ausrichtung der KDN GmbH als IT-Dienstleister, ganz speziell für sächsische Kommunen, wird die KDN GmbH die Kommunen hierbei maßgeblich unterstützen und den Verbreitungsgrad ihrer Lösungen weiter erhöhen.

Wichtig ist dafür die weitere Absicherung der Leistungen der KDN GmbH aus dem Finanzausgleichsgesetz (FAG), um die o. a. Unterschiede zwischen großen und kleinen Kommunen im Steueraufkommen nicht auf die IT-technische und IT-sicherheitstechnische Leistungsfähigkeit der Kommunen durchschlagen zu lassen.

### **Geschäftsverlauf in 2014**

#### Neues Basismengengerüst im KDN II

Das in der Aufsichtsratssitzung am 5. Juni 2012 beschlossene neue, für die Verlängerungsphase des KDN II geltende, Basismengengerüst ist fast vollständig umgesetzt

Es wurden die Bandbreiten für die Kommunen erhöht, die für die Erledigung ihrer neuen Aufgaben (Führung Personenstandsregister) mehr Bandbreite benötigen oder die bandbreitenmäßig noch unter der niedrigsten Definition der Bundesregierung zur Breitbandversorgung liegen.

Für kostenpflichtige Leistungen kommt die neue Preisliste mit den Verlängerungspreisen seit Januar 2013 zur Anwendung.

#### Finanzierung KDN II im Verlängerungszeitraum, Risiken-Betrachtung der Finanzierung

Gemäß Festlegung im FAG-Beirat Ende 2007 sollte die Höhe der Zuweisungen für das KDN II Ende 2008 geprüft werden. Bis Ende 2008 ergaben sich neue Sachverhalte, die eine Erhöhung der Zuweisungen für das KDN II notwendig machten. Dies waren:

- umsatzsteuerliche Behandlung der KDN GmbH gemäß verbindlicher Auskunft
- Erhöhung des FAG-finanzierten Basisanschlusses für Landkreise und kreisfreie Städte im Zuge der Verwaltungs- und Funktionalreform von 10 Mbit/s auf 20 Mbit/s
- absehbarer Eintritt des DSL-Risikos in nahezu voller geschätzter Höhe über die Laufzeit des KDN II, auch in der Verlängerungsphase



Die FAG-Verhandlungen zur Erhöhung der Zuweisungen wurden im Februar 2009 mit einem für die KDN GmbH akzeptablen Ergebnis abgeschlossen. Die FAG-Finanzierung bis zum Ende der regulären Laufzeit des KDN II ist durch dieses Ergebnis grundsätzlich als gesichert anzusehen.

Im Detail verbleiben wie in den Vorjahren weiterhin einige Risiken aus der FAG-Finanzierung.

Das DSL-Risiko wurde in der derzeit absehbaren Höhe über FAG-Zuweisungen gedeckt, ebenso die Finanzierung der Erhöhung der Bandbreite von Landkreisen und kreisfreien Städten.

Die Steigerung der Kosten des Budgets von P2P-Verbindungen auf Grund der umsatzsteuerlichen Behandlung wurde teils aus FAG-Mitteln, teils unter zweckgebundener Heranziehung von zusätzlichen Einnahmen der KDN GmbH aus dem Verkauf von P2P-Verbindungen gedeckt. Die Erhöhung der GmbH-Kosten auf Grund der umsatzsteuerlichen Behandlung wird ebenfalls aus FAG-Mitteln finanziert.

Mit dem neuen Basismengengerüst hat sich ein neuer Risikofaktor ergeben. Die Finanzierung des neuen Basismengengerüsts ist zwar mit Beschluss des FAG-Beirats vom 7. Dezember 2012 gesichert, allerdings wurde das neue Basismengengerüst auch auf Grund von Annahmen von Gemeindezusammenschlüssen erarbeitet, sodass weniger Basisanschlüsse enthalten sind als im bisherigen Mengengerüst (8,5 %). Es hat sich im Laufe der Umsetzung des neuen Basismengengerüsts ergeben, dass auf Grund verschiedener Sachverhalte einige der geplanten Gemeindezusammenschlüsse nicht, dafür aber andere, in der ursprünglichen Planung nicht vorgesehene Zusammenschlüsse erfolgt sind. Sollten Gemeindezusammenschlüsse nicht im angenommenen Umfang erfolgen und die Anzahl von zu finanzierenden Basisanschlüssen nicht sinken, kann dies zu einer Überschreitung der FAG-Mittel führen. Allerdings wurden die Annahmen von der Gesellschaft mit gebotener Vorsicht getroffen.

Als weiterer Risikofaktor im Rahmen des neuen Basismengengerüsts hat sich die Nichtverfügbarkeit der zugestandenen Basisbandbreite bei SDSL-Anschlüssen und der daraus resultierenden Notwendigkeit von teureren Festverbindungen ergeben. Es ist derzeit bei aller gebotenen Vorsicht davon auszugehen, dass die Finanzierung im Rahmen des zugesagten Risikobudgets ausreicht.

In Bezug auf die Finanzierung der Beratungsleistungen für die von Freistaat und Kommunen gemeinsam genutzten Teile von SVN 2.0 und KDN III stimmten die kommunalen Spitzenverbände einer kommunalen Beteiligung an der Finanzierung zu. Die Aufteilung der Kosten zwischen Freistaat und Kommunen werden anhand des derzeitigen Nutzungsvolumens SVN/KDN II berechnet. Im Rahmen der Finanzierung des Verlängerungszeitraumes wurden finanzielle Mittel für Beratung durch externe Dritte bei Neuvergabe des Netzes in Höhe von 210 TEUR eingestellt und vom FAG-Beirat bewilligt. Das Risiko, dass die genannte Summe u. U. nicht ausreichend ist, konnte mit der vereinbarten Deckelung dieser Kosten auf 150 TEUR minimiert werden. Die für das Jahr 2014 geplanten Kosten für die Beratungsleistungen von 70

TEUR wurden auf Grund des späten Projektstarts beim Freistaat nicht ausgeschöpft und daher wurden die restlichen Mittel in der mittelfristigen Finanzplanung in das Jahr 2017 vorgetragen.

Auf Grund der Anwendung der neuen Preisliste (gesenkte Preise im Verlängerungszeitraum) sanken die Umsätze aus eigenen Leistungen auf ca. 720 TEUR. Dies war im Wirtschaftsplan bereits so prognostiziert worden. Es konnten jedoch ca. 5 TEUR mehr als geplant umgesetzt werden.

### 2.3 Geschäftstätigkeit für Netzbetrieb KDN II

Seit Oktober 2009 befindet sich das KDN II im Regelbetrieb. Der Betrieb des KDN II wird als sicher und stabil eingeschätzt. Der Anschlussgrad bei den sächsischen Städten und Gemeinden wurde und wird sukzessive ausgebaut.

Ende des Jahres 2014 konnte folgender Beauftragungsstand im KDN II verzeichnet werden:

<b>Ge- samt</b>	<b>Kosten- freie Anschlüs- se Kom- munen</b>	<b>Sonstige kostenfreie Anschlüs- se</b>	<b>Kostenpflichti- ge Anschlüsse Sachsen- Anhalt</b>	<b>Kostenpflichti- ge Anschlüsse Sachsen</b>	<b>Stand</b>
<b>438</b>	<b>321</b>	<b>10</b>	<b>7</b>	<b>100</b>	16.05.2014
<b>440</b>	<b>321</b>	<b>11</b>	<b>7</b>	<b>101</b>	24.10.2014
<b>446</b>	<b>321</b>	<b>11</b>	<b>7</b>	<b>107</b>	31.12.2014

Die Akquiseanstrengungen werden weiterhin fortgesetzt, um eine Flächendeckung des KDN II bei den sächsischen Kommunen zu erreichen.

Es gelang der KDN GmbH auch im Jahr 2014, eine größere Anzahl von Kunden von der technischen Notwendigkeit einer kostenpflichtigen Bandbreitenerhöhung oder, wenn dies technisch nicht mehr möglich war, einem Technologiewechsel z.B. von xDSL nach einer qualitativ höherwertigen Festverbindung zu überzeugen.

Seit 2014 bietet die KDN GmbH vermehrt ADSL-Anschlüsse zusätzlich zum Basisanschluss an, um Engpässe bei Kommunen zu vermeiden. Der verfügbarkeitskritische Datenverkehr wird dabei über den Basisanschluss und der Internetverkehr über den ADSL-Anschluss geleitet. Das Load-Balancing übernimmt ein Router auf Open-Source-Basis. Des Weiteren wird von den Kunden der ZPD-Mobil-Anschluss über LTE immer stärker nachgefragt.

Die Zahl der beauftragten Anschlüsse von Schulen hat sich erneut fast nicht verändert. Die T-Systems hat die freigegebenen Lokationen von 1.302 auf 1.300 korrigiert.

Die Gründe für den Rückgang sind auch diesmal Stornierungen der Schulen. Aktuell wurden 1.299 Lokationen angeschlossen, 15 Schulen davon sind über LAN-RAS angeschlossen.

Die Lastmessungen in den zentralen Teilen Backbone, PZD, DOI zeigten unverändert im Geschäftsjahr keine kritischen Auslastungen. Gleiches gilt für den Zugang zu den E-Government-Basiskomponenten. Der zentrale Internet-Anschluss gemeinsam mit dem Freistaat Sachsen zeigt eine intensive Nutzung.

Der Beratungsbedarf der sächsischen Kommunen hinsichtlich IT-Sicherheit ist weiterhin sehr hoch. Die Gesellschaft berät ihre Kunden aktiv dazu. Die KDN GmbH wird das Thema IT-Sicherheit in Zukunft noch weiter intensivieren, die Teilnehmer am KDN II sensibilisieren und, wo notwendig und gewünscht, Unterstützung anbieten.

Auf Grund dieser Fakten wird eingeschätzt, dass mit dem KDN II ein leistungsfähiges Netz mit attraktiven Diensten für sächsische Kommunen aufgebaut wurde. Mit der Verlängerung der Laufzeit bis 2017 und den bei den Verlängerungsverhandlungen erzielten Ergebnissen konnte mit dem neuen Basismengengerüst auf den erhöhten Vernetzungsbedarf reagiert werden. Die Anschlussmodule im KDN II bieten eine deutlich erhöhte Flexibilität für die Bedürfnisse der Kunden. Langfristig wird damit die Basis für eine flächendeckende kommunale IT-Infrastruktur geschaffen, die es den sächsischen Kommunen bei allen Sparzwängen ermöglicht, sich den zukünftigen Herausforderungen zu stellen.

Wesentlicher Teil der Geschäftstätigkeit war im Jahr 2014 die Vorbereitung für die Neuvergabe des Netzes ab 2017. Auf Ziffer 2.4 wird verwiesen. Die Arbeit in Projekten, wie der Aufstellung und dem Rollout des neuen Basismengengerüsts und die Vorbereitung der Neuvergabe, beanspruchen die personellen Ressourcen der Gesellschaft in höchstem Maße.

Im September zog die KDN GmbH in neue Geschäftsräume in die Wiener Straße 128 um.

#### 2.4 Projekt SVN 2.0 / KDN III

In seiner Sitzung am 26. Februar 2013 beauftragte der Aufsichtsrat die Gesellschaft in Bezug auf ein Nachfolgenetz zum KDN II mit der Evaluierung der Zielerreichung im KDN II und der Erarbeitung der Eckpunkte der kommunalen Anforderungen zum Nachfolgenetz des KDN II (Arbeitstitel KDN III) in Zusammenarbeit mit der AG kommunale Anforderungen (SSG, SLKT, SAKD, KISA, KDN GmbH).

Die Ergebnisse dieser Arbeit sind in einen Projektvorschlag zum KDN III eingeflossen und wurden vom Aufsichtsrat der Gesellschaft, nach Zustimmung der kommunalen Spitzenverbände, am 11. Juni 2013 beschlossen.

Die KDN GmbH ist im gemeinsamen Projekt mit dem Freistaat Sachsen im Projektkernteam und in mehreren Teilarbeitsgruppen vertreten. Des Weiteren erfolgt eine

enge Abstimmung über die o. a. AG zu den kommunalen Anforderungen mit den kommunalen Spitzenverbänden, der SAKD und KISA.

Im Jahr 2014 erfolgte im gemeinsamen Projekt mit dem Freistaat die Vergabe der technischen und juristischen Beratungsleistungen. Des Weiteren wurde im Jahr 2014 mit der Definition der Anforderungen des neuen Netzes gemeinsam mit dem Freistaat und externen Beratern begonnen sowie erste Konzepte erarbeitet.

## 2.5 Dienstleistungen für KISA

Für KISA wurden im Rahmen des bestehenden Dienstleistungsvertrags Leistungen im vereinbarten Umfang und vereinbarter Qualität erbracht.

### **Finanzierung**

Die KDN GmbH kann ohne Zuwendungen aus dem FAG ihre wirtschaftliche Tätigkeit nicht entfalten. Im Wirtschaftsplan 2014 und in den angehängten Finanzplänen der Folgejahre sind geschätzte Größenordnungen angegeben. Im Ergebnis wurden die Zuwendungen nicht in der geplanten Höhe benötigt bzw. abgerufen. Die Einnahmen von den Kommunen betrugen 719.045,57 EUR. Die notwendigen abgerufenen Zuwendungen zum kostendeckenden Betrieb im Geschäftsjahr 2014 beliefen sich auf 2.589.552,21 EUR. Das Geschäftsergebnis 2014 war ausgeglichen.

### **Ausblick auf die Geschäftsentwicklung im Geschäftsjahr 2015 und Folgejahre**

Das Jahr 2015 wird neben dem Netzbetrieb im Wesentlichen von der Arbeit im Projekt SVN 2.0/KDN III geprägt sein. Auf Grund von Gemeindegemeinschaften ist davon auszugehen, dass die Zahl von FAG-finanzierten Basisanschlüssen weniger stark steigen wird.

Die Beratungsleistungen der KDN GmbH für ihre Kunden hinsichtlich möglicher Anschlusslösungen und zur IT-Sicherheit werden fortgeführt.

Die Finanzierung der KDN GmbH wird für die Folgejahre auch weiterhin eine Mischfinanzierung sein. Der überwiegende Teil der Finanzmittel kommt aus der Förderung durch das Finanzausgleichsgesetz über den Zuwendungsgeber SAKD für den Basisanschluss der Kommunen. Darauf aufbauend werden Zusatzleistungen durch eigene Einnahmen von den Kommunen und kommunalen Einrichtungen finanziert. Hier ist zu beachten, dass sich nicht nur die Preisreduzierungen des Dienstleisters T-Systems im Rahmen der Vertragsverlängerung und der Preisüberprüfung 2013 auf die Marge der KDN GmbH sondern auch auf die Anhebung der Basisbandbreiten im Rahmen des veränderten Basismengengerüsts gleichfalls negativ auf die eigenen Einnahmen der Gesellschaft auswirken.

### **Risiken und Chancen der künftigen Entwicklung**

Die Risiken im Geschäftsjahr 2014 sind auf Grund der FAG-Finanzierung der Basisanschlüsse im Vergleich zum Vorjahr auf niedrigem Niveau gleich geblieben, auch wenn es keine Garantie geben kann, ob die geplanten Neuanschlüsse und Bandbreitenerhöhungen tatsächlich realisiert werden können.

Als Risiko wird das sehr geringe Budget für die GmbH-Kosten selbst eingeschätzt, welches der Gesellschaft nur bedingt Spielräume hinsichtlich Investitionen und Qualifizierungsmaßnahmen für die Mitarbeiter sowie der Ausgestaltung des Geschäftsbetriebes lässt. Der hohe Tarifabschluss im TV-L wird sich in gestiegenen Personalkosten auswirken, welche durch eigene Einnahmen gegenfinanziert werden müssen, um den abgesteckten FAG-Bedarf nicht zu überschreiten.

Ein weiteres Risiko ist, die relativ geringe personelle Ausstattung der GmbH, welche eine Kompensation längerer Ausfälle, sowohl im Tagesgeschäft als auch bei den unter Ziffer 2.5 genannten Projekten, sehr erschwert bzw. bei letztgenannten nahezu unmöglich macht. Im Tagesgeschäft kann teilweise durch den Einsatz von Mitarbeitern der KISA gegen erhöhten finanziellen Aufwand Abhilfe geschaffen werden, im Projektgeschäft ist dies nicht möglich.

Durch die zukünftig in höherem Maße von Kommunen genutzten Dienste des DOI kann eine Erhöhung der Bandbreiten erforderlich sein, welche u. U. erhöhte Kosten verursacht. Hinsichtlich der Risikominimierung kommt der Gesellschaft der Umstand zu Gute, dass die gleiche Anschlussbandbreite bei DOI geringere Kosten verursacht als ursprünglich für TESTA geplant. Eine Steigerung der durch die Kommunen in Anspruch genommenen Bandbreiten ist bei der FAG-Finanzierung vorgesehen, es kann zum heutigen Zeitpunkt aber nicht verlässlich eingeschätzt werden, ob diese ausreichend sind.

Als weiteres Risiko wird die durch die Kommunen in Anspruch genommene Bandbreite des zentralen Internetübergangs des SVN eingeschätzt. FAG-Mittel sind vorgesehen, die Wahrscheinlichkeit ist aber hoch, dass die Bandbreite über die gesamte Laufzeit des KDN II nicht ausreichend sein wird, auch wenn im Jahr 2013 eine für die KDN GmbH kostenneutrale Erhöhung stattgefunden hat.

Den Risiken DOI und Internet wird durch entsprechende Vertragsgestaltung mit dem Freistaat entgegengewirkt und es werden im Bedarfsfall die bereitgestellten und in anderen Positionen teilweise nicht vollständig ausgeschöpften FAG-Mittel in diese Position umgeschichtet.

Die Ausgestaltung der Finanzierung des P2P-Budgets der Landkreise über das FAG sowie der eigenen Einnahmen,

bergen als weiteres Risiko, dass u. U. eigene Einnahmen der KDN GmbH durch Kündigungen kostenpflichtiger P2P-Verbindungen verloren gehen. Diesem Risiko wurde durch eine entsprechende Vertragsgestaltung mit den Landkreisen entgegengewirkt.

Chancen werden durch die Erbringung von weiteren Beratungsleistungen, insbesondere im Bereich IT-Sicherheit und der optimalen Ausgestaltung des Kundenanschlusses an das KDN unter Nutzung von Zweitanbindungen, gesehen sowie im Verkauf von Bandbreiten und Leistungen, die über den Basisanschluss hinausgehen.

Bund und Freistaat setzten mit ihren E-Government-Vorhaben sowie den E-Government-Gesetzen Impulse, für die eine gesicherte Vernetzung Voraussetzung ist und daher ein Anschluss an das KDN II eine notwendige Basis darstellt.

Auf der Grundlage der Zusatzleistungen ist davon auszugehen, dass sich die erlösorientierte Geschäftstätigkeit der KDN GmbH auf Grund der unter Ziffer 5 aufgeführten möglichen Preisreduzierungen und Verbesserungen der Basisbandbreiten auf hohem Niveau geringfügig negativ entwickeln wird. Für diesen Fall wird die Gesellschaft zu beachten haben, dass zusätzliche Aufwände von den verbleibenden Eigen Erlösen finanziert werden können. Darüber hinaus ist zu beachten, dass die Gesellschaft auf Grund von zusätzlichen Aufgaben im Projekt SVN 2.0/KDN III (Mitwirkung bei Anforderungsanalyse, Erstellung der Verdingungsunterlagen, Systemaufbau und Migration sowie dafür notwendige externe Beratungsleistungen) einen zusätzlichen Finanzierungsbedarf aus dem FAG erwartet. Mittel in Höhe von 210 TEUR über die nächsten drei Jahre sind zwar im ersten Schritt bewilligt, es lässt sich aber nicht ausschließen, dass u. U. ein höherer Betrag für Beratungsleistungen oder für personelle Ressourcen benötigt wird.

Letztlich werden alle Risiken als beherrschbar und die künftige Geschäftstätigkeit der Kommunalen DatenNetz GmbH entsprechend dem Gesellschaftszweck als geordnet eingeschätzt.

#### **Wesentliche Entwicklungen seit dem 31. Dezember 2014**

Im Projekt SVN 2.0/KDN III wurde vom Freistaat unter Einbeziehung der kommunalen Forderungen ein Konzept erarbeitet, welches Gegenstand der Gremienbefassung sowohl auf Landesseite als auch auf kommunaler Seite sein wird. Die weiteren konzeptionellen Details unterliegen in Anbetracht des bevorstehenden Vergabeverfahrens der Geheimhaltung.

Seitens des Netzbetreibers T-Systems wurden neue VDSL-Anschlussmodule angekündigt, welche u. U. den erhöhten Bandbreitenbedarf bis zum Ende der Laufzeit des KDN II abfangen können.

Es erfolgt weiterhin eine enge Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und der SAKD zum neuen Netz.

## 2.2 Lecos GmbH

Eine unmittelbare Beteiligung von KISA besteht an der Lecos GmbH mit Sitz in Leipzig (HRB 17608). KISA hält zum Stichtag 31. Dezember 2014 einen Anteil von 10%.

### 2.2.1 Beteiligungsübersicht

Name: Lecos GmbH  
Anschrift: Prager Str. 8  
04103 Leipzig  
Telefon: 0341 2538 0  
Telefax: 0341 2538 111  
Internet: www.lecos-gmbh.de

Rechtsform: Gesellschaft mit beschränkter Haftung  
Gesellschafter: Stadt Leipzig  
Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen  
Stammkapital: 200.000,00 EUR  
Anteil KISA: 20.000,00 EUR (10,00 %)

### Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung der Gesellschafter im Bereich der Informations- und Kommunikationstechnik sowie Bürodienstleistungen.

### 2.2.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der Lecos GmbH liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen: 0 €
- Verlustabdeckungen: 0 €
- Sonstige Zuschüsse: 0 €
- Übernommene Bürgschaften: 0 €
- Sonstige Vergünstigungen: 0 €.

Zwischen KISA und der Lecos GmbH bestehen mehrere Verträge über die Erbringung von Dienstleistungen. Die Lecos GmbH stellt den Betrieb der Rechenzentrumsverfahren der KISA sicher. Die Abrechnung erfolgt dabei jeweils auf der Grundlage der abgeschlossenen Verträge.

### 2.2.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2014 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

#### **Gesamtwirtschaftliche Entwicklung der IT-Branche**

Die IT-Branche im öffentlichen Umfeld hat sich entsprechend der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur entwickelt, wobei auch in 2014 vorwiegend Software und Service- und Beratungsleistungen bezüglich der Vernetzung von Informationen den Verlauf bestimmten. Vor dem Hintergrund des steigenden IT-Bedarfes in der Verwaltungsarbeit ist eine effektive und effiziente IT ein Kernbestandteil zukünftigen Verwaltungshandelns und muss im Kontext mit der weiteren schwierigen Haushaltsituation in den Kommunen insbesondere durch intensive Beratungsleistungen in Einklang gebracht werden.

#### **Geschäftsverlauf**

In den Jahren als Gesellschaft der Stadt Leipzig hat sich die Lecos GmbH gegenüber ihrem 90%-Gesellschafter und Kunden als IT-Volldienstleister erwiesen, der die besonderen Kundenwünsche der Kommune Leipzig berücksichtigt und hinsichtlich der Weiterentwicklung der IT-Strategie der Stadt Leipzig zukunftsweisend den Markt für den Auftraggeber beobachtet und auswertet. Durch die konsequente Umsetzung der Rollout-Vorgaben konnte beim größten Kunden der Lecos GmbH der sehr hohe Standardisierungsgrad in Hardware und Standardsoftware weiter ausgebaut werden. Darüber hinaus konnte mit dem Abschluss des Rollouts in den Schulverwaltungen und Horden der Stadt Leipzig ebenfalls ein hoher Grad an Standardisierung erreicht werden. Diesen gilt es weiter fortzuschreiben und ggf. auf die Schulkabinette auszuweiten. Des Weiteren ist es mit dem Gewandhaus zu Leipzig gelungen, im Bereich der Eigenbetriebe der Stadt Leipzig einen weiteren IT-Vollservice erfolgreich umzusetzen. Dieses Modell stellt auch die Grundlage für konzeptionelle Leistungen zur Bereitstellung einer einheitlichen IT für die Kulturhäuser der Stadt Leipzig in den folgenden Jahren dar. Das Geschäft mit dem zweiten Gesellschafter (10%) des Unternehmens, der KISA, konnte auch im Wirtschaftsjahr 2014 trotz der finanziellen Probleme auf Seiten der KISA konstant weiter betrieben werden. Ein weiterer Ausbau der Geschäftsfelder war in 2014 nicht möglich, wird aber in 2015 wieder in Angriff genommen.

### Wesentliche Ereignisse im Geschäftsjahr 2014



Bis 2015 besteht für die Lecos GmbH Vertragssicherheit mit ihrem größten Gesellschafter und Kunden. Eine Option für weitere fünf Jahre wurde in dem Betriebsleistungsvertrag inkludiert und von beiden Seiten bereits die Absicht der Vertragsverlängerung bekundet. Es wurden bereits Gespräche zur formalen Vertragsverlängerung geführt.

Die Strategie aus 2010, durch eine Beteiligung des Zweckverbandes KISA an der Lecos GmbH eine Umsatzstabilisierung zu erreichen und die Inhousefähigkeit zu festigen, hat sich auch im Geschäftsjahr 2014 bestätigt. Somit konnte der Umsatz mit dem Zweckverband KISA auch für das abgelaufene Wirtschaftsjahr wesentlich zum geschäftlichen Erfolg des Unternehmens beitragen.

Schwerpunkt der Geschäftstätigkeit im abgelaufenen Geschäftsjahr 2014 war die Weiterführung der IT-Leistungen für die Stadt Leipzig, vornehmlich bei der Anwendungs- und Verfahrensentwicklung und Anwendungs-/Verfahrensbetreuung, bei der Beratung der Kunden zur Optimierung ihrer Organisation durch weitere IT-Nutzung, bei den Rechenzentrumsservices, Endgeräteservice und Daten- und Sprachnetzleistungen sowie der Benutzerunterstützung.

Besonders hervorzuheben sind die Unterstützungen bei der Umsetzung von verschiedenen Förderprojekten zum Technischen Baubürgerservice und OpenData sowie dem Aufbau der Geodateninfrastruktur mit dem WebGIS für die Stadt Leipzig. Für die KISA lag der Schwerpunkt im Geschäftsjahr 2014 in der Bereitstellung des Rechenzentrumsservice im Rahmen der vereinbarten Leistungsscheine für die Fachverfahren. Neue Themenfelder wie z. B. Einführung des Personalwesens konnten auf Grund der finanziellen Probleme der KISA nicht wie geplant in 2014 begonnen werden. Das Geschäft mit den Eigenbetrieben der Stadt Leipzig wurde deutlich ausgeweitet, hier ist insbesondere auf das weitere wachsende Geschäft mit dem Gewandhaus Leipzig zu verweisen, welches eine erhebliche Ausstrahlung auf die weiteren Kulturhäuser der Stadt Leipzig ausübt.

Darüber hinaus konnte die Lecos GmbH erneut die Ausschreibung für den Betrieb des Sächsischen Kernmelderegister (KKM) gewinnen und somit dauerhaft einen erheblichen Anteil am Umsatz mit Drittkunden sicherstellen. Auf Grund von gesetzlichen Verschiebungen wird das neue KKM zum 01.11.2015 in Produktion gehen. Im Vorgriff auf die Umstellung wurde bereits eine Infrastruktur für den Betrieb des OSCI-Gateway durch die Sächsische Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung beauftragt und von der Lecos GmbH bereitgestellt.

Die Auslastung war in allen Leistungsbereichen des Unternehmens überdurchschnittlich gut, was im erheblichen Ausbau der Integration von Fremdleistungen im Wirtschaftsjahr zum Ausdruck kommt. Hier wurde vor allem die regionale Wirtschaft beteiligt.

#### Weitere Aktivitäten des Geschäftsjahres 2014:

- Das Finanz-Cockpit für die Stadtkämmerei der Stadt Leipzig wurde weiterentwickelt und Ansätze für weitere BI-Portale (z. B. Sozialcockpit) vorgestellt.
- Der Betrieb des SAP für die Stadt Leipzig wurde weiter geführt und dessen Weiterentwicklung mit der GISA vorangetrieben.
- Die Dienstleistung für die Leipziger Schulen im Umfeld der Informationstechnik wurde weiter ausgebaut.
- In der Stadtverwaltung Tharandt konnte das Endgeräte-Rollout erfolgreich umgesetzt und das Server Rollout vorbereitet werden.
- Darüber hinaus konnten in Tharandt Erweiterungen des Leistungsportfolios durch die Anbindung der Gerätehäuser und die Unterstützung bei der Einführung einer Software für die Feuerwehr erfolgen.
- Das Geschäftsfeld der Output-Leistungen konnte technisch weiter vorbereitet werden. Auf dieser Grundlage sind im Jahr 2015 weitere Kunden zu gewinnen.
- Im Jahr 2014 wurden vier Ausschreibungen durchgeführt und die Zuschläge dafür erteilt. Die Ausschreibungen gliedern sich in drei europaweite offene Verfahren und eine nationale beschränkte Ausschreibung.
- Die Fachanwendung des Kindertagesstätten- Verwaltungs- und Reservierungssystems KIVAN konnte auch in 2014 erfolgreich vertrieben werden. Im Rahmen von Vergabeverfahren konnte die Lecos GmbH den Zuschlag in der Landeshauptstadt Erfurt und in Markkleeberg gewinnen. In Monheim konnte die Anwendung in 2014 produktiv geschaltet werden. In Pirna und Coswig erfolgte in 2014 die Anpassung der Fachanwendung an die konkreten Anforderungen zur Vorbereitung der produktiven Nutzung. Für die Stadt Leipzig und die KID Magdeburg (Stadtverwaltung Magdeburg) wurden Weiterentwicklungen in verschiedenen Modulen vorgenommen.
- Parallel zu den aktuellen Kundenprojekten wird die Produktweiterentwicklung der Fachanwendung intensiv vorangetrieben.
- Die Facility-Management-Anwendung FAMOS-LE ist im Rahmen des Ausbaus des zentralen Gebäudemanagements in der Stadt Leipzig als strategisches Produkt positioniert und wird in mehreren Ämtern der Stadt Leipzig betrieben. Es erfolgt eine zentrale Steuerung der Weiterentwicklung in enger Abstimmung zwischen der Lecos GmbH und der Stadt Leipzig.
- Nach der Einführung einer Softwarelösung auf Basis eines Dokumentenmanagementsystems im Rechtsamt der Stadt Leipzig mussten neben organisatorischen Problemen auch technische Probleme mit dem Anbieter geklärt werden. Diese führen im Ergebnis zu erheblichen Anpassungen in der Architektur der Lösung, welche die Grundlage für weitere Implementierungen darstellen können.

- Im Rahmen des neuen Rollouts für die Stadt Leipzig seit 2012 wurde auch im Jahr 2014 das Projekt LOMi (Office-Migration auf Open Office) konsequent fortgeführt. Im Ergebnis konnte die Zielgröße der prozentualen Anzahl von Endgeräten mit ausschließlicher OpenOffice-Nutzung erreicht werden.
- Das Rollout der PC-Technik an sich konnte 2014 nahezu abgeschlossen werden. Die Technik für die letzten Ämter wird bis Ende des 1. Quartal 2015 ausgerollt.
- Es erfolgte auch 2014 eine kontinuierliche Erneuerung der Telekommunikationsanlagen in den Schulen der Stadt Leipzig, welche im Wesentlichen mit den durch die Stadt Leipzig durchgeführten Sanierungs- und Baumaßnahmen verbunden wurden. .
- Der Betrieb des Kommunalen Kernmelderegisters Sachsen auf der bisherigen Basis wurde von Lecos GmbH durchgeführt.
- Unter dem Dach der ProVitako Marketing- und Dienstleistungsgesellschaft der Kommunalen IT-Dienstleister e.G. wurde die Beteiligung an einer kommunalen Cloud fortgeführt und darin verschiedene Produkte bzw. Dienstleistungen eingestellt. Im Jahr 2015 werden von Seiten der ProVitako weitere Marketingmaßnahmen gestartet, um den Bekanntheitsgrad und somit die Vertriebschancen zu steigern.
- Der Geschäftsführer Peter Kühne ist weiterhin Vorstandsvorsitzender der Vitako. Die Aufgabe wird ehrenamtlich wahrgenommen.
- Im Jahr 2014 wurde in allen Bereichen der Lecos GmbH intensiv die Zertifizierung nach ISO27001 auf Basis BSI-Grundschutz vorbereitet. Im 4. Quartal konnte das Audit der Lecos GmbH durchgeführt werden. Der Audit-Bericht liegt aktuell zur Erteilung der Zertifizierung bei dem BSI.
- Seit fünf Jahren gibt es mit der Gesellschaft für Organisation und Informationsverarbeitung Sachsen-Anhalt mbH (GISA) eine Zusammenarbeit auf dem Sektor Betrieb und Anwendungsbetreuung (SAP).
- Das Geschäftsjahr 2014 stand bei der Lecos intern im Zeichen einer stärkeren Ausrichtung an die steigenden Anforderungen der Kunden. Im Ergebnis wird eine Neuausrichtung der Lecos GmbH erarbeitet, welche neben inhaltlichen Veränderungen auch organisatorische Veränderungen nach sich ziehen wird. Ziel dabei ist es, die Zukunftssicherheit der Lecos GmbH zu stärken und die Arbeit der Lecos GmbH auf die kommenden Herausforderungen hin auszurichten.
- In 2013 hatte die Lecos GmbH die Finanzierungsstrategie langfristiger Investitionen umgestellt. Ziel ist eine nachhaltige Steigerung der Eigenkapitalquote sowie eine Verteilung der Kostenbelastung durch hohe Erstinvestitionen. Damit wird einem Investitionsstau entgegengewirkt. Dies wurde 2014 fortgeführt und stellt somit auch eine Grundlage für den wirtschaftlichen Erfolg der Lecos GmbH.

- Vor dem Hintergrund der Situation der KISA und des Weggang des dortigen Geschäftsführer wurde Herr Andreas Bitter von Seiten der Lecos GmbH beurlaubt und nimmt aktuell die Aufgaben des Geschäftsführer der KISA wahr. Herr Sebastian Rauer wurde als Prokurist der Lecos GmbH bestellt.
  
- Angaben gemäß § 289 Abs. 3 HGB zur:
  - Arbeitnehmerschaft: Die Auswahl der Arbeitnehmerschaft erfolgt entsprechend den fachlichen Anforderungen eines IT-Unternehmens. Die Arbeitszeitregelung wird von einer Gleitzeitregelung Montag bis Freitag von 6.00 – 20.00 Uhr geprägt. Die Struktur der Arbeitnehmerschaft stellt sich wie folgt dar:
    - Alter: unter 20 = 0%
    - Alter: 20 – 39 = 34%
    - Alter: 40 - 59 = 54%
    - Alter: 60 – 65 = 12%
  - Struktur des Personalaufwands: In der Lecos GmbH kommt neben dem TVÖD auch eine Lecos-individualrechtliche Regelung zur Anwendung. Die Gewinnbeteiligung der Mitarbeiter erfolgt über eine variable Vergütung, die sich aus einem Anteil für die persönliche Bewertung des Mitarbeiters sowie aus einem Anteil am Gesamt-Unternehmenserfolg zusammensetzt.
  - betriebliche Sozialleistungen: Gemäß der gültigen Betriebsvereinbarungen werden u.a. ein Kinderbetreuungszuschuss sowie auch ein Fahrtkostenzuschuss für den ÖPNV gezahlt.
  - Aus- und Weiterbildung: Im Rahmen der jährlichen Wirtschaftsplanung findet eine entsprechende Budgetplanung für interne und externe fachliche Weiterbildungen mit dem Ziel der Erreichung von Zertifizierungsabschlüssen statt.

## **Lage der Gesellschaft**

### Ertragslage

Der Gesamtumsatz der Lecos GmbH betrug im Geschäftsjahr 2014 TEUR 21.794 und lag damit um TEUR 1.363 über dem Niveau des Geschäftsjahres 2013 (TEUR 20.431). Diese Entwicklung führte neben der Steigerung der Personal- und Energieaufwendungen zu einem Jahresüberschuss von TEUR 260 (VJ: TEUR 272).

Die Zusammensetzung der Umsatzerlöse nach Bereichen stellt sich im Wesentlichen wie folgt dar:

Rechenzentrumsdienstleistungen (19,02 % vom Jahresumsatz)

Anwendungsentwicklungs-/Betreuungsleistungen und Beratungsleistungen (17,55 % vom Jahresumsatz)

Endbenutzerbetreuung (21,38 % vom Jahresumsatz)

Basisinfrastruktur (31,46 % vom Jahresumsatz)

Speicherkapazität, Applikationsserver (2,06 % vom Jahresumsatz)

Lotus Notes/Mailuser (2,41 % vom Jahresumsatz)

Fachanwendungen und Internet (3,75 % vom Jahresumsatz)

Telekommunikation (2,36 % vom Jahresumsatz).

Im Berichtsjahr konnte eine Stabilisierung der Umsatzerlöse durch den Ausbau der Zusatzleistungen gegenüber der Stadt Leipzig und dem Umsatz mit den Eigenbetrieben der Stadt verzeichnet werden. Damit konnten rückläufige Mengengerüste bei verschiedenen Leistungen gegenüber der Stadt Leipzig ausgeglichen werden. Aktuell beträgt der Anteil des Umsatzes mit der Stadt Leipzig am Gesamtumsatz ca. 86,5 % und 11,0 % mit der KISA. Die verbleibenden 2,8 % Umsatzanteile entfallen auf sonstige Kunden.

Im Materialaufwand werden vor allem Hardware und Telekommunikationsanlagen ausgewiesen, die sich aus Zusatzaufträgen ergeben und zum Weiterverkauf bestimmt sind. Den Hauptanteil hierbei haben TK-Anlagen und PC-Hardware für diverse Schulen und die Ausstattung der Städtischen Altenpflegeheime Leipzig gGmbH sowie die Versorgung mit Datenverarbeitungsmaterialien. Darüber hinaus sind vor allem auch die umsatzrelevanten Fremdleistungen zu benennen.

Die Steigerung der Personalaufwendungen ergibt sich im Wesentlichen aus der Tarifierhöhung des TVöD und Erhöhungen im Lecos Vergütungssystem.

Der sonstige betriebliche Aufwand enthält neben Aufwendungen für Leasing und Wartung für Hard- und Software, Leasingmieten, Ausbildungs- und Reisekosten, Personaldienstleistungen und Raummieten.

Investitionen

Die Bilanz zum 31. Dezember 2014 weist einen Rückgang des Anlagevermögens aus. Hauptsächlichste Ursache dafür ist die teilweise Finanzierung von Wirtschaftsgütern über Leasing. Die Gesamtinvestitionen betrugen im Geschäftsjahr 2014 TEUR 2.313.

Schwerpunkte waren auch 2014 das Rollout der Arbeitsplatztechnik für die Stadt Leipzig, Investitionen für neue Aufträge sowie die Aktualisierung von Softwarelizenzen.

#### Vermögens- und Finanzlage

Die Liquidität im Jahr 2014 konnte durch eine konsequente Überwachung und ein Forderungsmanagement zu den Vorjahren verbessert werden. Damit konnte eine stabile Liquidität während des gesamten Geschäftsjahres gewährleistet werden. Die Inanspruchnahme des Kontokorrentkredits zur Sicherstellung der Liquidität konnte verringert werden. Die offenen Forderungen aus 2014 wurden bis zum Ende des Monats Januar 2015 ausgeglichen.

Die Position der Rückstellungen ist geprägt durch die Aktualisierung von Rückstellungen für Personalaufwendungen, Zertifizierungsaufwendungen für ISO 27001/ BSI, Aufbewahrungsverpflichtungen, Vertragsrisiken (Pönale, Lizenzen), Garantie- und Gewährleistungsverpflichtungen und Drohverlustrückstellungen aufgrund der wirtschaftlichen Lage der KISA.

Bei den Verbindlichkeiten ist ein höherer Stand zu verzeichnen, bedingt durch den üblichen Eingang von Rechnungen zum Jahresende.

#### **Risikobericht**

Das Risikomanagement der Gesellschaft stützt sich vor allem auf die Managementstruktur, das Planungssystem sowie die eingesetzten Berichts- und Informationssysteme. Die Ergebnisse und Maßnahmen des Risiko- und Schwachstellenmanagements aus den Berichts- und Informationssystemen liegen vor und fanden Berücksichtigung in den monatlichen Management-Meetings.

Das Berichtswesen wird ergänzt durch eine ständige Überwachung aller Finanzströme. Mit Hilfe dieses Risikomanagementsystems werden die Risikobetrachtungen durchgeführt und Strategien zur Risikominimierung entwickelt. Besondere Aufmerksamkeit wird dabei durch eine tägliche Liquiditätsüberwachung gewährleistet. Dieses geschieht vor dem Hintergrund der unter 3.3 genannten teilweise hohen Forderungen gegenüber den Kunden sowie die hohe Liquiditätsauswirkung durch die Zahlung der monatlichen Personalkosten.

In 2014 wurde die Lecos GmbH im Rahmen der Vorbereitung auf die Zertifizierung nach ISO 27001/ BSI einer großen Anzahl von Risiko-Interviews unterzogen. Diese bezogen sich u. a. auf die Risiken, resultierend aus möglichen Mängeln in der Organisation, den Prozessen, der Dokumentation sowie der technischen Leistungserbrin-

gung. Eine Überarbeitung ist 2014 erfolgt und gemäß der Zertifizierung wird eine jährliche Überarbeitung durchgeführt.

In 2014 wurde gemeinsam mit der Beratungsgesellschaft für Beteiligungsverwaltung Leipzig mbH (bbvl) eine Regelung zur internen Revision erarbeitet und durch den Geschäftsführer in Kraft gesetzt, welche eine erste Prüfung ab 2015 berücksichtigt.

Der Aufsichtsrat wird über die Ergebnisse dieser Untersuchungen bei Bedarf zeitnah unterrichtet. Als Ergebnis dieser Risikoanalysen ergibt sich, dass wesentliche oder den Bestand des Unternehmens gefährdende Risiken derzeit nicht bestehen.

Angemessene, überschau- und beherrschbare Risiken werden bewusst getragen. Dies gilt auch für Preis- und Ausfallrisiken, gegen die sich die Lecos GmbH – aufgrund ihrer Kundenstruktur – nicht zusätzlich absichert. Geschäftsüblichen Liquiditätsschwankungen begegnet die Gesellschaft mit der Inanspruchnahme von Kreditlinien. Unabhängig davon gewährleisten die Erlöse aus dem Betriebsleistungsvertrag mit der Stadt Leipzig und den Leistungsverträgen mit der KISA sowie dem Gewandhaus zu Leipzig eine kontinuierliche Liquiditätszufuhr.

Aus der Ende 2013 entstandenen wirtschaftlichen Krise beim Gesellschafter KISA können der Lecos GmbH in 2015 Risiken entstehen:

Eine Zahlungsunfähigkeit der KISA würde zu Liquiditätsproblemen der Lecos GmbH führen. Das Risiko ist aber aus heutiger Sicht aufgrund eines dem KISA bewilligten zusätzlichen Kassenkredits nicht wahrscheinlich. Allerdings liegen aktuelle Klagen zur Beschlussfassung der letzten Verbandsversammlung vor, welche noch nicht entschieden sind.

Die langfristige geplante Partnerschaft mit KISA ist möglicherweise nur eingeschränkt umsetzbar, damit verbundene Synergien für Lecos GmbH können sich verspäten.

Aus der Unklarheit bei der Platzierung gemeinsamer strategischer Produkte (Output, Kuvertierung, ePostbrief und Personalmanagement-Software) könnten Umsatzrückgänge in 2015 resultieren.

Darüber hinausgehende bestandsgefährdende Risiken werden nicht gesehen.

### **Umweltschutz und Nachhaltigkeit**

Um sich den Anforderungen der Berücksichtigung der Gesetze zum Umweltschutz zu stellen, hat die Lecos GmbH sich an dem Wettbewerb "Bundeshauptstadt im Klimaschutz 2010" der deutschen Umwelthilfe (DUH) beteiligt. Die Lecos GmbH hat 2010 einen Sonderpreis für ihr neues Primärrechenzentrum erhalten. Gewürdigt wurden damit die durch Modernisierung und Konsolidierung der Rechenzentrumstechnik erzielten Energieeinsparungen. Das systematische Vorgehen im Bereich der Klimatisierung wurde auch auf alle weiteren Bereiche der energierelevanten Wirkungskette übertragen. Von den Applikationen und dem Daten-Management über die IT-Hardware und Stromversorgung bis hin zur Kühlung und Gebäudeplanung sind Mög-

lichkeiten zur Optimierung der Energieeffizienz gesucht und Einsparpotenziale konsequent umgesetzt worden.

Im Rahmen von Ausschreibungen, wie auch bei sonstigen Investitionen für die IT sowie bei der Erneuerung des Fuhrparks, berücksichtigt die Lecos GmbH die gesetzlich vorgesehenen und aktuellen Umweltschutzrichtlinien.

Wesentliche Ereignisse nach dem Bilanzstichtag

Nach dem Bilanzstichtag sind keine wesentlichen Ereignisse aufgetreten.

Voraussichtliche Entwicklung der Gesellschaft (Prognosebericht)

Die IT-Branche rechnet mit einer analogen Nachfrage für das Jahr 2015. An diesen Marktentwicklungen will die Lecos GmbH auch im Jahr 2015 angemessen partizipieren.

Konkretisiert ergeben sich für die Lecos GmbH nachstehende Ziele, deren sukzessive Umsetzung in der Wirtschaftsplanung 2015 ff. abgebildet ist:

- Absicherung der Grundversorgung der Stadt Leipzig mit IT-Technik und – Services und Vertragsverlängerung des Betriebsleistungsvertrages bis 31.12.2020,
- Konsequente Ausnutzung von Einkaufsvorteilen und deren Weitergabe an die Stadt Leipzig,
- Nutzung von kommunalen Umsätzen im Gesellschafterumfeld zur Gewinnung zusätzlicher Deckungsbeiträge,
- Absicherung der Zukunftsfähigkeit der Stadt Leipzig durch Weiterentwicklung der IT als Grundlage für Rationalisierungen, Prozessoptimierungen und e-Government,
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für die Entwicklung, Einführung und Betreuung kommunaler Anwendungen,
- Ausbau des Druckoutput-Volumens und Entwicklung der Lecos GmbH zu einem mitteldeutschen Anbieter in diesem Bereich
- Entwicklung zu einem Kompetenzzentrum für Betriebsleistungen, Consulting für IT-Dienstleistungen und Servicemanagement in Sachsen,
- Vermarktung von Know-how im Bereich Anwendungsentwicklung,
- Schaffung und Erhaltung von Arbeitsplätzen in der Region.

Darüber hinaus werden Anstrengungen unternommen, auch im Jahr 2015 innerhalb des Gesellschafterumfeldes (Eigenbetriebe der Stadt Leipzig) die Zahl der Kunden zu erhöhen und das Portfolio für die Stadt Leipzig zu erweitern.

Für das Geschäftsjahr 2015 sind Neuinvestitionen in Höhe von TEUR 3.611 geplant. Davon werden TEUR 2.410 über Darlehensaufnahme, TEUR 1.200 über Leasing sowie TEUR 1 aus Eigenmitteln finanziert.



Der Wirtschaftsplan der Lecos GmbH geht für 2015 von einem Umsatzvolumen von TEUR 20.765 und einem positiven Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit von TEUR 76 aus.

### 2.3 ProVitako eG

KISA erwarb im Jahr 2012 10 Geschäftsanteile an der ProVitako eG.

#### 2.3.1 Beteiligungsübersicht

Name: ProVitako Marketing-und Dienstleistungsgesellschaft der kommunalen IT- Dienstleister eG  
Anschrift: Markgrafenstraße 22  
10117 Berlin  
Telefon: 030 2063156-0  
Homepage: provitako.de

Rechtsform: Eingetragene Genossenschaft

Stammkapital: 130.500 EUR

Anteil KISA: 5.000 EUR

#### Unternehmensgegenstand:

Gegenstand der Gesellschaft ist die Unterstützung beim Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard-und Software durch kooperatives Einkaufsmarketing für die Mitglieder. KISA und somit auch die Kunden von KISA profitieren an den von der ProVitako eG ausgeschriebenen Rahmenverträgen, insbesondere bei der Beschaffung von Hardware.

### 2.3.2 Finanzbeziehungen

Zwischen KISA und der ProVitako eG liegen folgende Finanzbeziehungen vor:

- Gewinnabführungen:	0 €
- Verlustabdeckungen:	0 €
- Sonstige Zuschüsse:	0 €
- Übernommene Bürgschaften:	0 €
- Sonstige Vergünstigungen:	0 €.

KISA ist Genossenschaftsmitglied in der ProVitako eG und zahlt einen jährlichen Beitrag von 5.000 €. Weiterhin erhält die ProVitako eG bei Einkäufen eine Provision von 0,9 %.

### 2.2.3 Lagebericht für das Geschäftsjahr 2014

Aus dem vorliegenden Jahresabschluss 2014 werden nachfolgend die wesentlichen Bestandteile des Lageberichtes vorgestellt:

#### **Unternehmensgegenstand/-zweck**

Zentrale Aufgabe der Genossenschaft ist laut Satzung die wirtschaftliche Förderung und Betreuung der Mitglieder. Dies geschieht durch den gemeinsamen Einkauf von Investitionsgütern einschließlich Hard- und Software, Waren sowie Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen für die Mitglieder, durch kooperatives Einkaufsmarketing sowie mit weiteren Serviceleistungen.

#### **Lagebericht**

Die Gesellschaft finanziert sich aus der Marge, die auf den Bezug von Leistungen der geschlossenen Rahmenverträge fakturiert wird. Zu Beginn des Geschäftsjahres wurde die Ausschreibung von Netzkomponenten mit einem Vertragsvolumen von 8,2 Mio € veröffentlicht. Im Laufe des Jahres wurde der bestehende Rahmenvertrag für die Endgeräteausstattung der Mitglieder erneuert (Umfang 35 Mio. €). Weiterhin prägten Aktivitäten zur Gestaltung eines neuen Geschäftszweiges Government Clouddienste das Jahr 2014.

#### **Ausblick**

Verstärkte Öffentlichkeitsarbeit soll im Jahr 2015 die Aufmerksamkeit auf das GovCloud Portal lenken und so die noch fehlende Nachfrage wecken.

### **Bewertung der Kennzahlen**

Die finanzielle Situation hat sich verbessert und kann als stabil beschrieben werden. Es konnte 2014 ein Bilanzgewinn erwirtschaftet werden. Die Genossenschaft war 2014 jederzeit in der Lage, ihren Zahlungsverpflichtungen aus eigener Liquidität nachzukommen. Kredite wurden nicht in Anspruch genommen.

# Anlage 1 - Mitglieder von KISA und ihre Anteile

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
1	LRA Nordsachsen	8	0,36363636	218,18	72,73
2	LRA Leipzig	30	1,363636364	818,18	272,73
3	LRA Meißen	20	0,909090909	545,45	181,82
4	LRA Erzgebirgskreis	12	0,545454545	327,27	109,09
5	LRA Görlitz	30	1,363636364	818,18	272,73
6	LRA Vogtlandkreis	30	1,363636364	818,18	272,73
7	LRA Sächsische Schweiz - Osterzgebirge	12	0,545454545	327,27	109,09
8	LRA Zwickau	20	0,909090909	545,45	181,82
9	Landkreis Dahme-Spreewald	12	0,545454545	327,27	109,09
10	SV Altenberg	8	0,363636364	218,18	72,73
11	SV Annaberg-Buchholz	8	0,363636364	218,18	72,73
12	SV Aue	20	0,909090909	545,45	181,82
13	SV Augustusburg	12	0,545454545	327,27	109,09
14	SV Bad Dübén	3	0,136363636	81,82	27,27
15	SV Bad Lausick	8	0,363636364	218,18	72,73
16	SV Bad Muskau	8	0,363636364	218,18	72,73
17	SV Bad Schandau	12	0,545454545	327,27	109,09
18	SV Bautzen	20	0,909090909	545,45	181,82
19	SV Belgern-Schildau	12	0,545454545	327,27	109,09
20	SV Bernstadt a. d. Eigen	5	0,227272727	136,36	45,45
21	SV Böhlen	20	0,909090909	545,45	181,82
22	SV Borna	5	0,227272727	136,36	45,45
23	SV Brandis	12	0,545454545	327,27	109,09
24	SV Burgstädt	20	0,909090909	545,45	181,82
25	SV Chemnitz	30	1,363636364	818,18	272,73
26	SV Coswig	5	0,227272727	136,36	45,45
27	SV Crimmitschau	20	0,909090909	545,45	181,82
28	SV Dahlen	12	0,545454545	327,27	109,09
29	SV Delitzsch	20	0,909090909	545,45	181,82
30	SV Dippoldiswalde	8	0,363636364	218,18	72,73
31	SV Dohna	12	0,545454545	327,27	109,09
32	SV Döbeln (f.GV Ebersbach)	3	0,136363636	81,82	27,27
33	SV Dommitzsch VG	8	0,363636364	218,18	72,73
34	SV Elterlein	1	0,045454545	27,27	9,09
35	SV Frankenberg/Sa.	12	0,545454545	327,27	109,09
36	SV Frauenstein	3	0,136363636	81,82	27,27
37	SV Freiberg	8	0,363636364	218,18	72,73
38	SV Freital	8	0,363636364	218,18	72,73
39	SV Frohburg (für Eulatal)	1	0,045454545	27,27	9,09

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
40	SV Geyer	8	0,363636364	218,18	72,73
41	SV Glashütte	12	0,545454545	327,27	109,09
42	SV Glauchau	12	0,545454545	327,27	109,09
43	SV Görlitz	8	0,363636364	218,18	72,73
44	SV Grimma	20	0,909090909	545,45	181,82
45	SV Gröditz	5	0,227272727	136,36	45,45
46	SV Grotzsch	20	0,909090909	545,45	181,82
47	SV Großenh. (für Wildenhain und Zabeltitz)	1	0,045454545	27,27	9,09
48	SV Großröhrsdorf	8	0,363636364	218,18	72,73
49	SV Großschirma	8	0,363636364	218,18	72,73
50	SV Hainichen	12	0,545454545	327,27	109,09
51	SV Hartenstein	8	0,363636364	218,18	72,73
52	SV Hartha	12	0,545454545	327,27	109,09
53	SV Harzgerode	3	0,136363636	81,82	27,27
54	SV Heidenau	3	0,136363636	81,82	27,27
55	SV Hohenstein-Ernstthal	20	0,909090909	545,45	181,82
56	SV Hohnstein	8	0,363636364	218,18	72,73
57	SV Hoyerswerda	8	0,363636364	218,18	72,73
58	SV Johannegeorgenstadt	3	0,136363636	81,82	27,27
59	SV Kirchberg	12	0,545454545	327,27	109,09
60	SV Kitzscher	8	0,363636364	218,18	72,73
61	SV Klingenthal	3	0,136363636	81,82	27,27
62	SV Kohren-Sahlis	1	0,045454545	27,27	9,09
63	SV Königstein	12	0,545454545	327,27	109,09
64	SV Landsberg	20	0,909090909	545,45	181,82
65	SV Lauter/Bernsbach	12	0,545454545	327,27	109,09
66	SV Leipzig	30	1,363636364	818,18	272,73
67	SV Leisnig	12	0,545454545	327,27	109,09
68	SV Limbach-Oberfrohna	30	1,363636364	818,18	272,73
69	SV Lößnitz	12	0,545454545	327,27	109,09
70	SV Lommatzsch	8	0,363636364	218,18	72,73
71	SV Markneukirchen	8	0,363636364	218,18	72,73
72	SV Markranstädt	20	0,909090909	545,45	181,82
73	SV Meißen	20	0,909090909	545,45	181,82
74	SV Meerane	5	0,227272727	136,36	45,45
75	SV Mittweida	1	0,045454545	27,27	9,09
76	SV Mügeln	12	0,545454545	327,27	109,09
77	SV Naumburg	20	0,909090909	545,45	181,82
78	SV Naunhof	12	0,545454545	327,27	109,09
79	SV Neustadt	3	0,136363636	81,82	27,27
80	SV Niesky	20	0,909090909	545,45	181,82

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
81	SV Nossen	8	0,363636364	218,18	72,73
82	SV Oberlungwitz	8	0,363636364	218,18	72,73
83	SV Oelsnitz/Erzgeb.	8	0,363636364	218,18	72,73
84	SV Ostritz	5	0,227272727	136,36	45,45
85	SV Pausa-Mühltroff	3	0,136363636	81,82	27,27
86	SV Pegau	8	0,363636364	218,18	72,73
87	SV Pirna	20	0,909090909	545,45	181,82
88	SV Plauen	8	0,363636364	218,18	72,73
89	SV Pulsnitz	20	0,909090909	545,45	181,82
90	SV Rabenau	8	0,363636364	218,18	72,73
91	SV Radeberg (Große Kreisstadt)	5	0,227272727	136,36	45,45
92	SV Radebeul (Große Kreisstadt)	5	0,227272727	136,36	45,45
93	SV Radeburg	8	0,363636364	218,18	72,73
94	SV Regis-Breitingen	3	0,136363636	81,82	27,27
95	SV Reichenbach/O.L.	12	0,545454545	327,27	109,09
96	SV Reichenbach/ Vogtland	8	0,363636364	218,18	72,73
97	SV Riesa (Große Kreisstadt)	8	0,363636364	218,18	72,73
98	SV Rötha	8	0,363636364	218,18	72,73
99	SV Roßwein	12	0,545454545	327,27	109,09
100	SV Rothenburg/O.L.	8	0,363636364	218,18	72,73
101	SV Sayda	5	0,227272727	136,36	45,45
102	SV Schkeuditz	20	0,909090909	545,45	181,82
103	SV Schöneck/Vogtl.	8	0,363636364	218,18	72,73
104	SV Schwarzenberg/Erzgeb. (für GV Pöhl)	5	0,227272727	136,36	45,45
105	SV Stollberg/Erzgeb.	3	0,136363636	81,82	27,27
106	SV Stolpen	8	0,363636364	218,18	72,73
107	SV Strehla	8	0,363636364	218,18	72,73
108	SV Taucha	20	0,909090909	545,45	181,82
109	SV Thalheim (Erzgeb.)	5	0,227272727	136,36	45,45
110	SV Tharandt	12	0,545454545	327,27	109,09
111	SV Torgau (für Pflückuff)	1	0,045454545	27,27	9,09
112	SV Trebsen/Mulde	8	0,363636364	218,18	72,73
113	SV Treuen	12	0,545454545	327,27	109,09
114	SV Waldheim	12	0,545454545	327,27	109,09
115	SV Weißenberg	8	0,363636364	218,18	72,73
116	SV Weißwasser/O.L.	5	0,227272727	136,36	45,45
117	SV Werdau	20	0,909090909	545,45	181,82
118	SV Wildenfels	8	0,363636364	218,18	72,73
119	SV Wilkau-Haßlau	12	0,545454545	327,27	109,09
120	SV Wilsdruff	20	0,909090909	545,45	181,82

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
121	SV Wolkenstein	3	0,136363636	81,82	27,27
122	SV Wurzen	8	0,363636364	218,18	72,73
123	SV Zittau (für GV Hirschfelde)	8	0,363636364	218,18	72,73
124	SV Zschopau	8	0,363636364	218,18	72,73
125	SV Zwenkau	20	0,909090909	545,45	181,82
126	SV Zwönitz	1	0,045454545	27,27	9,09
127	Schulverband Treuener Land	3	0,136363636	81,82	27,27
128	GV Amtsberg	3	0,136363636	81,82	27,27
129	GV Arnsdorf	8	0,363636364	218,18	72,73
130	GV Auerbach/Erzgebirge	3	0,136363636	81,82	27,27
131	GV Bannewitz	3	0,136363636	81,82	27,27
132	GV Belgershain	1	0,045454545	27,27	9,09
133	GV Borsdorf	20	0,909090909	545,45	181,82
134	GV Borstendorf	1	0,045454545	27,27	9,09
135	GV Boxberg/O.L.	8	0,363636364	218,18	72,73
136	GV Breitenbrunn/Erzgeb.	12	0,545454545	327,27	109,09
137	GV Burkau	5	0,227272727	136,36	45,45
138	GV Burkhardtsdorf	12	0,545454545	327,27	109,09
139	GV Callenberg	3	0,136363636	81,82	27,27
140	GV Claußnitz	1	0,045454545	27,27	9,09
141	GV Crottendorf	3	0,136363636	81,82	27,27
142	GV Diera-Zehren	8	0,363636364	218,18	72,73
143	GV Doberschau-Gaußig	8	0,363636364	218,18	72,73
144	GV Dorfhain	3	0,136363636	81,82	27,27
145	GV Dürrröhrsdorf-Dittersbach	8	0,363636364	218,18	72,73
146	GV Ebersbach (01561)	8	0,363636364	218,18	72,73
147	GV Elstertrebnitz	3	0,136363636	81,82	27,27
148	GV Eppendorf	8	0,363636364	218,18	72,73
149	GV Erlau	3	0,136363636	81,82	27,27
150	GV Espenhain	5	0,227272727	136,36	45,45
151	GV Lossatal	8	0,363636364	218,18	72,73
152	GV Frankenthal	3	0,136363636	81,82	27,27
153	GV Gablenz	1	0,045454545	27,27	9,09
154	GV Glaubitz	3	0,136363636	81,82	27,27
155	GV Göda	8	0,363636364	218,18	72,73
156	GV Gohrisch	5	0,227272727	136,36	45,45
157	GV Großdubrau	3	0,136363636	81,82	27,27
158	GV Großharthau	5	0,227272727	136,36	45,45
159	GV Großpösna	12	0,545454545	327,27	109,09
160	GV Großpostwitz/O.L.	8	0,363636364	218,18	72,73
161	GV Großschönau	3	0,136363636	81,82	27,27
162	GV Hähnichen	1	0,045454545	27,27	9,09

Seite 33 von 36

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
163	GV Hainewalde	1	0,045454545	27,27	9,09
164	GV Hartmannsdorf	3	0,136363636	81,82	27,27
165	GV Hartmannsdorf b. Kirchberg	3	0,136363636	81,82	27,27
166	GV Hartmannsdorf-Reichenau	1	0,045454545	27,27	9,09
167	GV Hirschstein	1	0,045454545	27,27	9,09
168	GV Hochkirch	8	0,363636364	218,18	72,73
169	GV Hohendubrau	5	0,227272727	136,36	45,45
170	GV Kabelsketal	12	0,545454545	327,27	109,09
171	GV Käbschütztal	8	0,363636364	218,18	72,73
172	GV Klingenberg	3	0,136363636	81,82	27,27
173	GV Klipphausen	12	0,545454545	327,27	109,09
174	GV Königswartha	8	0,363636364	218,18	72,73
175	GV Krauschwitz	8	0,363636364	218,18	72,73
176	GV Kreba-Neudorf	3	0,136363636	81,82	27,27
177	GV Kreischa	8	0,363636364	218,18	72,73
178	GV Krostitz	8	0,363636364	218,18	72,73
179	GV Kottmar	5	0,227272727	136,36	45,45
180	GV Kubschütz	8	0,363636364	218,18	72,73
181	GV Langenbernsdorf	8	0,363636364	218,18	72,73
182	GV Leubsdorf	5	0,227272727	136,36	45,45
183	GV Laufßig	3	0,136363636	81,82	27,27
184	GV Leutersdorf	8	0,363636364	218,18	72,73
185	GV Lichtenau	8	0,363636364	218,18	72,73
186	GV Lichtentanne	3	0,136363636	81,82	27,27
187	GV Liebschützberg	8	0,363636364	218,18	72,73
188	GV Löbnitz	5	0,227272727	136,36	45,45
189	GV Lohsa	3	0,136363636	81,82	27,27
190	GV Machern	3	0,136363636	81,82	27,27
191	GV Malschwitz	8	0,363636364	218,18	72,73
192	GV Markersdorf	8	0,363636364	218,18	72,73
193	GV Mildenau	8	0,363636364	218,18	72,73
194	GV Mockrehna	8	0,363636364	218,18	72,73
195	GV Moritzburg	8	0,363636364	218,18	72,73
196	GV Mücka	3	0,136363636	81,82	27,27
197	GV Müglitztal	3	0,136363636	81,82	27,27
198	GV Muldenhammer	3	0,136363636	81,82	27,27
199	GV Neschwitz	8	0,363636364	218,18	72,73
200	GV Neuensalz	5	0,227272727	136,36	45,45
201	GV Neukirchen	3	0,136363636	81,82	27,27
202	GV Neuhausen/Erzgeb.	8	0,363636364	218,18	72,73
203	GV Neukieritzsch	12	0,545454545	327,27	109,09
204	GV Neustadt/Vogtl.	1	0,045454545	27,27	9,09

Seite 34 von 36



	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
205	GV Niederau	8	0,363636364	218,18	72,73
206	GV Nünchritz	12	0,545454545	327,27	109,09
207	GV Obergurig	3	0,136363636	81,82	27,27
208	GV Odenwitz	3	0,136363636	81,82	27,27
209	GV Ottendorf-Okrilla	5	0,227272727	136,36	45,45
210	GV Otterwisch	3	0,136363636	81,82	27,27
211	GV Petersberg (f.VG Götschetal-Petersb.)	8	0,363636364	218,18	72,73
212	GV Pöhl	8	0,363636364	218,18	72,73
213	GV Priestewitz	8	0,363636364	218,18	72,73
214	GV Puschwitz	1	0,045454545	27,27	9,09
215	GV Quitzdorf am See	3	0,136363636	81,82	27,27
216	GV Rackwitz	8	0,363636364	218,18	72,73
217	GV Radibor	1	0,045454545	27,27	9,09
218	GV Rammenau	1	0,045454545	27,27	9,09
219	GV Rathen, Kurort	3	0,136363636	81,82	27,27
220	GV Reinhardtsdorf-Schöna	1	0,045454545	27,27	9,09
221	GV Reinsberg	3	0,136363636	81,82	27,27
222	GV Reinsdorf	12	0,545454545	327,27	109,09
223	GV Reuth	3	0,136363636	81,82	27,27
224	GV Rietschen	8	0,363636364	218,18	72,73
225	GV Rosenbach (f.VV Rosenbach)	3	0,136363636	81,82	27,27
226	GV Rossau	5	0,227272727	136,36	45,45
227	GV Schleife	8	0,363636364	218,18	72,73
228	GV Schmölln-Putzkau	5	0,227272727	136,36	45,45
229	GV Schöna-Berzdorf a. d. Eigen	3	0,136363636	81,82	27,27
230	GV Schönhof	1	0,045454545	27,27	9,09
231	GV Schwepnitz	5	0,227272727	136,36	45,45
232	GV Sehmatal	5	0,227272727	136,36	45,45
233	GV Steinberg	3	0,136363636	81,82	27,27
234	GV Steinigtwolmsdorf	8	0,363636364	218,18	72,73
235	GV Striegistal	8	0,363636364	218,18	72,73
236	GV Tannenberg	3	0,136363636	81,82	27,27
237	GV Taura	3	0,136363636	81,82	27,27
238	GV Tauscha	1	0,045454545	27,27	9,09
239	GV Theuma	1	0,045454545	27,27	9,09
240	GV Theutschentahl (f.VG Würde/Salza)	12	0,545454545	327,27	109,09
241	GV Thendorf	1	0,045454545	27,27	9,09
242	GV Trossin	3	0,136363636	81,82	27,27
243	GV Wachau	8	0,363636364	218,18	72,73
244	GV Waldhufen	5	0,227272727	136,36	45,45
245	GV Weinböhla	12	0,545454545	327,27	109,09
246	GV Weischlitz / Burgstein	12	0,545454545	327,27	109,09

	Mitglieder	Stimmen	Anteil KISA %	Anteil KDN GmbH in EUR	Anteil Lecos GmbH in EUR
247	GV Weißkeißel	1	0,045454545	27,27	9,09
248	GV Wernsdorf	12	0,545454545	327,27	109,09
249	GV Zeithain	1	0,045454545	27,27	9,09
250	VV Diehsa	8	0,363636364	218,18	72,73
251	VV Eilenburg-West	12	0,545454545	327,27	109,09
252	VV Jägerswald	3	0,136363636	81,82	27,27
253	GV Wiedemar	8	0,363636364	218,18	72,73
254	VVO Oberlausitz-Niederschlesien GmbH	3	0,136363636	81,82	27,27
255	VVO Oberlausitz-Niederschlesien	1	0,045454545	27,27	9,09
256	Verband für ländliche Neuordnung in Sachsen	3	0,136363636	81,82	27,27
257	AZV Elbe-Floßkanal	5	0,227272727	136,36	45,45
258	AZV „Heidelbach“	1	0,045454545	27,27	9,09
259	AZV „Leisnig“	5	0,227272727	136,36	45,45
260	AZV „Oberer Lober“	5	0,227272727	136,36	45,45
261	AZV „Schöpsaue“ Rietschen	3	0,136363636	81,82	27,27
262	AZV "Gemeinschaftskläranlage Kalkreuth"	3	0,136363636	81,82	27,27
263	AZV „Untere Zschopau“	3	0,136363636	81,82	27,27
264	AZV "Unteres Pließnitztal-Gaule"	3	0,136363636	81,82	27,27
265	AZV „Weiße Elster“	3	0,136363636	81,82	27,27
266	AZV „Wilde Sau“ Wilsdruff	3	0,136363636	81,82	27,27
267	AZV Kleine Spree f.AZV Löbauer Wasser	1	0,045454545	27,27	9,09
268	Kommunales Forum Südraum Leipzig	1	0,045454545	27,27	9,09
269	ZV RAVON	5	0,227272727	136,36	45,45
270	ZV Regionaler Planungsverband Oberlausitz-Niederschlesien	3	0,136363636	81,82	27,27
271	Trink-WZV Mildenau-Streckenwalde	3	0,136363636	81,82	27,27
272	ZV WAZV „Mittlere Wesenitz“ Stolpen	1	0,045454545	27,27	9,09
273	ZV Abfallwirtschaft Oberes Elbtal Dresden	3	0,136363636	81,82	27,27
274	ZV „Partenaue“	3	0,136363636	81,82	27,27
275	ZV WALL	3	0,136363636	81,82	27,27
276	ZV Planung und Erschließung Industriestandort Böhlen-Lippendorf	1	0,045454545	27,27	9,09
277	JuCo-Soziale Arbeit gGmbH	3	0,136363636	81,82	27,27
278	Kommunaler Versorgungsverband Sachsen	20	0,909090909	545,45	181,82
279	Kommunaler Sozialverband Sachsen	12	0,545454545	327,27	109,09
280	Kulturbetriebsgesellschaft Meißner Land mbH	3	0,136363636	81,82	27,27
281	Lecos GmbH	3	0,136363636	81,82	27,27
282	Stadtwerke Schkeuditz	3	0,136363636	81,82	27,27
283	Wasser Abwasser Betriebsgesellschaft Coswig mbH	1	0,045454545	27,27	9,09
284	Stiftung lebendige Gemeinde Neukieritzsch	1	0,045454545	27,27	9,09
285	Gesellsch.f.soziale Betreuung Bona Vita	3	0,136363636	81,82	27,27
	<b>Gesamtstimmen</b>	<b>2.200</b>	<b>100,00</b>	<b>60.000</b>	<b>20.000</b>

# Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig

## Beteiligungsübersicht

Rathausplatz 1  
04416 Markkleeberg

Tel. 0341 3533216  
Fax 0341 3533181  
Email [kommunales.forum@t-online.de](mailto:kommunales.forum@t-online.de)  
Internet

Gründungsdatum 01.01.1996

## Unternehmensgegenstand / Unternehmenszweck

Der Verband setzt sich zum Ziel, die durch den Braunkohlenabbau in Anspruch genommene Region zu entwickeln. Es werden der Ausbau der Verkehrs- und technischen Infrastruktur, die Entwicklung als Wirtschafts- und Lebensraum, die wasserwirtschaftliche Sanierung, die Landschaftsgestaltung, die Förderung des Tourismus und Fragen der Flächenverfügbarkeit abgestimmt, beraten und vertreten. Der Zweckverband ist Träger des MEDIOS-Projektes im Südraum Leipzig und des Managements für die wassertouristischen Anlagen des Gewässerverbundes.

Der Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig ist ein Zusammenschluss von 13 Kommunen des Südraumes Leipzig, dem Landkreis Leipzig sowie der Stadt Leipzig (sie hat sieben ihrer südlichen Stadtteile in den Verband eingebracht). Das Verbandsgebiet umfasst (ohne die Flächen der Stadt Leipzig) eine Fläche von etwa 450 km<sup>2</sup>, auf der 107.000 Einwohner leben. In den zum Verband gehörenden Stadtteilen der Stadt Leipzig leben ca. 50.000 Menschen.

(Der Landkreis Leipzig hat 20 von 177 Stimmenanteilen.)

## Finanzbeziehungen

Leistungen des Unternehmens an die Kommune	in €
--	------

Leistungen der Kommune an das Unternehmen	in €
Verlustabdeckung	16.400,00

Bürgschaften	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Darlehen	in €
Zweckverband an den Landkreis	
Landkreis an den Zweckverband	

Für den Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig lagen die Jahresabschlüsse zum 31.12.2013 und 31.12.2014 bei Redaktionsschluss noch nicht vor.

## **Zuarbeit des Zweckverbandes Kommunales Forum Südraum Leipzig**

### **Allgemeine Angaben zum Unternehmen im Jahr 2014**

#### **Adresse**

Rathausplatz 1  
04416 Markkleeberg

#### **E-Mail**

[info@kommunalesforum.de](mailto:info@kommunalesforum.de)

#### **Homepage**

[www.kommunalesforum.de](http://www.kommunalesforum.de)

#### **Gründungsjahr**

1996

## **Rechtsform**

Zweckverband

### **Mitglieder**

Gemeinde Espenhain	3 von 177 Stimmen
Gemeinde Großpösna	6 von 177 Stimmen
Gemeinde Neukieritzsch	8 von 177 Stimmen
Landkreis Leipzig	20 von 177 Stimmen
Stadt Böhlen	7 von 177 Stimmen
Stadt Borna	20 von 177 Stimmen
Stadt Groitzsch	8 von 177 Stimmen
Stadt Kitzscher	6 von 177 Stimmen
Stadt Leipzig	50 von 177 Stimmen
Stadt Markkleeberg	24 von 177 Stimmen
Stadt Pegau	7 von 177 Stimmen
Stadt Regis-Breitingen	5 von 177 Stimmen
Stadt Rötha	4 von 177 Stimmen
Stadt Zwenkau	9 von 177 Stimmen

### **Organe**

Verbandsversammlung,

Verwaltungsrat

### **Geschäftsführung**

Dr. Steffi Raatzsch

### **Verbandsvorsitzende**

Simone Luedtke

### **Stellvertreter**

Karsten Schütze

Heiko Rosenthal

### **Beteiligungen**

Zweckverband Kommunale Informationsverarbeitung Sachsen (KISA) 1 von 2.000 Stimmen

## **Unternehmensgegenstand/-zweck**

Der Zweckverband Kommunales Forum Südraum Leipzig ist ein Zusammenschluss von 12 Kommunen des Südraums Leipzig, dem Landkreis Leipzig und der Stadt Leipzig mit den Stadtteilen Connewitz, Dölitz-Dösen, Großzschocher, Hartmannsdorf-Knautnaundorf, Knautkleeberg-Knauthain, Lößnig und Meusdorf und wurde am 2. Oktober 1996 gegründet. Das Verbandsgebiet umfasst (ohne Stadt Leipzig) eine Fläche von etwa 450 km<sup>2</sup>, auf der im Jahr 2014 ca. 100.150 Einwohner lebten. In den zum Zweckverband gehörenden Stadtteilen der Stadt Leipzig lebten etwa 52.300 Menschen. Entsprechend seiner Satzung verfolgt der Zweckverband das Ziel, die im Zuge der Bergbausanierung entstehende (Gewässer-) Landschaft im gemeinsamen Interesse aller Mitglieder so zu entwickeln und die entsprechenden Planungen abzustimmen, dass eine sowohl für die hier lebende Bevölkerung als auch für Besucher und Gäste attraktive Freizeitregion entsteht. Zu diesem Zweck übernimmt das Kommunale Forum Südraum Leipzig neben der Erarbeitung von Entwicklungsstrategien auch die Realisierung konkreter Projekte und Vorhaben, die diese Zielsetzung unterstützen.

Als herausragendes Projekt sind dabei die Entwicklung des Gewässerverbands des Leipziger Neuseenlands und das Management der wassertouristischen Anlagen des Gewässerverbands (Schleusen, Stege, Umtragestellen) zu nennen. Gemeinsam mit einer Vielzahl von Partnern, insbesondere dem Grünen Ring Leipzig, wird die Entwicklung des Gewässerverbandes durch Studien/Gutachten und ein Monitoring zur ökologischen Verträglichkeit der Entwicklungen begleitet. Im Rahmen der Entwicklung des Gewässerverbandes trägt der Zweckverband die Verantwortung für die Störstellenbeseitigung in der Pleiße zwischen Connewitzer- und agra-Wehr und die Anbindung des Markkleeberger Sees an die Pleiße (Markkleeberger Wasserschlange), um somit den Kurs 5 zu komplettieren.

Ein Schlüsselvorbahn des Kommunalen Forums ist das IT-Projekt "MEDIOS-Südraum Leipzig", in dessen Rahmen 36 Schulen des Südraums Leipzig mit moderner Technik ausgestattet und über eine zentrale Medienstelle miteinander vernetzt wurden. Das Kommunale Forum sichert seit 2004 den Betrieb in der Medienstelle und den angeschlossenen Schulen und gewährleistet somit die Benutzbarkeit für ca. 10.000 Nutzer.

Seit 2009 bildete das Kommunale Forum Südraum Leipzig die Trägerstruktur der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE). Die Integrierte Ländliche Entwicklung ist mit einem jährlich zur Verfügung gestellten Fördermittelbudget verbunden, über dessen Verwendung die Region in vorgegebenen Rahmenbedingungen selbst entscheiden kann.

### **Lagebericht**

Die Tätigkeit des Zweckverbandes richtete sich auch im Jahr 2014 auf die Sicherung des MEDIOS-Betriebes in den Schulen der Verbandsmitglieder, wobei das Projekt jedoch zum 31.07.2014 seinen Abschluss fand. Für das Vorhaben stellten die beteiligten Verbandsmitglieder 197.000 EUR zur Verfügung. Mit dem Schuljahresbeginn 2014 haben die Kommunen als Schulträger die Ausstattung ihrer Schulen mit IT-Technik und die Sicherung des Betriebs wieder selbst übernommen.

Auch die Maßnahmen und die Arbeit des Regionalmanagements im Rahmen der Integrierten Ländlichen Entwicklung (ILE) für den Südraum Leipzig, für das das Kommunale Forum mit der Fortschreibung des Regionalen Entwicklungs- und Handlungskonzeptes die Voraussetzungen geschaffen hatte, fanden zum Ende des Jahres 2014 für die EU-Förderperiode 2007 - 2013 ihren Abschluss. Für die Förderperiode 2014 - 2020 hat sich die Region Südraum Leipzig mit der Erarbeitung einer LEADER-Entwicklungsstrategie um den Status einer LEADER-Region und der damit verbundenen Förderung beworben. Da das Kommunale Forum Südraum Leipzig aufgrund vorgegebener Rahmenbedingungen nicht Träger des LEADER-Prozesses sein kann, wurde unter Beteiligung des Zweckverbandes ein Verein gegründet, für den das Kommunale Forum die Geschäftsbesorgung übernimmt. Im Zusammenwirken mit dem Verein wurde eine LEADER-Entwicklungsstrategie erarbeitet, die ab dem Jahr 2015 - sofern sie durch das Sächsische Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft genehmigt wird - die Grundlage für die Gewährung von Fördermitteln sein soll. Bis zum Jahr 2020 werden für den Südraum Leipzig voraussichtlich ca. 18 Mio. EUR für Projekte der ländlichen Entwicklung zur Verfügung stehen. An den Kosten zur Erarbeitung der Strategie hat sich der Zweckverband mit ca. 20.000 EUR beteiligt.

Ein Schlüsselprodukt in der Haushaltsplanung des Zweckverbandes ist die Erarbeitung strategischer Konzepte, die Lösungswege für Problemlagen oder -situationen - mehrere Kommunen betreffend - zum Ziel haben. Der Grundwasserwiederanstieg in der Region und damit verbundene Mengen- und Qualitätsprobleme sind dabei ein Thema. Vorhaben zu diesem Themenkreis waren ein Gutachten zur Sulfatbelastung des Grundwassers und mögliche Auswirkungen auf die alte Bausubstanz sowie ein Konzept zu den notwendigen Vorflut- und Drainage-/Meliorationssystemen, um bestehende Überflutungen und Vernässungen an 15 Detailstandorten möglichst dauerhaft beseitigen zu können.

Ein weiteres Thema ist die Gestaltung der Bergbaufolgelandschaft zu einem attraktiven Naherholungs- und Tourismusraum. In diesem Zusammenhang wurde eine Studie zur Schaffung attraktiver Anziehungspunkte für Besucher entlang des Flusses Wyhra erarbeitet, wobei gleichzeitig ein Leit- und Orientierungssystem, konkrete Gestaltungsvorschläge für spezielle Orte sowie Materialien zur Vermarktung (Broschüre, Fahrradanhänger, u.ä.) der Wyhra-Route entwickelt wurden. Darüber hinaus hat das Kommunale Forum auf der Basis eines Preisgeldes im Rahmen des Wettbewerbes „Impulsregionen - innovative Wege in der regionalen Daseinsvorsorge“ des SMI sowie Fördermitteln eine Kommunikationsplattform zur Unterstützung der Arbeit von Vereinen und des ehrenamtlichen Engagements im Südraum Leipzig entwickelt und zur freien Nutzung ins Netz gestellt ([www.einsatz-ehrenamt.de](http://www.einsatz-ehrenamt.de)). Insgesamt wurden für das Thema strategische Konzepte ca. 80.000 EUR eingesetzt.

Der Zweckverband - als Netzwerker - hat gemeinsam mit verschiedenen Partnern - maßgeblich dem Grünen Ring Leipzig - verschiedene Projekte bearbeitet bzw. abgeschlossen. Dazu zählen das gewässerökologische Monitoring zum Gewässerverbund, das tourismuswirtschaftliche Gesamtkonzept für die Mitteldeutsche Gewässerlandschaft und die Fortsetzung des Prozesses zur Erarbeitung der Charta Leipziger Neuseenland 2030 mit einer umfassenden Bürgerbeteiligung (Informationsveranstaltungen, Workshops, telefonische und schriftliche Bürgerbefragung). Der Abschluss des Prozesses wird im Jahr 2015 erfolgen.

Im Rahmen des EU-Förderprogramms für den ländlichen Raum, das 2013 endete, wo jedoch noch im Jahr 2014 im Südraum Leipzig Fördermittel gemäß dem ländlichen Entwicklungskonzept ausgereicht werden konnten, wurden im Jahr 2014 10 Vorhaben mit einem Gesamtinvestitionsvolumen von 2,4 Mio. Euro gefördert. Der Förderanteil für diese Vorhaben betrug dabei 885.347,67 Euro. Das ILE-Regionalmanagement, das den Prozess der Fördermittelvergabe maßgeblich mit gesteuert hat, wurde durch das Kommunale Forum im Umfang von 34.700 EUR finanziert.

Auch das langfristige, überregional bedeutsame Vorhaben des Gewässerverbundes Leipziger Neuseenland war Gegenstand der Tätigkeit im Kommunalen Forum Südraum Leipzig. Wesentlichste

Aufgabe war die Fortsetzung der Planungen zur Anbindung des Markkleeberger Sees an die Pleiße und die Wiederaufnahme der Aktivitäten - maßgeblich der Sicherung von Eigenmitteln in Höhe von 25 % der Gesamtkosten von ca. 1,3 Mio. EUR - für die Störstellenbeseitigung in der Pleiße. Im Ergebnis der Finanzierungssicherung konnte mit der Baumaßnahme „Störstellenbeseitigung in der Pleiße“ begonnen werden. Die Maßnahme wird sich auch im Folgejahr fortsetzen.

Die Zielstellung, das Management der wassertouristischen Anlagen (Schleusen, Stege etc.) dem Kommunalen Forum seitens der Eigentümer (Leipzig, Markkleeberg) mit dem Ziel zu übertragen, Synergieeffekte durch eine zentrale Steuerung der Bewirtschaftung zu erlangen, konnte noch nicht erreicht werden. Jedoch wurden die rechtlichen Rahmenbedingungen - maßgeblich mit der Stadt Leipzig - vollständig abgestimmt, so dass eine entsprechende Beschlussvorlage dem Stadtrat vorgelegt werden kann.

## **Ausblick**

Mit dem Jahr 2014 hat die neue EU-Förderperiode bis 2020 begonnen, in der wiederum der ländliche Raum in großem Umfang von der Förderung partizipieren kann. Leider sind die Rahmenbedingungen zwischen dem Freistaat Sachsen und der EU so spät ausgehandelt worden, dass eine tatsächliche Förderung von Projekten zur Entwicklung des ländlichen Raumes noch nicht erfolgen konnte. Mit der Genehmigung der LEADER-Entwicklungsstrategie für den Südraum Leipzig wird im zeitigen Sommer gerechnet. Eine wesentliche Aufgabe für das Kommunale Forum Südraum Leipzig als Geschäftsbesorger des „Lokale Aktionsgruppe Südraum Leipzig e.V.“ wird die Einrichtung eines Regionalmanagements sein, der eine europaweite Ausschreibung vorausgehen muss. Damit sind dann alle notwendigen Voraussetzungen geschaffen, um LEADER-Fördermittel in der Region auszureichen.

Im Jahr 2015 wird sich der Zweckverband im Rahmen des Schlüsselproduktes strategische Konzepte mit der Unterhaltung von Gewässern II. Ordnung befassen. In einem Konzept soll für die daran interessierten Kommunen analysiert werden, ob die gemeinsam in einem Gewässerunterhaltungsverband nach SächsWG betriebene Gewässerunterhaltung eine Alternative zu der derzeit teilweise unregelmäßig betriebene Unterhaltung mit daraus entstehenden negativen Auswirkungen ist. Betrachtet werden dabei gleichzeitig Möglichkeiten, Vor- und Nachteile einer Gewässerunterhaltungssatzung.

Darüber hinaus wurde auch das Thema der touristischen Entwicklung / Schaffung von touristischer Infrastruktur in die Haushaltsplanung aufgenommen. Zum einen geht es darum, bereits bestehenden Nachfragen Rechnung zu tragen; aber vor allen auch neu Geschaffenes dauerhaft zu unterhalten. Die Haushaltsplanung sieht die Erarbeitung eines standortkonkreten Konzepts für Wohnmobilstellplätze außerhalb von Campingplätzen vor, d.h., die Etablierung von Transit- und Kurzzeitstellplätzen, die nicht vordergründig an touristisch attraktiven Seen liegen müssen. Ein weiteres Konzept sieht die Schaffung einer Organisationsstruktur/-einheit zur dauerhaften - mehrheitlich kommunal getragenen - Bewirtschaftung, Unterhaltung und Wartung der touristischen Beschilderung entlang von Wander-, Radwander-, Reit- und Wasserwegen vor.

Die Planungen und Umsetzung des vollständigen Gewässerverbundes bilden auch künftig einen Schwerpunkt für die Arbeit des Zweckverbandes. In diesem Zusammenhang wird die Planung für die Anbindung des Markkleeberger Sees an die Pleiße zur Durchführung des Planfeststellungsverfahrens bei der Landesdirektion eingereicht. Darüber hinaus wird die Störstellenbeseitigung in der Pleiße fortgesetzt.

Gemeinsam mit den beteiligten Partnern wird im Jahr 2015 die Charta Leipziger Neuseenland 2030 verabschiedet.

## Anlage 1: Kennzahldefinition

Bezeichnung	Berechnung	Wertangabe
Anlagendeckung (goldene Bilanzregel)	$\frac{\text{Eigenkapital} + \text{EK Sopo} + \text{langfristige Verbindlichkeiten}}{\text{Anlagevermögen}} * 100$	%
Arbeitsproduktivität	$\frac{\text{Umsatz}}{\text{Personalaufwand}} * 100$	Umsatz je Aufwand
Effektivverschuldung	Verbindlichkeiten - monetäres Umlaufvermögen	absolut
Eigenkapitalquote	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Gesamtkapital}} * 100$	%
Eigenkapitalreichweite	$\frac{\text{Eigenkapital}}{\text{Jahresfehlbetrag}}$	Jahre
Eigenkapitalrendite	$\frac{\text{Jahresüberschuss}}{\text{Eigenkapital}} * 100$	%
Fremdkapitalquote	$\frac{\text{Fremdkapital}}{\text{Gesamtkapital}} * 100$ (Gesamt-EK-EK Sopo)	%
Gesamtkapitalrendite	$\frac{(\text{Überschuss} + \text{Zinsaufwand})}{\text{Gesamtkapital}} * 100$	%
Investitionsdeckung	$\frac{\text{Abschreibung}}{\text{AfA} + (\text{Anlagevermögen neu} - \text{Anlagevermögen alt})} * 100$	% (=Neuinvestition)
kurzfristige Liquidität	$\frac{\text{monetäres Umlaufvermögen}}{\text{kurzfristige Verbindlichkeiten}} * 100$	%
Pro-Kopf-Umsatz	$\frac{\text{Umsatz}}{\text{Personalbestand}}$	Umsatz je Mitarbeiter
Vermögensstruktur	$\frac{\text{Anlagevermögen}}{\text{Gesamtvermögen}} * 100$	%